63. Jahrgang / Heft 4 / Oktober 2015 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Heinrich August Winkler
Von der deutschen zur europäischen Frage
Gedanken zu einem Jahrhundertproblem

Alexander Wolz
Das Auswärtige Amt und die Remilitarisierung des Rheinlands

Yfaat Weiss
Von Prag nach Jerusalem
Jüdische Kulturgüter und israelische Staatsgründung

Viola Balz und Ulrike Klöppel
Sozialpsychiatrie, Gesundheitspolitik und Psychopharmaka
in der DDR 1960–1989

Paul Köppen
Zur Verweigerung einer quellenbasierten Diskussion
über Heinrich Brünings Sparpolitik

Johannes Hürter und Matthias Uhl
Hitler in Vinnica
Ein neues Dokument zur Krise im September 1942

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

4
15

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Thomas Schlemmer, Elke Seefried
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Jürgen Zarusky
Assistenz: Renate Bihl

63. Jahrgang Heft 4 Oktober 2015

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
Fax 0 89/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2009
http://vfz.ifz-muenchen.de

Impressum

© 2015 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Margret, Studienrätin i.R., Berlin; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Berlin; Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan / Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Ella Anita, Rentnerin, Berlin; Cram, Berit, Greifswald; Cram-Gomez, Susanne, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexico); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexico); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Fund, Dr. Sven, Berlin; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Würzburg; Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Berlin; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Dr. Clara-Eugenie, Oberstudienrätin i.R., Reppenstedt; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Heiko Schulze, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264,
E-mail: anzeigen@degruyter.com
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 12,80/Ausland: € 16,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising, Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim. Printed in Germany

Inhalt

Ungelöst?

Heinrich August Winkler
Von der deutschen zur europäischen Frage . . . . . 473 Aufsätze
Gedanken zu einem Jahrhundertproblem

Übergangen?

Alexander Wolz
Das Auswärtige Amt und die deutsche Entscheidung zur Remilitarisierung des Rheinlands 487

Unverzichtbar?

Yfaat Weiss
Von Prag nach Jerusalem 513
Jüdische Kulturgüter und israelische Staatsgründung

Auf Linie gebracht?

Viola Balz und Ulrike Klöppel
Wendung nach Innen. 539
Sozialpsychiatrie, Gesundheitspolitik und Psychopharmaka in der Deutschen Demokratischen Republik, 1960-1989

Das letzte Wort?

Paul Köppen
Weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf . . . . . 569 Diskussion
Zur Verweigerung einer quellenbasierten Diskussion über Heinrich Brünings Sparpolitik

Ratlos?

Johannes Hürter und Matthias Uhl
Hitler in Vinnica. . . . . 581 Dokumentation
Ein neues Dokument zur Krise im September 1942

Eine verlässliche Ausgabe und ein unredlicher Angriff **641** Notizen

Zehnte Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (20. bis 24. März 2016) **643**

645 Rezensionen online

653 Abstracts

657 Autoren

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde ein Problem gelöst, das Europa seit dem frühen 19. Jahrhundert immer wieder beschäftigt hat: die deutsche Frage. Sie konnte aber offenbar nur gelöst werden, indem die europäische Frage in Gestalt der „Finalität" der EU offen blieb. Entgegen den ursprünglichen Bonner Vorstellungen wurde auf französisches Drängen die europäische Gemeinschaftswährung der Schaffung einer Politischen Union und damit auch einer Fiskalunion vorgezogen. Diese Entkoppelung gilt heute als Konstruktionsfehler des Euro. Das deutsche Insistieren auf einer Harmonisierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken wird vielfach als hegemoniales Gebaren Berlins kritisiert. Haben wir es inzwischen mit einer neuen deutschen Frage zu tun – oder ist die europäische Frage weiterhin offen?

Heinrich August Winkler

Von der deutschen zur europäischen Frage

Gedanken zu einem Jahrhundertproblem

Eine Zeitlang schien es, als sei alles klar: Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 bedeutete die Lösung eines Jahrhundertproblems, der deutschen Frage. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland stand erstens fest, wo Deutschland lag, wo seine Grenzen verliefen, was dazu gehörte und was nicht. Zweitens war die alte Frage beantwortet, ob im Zweifelsfall der Freiheit oder der Einheit der Vorrang gebühre: Deutschland war in Frieden und Freiheit wiedervereinigt worden. Drittens war Deutschland kein Problem der europäischen Sicherheit mehr. Es gehörte als Ganzes der Europäischen Union und dem Atlantischen Bündnis an. Es war mithin supranational eingebunden, und zwar im westlichen Sinn. Ein deutsches Schwanken zwischen West und Ost wie zur Zeit der Weimarer Republik war nicht mehr zu erwarten.

Was den dritten Aspekt, die übernationale Einbindung, angeht, sind in den letzten Jahren, vor allem außerhalb Deutschlands, Zweifel aufgetaucht, auf die zurückzukommen sein wird. Zunächst möchte ich aber in einem ersten Schritt auf die Geschichte der deutschen Frage im 19. und 20. Jahrhundert eingehen, mich in einem zweiten dann dem historischen Ort der Wiedervereinigung zuwenden, um schließlich drittens zu erörtern, warum in jüngster Zeit verstärkt von einer Rückkehr der deutschen Frage, mitunter auch von einer neuen deutschen Frage, zu lesen ist und ob es nicht sinnvoller wäre, von einer offenen europäischen Frage zu sprechen.

I.

Ursache dafür, dass die deutsche Frage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Licht der Welt erblickte, war die Auflösung des Alten Reiches, des Heiligen

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0030

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Römischen Reiches Deutscher Nation, im Jahr 1806. Sie warf ein Problem auf, das einige Jahre später der 1815, also vor genau 200 Jahren, gegründete Deutsche Bund lösen sollte: Dem Staatenbund war von den deutschen Fürsten und freien Städten die Aufgabe zugedacht, als gemeinsames Dach zu dienen – eine Konstruktion, die einen für wünschenswert gehaltenen losen Zusammenhalt zwischen ihnen ermöglichen sollte, ohne sie in der Ausübung ihrer souveränen Rechte über Gebühr zu beeinträchtigen.

Um den Deutschen Bund zu einem Erfolg zu machen, hätten drei Voraussetzungen erfüllt sein müssen: Zwischen den beiden deutschen Großmächten Österreich und Preußen wäre ein hohes Maß an wechselseitiger Rücksichtnahme notwendig gewesen; das sogenannte „dritte Deutschland" oder die Trias, das heißt die Gesamtheit der Mittelstaaten, hätte einigermaßen einig auftreten müssen; der Deutsche Bund hätte den Freiheitsideen der Zeit angemessen Raum gewähren müssen. In dem halben Jahrhundert, in dem der Deutsche Bund, wenn auch mit einer Unterbrechung im Gefolge der Revolution von 1848/49, bestand, nämlich von 1815 bis 1866, waren die ersten beiden Bedingungen nur zeitweilig und seit 1850 mit abnehmender Tendenz gegeben, die dritte zu keiner Zeit[1].

Die Revolution von 1848/49 war das Ergebnis einer Bewegung gegen die Vorenthaltung von Freiheit und Einheit durch den Deutschen Bund und die deutschen Fürsten. Was sich die deutschen Liberalen und Demokraten vorgenommen hatten, war ein ehrgeizigeres Programm als das der französischen Revolutionäre von 1789. Diese fanden den Nationalstaat, den sie auf eine völlig neue gesellschaftliche Grundlage stellen wollten, schon vor. Für die „Achtundvierziger" ging es darum, aus dem (noch näher zu definierenden) Deutschland zur gleichen Zeit einen Verfassungs- und einen Nationalstaat zu machen. Sie konnten gar nicht anders, als die Erreichung dieser beiden Ziele simultan anzustreben, aber ebendieses Junktim hat sie letztlich überfordert.

In der Frühphase der Revolution war es bei den Kräften der Bewegung unstrittig, dass die Einigung Deutschlands das deutschsprachige Österreich einschließen musste. Als sich seit Ende 1848 die Einsicht durchzusetzen begann, dass die Einheit sich nicht im großdeutschen, sondern nur im kleindeutschen Rahmen, also ohne Österreich und unter preußischer Führung, würde verwirklichen lassen, war es für diese bescheidenere Lösung schon zu spät: Die Gegenrevolution war inzwischen auch in Preußen so erstarkt, dass sich eine Einigung zwischen der Nationalversammlung in Frankfurt und dem Träger der Hohenzollernkrone als nicht mehr möglich erwies[2].

[1] Das Vorstehende einschränkend zur Darstellung der Auflösung des Alten Reiches bei Wolfgang Burgdorf, Ein Weltbild verliert seine Welt. Der Untergang des Alten Reiches und die Generation 1806, München 2006, und der Geschichte des Deutschen Bundes bei Jürgen Müller, Deutscher Bund und deutsche Nation 1848–1866, Göttingen 2005. – Der Text ist die erweiterte Fassung der Munich History Lecture, die der Verfasser am 26. 1. 2015 an der Ludwig-Maximilians-Universität München gehalten hat. Im Hinblick auf den Vortragscharakter sind die Anmerkungen auf ein Mindestmaß beschränkt.

[2] Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München ^{5}2010, S. 99 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Otto von Bismarcks kleindeutsche Lösung der deutschen Frage in den Jahren 1864 bis 1871, eine klassische „Revolution von oben", beantwortete die Einheitsfrage von 1848 im preußischen Sinn. Die Freiheitsforderung der Liberalen aber wurde mit der Reichsgründung nur zum kleinen Teil erfüllt. Im Deutschen Reich von 1871 gab es zwar, wie zuvor seit 1867 im Norddeutschen Bund, ein kräftiges Stück Demokratie in Gestalt des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer, und so gesehen war das damalige Deutschland sogar fortschrittlicher als liberale Mustermonarchien wie Großbritannien und Belgien. Aber von einer parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung konnte keine Rede sein. Die Parlamentarisierung kam erst im Schatten der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg in Form der „Oktoberreform" von 1918: eine schwere Vorbelastung der ersten deutschen Demokratie, der Republik von Weimar.

Die Debatte über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die anlässlich der 100. Wiederkehr der „Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts 2014 einen neuen Höhepunkt erreichte, ist in Deutschland ganz überwiegend in einer verengten diplomatiegeschichtlichen Perspektive geführt worden. In den beiden in Deutschland erfolgreichsten Darstellungen, dem Buch „Die Schlafwandler" von Christopher Clark und dem „Großen Krieg" von Herfried Münkler, wird zwar ausgiebig von den Motiven der wichtigsten zivilen und militärischen Akteure, aber kaum je von den politischen Systemen und den Gesellschaften der beteiligten Großmächte gesprochen. Was es bedeutete, dass in Deutschland der Reichskanzler nicht dem Reichstag, sondern dem Kaiser verantwortlich war und die militärische Kommandogewalt des preußischen Königs nicht der ministeriellen Gegenzeichnung bedurfte, wird weder bei Clark noch bei Münkler herausgearbeitet. Die unvermeidbare Konsequenz dieses methodischen Ansatzes ist die Ausblendung beziehungsweise Unterschätzung des Phänomens „deutscher Militarismus"[3].

Das gesellschaftliche Einzugsfeld der deutschen „Kriegspartei" war ungewöhnlich breit, ihr politischer Rückhalt stärker als in irgendeinem anderen Land des alten Okzidents. Je mehr die Sozialdemokraten bei Reichstagswahlen an Stimmen gewannen, desto lauter wurden die Rufe von rechts nach einem Krieg als Ausweg aus der innenpolitischen Krise. „In weiten Kreisen herrscht die Überzeugung, daß ein Krieg nur vorteilhaft sein kann, indem unsere prekäre politische Lage geklärt und die Gesundung vieler politischer und sozialer Zustände herbeigeführt würde", hieß es beispielsweise am 26. August 1911 in der freikonservativen *Post*[4]. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erteilte solchen Forderungen und der zugrunde liegenden Lagebeurteilung bis in den Juni 1914 hinein zwar eine klare Absage. Als er sich nach dem Attentat von Sarajewo dem Drängen des Militärs auf einen Präventivkrieg beugte, tat er aber, was der militärische und der zivile Flügel der Kriegspartei von ihm erwarteten. Ohne auf deren politische Vorarbeit einzugehen, lässt sich Deutschlands Weg in den Ersten Weltkrieg nicht

[3] Vgl. Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (engl. Orig. London 2012), München 2013; Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918, Berlin 2013.

[4] Zit. aus einer Reichstagsrede von August Bebel vom 9. 11. 1911 bei Winkler, Weg, Bd. 1, S. 316.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

angemessen darstellen und die Frage nach dem deutschen Anteil am Kriegsausbruch nicht umfassend beantworten.

Soweit der Erste Weltkrieg ein Krieg der Ideologien war und seit 1917, dem Jahr von zwei russischen Revolutionen und dem Kriegseintritt der USA, immer mehr zu einem solchen wurde, führten ihn deutsche Intellektuelle als Kampf der „Ideen von 1914", mit Parolen wie Volksgemeinschaft, starker Staat und „deutscher Sozialismus", gegen die Ideen von 1789, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, mithin in einer eindeutig antiwestlichen Ausrichtung. Die Einführung der parlamentarischen Monarchie im Oktober 1918, von der Rechten von Anfang an scharf befehdet, war bekanntlich nur der Auftakt zu einem kurzen Intermezzo. Da die militärische Führung den Regimewechsel sabotierte, folgte der „Revolution von oben" die „Revolution von unten" auf dem Fuße. Zu einer klassischen Revolution aber konnte die deutsche Revolution von 1918/19 nicht werden. Dazu war Deutschland dank der Erfahrungen mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für Männer schon zu demokratisch. Im Vordergrund stand infolgedessen der Ruf nach *mehr* Demokratie: nach dem Frauenwahlrecht, der Demokratisierung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, Kreisen und Gemeinden, nach der vollen parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierungen auf Reichs- wie auf Einzelstaatsebene.

Der antidemokratischen Rechten der Weimarer Republik bot die Gründungskonstellation von 1918/19, das Zusammentreffen von Parlamentarisierung und Niederlage, die Chance, die neue Regierungsform, eine westliche Demokratie, als Folge eines Täuschungsversuchs der Siegermächte und von Verrat an nationalen Traditionen, kurz als „undeutsch" zu brandmarken. Nachdem Weimar als parlamentarische Demokratie 1930 gescheitert und Deutschland zu einem halbautoritären Präsidialregime übergegangen war, wurde Adolf Hitler zum Hauptnutznießer der ungleichzeitigen Demokratisierung des Kaiserreichs, der frühen Einführung eines demokratischen Wahlrechts und der späten Parlamentarisierung des Regierungssystems: Er konnte fortan nicht nur an die verbreiteten Ressentiments gegenüber der westlichen Demokratie appellieren, sondern auch an den seit Bismarcks Zeiten verbrieften Teilhabeanspruch des Volkes, der unter den Präsidialregierungen der späten Weimarer Republik zunehmend ins Leere lief. Es war nicht zuletzt diese pseudodemokratische Stoßrichtung von Hitlers Kampagnen, die den Aufstieg der Nationalsozialisten zur stärksten deutschen Partei zu erklären vermag.

Die Herrschaft des Nationalsozialismus war der Gipfel der deutschen Auflehnung gegen das normative Projekt des Westens, die politischen Ideen der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789. Was den deutschen Fall aus westlicher Sicht so singulär erscheinen ließ, war, so paradox es klingt, die westliche Prägung Deutschlands. Deutschland war ein Teil des alten Okzidents oder des lateinischen Europa. Es hatte die mittelalterlichen Gewaltenteilungsprozesse in Gestalt der ansatzweisen Trennung von geistlicher und weltlicher sowie von fürstlicher und ständischer Gewalt mitvollzogen. Es hatte an den großen Emanzipationsprozessen der frühen Neuzeit vom Humanismus über die Reformation bis zur Aufklärung teilgehabt und sie mitgeformt. Wichtigen po-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

litischen Konsequenzen der Aufklärung wie den Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie hatten sich die alten deutschen Eliten aber verweigert und diesen Gegensatz seit dem Ersten Weltkrieg zur offenen Feindschaft gegenüber dem Westen gesteigert.

Es bedurfte der zweiten, diesmal totalen Niederlage Deutschlands im 20. Jahrhundert und des Untergangs des von Bismarck gegründeten Deutschen Reiches, um nach 1945 ein gründliches Umdenken in Gang zu setzen. Im westlichen Teil Deutschlands, der späteren Bundesrepublik, entstand eine zweite, diesmal funktionstüchtige, abwehrbereite, parlamentarische Demokratie. Die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens", von der Jürgen Habermas 1986 auf dem Höhepunkt des „Historikerstreits" um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung sprach[5], war das Ergebnis langwieriger Lern- und Diskussionsprozesse. In der diskursfreien Herrschaft im anderen Teil Deutschlands war eine solche Aneignung westlicher Errungenschaften bis zur friedlichen Revolution von 1989 nicht möglich. Als sich nach dem Fall der Berliner Mauer die politischen Bedingungen in der DDR radikal änderten, konnte der Osten diese Entwicklung nachvollziehen.

II.

Die Frage, ob sie im Zweifelsfall der Einheit oder der Freiheit den Vorzug geben würde, hat sich der Bundesrepublik nie konkret gestellt – auch nicht, als Stalin 1952 in legendären Noten an die Westmächte die Option eines neutralen Gesamtdeutschland ins Gespräch brachte[6]. In der Logik von Adenauers Politik der Westintegration lag freilich der unbedingte Primat der Freiheit. Drei Jahre später, im August 1955, wurden repräsentativ ausgewählte Bundesbürger gefragt, ob Adenauer ein hypothetisches sowjetisches Angebot, die Wiedervereinigung Deutschlands mit freien Wahlen gegen den endgültigen Verzicht auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen, annehmen solle oder nicht. Zwei Drittel (67 Prozent) sprachen sich für Ablehnung und nur ein Zehntel (10 Prozent) für Annahme aus[7]. Eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1945 wäre, so muss man folgern, mit einer großen Gefahr verbunden gewesen: einem radikalen Nationalismus, der schon einmal, nach 1918, zur Zerstörung einer deutschen Demokratie beigetragen hatte.

Als Bundeskanzler Willy Brandt im Dezember 1970 in der polnischen Hauptstadt den Warschauer Vertrag unterzeichnete, in dem Polen und die Bundesrepublik feststellten, dass die Oder-Neiße-Linie die westliche Grenze Polens bilde und beide Staaten keine Gebietsansprüche gegeneinander hätten, hatte sich die öf-

[5] Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: „Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 62–76, hier S. 75.

[6] Vgl. Peter Ruggenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007.

[7] Jahrbuch der öffentlichen Meinung (1958–1964), hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Bonn 1965, S. 323.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fentliche Meinung im Westen Deutschlands bereits deutlich gewandelt. Einer Umfrage vom März 1970 zufolge waren nunmehr 58 Prozent der Bundesbürger für die endgültige Hinnahme der Grenze und nur noch 25 Prozent dagegen[8].

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 kehrte die deutsche Frage auf die Tagesordnung der internationalen Politik zurück. Der Feststellung, dass eine Wiedervereinigung nur innerhalb der Grenzen von 1945 möglich war, traten nur noch einige Bundestagsabgeordnete aus den Reihen des Bundes der Vertriebenen entgegen. Nach viereinhalb Jahrzehnten hatte die Teilung Deutschlands zuwege gebracht, was lange undenkbar erschienen war: Die Deutschen akzeptierten klaglos den definitiven Verlust von weitaus mehr als einem Viertel des Territoriums, das 1937 zum Deutschen Reich gehört hatte.

Soweit die deutsche Frage eine Grenzfrage war, konnte sie also nur simultan mit der Lösung eines anderen Jahrhundertproblems gelöst werden: der polnischen Frage. Ebendies geschah durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde, und den zwei Monate später, am 14. November 1990, in Warschau unterzeichneten deutsch-polnischen Grenzvertrag. Die Lösungen der deutschen und der polnischen Frage waren aber auch auf andere Weise miteinander verzahnt. Wenn es einen genau datierbaren Anfang der friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa gibt, dann wurde er in Polen gesetzt: am 6. Februar 1989 mit dem Beginn der Verhandlungen am Runden Tisch zwischen der Partei- und Staatsführung auf der einen und den Vertretern der offiziell noch verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ auf der anderen Seite. Auch die Vorgeschichte der welthistorischen Umwälzung von 1989 nahm in Polen ihren Anfang: Es war die Gründung von „Solidarność“ in der Danziger Leninwerft im August 1980. Ohne die polnische Selbstbefreiung keine friedliche Revolution in der DDR und keine Wiedervereinigung: Dem politischen Bewusstsein der Deutschen hat sich dieser historische Zusammenhang bisher noch viel zu wenig eingeprägt[9].

Was die innere Seite des deutsch-deutschen Einigungsprozesses anging, setzte sich Anfang 1990 in der Bundesrepublik die Einsicht durch, dass die zweckmäßigste, weil am schnellsten zu verwirklichende Lösung ein Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes war. Die Alternative, der Weg über Artikel 146, eine Volksabstimmung über eine gesamtdeutsche Verfassung, wäre ebenso zeitraubend wie riskant gewesen. Niemand wusste, wie lange der kompromissbereite Michail Gorbatschow sich in Moskau an der Macht würde behaupten können. Zudem verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der DDR, was sich in anhaltend hohen Zahlen von Übersiedlern niederschlug und die Gefahr gewaltsamer Proteste in sich barg. Und schließlich hatten die Befürworter eines zeitlich gestreckten Einigungsprozesses offenkundig die Mehrheit der Ostdeutschen gegen sich. Die erste (und letzte) freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 brachte dann auch einen

[8] Dies., Jahrbuch der öffentlichen Meinung (1968–1973), Bonn 1974, S. 525.

[9] Vgl. Heinrich August Winkler, Polnische Befreiung und deutsche Vereinigung. Der mühsame Weg zur Lösung von zwei Jahrhundertfragen, in: Ders., Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte, München 2007, S. 154–167.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eindeutigen Sieg der Parteien, die den raschen Beitritt zur Bundesrepublik forderten. Damit war die Frage beantwortet, in welchem verfassungsrechtlichen Rahmen die alte Parole „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" verwirklicht werden würde.

Das schwierigste Problem, das vor der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gelöst werden musste, war der künftige militärische Status des Landes: eine Frage von grundlegender Bedeutung für die gesamte europäische Sicherheitsstruktur. Das grundsätzliche Ja zur deutschen Einheit, das Gorbatschow in den ersten beiden Monaten des Jahres 1990 ausgesprochen hatte, bedeutete noch nicht, dass die Sowjetunion bereit war, die westliche Forderung zu erfüllen, dass ganz Deutschland dem Atlantischen Bündnis angehören müsse. Erst anlässlich eines Besuches in Washington stimmte Gorbatschow am 31. Mai 1990 der These seines Gastgebers, des amerikanischen Präsidenten George H.W. Bush, zu, dass die Deutschen selbst über die Frage der Bündnismitgliedschaft entscheiden sollten.

Die Zugeständnisse, die die Sowjetunion dem Westen in Sachen der deutschen Zugehörigkeit zur NATO abhandeln konnte, betrafen das Territorium der künftigen neuen Bundesländer. Dort sollten ausländische Streitkräfte und Atomwaffen weder stationiert noch dorthin verlegt werden. Ein westliches Versprechen, dass die NATO sich nicht nach Osten ausdehnen werde, hat es aber, entgegen einer später von russischer Seite verbreiteten und auch in Deutschland oft zu hörenden Behauptung, nicht gegeben[10]. Eine militärisch und wirtschaftlich stärkere Sowjetunion hätte sich niemals auf eine Lösung der deutschen (und europäischen) Sicherheitsfrage zu westlichen Bedingungen eingelassen. Doch den vielbeschworenen „Wettkampf der Systeme" hatte Moskau inzwischen auf allen Ebenen verloren. Das wussten Gorbatschow und sein Außenminister Eduard Schewardnadse. Deswegen und weil sie auf westliche und zumal deutsche Wirtschaftshilfe dringend angewiesen waren, agierten sie im Sommer 1990 so, wie sie es taten.

Der zeitgenössischen Öffentlichkeit weniger eingeprägt haben sich die Wirkungen, die schon die bloße Aussicht auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf den europäischen Einigungsprozess hatte. Auf die Schaffung einer gemeinsamen Währung hatte sich der Europäische Rat auf dem Madrider Gipfel vom Juni 1989, also noch vor dem Mauerfall, verbindlich festgelegt. Für die Bundesregierung gab es zu dieser Zeit keinen Zweifel, dass Währungsunion und Politische Union unlösbar zusammengehörten: Die gemeinsame Währung sollte als

[10] Zu gewissen Schwankungen in den Bonner und Washingtoner Positionen im Hinblick auf eine Erweiterung der NATO-Gebiets im Januar/Februar 1990 vgl. Mark Kramer, The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia: The Washington Quarterly 32 (2009), No. 2 (April), S. 39–61; Kristina Spohr, Precluded or Precedent-Setting? The "NATO Enlargement Question" in the Triangular Bonn-Washington-Moscow Diplomacy of 1990–91, in: Journal of Cold War Studies 14 (2012), No. 4 (Fall), S. 4–54; Mary Elise Sarotte, "Not One Inch Eastward"? Bush, Baker, Kohl, Genscher, Gorbachev, and the Origin of Russian Resentment toward NATO Enlargement in February 1990, in: Diplomatic History 34 (2010), No. 1 (January), S. 119–140; Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 3: Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 1028 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vehikel der politischen Einigung Westeuropas dienen. Doch der französische Staatspräsident François Mitterrand setzte seit Ende 1989 auf eine Entkoppelung dieser Ziele: Die Währungsunion sollte vorgezogen werden, um zu verhindern, dass ein wiedervereinigtes Deutschland, gestützt auf die Deutsche Mark, zum europäischen Hegemon aufsteigen konnte.

Bundeskanzler Helmut Kohl lag alles daran, die deutsche Einheit nicht mit der Hypothek eines deutsch-französischen Zerwürfnisses zu belasten. Deswegen ließ er sich auf eine Lockerung des bisherigen deutschen Junktims ein – zunächst in der Form, dass über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion in getrennten Regierungskonferenzen beraten werde. Das Ergebnis des Ringens war der im Februar 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht. Den Zusammenhang zwischen diesem Vertrag und der deutschen Wiedervereinigung hat Andreas Rödder prägnant zusammengefasst: „Alles in allem hatte die Bundesregierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugestimmt, ohne vergleichbare Konzessionen für das eigene Ziel der Politischen Union zu gewinnen, deren Gestalt freilich – mit Ausnahme gestärkter Rechte für Parlament und Kommission – nie klar umrissen worden und dementsprechend wenig absehbar war. Insofern lässt sich sagen, dass die konkrete Zustimmung zum entscheidenden Schritt hin zur europäischen Währungsunion eine deutsche Konzession an Frankreich während des Wiedervereinigungsprozesses darstellte."[11]

Die Schaffung einer Währungsunion ohne gleichzeitige Bildung einer Fiskal- und Politischen Union gilt heute, nach den Erfahrungen der Weltfinanz- und Staatsschuldenkrise seit 2008, als der entscheidende Konstruktionsfehler des Euro. Mitterrands Erwartung, das Aufgehen der DM in einer europäischen Währung werde das Gewicht eines vereinten Deutschland innerhalb der Europäischen Union mindern, hat sich nicht erfüllt. Aus der Sicht der ersten Jahre nach 1989 aber sprach alles für deutsche Vorleistungen auf dem Weg zu einem einigeren Europa. Einem nationalistischen Deutschland wäre es nie gelungen, seine Einheit im Einvernehmen mit den einstigen „Großen Vier" und den europäischen Nachbarn wiederherzustellen. Der Verzicht auf klassische Hoheitsreche wie die nationale Währung fügte sich gut zu der Absicht, der Welt ein neues, ein europäisches Deutschland zu präsentieren.

Die alte Bundesrepublik hat Karl Dietrich Bracher erstmals 1976 als „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten" bezeichnet[12]. Das wiedervereinigte Deutschland *ist* ein Nationalstaat, aber, anders als das Deutsche Reich, keiner der klassischen Art. Wie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehört die größer gewordene Bundesrepublik zum Typ der postklassischen Nationalstaaten, die sich dadurch auszeichnen, dass sie Teile ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben

[11] Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 269 f.

[12] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1976, S. 544 (Nachwort zur 5. Auflage); vgl. ders., Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Ders. u. a., Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 285–406, hier S. 405 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

oder auf supranationale Einrichtungen übertragen. Den Staatenverbund der Europäischen Union auf eine klare Finalität festzulegen, ist weder 1990 gelungen noch seither. Im Rückblick spricht alles für die These, dass die deutsche Frage damals nur gelöst werden konnte, indem man die europäische Frage offen ließ.

III.

Der Fall der Mauer hatte auch im Westen keineswegs nur Freude ausgelöst. Mitterrand stand mit seinen Sorgen über eine neue deutsche Machtzusammenballung in Mitteleuropa durchaus nicht allein. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher war noch weit stärker beunruhigt als der französische Staatspräsident. Bereits zehn Tage vor dem historischen Ereignis in Berlin, am 31. Oktober 1989, war in der „Times" ein Artikel des irischen Historikers und Journalisten Conor Cruise O'Brien mit der Überschrift „Beware a Reich Resurging" erschienen. Darin hieß es, ein „Viertes Reich", wenn es denn komme, werde eine natürliche Tendenz haben, seinem Vorgänger ähnlich zu sein. Die Premierministerin selbst warnte im Februar 1990 in der „Sunday Times", Europa gehe durch die Vereinigung Deutschlands auf einen „enormous upheaval" zu[13].

Die internationale Einbettung der deutschen Einheit trug ebenso wie die europafreundliche Politik der Regierung Kohl dazu bei, die Vorbehalte gegenüber dem gewachsenen Gewicht der Bundesrepublik rasch wieder abzubauen. Doch ein gewisses Misstrauen blieb. Als der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Wolfgang Schüssel, im Februar 2000 eine Koalitionsregierung mit der weit rechts stehenden, vielfach als „großdeutsch" wahrgenommenen Freiheitlichen Partei Österreichs unter dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider bildete, erregte der französische Soziologe Emmanuel Todd mit der These Aufsehen, nun sei die deutsche Frage wieder offen[14]. Die Sanktionen, die die EU auf französisches Drängen gegen Wien verhängte, waren vor dem Hintergrund solcher Einschätzungen zu sehen.

Von einer neuen deutschen Frage sprach 2004 auch der amerikanische Politikwissenschaftler Stephen J. Szabo anlässlich des Neins, das die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer dem Irakkrieg von 2003 entgegenstellte[15]. Doch damit stand Deutschland nicht allein. Das Non des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac war nicht weniger entschieden und für die USA schon deswegen von größerem Gewicht als die deutsche Verweigerung, weil Frankreich als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Washington mit einem Veto gegen amerikanische beziehungsweise amerikanisch-britische Entschließungsanträge drohen konnte.

[13] Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München [5]2010, S. 575 f.

[14] Vgl. Die deutsche Frage ist wieder offen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 2. 2000; Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 528 ff.

[15] Vgl. Stephen F. Szabo, Parting Ways? The Crisis in German-American Relations, Washington D. C. 2004, S. 149 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Knapp ein Jahrzehnt später wurden erneut Stimmen laut, die sich kritisch mit der Macht und dem Machtverständnis Deutschlands auseinandersetzten. Eines der auslösenden Momente dieser Debatte war die Rolle Berlins bei der Bewältigung der internationalen Schuldenkrise. Deutschland war dank der Reformen im Zeichen der rot-grünen „Agenda 2010" gestärkt aus den Erschütterungen der Weltwirtschaft seit 2008 hervorgegangen und band seine Bereitschaft, den Krisenländern innerhalb der Eurozone zu helfen, in Übereinstimmung mit der Europäischen Kommission an die Einleitung durchgreifender Strukturreformen in den betroffenen Ländern. Nicht nur dort, sondern auch in den USA, in Großbritannien und Frankreich wurde diese Position mit dem Vorwurf quittiert, die Deutschen ließen sich von ihrem Inflationstrauma zu einer Deflationspolitik zu Lasten Dritter verleiten und fügten damit Europa und der Weltwirtschaft schweren Schaden zu.

Dazu kam immer häufiger die Unterstellung, Deutschland gehe es mit seinem harten Stabilitätskurs letztlich darum, ein „Deutsches Reich mit der Peripherie als Hinterland (a German empire with the periphery as the hinterland)" zu schaffen – eine plakative Formel des Finanzmagnaten George Soros[16]. Der britische Historiker und Publizist Timothy Garton Ash, alles andere als ein Gegner Deutschlands, sprach im Sommer 2013 von der „neuen deutschen Frage" und gab damit seinem irischen Kollegen Brendan Simms den Anstoß, seinerseits von einem „Zeitalter der ‚neuen deutschen Frage'" zu sprechen[17].

Die Kritik am deutschen Junktim von Hilfe und Selbsthilfe wurde leiser, als erste Reformerfolge als Belege für die Richtigkeit dieses Ansatzes gedeutet werden konnten. Schwerer zu entkräften war und ist eine andere Kritik am deutschen Umgang mit wirtschaftlicher und politischer Macht. Am 17. März 2011, auf dem Höhepunkt des libyschen Bürgerkriegs, stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über einen Antrag der USA, Großbritanniens und Frankreichs ab, in dem es um die Abwehr eines drohenden Gemetzels libyscher Regierungstruppen unter den Verteidigern von Bengasi ging. Zusammen mit Russland und China gehörte Deutschland zu den Mächten, die sich der Stimme enthielten: ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Akt außenpolitischer Selbstmarginalisierung, der scharfe Kritik seitens der Vereinigten Staaten und der westeuropäischen Verbündeten Deutschlands auslöste[18]. Die deutsche Berufung auf die bewährte „Kultur der Zurückhaltung" auf militärischem Gebiet – eine auf den Außenminister der Jahre 1992 bis 1998, Klaus Kinkel, zurückgehende Formel[19] –

[16] George Soros, Remarks delivered at the Festival of Economics, Trento, Italy, 2. 6. 2012, in: http://www. George soros.com./interviews-speeches / entry / remarks at the festival of economics Trento Italy/.

[17] Timothy Garton Ash, The New German Question, in: The New York Review of Books vom 15. 8. 2013; Brendan Simms, Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte 1453 bis heute (engl. Orig. London 2013), München 2014, S. 20 (Vorwort zur deutschen Ausgabe).

[18] Vgl. Andreas Rinke, Eingreifen oder nicht? Warum sich die Bundesrepublik in der Libyen-Frage enthielt, in: Internationale Politik 66 (2011), Nr. 5 (Juli/August), S. 44–52.

[19] Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 12. Wahlperiode, Bd. 175, S. 21165–21169 (Klaus Kinkel, 22. 7. 1994).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wurde als Flucht aus der Verantwortung zurückgewiesen. Es war ein Vorwurf, der im konkreten Fall nicht der Berechtigung entbehrte und auch von vielen deutschen Kommentatoren erhoben wurde.

Was im Westen vielfach als neuer, diesmal pazifistischer „deutscher Sonderweg" verstanden wird, hat nicht nur mit den Erfahrungen der viereinhalb Jahrzehnte zu tun, in denen Deutschland beziehungsweise die beiden deutschen Staaten nicht voll souverän gewesen waren und die oberste Sicherheitsverantwortung bei den Alliierten gelegen hatte. Hinzu kommt eine ebenso verbreitete wie umstrittene Folgerung aus der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 und vor allem des Zweiten Weltkriegs: die Auffassung, dass Deutschland infolge der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit jenseits der reinen Landes- und Bündnisverteidigung zu einer Politik des unbedingten Gewaltverzichts, also auch der Nichtbeteiligung an humanitären Einsätzen der Völkergemeinschaft, verpflichtet sei. Entsprechend wurde seitens der Mehrheit der SPD und der Grünen 1995 anlässlich der Debatten über einen Beitrag der Bundeswehr zum Schutz der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina argumentiert, wobei auch der Hinweis auf die Lehren aus dem Holocaust nicht fehlte[20].

Drei Jahre später, kurz nach der für Sozialdemokraten und Grüne so erfolgreichen Bundestagswahl von 1998, stimmten beide Parteien einer anderen humanitären Intervention, dem Einsatz der NATO im Kosovo, zu. Einen Rekurs auf Auschwitz gab es auch diesmal, aber jetzt im Sinne der Pflicht, schwersten Menschenrechtsverletzungen nicht tatenlos zuzusehen[21]. Seitdem sind Berufungen auf die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und besonders den Judenmord seltener geworden, und dafür gibt es gute Gründe. Denn jede Instrumentalisierung des Holocaust für tagespolitische Zwecke ist mit der Gefahr seiner Banalisierung verbunden. Das gilt vor allem für den Versuch, aus der Singularität der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen ein Recht auf Wegsehen gegenüber anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuleiten – eine Politik, mit der sich Deutschland von allen anderen westlichen Demokratien isolieren würde.

Deutschland ist in den letzten Jahren mehr als einmal zu mehr „Führung" in Europa aufgefordert worden. Besonders eindringlich tat das am 28. November 2011 der polnische Außenminister Radosław Sikorski in einer in Berlin gehaltenen Rede. Er bezeichnete Deutschland als „unentbehrliche Nation" in Europa und bekannte, als Pole fürchte er deutsche Untätigkeit noch mehr als deutsche Macht[22]. Der britische „Economist" sprach im Juni 2013, einen von dem Politologen William E. Paterson geprägten Begriff zitierend, von Deutschland als „Europe's Reluctant Hegemon". Die Verfasserin des Artikels, Zanny Minton Beddoes, verwies auf den wirtschaftlichen Abstand zwischen Deutschland und Frankreich, der größer sei als je zuvor, und auf das Pariser Reformdefizit, um anschlie-

[20] Vgl Winkler, Weg, Bd. 2, S. 629 f.
[21] Vgl. ebenda, S. 630.
[22] Radosław Sikorski, Polen und die Zukunft der Europäischen Union. Berliner Europa-Rede vom 28. 11. 2011, in: Die Welt vom 29. 11. 2011.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ßend pointiert festzustellen: „In Peking und Washington ist die Frage ‚Wohin geht Europa?' gleichbedeutend mit der Frage ‚Was wollen die Deutschen?'"[23]

Der Begriff der „Hegemonie" passt weder zur Idee noch zur Wirklichkeit des Staatenverbundes Europäische Union. Das gilt auch für die Hegemonie eines auf Grund seiner Vergangenheit „verwundbaren Hegemons", als welchen Herfried Münkler das gegenwärtige Deutschland unlängst bezeichnet hat (ein wenig glücklicher Begriff, wenn man bedenkt, dass der zunehmend selbstkritische Umgang mit seiner Geschichte Deutschland nach innen und außen gestärkt und nicht geschwächt hat)[24]. Jeder Versuch Deutschlands, den anderen Mitgliedstaaten seinen Willen aufzuzwingen, wäre zum Scheitern verurteilt und würde die Gemeinschaft zerstören. Anders zu bewerten ist der Vorschlag, an den Begriff der „halbhegemonialen Stellung" anzuknüpfen, mit dem der Historiker Ludwig Dehio 1951 die Position des Bismarckreiches im damaligen Europa charakterisiert hat[25]. Im Anschluss an Dominik Geppert hat der Forschungsdirektor des European Council on Foreign Relations in London, Hans Kundnani, in seinem im Herbst 2014 erschienenen Buch „The Paradox of German Power" diesen Begriff auf das wiedervereinigte Deutschland angewandt – ein Land, das wie das Kaiserreich von 1871 in seiner Mittellage für eine „balance of power" zu mächtig sei, aber nicht mächtig genug, um Hegemonie auszuüben[26].

Kundnani spricht von einer geo-ökonomischen Halbhegemonie Deutschlands, ja von einer Rückkehr der deutschen Frage in geo-ökonomischer Form. Die deutsche Macht der Gegenwart sei durch eine seltsame Mischung von wirtschaftlicher Macht und militärischer Abstinenz gekennzeichnet. Deutschland trete in Europa zunehmend dominant (assertive) auf, beschränke sich außerhalb Europas aber darauf, seine Wirtschaftsinteressen zu verfolgen – und das meist ohne Rücksicht auf normative Erwägungen wie Achtung oder Nichtachtung von Menschenrechten[27].

Im Hinblick auf die Europäische Union spricht vieles gegen die These von der neuen deutschen Frage. Die Probleme Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals oder Griechenlands, das in fast jeder Hinsicht ein Sonderfall ist, bei der Durchführung überfälliger Strukturreformen haben ihre tiefere Ursache in der jeweiligen nationalen und nicht in der deutschen Politik. Diese Probleme verweisen vielmehr darauf, dass die europäische Frage weiterhin in dem Sinne offen ist, dass

[23] Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 4: Die Zeit der Gegenwart, München ²2015, S. 435 f., Zitat S. 436.

[24] Vgl. Herfried Münkler, Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015, S. 174 ff.

[25] Ludwig Dehio, Deutschland und die Epoche der Weltkriege (1951), in: Ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München, S. 9–36, hier S. 15.

[26] Vgl. Hans Kundnani, The Paradox of German Power, London 2014, S. 8, S. 14 f. u. S. 107; Dominik Geppert, Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro, Berlin 2013, S. 123.

[27] Vgl. Kundnani, Paradox, S. 100 ff. Den Begriff „geo-economics" übernimmt Kundnani von Edward Luttwak, From Geopolitics to Geo-economics, in: The National Interest, Summer 1990, S. 17–24.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Weiterentwicklung der Währungsunion zur Fiskalunion seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 trotz Europäischem Stabilitätsmechanismus, Fiskalpakt und Bankenunion nur unzureichend vorangeschritten ist, von der fehlenden Vollendung der Politischen Union ganz zu schweigen.

Ohne einen belastbaren deutsch-französischen, besser deutsch-französisch-italienischen Reformkonsens, der auf die Verbindung von Wirtschaftswachstum mit ökonomischen und sozialen Strukturreformen zielt, sind Fortschritte im Integrationsprozess nicht zu erwarten. Ob dieser Konsens zustande kommt, hängt nicht nur und nicht einmal vorrangig von Deutschland ab. Solange der Vertrag von Lissabon gilt, dürfte die intergouvernementale Zusammenarbeit, in den vergemeinschafteten wie in den nicht vergemeinschafteten Bereichen der Politik, die wichtigste Ebene der Europapolitik bleiben. Was die Eurozone angeht, liegt eine weitere Prognose nahe: Der Zwang zur Einigung zwischen den Mitgliedstaaten wird nachlassen, wenn die Europäische Zentralbank fortfährt, reformpolitische Versäumnisse einzelner Regierungen durch eine expansive Geldpolitik zu kompensieren. Die EZB ist auf deutsches Drängen hin dem Vorbild der Deutschen Bundesbank nachgebildet worden. Die Art und Weise, wie die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit nutzt, widerspricht aber deutschen Vorstellungen häufig diametral – ganz so, als sei es die Absicht der EZB, die These von der deutschen Hegemonie ad absurdum zu führen.

Die These von der Rückkehr der deutschen Frage erledigt sich aber auch nicht durch den Hinweis auf die anhaltende Offenheit der europäischen Frage. Kundnani zitiert Bekenntnisse zu einem besonderen „deutschen Weg" unter der rot-grünen Bundesregierung am Vorabend des Irakkrieges von 2003 und, mit deutlich größerer Plausibilität, die zahlreichen Beschwörungen deutsch-russischer Sonderbeziehungen während der Krise um die Ukraine im Jahr 2014[28]. Äußerungen, die auf eine Art von deutscher Äquidistanz zu Russland und den Vereinigten Staaten und auf eine deutsche Vermittlerrolle zwischen dem Westen und der Russischen Föderation abzielten, waren während der Ost-West-Konfrontation von 2014 in der Tat so wenig zu überhören, dass bei den ostmitteleuropäischen Mitgliedern der EU und der NATO zeitweilig Zweifel aufkamen, ob die deutschen Bekenntnisse zur „Westbindung" innenpolitisch so unumstritten waren, wie man lange gemeint hatte. Gegen die offizielle Berliner Politik aber ließ sich der Vorwurf der Zweideutigkeit nicht erheben: Sie richtet sich nach wie vor an dem Imperativ aus, dass die EU und die NATO gegenüber dem Russland Putins geschlossen auftreten müssen. Von einer „neuen deutschen Frage" zu sprechen, bietet also auch die deutsche Russlandpolitik keinen Anlass.

Ein Vierteljahrhundert nach der Epochenwende von 1989/90 muss sich der Westen zumindest vorläufig von der Hoffnung verabschieden, dass sich über kurz oder lang zwischen Vancouver und Wladiwostok ein trikontinentaler Friedensraum auf der Grundlage der Demokratie herausbilden werde. Was bleibt, ist die Überwindung der Ordnung von Jalta, der Spaltung des alten Okzidents in einen freien und einen unfreien Teil. Um diese Errungenschaft zu bewahren, muss die

[28] Kundnani, Paradox, S. 56 ff. u. S. 114.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

EU sich mehr denn je bemühen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit *einer* Stimme zu sprechen.

Denn nicht nur die Ukrainekrise, auch die Globalisierung des islamistischen Terrors und die teilweise dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme nach Europa zeigen, wie dringlich die verstärkte Zusammenarbeit der Europäer gerade auf diesem Gebiet ist. Die weltpolitischen Krisen häufen sich zu einem Zeitpunkt, wo der Zusammenhalt der Europäischen Union so gefährdet ist wie noch nie. Die Schuldenkrise hat die zentrifugalen Kräfte innerhalb der EU verstärkt, und es gibt externe Interessenten ihrer Schwächung, obenan das Russland Putins. Die aktuellen Differenzen um die Verteilung von Asylsuchenden und Flüchtlingen drohen die moralische Glaubwürdigkeit der Europäischen Union zu erschüttern: Sie stellen ihren Anspruch in Frage, eine Wertegemeinschaft zu sein. Von allen Herausforderungen, vor die sich die EU gestellt sieht, ist dies die größte: In einer immer komplexer und unübersichtlich gewordenen Welt muss sie ihre Fähigkeit beweisen, nach außen geschlossen aufzutreten. Nur wenn ihr das gelingt, hat das supranationale Projekt Europa noch eine Chance.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am 7. März 1936 unternahm Hitler einen entscheidenden Schritt zur Zerstörung nicht nur der Versailler Ordnung, sondern auch des 1925 im Zuge von Stresemanns Verständigungspolitik abgeschlossenen Locarno-Pakts, indem er Truppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren ließ. Das war eine Entscheidung von erheblicher außenpolitischer Tragweite. Welche Rolle hat hierbei das Auswärtige Amt gespielt? Das ist die zentrale Frage von Alexander Wolz' Aufsatz, in dem zugleich das völkerrechtliche Geflecht analysiert wird, das damals einen tiefen Einschnitt erlitt.

Alexander Wolz

Das Auswärtige Amt und die deutsche Entscheidung zur Remilitarisierung des Rheinlands

Am 7. März 1936 lief William Shirer, Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur Hearst, durch die Straßen Berlins zur Kroll-Oper, wo für zwölf Uhr eine Sitzung des Reichstags einberufen war. Seit Tagen war die Hauptstadt voller Gerüchte darüber, was der Reichskanzler zu verkünden hatte. „Hitler begann seine feierliche Ansprache", so beobachtete Shirer die Szene, „mit Ausführungen über das Unrecht des Versailler Vertrages"[1], um hierauf gegen den Bolschewismus zu wüten. Als Hitler erklärte, dass sich Deutschland nicht mehr an den Locarnopakt gebunden fühle und in diesem Moment deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein vorstießen, entlud sich die Spannung in einem einzigen Tosen:

> „Er [Hitler] kann nicht weitersprechen. Dieser hysterische ‚parlamentarische' Mob erfährt erst jetzt, daß deutsche Soldaten bereits ins Rheinland einmarschieren. Der ganze Militarismus in ihrem deutschen Blut steigt ihnen zu Kopfe. Sie springen auf, jubelnd und schreiend. Auf der Gästetribüne dasselbe Bild [...]. Ihre Hände sind zum sklavischen Salut hochgestreckt, ihre Gesichter von Hysterie gezeichnet, ihre Münder weit geöffnet und schreiend, ihre vor Fanatismus brennenden Augen gerichtet auf den neuen Gott, den Messias."[2]

Draußen sah Shirer „endlose Kolonnen von SA-Männern", die die Remilitarisierung des Rheinlands feierten. „So verschwindet nun Locarno", lautete Shirers Fazit, „die Hauptstütze der europäischen Friedensstruktur."[3]

Die Remilitarisierung der Rheinzone vom März 1936 bedeutete einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Zwischenkriegszeit. Deutschland durchtrennte

[1] William L. Shirer, Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934–1941, hrsg. von Jürgen Schebera, Leipzig/Weimar 1991, S. 56, Eintragung vom 7. 3. 1936.
[2] Ebenda, S. 57.
[3] Ebenda, Zitate S. 58 u. S. 59.

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0031

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit der Kündigung des Locarnopakts die letzten Bindungen an Europa. An die Stelle der Kooperation der Großmächte, die mit den Mitteln der Diplomatie eine Neuordnung des Kontinents schaffen sollte, trat der Machthunger des „Dritten Reiches", der sich mit Hilfe von Drohung, Gewalt und der Entfesselung eines Weltkriegs seine Bahn brach. Die Sicherung der Grenze im Westen war die Voraussetzung, um deutsche Revisionsansprüche im Osten angehen zu können, und schuf so die Basis, von der aus Hitler die Annexionen Österreichs und des Sudetenlands sowie die Zerschlagung der Tschechoslowakei ins Werk setzen konnte. Nach der Rheinlandbesetzung gelang es den anderen Mächten nicht mehr, den deutschen Expansionismus einzudämmen, weil das remilitarisierte Rheinland die französischen Streitkräfte hinderte, ihren Verbündeten durch einen schnellen Vorstoß nach Deutschland zu Hilfe zu eilen; das Fundament des französischen Bündnissystems war mit einem Schlag zerstört[4].

Darüber hinaus markierte die Rheinlandkrise einen Wandel im Stil der nationalsozialistischen Außenpolitik. Nicht 1937 war das „Wendejahr"; die entscheidende Zäsur stellte bereits der März 1936 dar. Hatte Hitler bislang alle außenpolitischen Schritte mit seinen Beratern besprochen, begann er nun, die großen Entscheidungen selbstherrlich zu treffen, während er sich dem Tagesgeschäft mehr und mehr entzog. Gleichzeitig fühlte er sich nach dem Erfolg im Rheinland stark genug, dass er mit dem Vierjahresplan und der dazugehörigen Denkschrift das „Uhrwerk der Kriegsvorbereitung" in Gang setzte[5]. Lange vor dem 5. November 1937, als Hitler den Spitzen der Wehrmacht seine Kriegsabsichten mitteilte, sprach er immer offener über seine politischen Endziele. Europa sei in zwei Lager gespalten, erklärte Hitler im Dezember 1936 vor Mitgliedern des Kabinetts, in wenigen Jahren werde es zu einer „Weltauseinandersetzung" kommen, in deren Verlauf er den „Westfälischen Frieden" liquidieren wolle. Dann würden Staaten wie Polen, Österreich und Ungarn von der Landkarte verschwinden[6]. „Deutschland wird in einem kommenden Kampf siegen", stellte Hitler schon damals die Alternativen klar, „oder nicht mehr leben."[7]

Dieser doppelte Wendepunkt hat stets das Interesse der Forschung auf sich gezogen, ohne dass es indes zu einer einheitlichen Deutung gekommen wäre. Die meisten Historiker[8] vertreten die Meinung, Hitler habe im Frühjahr 1936 von sich

[4] Vgl. Hermann Graml, Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990, S. 91 f.; Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 2002, S. 201 ff.

[5] Vgl. ebenda, S. 218 ff. u. S. 374 (Zitat).

[6] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußland hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 3/II: März 1936-Februar 1937, bearb. von Jana Richter, München 2001, Eintragung vom 23. 2. 1936, S. 388 ff., Zitate S. 389, und Eintragung vom 2. 12. 1936, S. 272 f.

[7] Ebenda, Eintragung vom 23. 2. 1937, S. 389.

[8] Vgl. Jost Dülffer, Zum „decision-making process" in der deutschen Außenpolitik 1933–1939, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1977, S. 186–204; Manfred Funke, 7. März 1936. Fallstudie zum außenpolitischen Führungsstil Hitlers, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Nationalsozialistische Außenpolitik, Darmstadt 1978, S. 277–324; James Th. Emmerson, The Rhine-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aus die Besetzung des Rheinlands beschlossen, weil er den „psychologischen Augenblick" gekommen sah, einen Schritt in der Umsetzung seines außenpolitischen Programms zu tun, wie er es in den zwanziger Jahren in „Mein Kampf" und seinem „Zweiten Buch" dargelegt hatte. Nach dem Austritt aus dem Völkerbund 1933 und der Einführung der Wehrpflicht 1935 war die Besetzung des Rheinlands der nächste programmatische Schritt zur Wiederwehrhaftmachung des Reiches. Der Zeitpunkt schien günstig, denn England war durch die Abessinienkrise abgelenkt und Frankreich innerpolitisch zerstritten, bei weiterem Zuwarten würde die entmilitarisierte Zone zu einer „Art unantastbarer Einrichtung" werden[9].

Einige Forscher argumentieren differenzierter[10]. Sie behaupten, Hitler habe nicht aus freien Stücken, sondern aus einem innenpolitischen Motiv gehandelt, weil das NS-System zu seiner Integration immer wiederkehrende Erfolge und die Akklamation durch Plebiszite brauchte. Hitler habe einen außenpolitischen Coup benötigt, als die Aufbruchsstimmung der „Machtergreifung" abgeklungen war, die Begeisterung für das Regime sank und die Stimmung unter der katholischen Bevölkerung des Rheinlands schlecht war[11].

Wieder anders lautet die Deutung der Militärhistoriker[12]. Nicht Hitler, sondern die Spitzenmilitärs hätten auf Abschaffung der Zone gedrängt, weil der im Dezember 1933 ins Werk gesetzte Aufbau des deutschen Heeres ohne die industriellen Kapazitäten und die menschlichen Reserven an Rhein und Ruhr nicht zu realisieren war. Die Remilitarisierung sei eine Konsequenz der Rüstungsplanungen gewesen, weil die Belegung der entmilitarisierten Zone für den weiteren

land Crisis. 7 March 1936. A Study in multilateral Diplomacy, with an Introduction by Donald C. Watt, London 1977; Axel Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970.

9 Esmonde Robertson, Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936, Aufzeichnung von Hassell, in: VfZ 10 (1962), S. 178–205, Dok. 3, S. 192, und Dok. 4, S. 195 (Zitat).

10 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003; Ian Kershaw, Hitler, Bd. 1: 1889–1936, Stuttgart 1998.

11 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 5, Nr. 105, Berichterstattung in politischen Angelegenheiten. Lagebericht für September und Oktober 1935 vom 13. 11. 1935.

12 Vgl. Wilhelm Deist, Zum Problem der deutschen Aufrüstung 1933–1936, in: Francia 5 (1977), S. 538–565; ders., Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Ders./Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979, S. 369–532; Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980; ders., Militär, Rüstung und Außenpolitik – Aspekte militärischer Revisionspolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Funke (Hrsg.), Hitler, S. 239–268; Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, Boppard a. Rh. 1980; ders., Deutsche Militär-Elite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, in: Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 226–290.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Heeresaufbau Anfang 1936 bereits berücksichtigt war[13] und die Vorbereitungen für die Sicherung der westlichen Grenzen im Kriegsfall begonnen hatten[14].

Kaum behandelt wurden die politischen Konzeptionen, die das Auswärtige Amt im Vorfeld der Rheinlandbesetzung verfolgte. Die wenigen vorliegenden Untersuchungen vertreten die Ansicht, die deutsche Diplomatie hätte bis 1936 am Locarnopakt festgehalten[15], konstatieren aber auch, dass die Wilhelmstraße intensiv an der diplomatischen Vorbereitung der Remilitarisierung beteiligt war[16]. Besonders der Widerspruch zwischen der Version, Außenminister Konstantin von Neurath sei im Februar 1936 „fast täglich" zu Besprechungen über die Rheinlandbesetzung beim Kanzler gewesen[17], und der Aussage des Außenministers in Nürnberg, er habe erst eine Woche vorher von der geplanten Aktion erfahren[18], konnte nicht ausgeräumt werden[19].

Auf der Grundlage neuer Quellen[20] kann eine Neubewertung der Rolle der Diplomaten bei der Entscheidungsfindung zur Rheinlandbesetzung erfolgen. Dazu werden folgende Fragen behandelt:

1. Wie standen die Diplomaten des Auswärtigen Amts zum Rheinpakt von Locarno?
2. Wann entschloss man sich zur „Kündigung" Locarnos und warum?

---

[13] Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg im Breisgau (künftig: BA-MA), RH 2/1015, „Bemerkungen des Oberbefehlshaber des Heeres zum Heeresaufbau" vom 22. 1. 1936.

[14] Vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 14. November 1945–1. Oktober 1946 (IMT), Nürnberg 1949, Bd. XXXVI, S. 410 ff.

[15] Vgl. Franz Knipping, Die deutsche Diplomatie und Frankreich 1933–1936, in: Francia 5 (1977), S. 491–512; Hermann Graml, Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik. Hybris und Augenmaß im Auswärtigen Amt, München 2012.

[16] Vgl. Esmonde M. Robertson, Hitler und die Sanktionen des Völkerbundes – Mussolini und die Besetzung des Rheinlandes, in: VfZ 26 (1978), S. 237–264; Zach Shore, Hitler, Intelligence and the Decision to remilitarize the Rhine, in: Journal of Contemporary History 34 (1999), S. 5–18; Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München ²2010, S. 89.

[17] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), ZSg 133/14, Aufzeichnung Frau v. Mackensen von 1940.

[18] Vgl. IMT, Nürnberg 1948, Bd. XVII, S. 50 f.

[19] Unlängst ist die Rheinlandkrise in zwei Arbeiten thematisiert worden, die aber keine neuen Argumente brachten; vgl. Lars Lüdicke, Constantin von Neurath. Eine politische Biographie, Paderborn 2014, und Annette Schmidt-Klügmann, Bernhard Wilhelm von Bülow, Hans Heinrich Dieckhoff, Friedrich Gaus. Die Leitung des Auswärtigen Amts zwischen Kontinuität und Anpassung 1933–1936, in: Johannes Hürter/Michael Mayer (Hrsg.), Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, Berlin u. a. 2014, S. 111–130.

[20] Hier sind zu nennen: die Handakten Konstantin v. Neuraths und die Akten der Rechtsabteilung (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts), die Nachlässe Neuraths (BArch Koblenz), des deutschen Militärattachés in London, Leo Frh. Geyr v. Schweppenburg (Institut für Zeitgeschichte), und Otto (II.) v. Bismarcks (Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung), sowie die Akten der Außenministerien in London und Paris (The National Archives, London-Kew; Archives diplomatiques du Ministère des Affaires étrangères et européennes, Paris-La Courneuve).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

3. Welchen Stellenwert besaß die Konzeption des Auswärtigen Amts gegenüber Hitlers Absichten in der Rheinlandfrage?

1. Die Grundzüge des Locarnopakts bis 1933

Der am 16. Oktober 1925 paraphierte und am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnete Locarnovertrag umfasste eine ganze Reihe von Abmachungen[21]. Die Klammer des Vertragswerks bildete das Schlussprotokoll von Locarno, in dem England, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei ihre Absicht erklärten, Streitigkeiten künftig friedlich beizulegen und gemeinsam für eine moralische Entspannung zwischen den Nationen, wirtschaftlichen Wiederaufbau und allgemeine Abrüstung einzutreten. Dem Protokoll als Anlagen beigefügt waren die Einzelverträge. Anlage A war der Rheinpakt. In ihm garantierten Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Italien die Einhaltung des territorialen Status quo an der deutsch-französischen Grenze sowie die Aufrechterhaltung der entmilitarisierten Zone am Rhein. Gleichzeitig versprachen sich Deutschland, Frankreich und Belgien wechselseitig, zu keinem Angriff, Einfall oder Krieg zu schreiten. Bei einem Verstoß gegen diese Bestimmungen verpflichteten sich die Signatare zu militärischen Sanktionen gegen den paktbrechenden Staat. Des Weiteren sah der Rheinpakt vor, dass Deutschland dem Völkerbund beitreten solle. Die Anlagen B und C bildeten Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich, die die friedliche Lösung von Streitigkeiten regelten. Gleichlautende Abkommen, die das Deutsche Reich mit Polen und der Tschechoslowakei einging, waren in den Anlagen D und E niedergelegt. Anlage F schließlich war eine gemeinsame Note der Locarnomächte an das Reich, in der die Auslegung des Artikels 16 der Völkerbundssatzung festgehalten wurde, wonach die Mitglieder des Völkerbunds jedem Angriff entgegentreten sollten, sofern dies mit ihrer militärischen und geographischen Lage vereinbar war.

Der „Geist von Locarno", so erläuterte Gustav Stresemann vor dem Reichstag die Bedeutung des Vertrags, bilde eine Etappe, „um allmählich zur Sicherung des Friedens, zur Wiedergewinnung deutscher Souveränität und dadurch zur Wiedergewinnung der Grundlage zu kommen, auf der sich später einmal [...] deutsche Freiheit aufbauen kann"[22]. Damit verfolgte man zwei Ziele. Einerseits diente der Pakt der Friedenssicherung, indem er die internationale Zusammenarbeit vorantrieb und ein Instrumentarium zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten bereitstellte, das durch die Unterzeichnung des Kelloggpakts[23] noch erweitert wurde. Andererseits sollte der Vertrag eine neue Phase der deutschen Revisionspolitik

[21] Abgedruckt bei Fritz Berber (Hrsg.), Locarno. Eine Dokumentensammlung, Berlin 1936, Nr. 12, S. 49 ff., Nr. 13, S. 55 ff., Nr. 14, S. 61 f. u. Nr. 15, S. 62 f.

[22] Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Bd. II: Locarno und Genf, Berlin 1932, S. 245.

[23] Im Briand-Kelloggpakt vom 27. 8. 1928 verpflichteten sich die Signatare, künftig auf Krieg als Mittel der internationalen Politik zu verzichten; vgl. ausführlich Eva Buchheit, Der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 – Machtpolitik oder Friedensstreben?, Münster 1998.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einläuten. Das Sicherheitsversprechen an Frankreich und die Form des friedlichen Interessenausgleichs, die dem Rheinpakt zu Grunde lagen, sollten weitere Revisionen des Versailler Vertrags, etwa im Rheinland und auf dem Gebiet der Rüstungen, ermöglichen[24].

Doch mit dem Tod Stresemanns im Jahr 1929 endete die Locarno-Ära. Die nachfolgenden Regierungen steuerten einen außenpolitischen Kurs, der sich kaum mit den Prämissen der Locarnopolitik in Einklang bringen ließ. Mit dem „berühmten Locarno-Geist" sei nichts mehr anzufangen, urteilte die Reichswehrführung im Sommer 1931 und forderte die Beseitigung der entmilitarisierten Zone[25]. Nur mit Mühe gelang es dem Auswärtigen Amt, die Reichswehr von der Wichtigkeit Locarnos und der Einhaltung der Entmilitarisierungsbestimmungen zu überzeugen[26].

Größte Auswirkungen auf Locarno hatten seit 1933 die außenpolitische Konzeption Hitlers und sein „programmatisch festliegende[r] Gedanke eines Lebensraumkrieges gegen die Sowjetunion". Zum einen war Hitlers Politik von Beginn an Kriegsvorbereitungspolitik, deren Aufgabe es war, die militärischen Beschränkungen des Versailler Vertrags abzuschütteln, um die Voraussetzungen für den Kampf gegen Russland zu schaffen. Zum anderen war der traditionelle Revisionismus, der den konservativen Eliten als Ziel an sich galt, für Hitler nur ein Durchgangsstadium zum Lebensraumkrieg im Osten, dem eine Auseinandersetzung mit Frankreich um die Vormacht auf dem Kontinent voranzugehen habe[27]. Vor diesem Hintergrund lehnte Hitler den Locarnopakt als Mittel der Verständigung mit Frankreich ab und verurteilte die Einrichtung der entmilitarisierten Zone, weil erst die militärische Sicherung im Westen die Voraussetzungen für die Kraftprobe im Osten schaffen könne[28]. Tatsächlich hat Hitler schon in seiner Rede vom 3. Februar 1933 vor der Reichswehrführung davon gesprochen, die „neutrale Rhein-Zone zu besetzen", um eine „starke Wehrmacht" zu schaffen[29].

[24] Vgl. Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 140 ff. u. S. 147 ff.

[25] Denkschrift der Reichswehrführung vom August 1931, in: Wolfgang Michalka/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Deutsche Geschichte 1918–1933. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. 2002, Nr. 146, S. 247.

[26] Archives diplomatiques du Ministère des Affaires étrangères et européennes, Paris-La Courneuve (künftig: AMAEE), Série Z, La rive gauche du Rhin, Bd. 265/266, François-Poncet an Herriot vom 16. 12. 1932; BA-MA, RH 2/980, Neurath an Nadolny vom 10. 1. 1933.

[27] Schmidt, Außenpolitik, S. 107 (Zitat) u. S. 112 ff.; vgl. auch Bernd-Jürgen Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes, München 1987, S. 64 f. u. S. 68 f.

[28] Vgl. Hitlers Geheimrede vor den Truppenkommandeuren vom 10. 2. 1939, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Bd. 1: „Volksgemeinschaft" und Großmachtpolitik 1933–1939, München 1985, Nr. 201, S. 268.

[29] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), ZS 1954, Aufzeichnung Richter vom 20. 12. 1959; vgl. auch Andreas Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 517–550, besonders S. 549.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dennoch hielten die Regierung und insbesondere das Auswärtige Amt zunächst an dem Vertrag fest[30]. Die deutsche Sicherheit gegenüber Frankreich, schrieb Staatssekretär Bernhard Wilhelm von Bülow in einer Denkschrift über die außenpolitischen Ziele der neuen Regierung vom März 1933, beruhe auf dem Rheinpakt von Locarno mit seiner britisch-italienischen Garantie. „Mit Rücksicht auf unser Interesse an dem Locarno-Vertrag" solle die Revision der Entmilitarisierungsbestimmungen für das Rheinland zurückgestellt werden[31]. Dieser Linie schloss sich Hitler an, weil er den Locarnopakt beim Durchschreiten der „Gefahrenzone" bis zur Wiedererstarkung Deutschlands benötigte. Mitte September und nochmals am 24. November 1933 erklärten Hitler und Neurath dem französischen Botschafter André François-Poncet, Locarno sei ein frei ausgehandelter Vertrag und die deutsche Regierung werde ihn nicht aufkündigen[32]. Im Februar 1934 wiederholten Hitler und Neurath ihr Bekenntnis[33]. Auch gegenüber Anthony Eden, der Ende Februar 1934 in Berlin weilte[34], und gegenüber dem Gesandten Belgiens versicherte Hitler, Deutschland stehe voll und ganz zum Rheinpakt[35]. Und noch im Dezember 1934 riet Bülow vor Schritten in der entmilitarisierten Zone ab, weil Deutschland dann des „theoretischen Schutzes von Locarno verlustig" gehen würde[36].

2. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

Indes wurde das deutsche Bekenntnis zum Locarnopakt belastet, als die Reichsregierung am 14. Oktober 1933 den Austritt aus dem Völkerbund verkündete. „Der Locarno-Pakt", umschrieb ein ehemaliger Reichswehroffizier die Folgen der

[30] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (künftig: PA/AA), R 53933, Mehrmann an Neurath vom 27. 2. 1933.

[31] Aufzeichnung Bülow vom 13. 3. 1933, in: Günter Wollstein, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 13 (1973), S. 77–94, hier S. 83.

[32] Vgl. Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (DDF), I. Serie (1932–1935), Bd. IV (16. Juli-12. November 1933), Paris 1968, Nr. 212, S. 358 f. u. Nr. 215, S. 365–367; ebenda, Bd. V (13. November 1933–13. März 1934), Paris 1970, Nr. 52, S. 105 f.; Documents on British Foreign Policy 1919–1939 (DBFP), II. Serie, Bd. VI, London 1957, Nr. 79, S. 123–125.

[33] Vgl. ebenda, Nr. 295, S. 433 f., Phipps an Simon vom 18. 2. 1934; DDF, I, Bd. V, Nr. 392, S. 725–727, François-Poncet an Barthou vom 15. 2. 1934; ebenda, Nr. 393, S. 727–729, François-Poncet an Barthou vom 16. 2. 1934. Das Ergebnis der Besprechungen war eine Sprachregelung Neuraths, dass „wir die Gültigkeit [des] Locarnovertrags nicht in Frage gestellt haben". Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie C: 1933–1937 Das Dritte Reich: Die ersten Jahre, Bd. II, 2: 1. Februar bis 13. Juni 1934, Göttingen 1973, Nr. 266, S. 493.

[34] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983, Nr. 305, S. 1143–1149 u. Nr. 307, S. 1156–1159; DBFP, II, Bd. VI, Nr. 302, S. 448 f., Phipps an Simon vom 21. 2. 1934.

[35] Vgl. ADAP, Serie C, Bd. II, 2, Nr. 310, S. 563 f., Aufzeichnung von Neurath vom 9. 3. 1934.

[36] ADAP, Serie C, Bd. III, 2: 1. November 1934 bis 30. März 1935, Göttingen 1973, Nr. 369, S. 682, Aufzeichnung von Bülow vom 1. 12. 1934.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aktion, bleibe „als einziger für Deutschland nützlich anzuwendender Vertrag“[37]. Nach dem Verlust des Genfer Schutzschildes war es allein der Rheinpakt, der das entwaffnete Reich vor Übergriffen der anderen Mächte bewahrte, aber unklar war, ob der Rheinpakt nach dem Austritt aus dem Völkerbund noch gültig war[38]. Sei dies nicht der Fall, so urteilte ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amts in einer Aufzeichnung vom 21. Oktober 1933, dann wäre der Rheinpakt „kein politisch brauchbares Instrument“ mehr[39].

Ende Oktober 1933 wandte sich der deutsche Botschafter in London, Leopold von Hoesch, an den Rechtsexperten im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Friedrich Gaus, um zu erfahren, ob der Artikel 10 des Rheinpakts, der das Inkrafttreten des Vertrags vom deutschen Beitritt zum Völkerbund abhängig machte, nun ein Außerkrafttreten Locarnos bewirkte[40], wie die deutschen Völkerrechtsgelehrten schon in den zwanziger Jahren vermutet hatten[41]. Die Kronjuristen der Gegenseite könnten behaupten, schrieb Kurt von Kamphoevener vom Referat Völkerbund in einer Vorlage, dass der Vertrag nach Ablauf der zweijährigen Frist, wenn der deutsche Austritt gemäß Artikel 1 Absatz 3 der Völkerbundssatzung rechtskräftig würde, erledigt sei. Locarno wäre dann auch politisch am Ende[42].

Die Analyse des Auswärtigen Amts kam zu einem klaren Resultat. Obwohl der Wortlaut nicht eindeutig sei, urteilte Bülow am 14. Oktober 1933, sei es „objektiv schwerlich zu verneinen“, dass der Rheinpakt durch den deutschen Auszug aus Genf hinfällig geworden sei[43]. Die Bemerkungen des französischen Außenministers, Locarno sei voll gültig, seien „wider besseren Wissens“ erfolgt[44]. Zwar sage der Artikel 10 des Rheinpakts, schrieb Gaus in seiner Antwort an Hoesch vom 30. Oktober[45], nichts über ein Außerkrafttreten des Pakts, wenn Deutschland aus dem Völkerbund ausscheide, sodass das Funktionieren des Rheinpakts gesichert sei, solange das Reich formelles Mitglied in Genf war. Allerdings seien die Garantien des Rheinpakts in den Rahmen des Völkerbunds eingebaut, woraus sich ableiten lasse, dass der Locarnopakt am Ende sei. Die Anwendung des Locarno-

[37] Irene Strenge (Hrsg.), Ferdinand von Bredow. Notizen vom 20. 2. 1933 bis 31. 12. 1933. Tägliche Aufzeichnungen vom 1. 1. 1934 bis 28. 6. 1934, Berlin 2009, S. 177, Eintragung vom 20. 10. 1933.

[38] Vgl. Alexander Wolz, Die Rheinlandkrise 1936. Das Auswärtige Amt und der Locarnopakt 1933–1936, München 2014, S. 188–208.

[39] PA/AA, R 97124, Aufzeichnung Kamphoevener vom 21. 10. 1933.

[40] PA/AA, R 53941, Hoesch an Gaus vom 17. 10. 1933.

[41] Vgl. Eduard Nellen, Inhalt und juristische Bedeutung des Paktes von Locarno, Diss. jur. Göttingen o. J. [1927], S. 27.

[42] PA/AA, R 53941, Aufzeichnung Kamphoevener vom 21. 10. 1933.

[43] BArch Koblenz, ZSg 133/110, Vermerk Bülow vom 14. 10. 1933. Vgl. Gerhard Stuby, Vom „Kronjuristen“ zum „Kronzeugen“. Friedrich Wilhelm Gaus: ein Leben im Auswärtigen Amt der Wilhelmstraße, Hamburg 2008, S. 333.

[44] BA-MA, RH 2/98, Bülow an Beck vom 15. 11. 1933. Joseph Paul-Boncour berief sich auf die Expertisen aus dem Quai d’Orsay, wonach der Locarnopakt nicht vom deutschen Auszug betroffen sei; AMAEE, Série Relations multilatérales, Service français de la Société des Nations, Bd. 755, Aufzeichnung Basdevant vom 4. 11. 1933.

[45] PA/AA, R 53941, Gaus an Hoesch vom 30. 10. 1933.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pakts, so schrieben Bülow und Gaus später in einer Aufzeichnung, setze zwingend die Zugehörigkeit zum Völkerbund voraus[46], was sich auf die Bestimmungen des Artikels 4 des Rheinpakts bezog, wonach jeder Verstoß gegen den Rheinpakt vor den Völkerbundsrat zu bringen war. Als Nichtmitglied konnte das Deutsche Reich im Fall einer Aggression nicht vor den Völkerbundsrat ziehen, weil die Instrumente der Streiterledigung der Völkerbundssatzung in einem solchen Fall erst Anwendung finden konnten, nachdem das Land gemäß Artikel 17 der Völkerbundssatzung geladen wurde[47]. Das „Eigentümliche an Locarno" sei, schrieben Gaus und Bülow in ihrer Denkschrift, „dass England einem Nichtmitglied (Deutschland) keine militärische Unterstützung gegen ein Mitglied (Frankreich) zusagen" könne[48].

Im Herbst 1935 endete die formelle Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund[49]. Nach diesem Termin, so hatte Gaus schon im Mai 1935 geurteilt, sei die Teilnahme an einem Deutschland betreffenden Locarnoverfahren vor dem Genfer Rat zwar grundsätzlich durch den Artikel 17 der Völkerbundssatzung gewährleistet[50], aber man poche auf eine Erklärung der Locarnomächte, um das reibungslose Funktionieren des Rheinpakts zu gewährleisten. „Die Hohen Vertragsschließenden Teile", lautete ein entsprechender Vorschlag der Deutschen, „bekräftigen aufs neue die volle Gültigkeit der von ihnen unterzeichneten Verträge von Locarno."[51] Die anderen Signatare sollten darauf hinwirken, dass Deutschland bei einem Locarnoverfahren als gleichberechtigte Macht an den Beratungen des Völkerbundsrats teilnehmen könne.

Anfang Oktober 1935 meldeten die deutschen Vertreter, dass sich die Briten mit den Rückwirkungen des deutschen Völkerbundsaustritts auf Locarno befassten[52]. Die Engländer, so berichtete das Konsulat in Genf am 16. Oktober 1935, wollten gemeinsam mit den Deutschen eine Juristenkonferenz abhalten, um zu prüfen, „ob die Locarnoverträge noch die Absichten der Partner erfüllen"[53].

Doch die Note, die der britische Botschafter Eric Phipps am 19. Oktober 1935 im Auswärtigen Amt übergab, war eine Absage. Darin erklärte die britische Seite, dass die Locarnoverträge auch weiterhin voll anwendbar seien, denn

46 PA/AA, BA 60960, Aufzeichnung Bülow und Gaus vom März 1935.
47 Vgl. Oskar Bam, Der Krieg um Genf, Wien/Leipzig 1936, S. 63.
48 PA/AA, BA 60960.
49 Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart (AdG), 1935, bearb. von Heinrich v. Siegler, Wien o. J, S. 2256, Tagesmeldung vom 12. 10. 1935.
50 PA/AA, R 53010, Gaus an Hoesch vom 27. 5. 1935.
51 ADAP, Serie C, Bd. IV, 1: 1. April bis 13. September 1935, Göttingen 1975, Nr. 106, Anlage, S. 198 f., von Neurath an die Botschaft in London vom 25. 5. 1935.
52 Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung (künftig: OBS), I 31, Aufzeichnung Bismarck vom 2. 10. 1935; PA/AA, R 53011, Forster an das Auswärtige Amt vom 12. 10. 1935; ebenda, Bismarck an das Auswärtige Amt vom 12. 10. 1935; PA/AA, R 53941, Krauel an das Auswärtige Amt vom 8. 10. 1935.
53 Ebenda, Das deutsche Konsulat in Genf an das Auswärtige Amt vom 16. 10. 1935; PA/AA, R 76988, Bericht aus London vom September 1935.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„[...] under Article 17 of the League Covenant, the provisions of the articles of the Covenant which are referred to in the Locarno Treaty can become applicable to disputes where one of the parties is not a member of the League“[54].

Reichsaußenminister Neurath erklärte Phipps am 23. Oktober, er habe „alle Reserven“ [!] gegenüber Artikel 17 der Völkerbundssatzung, und verwies auf den deutschen Textvorschlag vom Mai 1935. Dort stünde, „wie wir uns die Bereinigung der Angelegenheit dächten“[55]. Doch London winkte ab. Ralph Wigram vom Central Department vermerkte am 25. Oktober, der deutsche Vorschlag zu einer Locarno-Erklärung gebe keinen Anlass, die britische Haltung zu überdenken[56]. Das sah auch die Rechtsabteilung im Foreign Office so. Deutschland sei vielleicht nicht an Artikel 17 der Völkerbundssatzung, jedoch an den Rheinpakt gebunden. Dies schließe die Verpflichtung ein, im Locarnofall ein Verfahren gemäß Artikel 17 der Völkerbundssatzung einzuhalten[57]. So lautete die Mitteilung des britischen Außenministers Samuel Hoare an den Botschafter in Berlin. Entgegen der Behauptung Neuraths, schrieb Hoare am 30. Oktober 1935, sei der Artikel 17 der Völkerbundssatzung ausreichend, um die weitere Anwendung der Locarnoverträge zu garantieren[58].

3. England, Frankreich und der Locarnopakt

War der Locarnopakt im Herbst 1935 durch den endgültigen Austritt aus dem Völkerbund nach deutscher Auffassung rechtlich hinfällig geworden, so war es zudem fragwürdig, ob der Vertrag noch seine politischen Funktionen erfüllen konnte, als es im Herbst 1935 schien, England und Frankreich hätten sich „über Locarno hinaus“[59] militärisch aneinander gebunden. Die „Hauptfolge“ Locarnos sei, so hatte Staatssekretär Carl von Schubert in einem Rundschreiben vom 28. Oktober 1925 die Folgen des Locarnovertrags erläutert, dass England und Italien aus ihrem Allianzverhältnis zu Frankreich gelöst würden. Sonderbündnisse zwischen den Westmächten seien unter den Bedingungen des Locarnopakts ausgeschlossen, denn alle beteiligten Staaten stünden im gleichen Verhältnis zueinan-

[54] ADAP, Serie C, Bd. IV, 2: 16. September 1935 bis 4. März 1936, Göttingen 1975, Nr. 376, S. 756 f., Anm. 1, Aufzeichnung von Neurath vom 23. 10. 1935; PA/AA, R 53011, Phipps an Neurath vom 19. 10. 1935.

[55] ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 376, S. 757, Aufzeichnung Neurath vom 23. 10. 1935; PA/AA, R 53011, Neurath an die deutsche Botschaft in London vom 23. 10. 1935; DBFP, II, Bd. XIII, London 1973, Nr. 537, S. 691, Phipps an Hoare vom 23. 10. 1935.

[56] The National Archives, London-Kew (künftig: TNA), FO 371/18850, Aufzeichnung Wigram vom 25. 10. 1935.

[57] Ebenda, Aufzeichnung Beckett vom 25. 10. 1935.

[58] Vgl. DBFP, II, Bd. XIII, Nr. 544, S. 696 f., Hoare an Phipps vom 30. 10. 1935. Dieser Position schlossen sich die Franzosen an; AMAEE, Série Relations multilatérales, Service français de la Société des Nations, Bd. 756, Aufzeichnung vom 11. 10. 1935.

[59] IfZ-Archiv, ED 91, Bd. 7/2, Aufzeichnung Geyr v. Schweppenburg, o. D.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der[60]. Wenn zwei Mächte, die nach der Konstruktion des Rheinpakts eine „wesentlich verschiedene Rolle erfüllen", militärische Abreden träfen, so hatte auch Stresemann geurteilt, „so würde das an den Grundlagen Locarnos rühren"[61], denn dies würde „Sinn, Grundlage und Bestehen" eines derartigen Pakts widersprechen.

Doch diese Konstellation bahnte sich an[62]. Frankreich, so lautete die Einschätzung des Militärattachés in London im Oktober 1935, versuche England in die Einkreisungspolitik einzuspannen, indem man den Briten feste Beistandszusagen entlockte[63]. London habe für eine französische Unterstützung in der Abessinienkrise den Franzosen eine „verkürzte Stresafront" und bindende Zusagen für den Fall einer deutschen Verletzung der entmilitarisierten Zone geboten[64]. Sofort protestierte die deutsche Diplomatie. Solche Absprachen unter Rheinpaktstaaten seien nicht zulässig[65], hieß es aus der Wilhelmstraße und Hoesch wies darauf hin, dass die französische Note vom 5. Oktober 1935[66] die deutsche Regierung „sehr verstimmt" habe. Das dort angepeilte Verfahren, so erklärte er Hoare und Robert Vansittart, sei die Zerstörung des Locarno-Gleichgewichts zu Ungunsten Deutschlands und könne vom Auswärtigen Amt nicht hingenommen werden[67]. Im Dezember hieß es aus einer Quelle, die Außenminister Frankreichs und Englands hätten über die Wiederherstellung der „Entente Cordiale" verhandelt[68].

Als der britische Botschafter Mitte Dezember 1935 erklärte, „die englische Regierung denke [...] daran, daß sie mit Frankreich und Belgien gewisse Abmachungen über die Anlage und Benutzung von Flugplätzen in diesen Ländern abschließen müsse"[69], waren die Deutschen überzeugt, dass eine Militärzusam-

[60] Vgl. ADAP, Serie A: 1918–1925, Bd. XIV: 14. August bis 30. November 1925, Göttingen 1995, Nr. 192, S. 498–501, Schubert an die deutschen Gesandtschaften in Bern, Den Haag und Stockholm vom 28. 10. 1925.

[61] Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Bd. III: Von Thoiry bis zum Ausklang, Berlin 1932, S. 355.

[62] Vgl. Wolz, Rheinlandkrise, S. 209 ff.

[63] PA/AA, R 30062 b, Aufzeichnung Geyr v. Schweppenburg vom 10. 10. 1935.

[64] BA-MA, RH 1/78, Vermerk Stülpnagel vom 2. 10. 1935 (Zitat); PA/AA, R 70102, DNB-Meldung vom 12. 10. 1935.

[65] Vgl. DDF, I, Bd. XIII (16. Oktober-31. Dezember 1935), Paris 1979, Nr. 154, S. 221 f. u. Nr. 194, S. 278–286.

[66] Die Note enthielt die Antwort auf eine Anfrage der Briten, ob Frankreich im Abessinienkrieg zu militärischer Unterstützung gemäß Artikel 16 der Völkerbundssatzung bereit sei. Dies bejahten die Franzosen unter der Bedingung, dass sich England umgekehrt zum Beistand gegen Deutschland verpflichtete. England und Frankreich, so vermutete man in der Wilhelmstraße, hätten ein „Gentlemen's Agreement" geschlossen, das die militärische Zusammenarbeit für bestimmte Fälle regelte; PA/AA, R 70027, Politische Übersicht Nr. 11 vom 26. 11. 1935; DDF, I, Bd. XII (21. August-15. Oktober 1935), Paris 1979, Nr. 331, S. 470 f., Pierre Laval an Corbin vom 4. 10. 1935.

[67] Vgl. ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 355, S. 722, Hoesch an das Auswärtige Amt vom 17. 10. 1935; DBFP, II, Bd. XV, London 1976, Nr. 104, S. 123 f.; Emmerson, Rhineland, S. 34 f.

[68] BA-MA, RH 1/78, Vermerk Stülpnagel vom 23. 12. 1935. Anfang 1936 schrieb Frohwein, Bülow solle Beck darauf hinweisen, dass England in einem europäischen Konflikt niemals neutral sein werde; PA/AA, R 34016, Frohwein an Dieckhoff vom 28. 1. 1936.

[69] ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 462, S. 900, Aufzeichnung von Neurath vom 14. 12. 1935.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

menarbeit zwischen London und Paris stattfand. Frankreich, so resümierte eine Vorlage der Politischen Abteilung vom 14. Januar 1936, habe bei den Generalstabsbesprechungen mit den Briten die Frage einer „luftmilitärischen Kooperation" gegen Deutschland angeschnitten[70]. Und Neurath vertraute dem italienischen Botschafter an, man habe Frankreich und England deutlich gemacht, dass Deutschland in den militärtechnischen Vereinbarungen zwischen Paris und London einen Verstoß gegen Locarno erblicke[71].

Als solche Verletzung wertete die deutsche Seite auch den am 2. Mai 1935 geschlossenen französisch-sowjetischen Beistandspakt[72]. Die Allianzen, die Frankreich mit Osteuropa verbanden, so die deutsche Argumentation, seien mit dem Rheinpakt von Locarno, in dem Paris versprochen hatte, keinen Angriff auf Deutschland zu unternehmen, nicht vereinbar[73]. Wenn eine Sondergruppe einseitige militärische Abmachungen gegen einen Locarnostaat schlösse, so hatte Gaus schon 1929 in einer Denkschrift geschrieben, würde dies dem Sinn der Locarnoverträge widersprechen. Dies gelte auch, wenn die Abreden auf einen unter Locarno an sich zulässigen Krieg abgestellt seien[74].

Ganz auf dieser Linie liegend wurde Ende Mai 1935 in den Hauptstädten aller Locarnomächte ein vom Auswärtigen Amt verfasstes Memorandum übergeben[75]. Die deutsche Regierung, so hieß es, habe die Bestimmungen des französisch-sowjetischen Pakts mit den Verpflichtungen verglichen, die Frankreich im Locarnopakt gegenüber Deutschland eingegangen war. Dort habe Frankreich versichert, niemals gegen das Reich Krieg zu führen, mit Ausnahme der in Artikel 2 Absatz 2 des Rheinpakts genannten Fälle. Der französisch-sowjetische Pakt passe sich nur scheinbar diesen Bestimmungen an. Denn in Ziffer 1 des Zusatzprotokolls hieß es, „daß, wenn der Rat trotzdem aus irgendeinem Grunde keinen Vorschlag macht [...], die Beistandsverpflichtung deshalb nicht weniger Anwendung erfährt"[76]. Damit habe sich die französische Seite verpflichtet, den Russen auch dann unter Artikel 16 der Völkerbundssatzung Beistand zu leisten, wenn keine Empfehlung des Völkerbundsrats vorlag. Dies würde eine flagrante Verletzung des Rheinpakts darstellen[77]. Damit habe sich Frankreich in einer Weise über die Regeln des

[70] PA/AA, BA 60967, Aufzeichnung Frohwein vom 14. 1. 1936.
[71] Ebenda, Aufzeichnung Neurath vom 16. 1. 1936; PA/AA, R 32250, Bülow an die deutsche Botschaft in London vom 26. 6. 1934.
[72] Zum rechtlichen Verhältnis zwischen Locarnovertrag und dem französisch-sowjetischen Vertrag vgl. AMAEE, Série Relations multilatérales, Service français de la Société des Nations, Bd. 756, Aufzeichnung vom 8. 7. 1935; TNA, FO 371/18848, Aufzeichnung vom 10. 7. 1935, sowie die Ausführungen bei Wolz, Rheinlandkrise, S. 266 ff. u. S. 302 ff.
[73] Vgl. Erich Kaufmann, Die Bedeutung Locarnos für die deutsche Ostpolitik, in: Theodor Niemeyer u. a. (Hrsg.), Deutsche Völkerrechtslehrer über Locarno, Berlin 1925, S. 14–22.
[74] PA/AA, R 35598, Aufzeichnung Gaus von 1929.
[75] Vgl. Stuby, Gaus, S. 334.
[76] Berber, Locarno, Nr. 31, S. 115 f.
[77] Vgl. ebenda, Nr. 35 I, S. 163–165.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rheinpakts hinweggesetzt, so der Vorwurf der Deutschen, dass der Locarnovertrag praktisch aufgehört habe, zu existieren[78].

4. Die Locarnopolitik des Auswärtigen Amts im Jahr 1935

Die Behauptung, der französisch-sowjetische Vertrag sei ein Verstoß gegen den Locarnopakt, diente im März 1936 als Rechtfertigung, um die entmilitarisierte Zone des Rheinlands zu besetzen[79], sodass Beobachter unterstellten, dies sei von Beginn an die deutsche Absicht gewesen[80]. Tatsächlich verfolgte der Protest zunächst ein anderes Ziel. Er war ein Instrument bei dem Versuch, den Gefahren, denen das Reich nach der dramatischen Wiedereinführung der Wehrpflicht ausgesetzt war, entgegenzutreten, und den Locarnopakt als Sicherheitsfaktor zu erhalten. Bereits im Januar 1935 hatte Bülow auf einer Konferenz Vertretern des Auswärtigen Amts und des Reichswehrministeriums seine Sicherheitskonzeption erläutert, die im Kern darauf hinauslief, Deutschland nicht ohne einen „vertraglichen Zustand" dastehen zu lassen[81]. Der Rheinpakt von Locarno, so Bülows Grundsatz, müsse unbedingt gehalten werden. Da aber der Vertrag rechtlich und politisch einen „Knacks" habe[82], zeigte der Staatssekretär zwei Szenarien auf, wie der „vertragliche Zustand" künftig gestaltet sein könnte. Eine Möglichkeit sei es, den Rheinpakt zu modifizieren, indem man die Geltungsdauer des Vertrags auf zehn Jahre terminierte und Revisionsmöglichkeiten einbaute. Die Pflichten des Rheinpakts müssten „nach den Grundsätzen völliger Gegenseitigkeit" präzisiert werden, „dass keine Sonderabreden zwischen einzelnen kontrahierenden Mächten geschlossen würden"[83]. Die andere Möglichkeit bestünde darin, Locarno durch einen um Polen erweiterten Viererpakt zu ersetzen und Instrumente wie den Kelloggpakt und den No Force-Pakt[84] zu bestätigen[85]. Auf dieser Linie entwarf Bülow in den kommenden Wochen das Projekt zu einem Sechsmächtepakt zwischen Deutschland, Frankreich, England, Italien, Russland und Polen (der nicht

[78] Vgl. ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 462, S. 900; ebenda, Bd. V, 1: 5. März bis 25. Mai 1936, Nr. 3, S. 11 u. S. 16, von Neurath an die Botschaften in London, Paris und Rom sowie die Gesandtschaft in Brüssel vom 5. 3. 1936.

[79] Vgl. Berber, Locarno, Nr. 41, S. 202 ff.; ADAP, Serie C, Bd. V, 1, Nr. 3, S. 9 ff., von Neurath an die Botschaften in London, Paris und Rom sowie die Gesandtschaft in Brüssel vom 5. 3. 1936.

[80] Vgl. André François-Poncet, Der Weg von Versailles nach Potsdam. Geschichte der Jahre 1919 bis 1945, Mainz/Berlin ²1964, S. 257.

[81] IfZ-Archiv, ED 93, Bd. 33, Aufzeichnung Silberstein vom 18. 1. 1933 (Zitat); OBS, I 31, Aufzeichnung [Bismarck] vom Januar 1935; vgl. ausführlich Wolz, Rheinlandkrise, S. 145 ff. u. S. 282 ff.

[82] NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, hrsg. von Gabriele Toepser-Ziegert, Bd. 3/I: 1935, München 1987, S. 430, Weisung an die Presse vom 13. 7. 1935.

[83] PA/AA, R 28810, Entwurf einer Notiz vom Februar 1935.

[84] Im No-Force-Pakt, der im Frühjahr 1933 auf britische Anregung hin zu Stande kam, verpflichteten sich die Unterzeichner, auf die gewaltsame Austragung von zwischenstaatlichen Konflikten zu verzichten.

[85] OBS, I 31.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zum Zuge kam)[86], einen Ostpakt, den Hitler gegenüber den Briten im März 1935 ins Spiel brachte[87], sowie das Schema für einen Luftpakt, den die deutsche Seite in leicht abgewandelter Form im Mai vorstellte[88].

In einer Denkschrift vom 4. Mai 1935 umriss Bülow die Rolle, die der deutsche Protest gegen den französisch-sowjetischen Beistandspakt in dieser Gesamtkonzeption spielte[89]. Entgegen den Nachrichten, dass London sich von Locarno lösen könne, schrieb Bülow, hätten die Engländer sich nicht von ihrer Vermittlerrolle abgewandt, die sie unter den Bedingungen des Locarnopakts einnahmen; die englischen Politiker wollten weiterhin die Verständigung mit dem Reich. Der französisch-sowjetische Pakt gebe England zu denken und bilde geradezu den Anlass für die Insel, den Ring der Einkreisung, der sich nach Einführung der Wehrpflicht auf der Stresakonferenz im April 1935 gebildet hatte, bis auf Weiteres offenzuhalten. Dies sei der Ansatzpunkt für eine deutsch-britische Annäherung mit dem Ziel, „mit englischer Duldung oder Hilfe alles durchzusetzen, was wir anstreben“[90]. Ihren Niederschlag könne eine solche Politik etwa in einem Luftpakt finden, in dem Deutschland, England, Frankreich und Italien Absprachen über ihre Luftstreitkräfte treffen[91]. Somit war der deutsche Protest kein Manöver zur Abschaffung der Zone[92], sondern diente als Probe, ob England „loyal“[93] zu seinen Verpflichtungen als unabhängiger Garant des Locarnopakts stünde.

Dieses Kalkül geht deutlich aus den Akten zur Genese des deutschen Protests hervor. In einer Denkschrift mit dem Titel „Der französische-russische Bündnisvertrag“[94] stellte Gaus die Einwände, die das Auswärtige Amt gegen den Pakt hegte, zusammen. Sie waren zudem Gegenstand einer Konferenz im Auswärtigen Amt vom 4. Mai 1935, an der auch ein Vertreter der Reichswehr teilnahm[95]. Der französisch-sowjetische Beistandspakt, erklärte Gaus seinen Zuhörern, sei ein Allianzvertrag mit offensiv gegen das Reich gerichtetem Charakter[96]. Der Völkerbund diene nur als Kulisse, in Wahrheit hätten sich Frankreich und Russland volle Handlungsfreiheit zugesichert. Indem der Pakt die Einkreisung Deutschlands vollende, bilde er den Todesstoß sowohl für das System kollektiver Sicherheit als

[86] PA/AA, BA 60960, Entwurf eines Sechsmächtepaktes vom März 1935.
[87] Vgl. ADAP, Serie C, Bd. III, 2, Nr. 564, S. 107 f., Runderlass von Neurath vom 29. 3. 1935; PA/AA, BA 60991, „Entwurf eines Ostpaktes ohne assistance mutuelle“ vom März 1935.
[88] PA/AA, BA 60960, „Entwurf einer Vereinbarung zwischen den westeuropäischen Mächten zur Verhütung von Luftangriffen“ vom März 1935; ADAP, Serie C, Bd. IV, 1, Nr. 106, S. 196 ff.
[89] BArch Koblenz, ZSg 133/11, Aufzeichnung Bülow vom 4. 5. 1935.
[90] Ebenda.
[91] Ebenda; vgl. auch Paul Schwarz, This man Ribbentrop. His life and times, New York 1943, S. 118.
[92] Wörtlich schrieb Bülow: „Rheinlandzone bleibt bekanntlich unberührt.“ BArch Koblenz, ZSg 133/11.
[93] PA/AA, R 53010, Bülow an die deutsche Botschaft in Paris vom 4. 6. 1935.
[94] PA/AA, R 32245, Aufzeichnung Gaus, o. D. [Mai 1935].
[95] BA-MA, RH 1/78, Aufzeichnung Böckmann vom 4. 5. 1935. Noch am selben Tag wurde die deutsche Presse vom Standpunkt des Auswärtigen Amts informiert; vgl. NS-Presseanweisungen, Bd. 3/I, S. 260 f., Weisung an die Presse vom 4. 5. 1935.
[96] PA/AA, R 53049, Aufzeichnung [Gaus] vom 3. 7. 1935.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auch für den Rheinpakt von Locarno. Dies sei vor allem auf die Äußerungen des britischen Außenministers Simon vor dem Parlament zurückzuführen, wonach der französisch-sowjetische Pakt die Briten nichts anginge[97]. Unter den Bedingungen Locarnos, wandte Gaus ein, sei England in jedem Fall verpflichtet, in einem deutsch-französischen Konflikt Stellung zu nehmen[98]. Der Fall, dass die Briten zu ihrer Locarnogarantie stehen müssten, sei umso wahrscheinlicher, je weiter sich die französischen Bündnisverpflichtungen erstreckten. England müsse den französisch-sowjetischen Pakt ebenfalls einer genauen Prüfung unterziehen.

In einem Schreiben vom 7. Mai 1935 machte der Staatssekretär deutlich, dass die deutschen Absichten insbesondere auf die Rolle zielten, die England innerhalb des Locarnogefüges spielte. Geplant sei kein Protest gegen den französisch-sowjetischen Beistandspakt „in dem Sinne, dass er eine direkte Verletzung des Rheinpakts darstellt“[99], sondern eine Demarche, um sich gegen jede einseitige Auslegung von Locarno zu verwahren. Alle Locarnosignatare müssten den Pakt prüfen, und man wolle „die Aufmerksamkeit der Garanten auf ihre Verantwortung lenken“[100]. „Die anderen Mächte wollten immer wissen, wie wir zu Locarno stehen“, erläuterte Neurath dem Kanzler die Absichten des Auswärtigen Amts, „jetzt wollen wir wissen, wie sie dazu stehen.“[101]

Der Protest gegen den französisch-sowjetischen Beistandspakt sollte England zu einem Bekenntnis zu Locarno zwingen oder aber den Weg freimachen für neue Sicherheitsstrukturen wie einen Ost- oder Luftpakt. Doch die Aktion wurde zum Fehlschlag. Erstens war England nicht bereit, auf die deutschen Vorhaltungen einzugehen, und erklärte in einer Note vom 5. Juli 1935, die britische Regierung sei der Ansicht, „dass nichts in dem französisch-sowjetrussischen Vertrag [...] im Widerspruch zum Locarnovertrag steht“[102]. Verhandlungen über einen Ost- oder Luftpakt kamen im Sommer 1935 gar nicht zustande[103].

Zweitens entzog der Außenminister seinem Staatssekretär Anfang August 1935 die Unterstützung. An die Stelle der Taktik Bülows, der nach einem Ersatz für Locarno suchte und dies durch Entwürfe zu verschiedenen Vertragsschemata unterstrich, trat die Pressionsstrategie Neuraths, die England dazu bewegen sollte, sich mit Deutschland auf eine Modifizierung Locarnos zu einigen. Sein politisches Ziel, so erklärte Neurath im Mai 1935, sei die Beseitigung aller Diskriminierungen wie der entmilitarisierten Zone[104] auf dem Wege der „schrittweisen

[97] Abgedruckt bei Berber, Locarno, Nr. 32, S. 117 ff. Wörtlich erklärte Simon: „[Wenn] Frankreich auf Grund des französisch-russischen Beistandsvertrags Russland durch einen Angriff Deutschland zu Hilfe kommt, dann verpflichtet der Locarnovertrag in keiner Weise unser Land, unter diesen Umständen Deutschland zu Hilfe zu kommen.“

[98] BA-MA, RH 1/78.

[99] PA/AA, R 32245, Runderlass des Auswärtigen Amts vom 10. 5. 1935.

[100] PA/AA, BA 60966, Aufzeichnung Neurath, o. D. [Mai 1935].

[101] Ebenda.

[102] Berber, Locarno, Nr. 35 III, S. 170.

[103] Vgl. dazu Wolz, Rheinlandkrise, S. 323 ff.

[104] Im Sommer 1934 hatte eine Vorlage der Rechtsabteilung festgestellt, die „Neutralisierung des Rheinlands“ sei eine der letzten „noch andauernden Diskriminierungen“; PA/AA, R 52327, Aufzeichnung Woermann vom 24. 7. 1934.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Evolution"[105], der nach dem Erlass des Wehrgesetzes vom März 1935 zwingend die Besetzung der entmilitarisierten Zone vorsah. England sollte in die Rolle eines Unterstützers deutscher Ansprüche geschoben werden, um die Abschaffung der Diskriminierungen zu erreichen[106]. Eine „sichtbare Anlehnung" an England, so umschrieb dies der persönliche Sekretär Neuraths im Juni 1935, würde die Sicherheit Deutschlands erhöhen und den deutschen Revisionsforderungen „Durchschlagskraft" verleihen[107]. Dazu solle eine Modifizierung Locarnos, d. h. eine „entsprechende Anpassung des Vertragswerks [...] an die heutige Lage"[108] dienen. Als Hebel in London wollte Neurath den französisch-sowjetischen Pakt ansetzen[109]. Wenn sich England dem deutschen Drängen entzöge, würde sich Deutschland in eigener Regie der Verpflichtungen im Rheinland entledigen[110].

Die erste Etappe dieser Strategie bildete die Unterredung des Reichskanzlers mit dem britischen Botschafter Phipps vom 13. Dezember 1935. Der französisch-sowjetische Pakt, so belehrte Hitler den Botschafter, habe den Locarnovertrag durchbrochen. Er sei ein „militärischer Allianz-Vertrag mit der eindeutigen Spitze gegen Deutschland" und trage einen „Faktor der Unsicherheit der zu übernehmenden Verpflichtungen" in den Rheinpakt hinein[111]. Und Neurath ergänzte, wenn die englische Luftwaffe Basen in Frankreich und Belgien bezöge, wäre Deutschland gezwungen, seine Luftabwehr an die belgisch-französische Grenze vorzuschieben. „Das würde also dann die Aufgabe der entmilitarisierten Zone bedeuten," hieß es in Neuraths Protokoll der Unterredung, „und ich ersuchte ihn [Phipps], dies seiner Regierung gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen."[112]

Die zweite Etappe kennzeichnete eine vom Auswärtigen Amt lancierte Pressekampagne gegen die französisch-britischen Besprechungen, um die „Locarno-Debatte [...] in Fluss" zu bekommen[113]. Wenn diese Gespräche über den Rahmen

[105] Wipert v. Blücher, Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie. Erinnerungen aus den Jahren 1935–1944, Wiesbaden 1951, S. 12; Niederschrift über eine Unterredung mit Konstantin v. Neurath vom 12. 7. 1946, in: Leon Goldensohn, Die Nürnberger Interviews. Gespräche mit Angeklagten und Zeugen, hrsg. von Robert Gellately. Mit einem Vorwort von Wolfgang Benz, Düsseldorf/Zürich 2005, S. 236.

[106] IfZ-Archiv, ZS 1021, Bülow-Schwante an Heineman vom 5. 9. 1963.

[107] PA/AA, NL Dirksen, Bd. 2, Etzdorf an Dirksen vom 29. 6. 1935 (Zitate).

[108] ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 440, S. 857, Neurath an die Botschaft in Paris vom 3. 12. 1935.

[109] PA/AA, NL Dirksen, Bd. 2, Etzdorf an Dirksen vom 29. 6. 1935; IfZ-Archiv, ZS 1021; BArch Koblenz, N 1310/242, Aufzeichnung Neurath vom April 1950. Dem amerikanischen Botschafter erklärte Neurath, das Ziel der deutschen Politik im Osten sei, die Kontrolle über die Ostsee zu erhalten und Russland „abzuriegeln"; dazu brauche man eine deutsch-britische Entente, in: William E. Dodd, Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933–1938, hrsg. von William E. Dodd jr. u. Martha Dodd, Berlin o. J., S. 294, Eintragung vom 6. 7. 1935.

[110] Vgl. Neuraths Äußerungen im Mai 1935, in: ADAP, Serie C, Bd. IV, 1, Nr. 64, S. 114; vgl. auch Graml, Bülow, S. 168 f.

[111] ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 462, S. 900, Aufzeichnung von Neurath vom 14. 12. 1935.

[112] Ebenda, S. 902.

[113] NS-Presseanweisungen, Bd. 4/I, S. 34, Weisung an die Presse vom 11. 1. 1936; AdG, 1936, S. 2377, Tagesmeldung vom 13. 1. 1936; vgl. DDF, II. Serie (1936–1939), Bd. I (1. Januar-31. März 1936), Paris 1963, Nr. 3, S. 3–9, Nr. 24, S. 31–34 u. Nr. 25, S. 34 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Artikels 16 der Völkerbundssatzung hinausgingen, so lautete die Anweisung für die Presse, wären sie ein Bruch des Locarno-Rheinpakts[114]. Jedes Beistandsversprechen im Voraus, so schrieben etwa die Börsenzeitung vom 5. Februar 1936 und mehrere Ausgaben der „Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz", dem offiziellen Sprachrohr der Wilhelmstraße, sei ein Verstoß gegen Geist und Buchstaben Locarnos[115].

In der dritten Etappe griffen die Deutschen das Thema auf diplomatischem Parkett auf. Am 10. und 13. Januar 1936 beschwerte sich der französische Botschafter gleich zweimal bei Bülow über die Kampagne der deutschen Presse gegen die französisch-britischen Verhandlungen. Deutschland wolle einen Vorwand schaffen, um den Locarnovertrag als von Frankreich und England verletzt hinzustellen und das Rheinland zu remilitarisieren. Frankreich, so François-Poncet, dürfe im Rahmen des Locarnovertrags zweiseitige Abkommen abschließen, um die Durchführung des Rheinpakts sicherzustellen[116]. Bülow widersprach dieser Auffassung. Man halte die bilateralen Pakte zwischen Paris und London für unvereinbar mit dem Rheinpakt. Es sei unzulässig, solche Verträge zu schließen, ohne dies dem Vertragspartner mitzuteilen oder ihn über den Inhalt der Abmachungen in Kenntnis zu setzen. Er fühle sich an die Zeit vor 1914 erinnert, erklärte Bülow, wo unter dem Deckmantel technischer Absprachen ein politisches Bündnis gegen Deutschland geschlossen worden war. Außerdem hätten sich London und Paris auf eine „leichtfertige" Interpretation des französisch-sowjetischen Pakts eingelassen; auch diese Sache sei noch nicht bereinigt[117].

Der Rheinpakt von Locarno, so erklärte Bülow in diesen Tagen auch dem Botschafter Italiens, Bernardo Attolico, schaffe zwischen den Garantiemächten und den garantierten Staaten „juristisch und moralisch" den gleichen Abstand. Der Vertrag verbiete den Signataren, sich durch Militärabsprachen so aneinander zu binden, dass „sie zusammen im Bett liegen können"[118], und das gelte auch, wenn sich diese Abmachungen im Rahmen des Artikels 16 der Völkerbundssatzung be-

[114] Vgl. NS-Presseanweisungen, Bd. 4/I, S. 23 f., Weisung an die Presse vom 8. 1. 1936.

[115] Vgl. DDF, II, Bd. I, Nr. 11, S. 16 f.; BArch Koblenz, ZSg 133/112. Umfangreiches Material in: PA/AA, R 32040 und PA/AA, Botschaft Paris 660. Den Eindruck einer deutschen Pressekampagne illustrieren mehrere Details. Am 23. 1. 1936 notierte der deutsche Wehrmachtsattaché in London: „In den letzten 14 Tagen bin ich wiederholt von verantwortlicher Stelle im War Office auf die Beziehungen des russisch-französischen Pakts zu Locarno und die demilitarisierte Zone angezapft worden." Und am 29. Januar bat die belgische Gesandtschaft in Berlin um authentisches Aktenmaterial über den Rheinpakt von Locarno; IfZ-Archiv, ED 91, Bd. 4, Aufzeichnung Geyr v. Schweppenburg vom 23. 1. 1936; PA/AA, R 54353, Aufzeichnung Woermann vom 7. 2. 1936.

[116] Vgl. DDF, II, Bd. I, Nr. 18, S. 24 f., Laval an François-Poncet vom 8. 1. 1936.

[117] PA/AA, R 32246, Aufzeichnung Bülow vom 10. 1. 1936; vgl. DDF, II, Bd. I, Nr. 30, S. 40–42, François-Poncet an Laval vom 10. 1. 1936; ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 494, S. 977–980, Aufzeichnung Bülow vom 13. 1. 1936; DDF, II, Bd. I, Nr. 49, S. 71–76, François-Poncet an Laval vom 14. 1. 1936.

[118] I Documenti Diplomatici Italiani (DDI), VIII. Serie 1935–1939, Bd. III (1. Januar-9. Mai 1936), Rom 1992, Nr. 117, S. 149–151, Attolico an Mussolini vom 25. 1. 1936.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wegten[119]. „Wir betrachten dies als eine Verletzung Locarnos", so Bülow, entweder zögen die Alliierten Deutschland zu den Verhandlungen hinzu oder das Reich fühle sich nicht länger an die Klauseln zur entmilitarisierten Rheinzone gebunden[120].

Inzwischen waren in Berlin die Weichen gestellt worden, die auf eine Beendigung Locarnos zuführten. In einer Sitzung des Kabinetts vom 13. Dezember 1935 erläuterte Hitler, Deutschland könne neue Rüstungsverhandlungen nur unter der Bedingung eingehen, „daß es im Interesse sowohl Englands wie Frankreichs liegen dürfte, in die Aufhebung der Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone einzuwilligen"[121].

Einige Tage später unterrichtete Neurath die deutschen Vertretungen über den Kurs des Auswärtigen Amts. Der französisch-sowjetische Beistandspakt sei nicht hinzunehmen, so Neurath, dieser Vertrag sei ein Bruch Locarnos, außerdem wirke er sich auf die zur Verteidigung erforderlichen Rüstungsstärken aus. Deutschland werde auch die französisch-englischen Sonderabmachungen nicht akzeptieren, denn englische Luftstützpunkte in Frankreich und Belgien würden die Schutzlosigkeit der westlichen Industrien noch vergrößern. Wenn England seine Luftflotte an die Grenze verlegte, wäre Deutschland gezwungen, seine Luftabwehr an die belgisch-französische Grenze vorzuschieben; dies wäre das Ende der entmilitarisierten Zone[122].

Auch der deutsche Sondergesandte in Wien wusste von den Plänen des Auswärtigen Amts. Die wiederholten Konzessionen Englands an Frankreich, so erklärte Franz von Papen dem ungarischen Außenminister, hätten das Locarnogleichgewicht zu Ungunsten Deutschlands verschoben. Hitler sei gezwungen, die jüngsten Verträge Frankreichs zum Anlass zu nehmen, um zu prüfen, ob der Rheinpakt und die Bestimmungen zur entmilitarisierten Zone noch verpflichtend seien[123].

5. Die Entscheidung zur Remilitarisierung des Rheinlands

Die Entscheidung zur „Kündigung" des Locarnopakts, so erklärte Neurath vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, sei gefallen, als der französische Ministerpräsident am 16. Januar 1935 ankündigte, den Ratifizierungsprozess zum

119 PA/AA, R 29458, Aufzeichnung Bülow vom 8. 2. 1936.

120 NKWD-Bericht vom 15. 1. 1936, zit. bei Shore, Hitler, S. 10.

121 ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 460, S. 897, Aufzeichnung des Ministerialrats Thomsen (Reichskanzlei) vom 13. 12. 1935; Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Teil I, Bd. II, 2, Nr. 281, S. 987.

122 PA/AA, R 32246, Informationserlass Neurath vom 17. 12. 1935. Der deutsche Militärattaché in London notierte über das Gespräch Hitler-Phipps: „Neurath: Vorverlegung der Reichswehr in die entmil[itarisierte] Zone. Reg[ierung] aufmerksam machen." In: IfZ-Archiv, ED 91, Bd. 3, Notiz Geyr v. Schweppenburg vom Dezember 1935.

123 Vgl. Tagesbericht über die Besprechungen zwischen Papen und Kanya vom 5. 2. 1936, in: Diplomáciai iratok magyarország külpolitikájához 1936–1945, Bd. I: A Berlin-Ròma tengely kialalulàsa és Ausztria annexiòja 1936–1938, hrsg. von Lajos Kerekes, Budapest 1962, Nr. 27, S. 104.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

französisch-sowjetischen Beistandspakt einzuleiten[124]. Damit sah sich das Auswärtige Amt mit einer Lage konfrontiert, die von mehreren Faktoren geprägt war. Einmal hatte der Locarnopakt aus deutscher Sicht nach dem endgültigen Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund seine rechtliche Gültigkeit verloren. Dazu schien der Pakt auch politisch erledigt, nachdem England und Frankreich ihn durch zweiseitige Abkommen durchlöchert hatten. Der Versuch Bülows, durch den Protest gegen den französisch-sowjetischen Beistandspakt neue Locarnoverhandlungen anzubahnen, war im Sommer 1935 ohne Ergebnis geblieben. Schließlich war es Neuraths Pressionsstrategie nicht gelungen, England zu einer Modifizierung Locarnos zu bewegen. Zur einseitigen Aktion gab es keine Alternative mehr[125].

Als Hitler von den Planungen des Auswärtigen Amts erfuhr, reagierte er zunächst ablehnend. Er sei bereit, die Rheinlandfrage einmal plötzlich zu lösen, so ließ er sich vernehmen, aber nicht jetzt. Er wolle den anderen Mächten keine Gelegenheit geben, „vom Abessinienkonflikt loszukommen"; außerdem sei das Vorgehen des Auswärtigen Amts „zu formaljuristisch"[126]. Erst Anfang Februar 1936 entschied sich Hitler am Rande der Olympischen Winterspiele in Bayern, mit dem Locarnopakt zu brechen und die entmilitarisierte Zone am Rhein zu besetzen[127]. Das Vorgehen, auf das sich der Reichskanzler und die Diplomaten des Auswärtigen Amts bei den Beratungen im Februar 1936 einigten, wies mehrere Seiten auf.

Erstens wurde beschlossen, den Rheinpakt von Locarno zu „kündigen" mit der Begründung, durch den Abschluss des französisch-sowjetischen Hilfeleistungsvertrags habe der Locarnopakt seinen inneren Sinn verloren und sei damit erloschen[128]. Man könne die „Pariser Ratifizierung des Russenpakts", erklärte Hitler am 14. Februar, „zum Anlass nehmen [...], Locarno zu kündigen"[129]. Ein solcher Schritt hätte der Entmilitarisierung am Rhein die „Rechtsgrundlage" entzogen[130]. Die Abschaffung der Zone wäre Gegenstand künftiger Verhandlungen gewesen[131]. Dieses Kalkül geht aus einer Unterredung hervor, die Außenminister Neurath am

[124] Vgl. IMT, Nürnberg 1948, Bd. XVI, S. 684.
[125] Vgl. ausführlich Wolz, Rheinlandkrise, S. 369 ff.
[126] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußland hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 3/I: April 1934-Februar 1936, bearb. von Angela Hermann, Hartmut Mehringer, Anne Munding und Jana Richter, München 2005, S. 366, Eintragung vom 21. 1. 1936.
[127] IfZ-Archiv, ED 91, Bd. 8, Grass an Geyr v. Schweppenburg vom 10. 4. 1950; vgl. Friedrich Hoßbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938, Göttingen ²1965, S. 83.
[128] AMAEE, Série Relations multilatérales, Service français de la Société des Nations, Bd. 756, François-Poncet an Flandin vom 20. 2. 1936; NS-Presseanweisungen, Bd. 4/I, S. 160 f., Weisung an die Presse vom 13. 2. 1936.
[129] Robertson, Wiederbesetzung, Aufzeichnung Hassell vom 14. 2. 1936, Dok. 3, S. 192.
[130] Vgl. Der Kampf um die deutsche Außenpolitik, Leipzig 1931, S. 213 f.
[131] Vgl. DDI, VIII, Bd. III, Nr. 261, S. 335–337, Attolico an Mussolini vom 20. 2. 1936; Peter Krüger, „Man lässt sein Land nicht im Stich, weil es eine schlechte Regierung hat" – Die Diplomaten und die Eskalation der Gewalt, in: Broszat/Schwabe, Eliten, S. 180–225, hier S. 218.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

29. Februar 1936 mit dem US-amerikanischen Botschafter führte. Sollte dem Deutschen Reich Gleichberechtigung gewährt werden, erklärte er William Dodd, könne das Reich in den Völkerbund zurückkehren. Dies erfordere die Rückgabe der deutschen Kolonien, Flottenparität sowie die Beseitigung der entmilitarisierten Zone. Letzteres könne auf dem Verhandlungsweg geschehen, die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspakts sei kein Anlass für die deutsche Führung, dies auf kriegerische Weise zu tun. Der französisch-sowjetische Pakt, so Neurath, sei „keine ernste Sache“[132].

Die Absage an Locarno sollte den Weg für neue Paktkombinationen freimachen. Hitler einigte sich in den Besprechungen mit Neurath und Hassell am 19. Februar 1936 darauf, zeitgleich mit der „Kündigung“ Locarnos eine Reihe von Friedensvorschlägen zu unterbreiten, die eindeutig die Handschrift des Auswärtigen Amts trugen[133]. Im Zentrum der Vorschläge stand die Idee, Deutschland, Frankreich, England und Italien unter dem Dach eines Viererpakts zu vereinen, was auf der konzeptionellen Schiene Bülows lag, die darauf abzielte, Deutschland durch lockere Verträge einzubinden[134].

Zweitens verständigte sich die deutsche Führung auf eine politische Demonstration; eine militärische Besetzung der entmilitarisierten Zone wurde zu diesem Zeitpunkt nicht beschlossen. Mochte der Reichskanzler dies anfangs in Erwägung gezogen haben, so wiesen die Diplomaten und die Militärs in allen Gesprächen auf die Gefahren eines militärischen Schritts hin. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, erklärte am 12. Februar 1936, die Wiederbesetzung sei vom Standpunkt der Landesverteidigung aus gesehen eine Notwendigkeit, müsse aber unter allen Umständen ohne Krieg erfolgen[135]. Dasselbe erklärte der Geschäftsträger in Paris, als er Mitte Februar zu einer Konferenz mit Hitler gerufen wurde. Keine französische Regierung, so Dirk Forster, könne die Remilitarisierung des Rheinlands ohne Widerstand hinnehmen[136], und Ulrich von Hassell wies auf die „in der Besetzung liegende Drohung“[137] hin. Das schreck-

[132] PA/AA, R 97127, Aufzeichnung Neurath vom 29. 2. 1936; vgl. auch Dodd, Diplomat, S. 355, Eintragung vom 29. 2. 1936; DDF, II, Bd. I, Nr. 292, S. 403 f., François-Poncet an Flandin vom 6. 3. 1936; Schwarz, Ribbentrop, S. 147. Vgl. ähnliche Äußerungen Neuraths und Rosenbergs, in: DDF, II, Bd. I, Nr. 237, S. 334 u. Nr. 267, S. 376.

[133] Fritz Hesse, damals DNB-Korrespondent in London, behauptet in seinem Buch, Hess, Keppler und Bülow hätten ihm bestätigt, dass die Friedensvorschläge vom Auswärtigen Amt konzipiert waren; vgl. Fritz Hesse, Das Spiel um Deutschland, München 1953, S. 55.

[134] Vgl. Robertson, Wiederbesetzung, Aufzeichnung Hassell vom 21. 2. 1936, Dok. 4, S. 195; PA/AA, BA 60966, Aufzeichnung Bülow, o. D. [März 1933]; vgl. Hesse, Spiel, S. 55; Schwarz, Ribbentrop, S. 145.

[135] Vgl. Hoßbach, Wehrmacht, S. 83 f. Bereits an Weihnachten 1935 hatte Fritsch auf die außenpolitischen Gefahren einer Rheinlandaktion hingewiesen und klargestellt, dass es sich um einen politischen Akt handele und es höchstens zu einer symbolischen Besetzung kommen dürfe; IfZ-Archiv, ZS 152, Aufzeichnung Siegler vom 27. 6. 1952.

[136] PA/AA, NL Forster, Bd. 1.

[137] Robertson, Wiederbesetzung, Aufzeichnung Hassell vom 21. 2. 1936, Dok. 4, S. 196. Vgl. auch Paul Otto Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1949, S. 93 u. S. 320.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

te den Kanzler ab. Neurath erklärte Ende Februar gegenüber Dodd ausdrücklich, über die Rheinzone solle „auf diplomatischem Wege verhandelt werden"; es sei ihm gelungen, Hitler von der „brutalen Methode" abzubringen[138].

Drittens erreichten Neurath und Hassell beim Reichskanzler, den Zeitpunkt der Aktion offen zu halten. Hatte Hitler daran gedacht, schon einen positiven Kammerbeschluss zum Anlass für eine Aktion gegen Locarno zu nehmen, wies der Reichsaußenminister darauf hin, dass die „'Beschleunigung' den Einsatz nicht lohne"[139]. Man solle nicht nur den Beschluss des Senats abwarten, um festen Boden unter den Füßen zu haben, sondern auch die Genfer Beratungen zur Abessinienfrage im Auge behalten, die mit einem Zerwürfnis der Locarnogaranten England und Italien enden mussten. Dieser Sicht schloss sich Hitler vorläufig an[140].

Auf dieser Grundlage und obwohl Hitler noch keine endgültige Entscheidung getroffen hatte, begann das Auswärtige Amt mit der diplomatischen Vorbereitung der Aktion[141]. Am 21. Februar 1936 empfahl ein Beamter der Abteilung IV, der Zeitpunkt sei günstig, das deutsche Memorandum vom 25. Mai 1935, in dem die Unvereinbarkeit des französisch-sowjetischen Pakts mit dem Rheinpakt von Locarno festgestellt wurde, zu publizieren, um der Weltöffentlichkeit den deutschen Standpunkt vor Augen zu führen. Auf die Parlamentsdebatte werde dies keinen Einfluss haben, sei aber ein wichtiger Schachzug, wenn auf die französische Ratifikation „von deutscher Seite Schritte bezüglich Locarno, Rheinland, etc. folgen sollten"[142]. Noch am selben Tag wurde ein DNB-Kommuniqué veröffentlicht, in dem die deutsche Regierung darauf verwies, der französisch-sowjetische Beistandspakt sei nicht vereinbar mit dem Rheinpakt[143].

Gleichzeitig empfahl Kamphoevener in einer Aufzeichnung vom 26. Februar 1936 Maßnahmen zur Beeinflussung der ausländischen Presse in Fragen der entmilitarisierten Zone[144]. Auf dieser Linie versandte der Leiter der Politischen Abteilung, Hans Henrich Dieckhoff, am 28. Februar ein Rundschreiben, das umfangreiches Material zur Rheinlandzone enthielt. Dieckhoff übermittelte allen Missionen ein Exemplar des Buches „Geographic Disarmament" von John H. Marshall-Cornwall[145]. Darin ging der Autor, ein ehemaliger britischer Militärattaché, auch auf das Problem des Rheinlands ein. Die Einrichtung der entmilitarisierten Zone sei ein einseitiger Akt, bei dem das Prinzip der Gegenseitigkeit außer Acht gelassen wurde. Die Dauerhaftigkeit der Rheinzone sei nicht vereinbar mit

[138] Dodd, Diplomat, S. 355, Eintragung vom 29. 2. 1936; Vgl. DDF, II, Bd. I, Nr. 292, S. 403 f., François-Poncet an Flandin vom 6. 3. 1936.
[139] Robertson, Wiederbesetzung, Aufzeichnung Hassell vom 21. 2. 1936, Dok. 4, S. 194.
[140] Vgl. Goebbels-Tagebücher, I, Bd. 3/I, S. 388, Eintragung vom 29. 2. 1936.
[141] Vgl. Wolz, Rheinlandkrise, S. 399 ff.
[142] PA/AA, R 31624, Aufzeichnung Roediger vom 21. 2. 1936.
[143] Vgl. Berber, Locarno, Nr. 38, S. 184 f.
[144] PA/AA, R 32041, Aufzeichnung Kamphoevener vom 26. 2. 1936.
[145] Ebenda, Rundschreiben Dieckhoff vom 28. 2. 1936.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den Friedensbeziehungen souveräner Staaten[146]. Man solle einen Streifen französischen Territoriums in einer Tiefe von zehn Kilometern ebenfalls entmilitarisieren und durch eine Kommission des Völkerbunds überwachen[147]. Dieckhoff bat alle Missionen, die Ideen Cornwalls zu „verwerten", ohne dass der Eindruck entstünde, man wolle eine Kampagne für die Remilitarisierung des Rheinlands starten[148].

Außerdem enthielt der Rundbrief Dieckhoffs eine Aufzeichnung mit dem Titel „Stichworte zur Frage der entmilitarisierten Rheinzone". Die Denkschrift legte ausführlich die Haltung des Auswärtigen Amts zur Zone dar, wie sie bereits Gaus in einer Vorlage vom 10. Februar 1936 umrissen hatte[149]. Die Rheinzone sei „militärisch überholt" und zeuge von einer „bestimmten Geisteshaltung", deren Ziel sei, Deutschland am Boden zu halten[150]. Die entmilitarisierte Zone sei insbesondere ein Instrument zur wirtschaftlichen Knebelung Deutschlands, weil im Rheinland bedeutende industrielle Kraftzentren lagen.

Das war die Situation um die Monatswende[151]. „Frage Rheinland. Noch kein Entschluß", notierte Goebbels nach einem Treffen mit Hitler am 29. Februar[152]. Die Fragen, von denen das deutsche Handeln abhinge, seien die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Pakts durch den französischen Senat sowie das Ende der Ratstagung in Genf[153].

Doch dann warf Hitler alles um. Am Morgen des 1. März 1936 erschien Hitler bei Goebbels und Papen in München und erklärte, er sei nun entschlossen, Locarno zu „kündigen" und das Rheinland zu remilitarisieren[154]. Ohne den Reichs-

146 Vgl. James H. Marshall-Cornwall, Geographic Disarmament. A study of regional demilitarization, London 1935, S. 149.

147 Damit griff Marshall-Cornwall Ideen auf, die der britische General Edward Spears entwickelt hatte. Nach der Rückkehr des Saargebiets an Deutschland im Frühjahr 1935 war Spears mit dem Vorschlag vorgeprescht, eine entmilitarisierte Zone beiderseits des Rheins unter Aufsicht des Völkerbunds einzurichten, um die deutsch-französischen Grenzprobleme zu beheben. Das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium einigten sich, den Kontakt zu Spears zu halten, weil sich dies als „noch nützlich" erweisen könnte; TNA, CAB 16/68; BA-MA, RH 2/98, Boehm an Beck vom 20. 2. 1935; PA/AA, R 32040, Bismarck an das Auswärtige Amt vom 29. 1. 1935; BA-MA, RH 2/98, Böckmann an Stülpnagel vom 23. 2. 1935.

148 PA/AA, Botschaft Paris 660, Rundschreiben Dieckhoff vom 28. 2. 1936.

149 PA/AA, R 32040, Aufzeichnung Gaus vom 10. 2. 1936.

150 PA/AA, R 32041, Aufzeichnung vom 28. 2. 1936; PA/AA, R 32045, Aufzeichnung vom 14. 1. 1936.

151 Noch am 5. März hieß es in einem Informationsbericht über die kommende Reichstagssitzung, Hitler werde am Samstag die Schlussfolgerung ziehen, Locarno sei nicht mehr vorhanden; „ob Regimenter marschieren", sei ungewiss, Informationsbericht vom 5. 3. 1936, in: NS-Presseanweisungen, Bd. 4/I, S. 247.

152 Goebbels-Tagebücher, I, Bd. 3/II, S. 29, Eintragung vom 1. 3. 1936.

153 Vgl. ebenda.

154 Goebbels-Tagebücher, I, Bd. 3/II, S. 30, Eintragung vom 2. 3. 1936. Vgl. die Aussage Jodls in Nürnberg, Hitler habe sich am 1. oder 2. März zur Besetzung des Rheinlands entschieden, in: IMT, Nürnberg 1948, Bd. XV, S. 386. Auch Aussagen von Diplomaten legen nahe, dass Hitler an diesem Tag die Entscheidung traf, mit Streitkräften ins Rheinland einzumarschieren; vgl. DDF, II, Bd. I, Nr. 417, S. 543 f., Nr. 472, S. 621 f. u. Nr. 519, S. 690 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

außenminister heranzuziehen und nur beraten von Joachim von Ribbentrop[155], stürzte er die bisherige Planung um und begann, das Unternehmen nach seiner Fasson aufzuziehen; es hatte mehrere Seiten[156].

Die erste Entscheidung des Reichskanzlers war, loszuschlagen, ohne einen günstigeren Moment abzupassen. Hitler wollte weder die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Pakts durch den Senat abwarten, noch die italienische Reaktion auf das Genfer Geschehen beobachten. Die Italiener hätten „durch neue Gemeinheiten unser Vertrauen" missbraucht, schimpfte Hitler im Kabinett, sie bräuchten „auf keine Rücksicht rechnen"[157]. Außerdem entschloss sich Hitler, die Beseitigung der entmilitarisierten Zone durch ein einseitiges Manöver umzusetzen. Für Verhandlungen ließ die Beschleunigung des Vorgehens keinen Raum mehr. Stattdessen griff Hitler wieder den Gedanken einer militärischen Operation auf, der ihn schon Anfang Februar beherrscht hatte. Er plante nun, die Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland durch den Einsatz der Reichswehr öffentlichkeitswirksam zu unterstreichen[158]. Am 2. März stellte Hitler in der Reichskanzlei seine Pläne den Spitzen von Heer, Marine und Luftwaffe sowie Ribbentrop und Goebbels vor, während der Reichsaußenminister fehlte. Neurath war erst am 3. oder 4. März[159] bei einer Sitzung des Kabinetts anwesend.

Auch die zweite Entscheidung fiel ohne Neurath in München. Dort hatte Hitler unter dem Einfluss Ribbentrops den Einfall, den Westmächten die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund anzubieten, um die Schockwellen des außenpolitischen Coups abzufedern[160]. In der Besprechung am 2. März teilte Hitler den Ministern seine Idee mit. Durch die Entscheidung, mit der deutschen Rückkehr nach Genf zu winken statt einen Viermächtepakt anzubieten[161], desavouierte der Reichskanzler das ursprüngliche Angebot zu einer neuen Sicherheitsordnung, wie es unter Beteiligung Neuraths und Hassells am 19. Februar zu Stande gekommen war, zu Gunsten einer „Friedensoffensive", die nur auf den propagandistischen Effekt abzielte. Zu Recht sprach Hassell nach dem 7. März davon, das Angebot an Sicherungen sei viel zu hoch und werde langfristig der Glaubwürdigkeit Hitlers schaden[162].

---

155 Zur Rolle Ribbentrops in der Vorgeschichte der Rheinlandkrise vgl. Alexander Wolz, Ribbentrop und die deutsche Außenpolitik 1934–1936, in: Historische Zeitschrift 300 (2015), S. 374–415, hier S. 405 ff.

156 Vgl. ders., Rheinlandkrise, S. 409 ff.

157 Goebbels-Tagebücher, I, Bd. 3/II, S. 31, Eintragung vom 4. 3. 1936.

158 Vgl. DDF, II, Bd. I, Nr. 417, S. 543 f., François-Poncet an Flandin vom 13. 3. 1936.

159 Vgl. Aubrey L. Kennedy, The Times and Appeasement. The Journals of A. L. Kennedy, 1932–1939, hrsg. von George Martel (Camden Fith Series, Bd. 16), London 2000, S. 229, Eintragung vom 4. 6. 1936.

160 Vgl. Joachim v. Ribbentrop, Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies v. Ribbentrop, Leoni 1961, S. 80. Vgl. Emmerson, Rhineland, S. 94 f.

161 Vgl. die Aufzeichnung Hassells, in: ADAP, Serie C, Bd. IV, 2, Nr. 575, S. 1139 ff.

162 Vgl. Robertson, Wiederbesetzung, Aufzeichnung Hassell vom 15. 3. 1936, Dok. 8, S. 205; PA/AA, BA 60952, Hassell an Neurath vom 9. 3. 1936; Schmidt, Außenpolitik, S. 196.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nach der Ministerrunde vom 2. März erging der Befehl zur überraschenden Besetzung der Rheinlandzone[163]. Am 3. März rief Hitler die Mitglieder des Kabinetts zu sich, um ihnen in Einzelgesprächen seine Pläne zur Remilitarisierung mitzuteilen[164]. Am 5. März unterzeichnete der Reichskanzler die Befehle für die Reichswehr und bestimmte Samstag, den 7. März, als Termin für die Aktion. Am selben Tag schickte das Auswärtige Amt das deutsche Memorandum an alle Locarnomächte. Am 6. März rief Hitler noch einmal das Kabinett zusammen, um die Gründe seines Entschlusses darzulegen[165]. Im Morgengrauen des 7. März 1936 marschierten die deutschen Truppen, insgesamt 19 Bataillone und 13 Artillerieabteilungen, in die entmilitarisierte Zone. Lediglich drei Bataillone bewegten sich westwärts des Rheins in die Städte Aachen, Saarbrücken und Trier. Zu diesem Zeitpunkt saß Hitler schon im Sonderzug nach Berchtesgaden, wo er die Reaktionen der Westmächte erwartete[166]. „Die 48 Stunden nach dem Einmarsch ins Rheinland", soll Hitler später gesagt haben, „sind die aufregendste Zeitspanne in meinem Leben gewesen. Wären die Franzosen damals ins Rheinland eingerückt, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen."[167]

Binnen einer Woche und gegen alle Bedenken seiner Berater hatte der „Führer" den Gewaltcoup geformt, der das Bild von der Rheinlandbesetzung bis heute prägt. Dabei war es weder Hitler selbst, der den Stein ins Rollen brachte, noch waren es die Militärs, für die die Besetzung der entmilitarisierten Zone der nächste logische Schritt in ihren Rüstungsplanungen war. Ausschlaggebend waren die Sorgen der Diplomaten, dass Deutschland ohne Sicherheit dastehen könnte, nachdem der Locarnopakt im Winter 1935/36 – aus ihrer Sicht – rechtlich und politisch aufgehört hatte zu existieren. Nachdem im Sommer 1935 das Konzept Bülows gescheitert war, Deutschland mittels eines modifizierten Locarnopakts bzw. eines Luft- oder Ostpakts einzubinden, gewann Neurath die Überzeugung, dass Locarno in seiner jetzigen Form hinfällig sei und die Abschaffung der Zone erfolgen müsse. Auf seine Initiative einigte sich die deutsche Führung im Februar 1936, den Locarnopakt zu kündigen und einen Viermächtepakt anzubieten, um den Weg für eine verhandelte Beendigung der entmilitarisierten Zone freizumachen. Hierfür begannen Ende Februar im Auswärtigen Amt die diplomatischen Vorbereitungen, doch Hitler entschied am 1. März 1936 in der Vertrautheit seiner Münchner Umgebung, gleichzeitig mit der Aufkündigung des Locarnopakts das Rheinland durch deutsche Streitkräfte zu besetzen. So überspielte er die Diplomaten, die seit Wochen an einer politischen Aktion arbeiteten und erst im letzten Moment von dem militärischen Vorhaben erfuhren, wie Neurath in Nürnberg

[163] Vgl. IMT, Nürnberg 1949, Bd. XXXIV, S. 644 ff.
[164] Vgl. Goebbels-Tagebücher, I, Bd. 3/II, S. 32, Eintragung vom 4. 3. 1936; Aufzeichnung Picker vom 21. 5. 1942, in: Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, neu hrsg. von Percy Ernst Schramm, in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber u. Martin Vogt, Stuttgart 1963, Nr. 129, S. 370.
[165] Vgl. Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. III: 1936, München 2002, Nr. 39, S. 164 f.
[166] Vgl. Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 85.
[167] Schmidt, Statist, S. 320.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aussagte[168]. Damit offenbarten sich all jene Facetten im Stil der nationalsozialistischen Außenpolitik, die das Deutsche Reich seit 1933 von Krise zu Krise trieben: die Unfähigkeit Hitlers, zu warten, und sein Unwille, auf Ratschläge einzugehen, wenn er einmal einen Entschluss gefasst hatte; das Misstrauen gegenüber dem Auswärtigen Amt, während er seinen Vertrauten und den Dienststellen der Partei erheblichen Spielraum zugestand; der Einsatz kriegerischer Mittel zur Erreichung außenpolitischer Ziele „ohne Rücksicht auf Rentabilität, Leistungskraft und Verluste"; und schließlich Hitlers Politik des „Alles-oder-Nichts", die unfähig zu jeglichem Kompromiss war und sich immer weiter radikalisierte, bis es im Jahr 1939 keine Alternative mehr zur „Flucht nach vorn" in den Krieg gab[169].

[168] Wie Anm. 18.
[169] Wendt, Kriegsvorbereitung, Zitate S. 68 u. S. 69; vgl. auch Schmidt, Außenpolitik, S. 43 ff. u. S. 59 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Vernichtungsprogramm des Dritten Reichs zielte nicht nur auf die Ermordung der europäischen Juden, sondern auch darauf, ihre Kultur auszulöschen. Es kam zu einem beispiellosen Raubzug im Deutschen Reich und allen seit 1938 besetzten Gebieten – einem Raubzug, der neue Sammlungen an Kunst, Handschriften, wertvollen Büchern oder liturgischen Gerätschaften in den Händen der Täter entstehen ließ. Die ursprünglichen Besitzer waren zumeist geflohen, gefangen oder tot. Yfaat Weiss zeichnet die politisch-juristische Debatte über den Umgang mit diesem oft erbenlosen Raubgut nach, das nach Auffassung prominenter Vertreter jüdischer Institutionen und Organisationen keinesfalls in deutschen Händen verbleiben sollte. An ausgewählten Beispielen wird deutlich, wie schwer die Pläne umzusetzen waren, in den Wirren der ersten Nachkriegsjahre geraubte Kulturgüter nach Jerusalem zu holen und dadurch nicht zuletzt ein Zeichen im konfliktreichen Prozess der Gründung des Staates Israel zu setzen.

Yfaat Weiss

Von Prag nach Jerusalem

Jüdische Kulturgüter und israelische Staatsgründung

Prolog

Mitte Oktober 2012 entschied das Familiengericht im Bezirk Tel Aviv, Frau Chava (Eva) Hoffe habe der Nationalbibliothek in Jerusalem die Manuskripte Franz Kafkas und Max Brods zu übergeben. Jahrzehntelang waren diese von ihrer Mutter Ilse Esther Hoffe, der Vertrauten Max Brods, verwahrt worden. Entgegen der Absicht von Eva Hoffe, welche die Manuskripte dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach verkaufen wollte, hatte die israelische Nationalbibliothek in Jerusalem mit Unterstützung des Generaltreuhänders auf Übergabe geklagt. Die Vertreter der Bibliothek behaupteten, Brod habe diese Schriften, die er nach dem Einmarsch der Nazis 1939 bei seiner Flucht aus Prag hatte retten können, der Bibliothek zugedacht. In der Begründung stellte das Gericht fest, dass der gesamte Nachlass, einschließlich aller Schriften Kafkas und natürlich auch Brods eigener, öffentliches Eigentum und somit an die Nationalbibliothek zu übergeben sei.

Mitte November 2012, also einen Monat später, wies ein Bezirksgericht in Jerusalem die Klage der Israelitischen Kultusgemeinde Wien auf Rückgabe der Gemeindeunterlagen zurück, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs über mehrere Jahrzehnte dem Zentralarchiv für die Geschichte des Jüdischen Volkes in Jerusalem zur Verwahrung anvertraut worden waren. Damit entsprach das Gericht der Auffassung des israelischen Staatsarchivars, dass die Dokumente Teil eines „gesamtjüdischen Erbes“ seien und ihre „Entfernung aus Jerusalem einer Verbannung an den Rand der jüdischen Welt gleichkomme“[1].

[1] http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/5F7CEC60–3CC2–442A-8D50–8944900A07F6/0/ViennaJewishcommunity.pdf.

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0032

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ungeachtet aller Unterschiede zwischen den Instanzen und der Tatsache, dass hier von zwei voneinander unabhängigen Verfahren die Rede ist, zeugt die zeitliche Nähe beider Ereignisse dennoch von einer wachsenden Bedeutung solcher Klagen. Sie bringen das An- und Vorrecht des Staates Israel ins Wanken, jüdische Kulturgüter für sich zu reklamieren, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland auf jenes Territorium gelangten, das 1948 zum israelischen Staat werden sollte, oder die Ende der 1940er Jahre staatlichen Einrichtungen dort zur Verwahrung anvertraut worden waren[2]. Diese juristische Auseinandersetzung dürfte weitreichende Auswirkungen auf viele Bereiche haben. Obgleich sie auf der Grundlage diverser Klagen, in verschiedenen Städten und vor unterschiedlichen Instanzen ausgetragen wird, deutet sie de facto auf eine wachsende Tendenz hin, die Stellung zu hinterfragen, die der israelische Staat für sich selbst als kulturelles Zentrum des jüdischen Volkes beansprucht. Diese Stellung erfüllt eine zentrale Funktion sowohl in der Selbstwahrnehmung des Staates als auch im Verständnis seiner Legitimierung. Es kann von daher nicht erstaunen, dass diese Auseinandersetzung in der öffentlichen Diskussion vehemente ideologische und emotionale Reaktionen ausgelöst hat. Bisher jedoch gab es noch keine adäquate Erörterung, die diese Fragen im allgemeinen Kontext von Kulturgütern und ihrer Bewahrung untersucht hätte.

Was genau ist ein Kulturgut? In seiner weitesten Definition umfasst dieser Begriff alle Objekte, die Kultur beinhalten, so zum Beispiel archäologische und ethnographische Fundstücke, künstlerische und architektonische Arbeiten, im Grunde genommen alle von Menschen bearbeiteten Gegenstände[3]. Die internationale Stellung des Kulturguts erfuhr nach dem Zweiten Weltkrieg eine grundsätzliche Neuausrichtung, die in den letzten Jahrzehnten als eine zwischen zwei Polen oszillierende Verortung charakterisiert werden kann[4]. Ein Pol lässt sich in der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 14. Mai 1954 erkennen. Diese Konvention führte die Tradition der Haager Konvention aus dem Jahre 1907 fort. Zwar hatte es in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vereinzelte Versuche gegeben, völkerrechtliche Bestimmungen zum Schutz kultureller Monumente zu formulieren, doch vor allem verwies der Zweite Weltkrieg auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher Bestimmungen. Die Haager Konvention von 1954 nahm unter anderem das Prinzip der persönlichen Verantwortung für Vergehen gegen Kulturgüter auf, wie es in den Nürnberger Prozessen in der Anklage gegen Alfred Rosenberg formuliert worden war[5]. Wichtiger noch als die Anerkennung einer persönlichen Verantwortung jedoch

[2] Vgl. Patricia Kennedy Grimsted, The Postwar Fate of Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg. Archival and Library Plunder, and the Dispersal of ERR Records, in: Holocaust and Genocide Studies 20 (2006), H. 2, S. 278–308, hier S. 279.

[3] Vgl. John Henry Merryman, The Public Interest in Cultural Property, in: California Law Review 77 (1989), H. 2, S. 339–364, hier S. 341.

[4] Vgl. Kwame Anthony Appiah, Whose Culture Is It?, in: The New York Review of Books 53 (2006), H. 2.

[5] Vgl. John Henry Merryman, Two Ways of Thinking about Cultural Property, in: The American Journal of International Law 80 (1986), S. 831–853, hier S. 835 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

war die Tatsache, dass die Konvention die Beschädigung von Kulturgütern als ein Vergehen gegen den Geist des Menschen an sich formulierte. Oder wie es in der Präambel der Konvention heißt: „in der Überzeugung, dass jede Schädigung von Kulturgut, gleichgültig welchem Volke es gehört, eine Schädigung des kulturellen Erbes der ganzen Menschheit bedeutet, weil jedes Volk seinen Beitrag zur Kultur der Welt leistet". Dieses universale Element ist das markanteste Merkmal der Haager Konvention, deren Geist einen kulturellen Internationalismus zum Ausdruck bringt[6].

Auf den anderen Pol in der Einstellung zu Kulturgütern verwies die UNESCO-Konvention gegen illegalen Handel mit Kulturgut aus dem Jahre 1970. Im Unterschied zur Haager Konvention zielte die UNESCO-Konvention nicht auf Kriegsschäden, sondern insbesondere auf die Probleme und Verwerfungen des freien Markts. Ihre Bestimmung liegt darin, die Kulturgüter ärmerer Staaten vor unkontrolliertem Handel und dem Zugriff wohlhabender Staaten zu schützen. In diesem Sinne stellte die UNESCO-Konvention fest, „dass das Kulturgut zu den wesentlichen Elementen der Zivilisation und der Kultur der Völker gehört und dass sein wahrer Wert nur im Zusammenhang mit möglichst weitreichenden Kenntnissen über seinen Ursprung, seine Geschichte und seinen traditionellen Hintergrund erfasst werden kann"[7]. Kultur gehört in diesem Sinne nicht an erster Stelle der ganzen Menschheit, sondern einer Nation. Im Gegensatz zum expliziten Internationalismus der Haager Konvention formulierte die UNESCO-Konvention eine „kulturelle Nationalität" und sprach sich infolgedessen für das Recht von Nationen aus, eine Politik der Rückbehaltung und Repatriierung von Kulturgütern zu verfolgen.

Das Spannungsverhältnis zwischen kulturellem Internationalismus einerseits und kulturellem Nationalismus andererseits wird in Folgendem an der Stellung jüdischer Kulturgüter zu zwei verschiedenen Zeitpunkten erörtert. Zunächst geht es um die Situation, wie sie sich in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre herauskristallisierte, dann um die gegenwärtige Diskussion bei den israelischen Gerichten sowie in den israelischen und internationalen Medien. Die Klagen vor Gericht, insbesondere die der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, versuchen, das Gesamtkonstrukt aller Regelungen in Bezug auf jüdische Kulturgüter „ohne Erben" ins Wanken zu bringen, jenes Konstrukt, das Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre des letzten Jahrhunderts Formen annahm. Die Verteilung dieser Kulturgüter auf die beiden großen jüdischen Zentren – die USA und Israel – sowie zu einem kleineren Teil auf die anderen jüdischen Gemeinden, die in Europa überlebt hatten, oder die Diasporen des europäischen Judentums, lag nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Händen internationaler jüdischer Organisationen.

[6] Ebenda, S. 837.

[7] Convention on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export and Transfer of Ownership of Cultural Property 1970, http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13039&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ich konzentriere mich im Folgenden auf einen Schauplatz, auf dem die Stellung des reichen Kulturerbes des deutschen Judentums erörtert und entschieden wurde: die Tschechoslowakei. In einer detaillierten Darstellung soll das Spannungsverhältnis zwischen den historischen Bedingungen, unter denen diese Kulturgüter nach Israel gelangten, und den gegenwärtigen Umständen, die Israels Besitzrecht darauf in Frage stellen, herausgearbeitet werden[8].

Raub und Restitution

Die Zukunft jüdischer Kulturgüter in Europa scheint erstmalig am 11. April 1943 in London im Rahmen eines Kongresses zum Thema *Restoration of Continental Jewish Museums, Libraries and Archives* diskutiert worden zu sein[9]. Auf diesem Kongress, veranstaltet von der *Jewish Historical Society of England*[10], wurde der immer deutlicher werdenden Sorge Ausdruck verliehen, dass der nationalsozialistische Angriff nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen ihre geistigen und intellektuellen Werte gerichtet sei. Der britisch-jüdische Historiker Cecil Roth, eine Schlüsselfigur dieser Initiative, war es, der in seiner Eröffnungsrede das grundlegende Paradoxon offenlegte zwischen der nationalsozialistischen Politik einer systematischen Vernichtung aller jüdischen Kultur einerseits und ihrer Bewahrung durch die Nazis andererseits[11]. Dieses Paradoxon führte dazu, dass

> „während wir in den noch verbliebenen freien Ländern dies als ein Vorrecht von Rabbinern oder Exzentrikern betrachten, haben sie diese Vorgehensweise aufgegriffen und systematisch organisiert, um in jüdischer Literatur und Geschichte, in jüdischem Denken all das aufzuspüren oder daraus zu extrahieren, was interpretiert oder unter noch so gewaltsamer Entstellung der Wahrheit missinterpretiert werden kann, um ihrer Böswilligkeit zu dienen“[12].

[8] Das Interesse der Forschung an der Thematik des nach der Schoah in Europa verbliebenen jüdischen Besitzes im Allgemeinen und jüdischer Kulturgüter im Besonderen ist in den letzten Jahren stark angestiegen, zahlreiche Veröffentlichungen waren die Folge. Zum jüdischen Besitz in der Tschechoslowakei vgl. Elisabeth M. Yavnai, Jewish Cultural Property and its Postwar Recovery, in: Center for Advanced Holocaust Studies/United States Holocaust Memorial Museum (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933–1945. New Sources and Perspectives, Washington D.C. 2003.

[9] Vgl. Elisabeth Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher“. Kulturrestitution und jüdisches Geschichtsdenken nach 1945, Göttingen 2013, S. 97 f. u. S. 111.

[10] Conference on the Restoration of Continental Jewish Museums, Libraries and Archives (London, 11. 4. 1943), in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora, 1944 II.

[11] Vgl. Cecil Roth, The Restoration of Jewish Libraries, Archives and Museums, in: Contemporary Jewish Record 7 (1944), S. 253–257. Zum Verhältnis von physischer Vernichtung und dem Erhalt von Kultur vgl. auch Dov Schidorsky, Burning Scrolls and Flying Letters. A History of Book Collections and Libraries in Mandatory Palestine and of Book Salvaging Efforts in Europe after the Holocaust, Jerusalem 2008 (hebr.), S. 199. Zu Cecil Roth vgl. Michael Brenner, Propheten des Vergangenen. Jüdische Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert, München 2006, S. 175–183.

[12] Roth, The Restoration, Zitat S. 254.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Roth stellte die gewaltigen Investitionen dar, die das nationalsozialistische Deutschland auf diese Bereiche verwendete und die sämtliche Ausgaben anderer Länder in dieser Hinsicht überstiegen, und veranschaulichte dieses an der Situation der Bibliotheken:

> „Während es in diesem Land [Großbritannien] nicht eine einzige wirklich umfassende jüdische Bibliothek gibt und selbst die größten Sammlungen in Amerika und in Palästina sparen und haushalten müssen, ist in Verbindung mit dem Institut für die Erforschung der Judenfrage in München die zweifellos größte jüdische Sammlung der Welt heutzutage geschaffen worden."[13]

Vor dem Hintergrund des systematischen Raubzugs der Nationalsozialisten habe das deutsche Volk jedes Besitzrecht an Objekten jüdischer Provenienz verloren, die für antisemitische Zwecke missbraucht worden seien. Dies gelte unabhängig davon, wie sie erworben worden seien und wie lange sie sich schon in deutschen Einrichtungen befänden[14].

> „Dass die große jüdische Bibliothek in Frankfurt, de facto eine jüdische Gründung, nun, nach einem Zwischenaufenthalt in München, für hypothetische Leser wieder eröffnet werden soll; oder dass der Münchener Talmud nun in die Staatsbibliothek zurückkehren soll, nachdem er in dem antisemitischen Museum öffentlich zur Schau gestellt worden ist; oder dass die wunderschöne Darmstädter Haggada nun ihren Weg zurück in die Schaukästen finden soll, nachdem sie unter Verschluss gehalten worden war, damit ihre Schönheit den Betrachter nicht am Ende noch bewegte, seine Meinung hinsichtlich des bei Juden fehlenden ästhetischen Geschmacks zu ändern – all dies scheint widersinnig."[15]

Roth schlug daher vor, auf die betroffenen Manuskripte und Bücher das talmudische Gebot der „Gefangenenauslösung" anzuwenden – er bezog sich auf eine halachische Vorschrift, nach der Juden aus der Gefangenschaft von Nichtjuden zu befreien sind – und sie der Hebräischen Universität in Jerusalem zur Verwahrung zu überstellen.

Roths Initiative fand erst nach etwa einem Jahr, im März 1944, ihren Widerhall an der Hebräischen Universität. Doch obgleich mit einiger Verspätung dort angelangt, entsprach sie dem Geist längst geführter universitätsinterner Diskussionen. Leo Ary Mayer, der Rektor der Universität, beeilte sich daraufhin, die Einsetzung eines Ausschusses zur Rettung der Schätze der Diaspora (Komitee Otzrot HaGolah) zu veranlassen, in den Gershom Scholem, Martin Buber, Gotthold Weil, Moshe David Cassuto und der künftige Erziehungsminister Ben-Zion Dinur berufen wurden. Zwei der Mitglieder hatten in den 1930er Jahren Aufnahme an

[13] Ebenda, S. 254.
[14] „It seems to me that the German people has lost its right to any objects which have been used for anti-Semitic purposes, however acquired and however long possessed", in: Ebenda, S. 256.
[15] Ebenda, Zitat S. 256.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Hebräischen Universität gefunden, nachdem sie vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in Europa aus ihren vorherigen Stellungen entlassen worden waren: Gotthold Weil, inzwischen Leiter der National- und Universitätsbibliothek in Jerusalem, war 1934 seiner Rechte beraubt und als Professor für semitische Philologie an der Universität Frankfurt am Main entlassen worden. Cassuto hingegen hatte seinen Lehrstuhl für Hebräisch und Vergleichende Semitistik an der römischen Universität *La Sapienza* 1938 im Zuge der faschistischen Rassengesetzgebung verloren. Buber war, obgleich er nicht zur Alma Mater einer deutschen Universität gehört hatte, bekanntlich 1938 aus Deutschland geflohen und hatte in Jerusalem eine Professur für Soziologie erhalten. Einmütig beschloss der Ausschuss, sich über alle verfügbaren Kanäle an alle Mitglieder des Lehrkörpers sowie an sämtliche Emigrantenvereinigungen im Lande mit der Bitte zu wenden, Informationen über jüdische Bibliotheken und Sammlungen in Europa zu übermitteln[16]. Diese Informationen wurden auf der Grundlage einer Tabelle kompiliert, die Cecil Roth seiner Anfrage an die Universität beigefügt hatte und in der er, als Experte für die Geschichte der Renaissance, zur Veranschaulichung alles eingetragen hatte, was ihm über jüdische Sammlungen in Italien bekannt war. Die Resonanz war gewaltig und die Auflistung, welche die Hebräische Universität auf Grundlage dieser Informationen erstellte, schuf eine Grundlage für die „Tentative List of Jewish Cultural Treasures in Axis-Occupied Countries", welche später von der *Commission on Jewish Cultural Reconstruction* in New York herausgegeben wurde[17].

Doch ausgerechnet, als gegen Ende 1944 die Aktualisierung ihrer Liste abgeschlossen war, begannen die Mitglieder des Jerusalemer Ausschusses zur Rettung der Schätze der Diaspora deren Nutzen in Zweifel zu ziehen. Gotthold Weil etwa war überzeugt, es sei wichtiger, „Tatsachen aufzutun, die den jetzigen Fundort dieser Schätze betreffen", während Gershom Scholem darauf verwies, es sei „anzunehmen, dass so gut wie keine von den hier im Folgenden in der Liste aufgeführten Bibliotheken und Archiven sich noch an Ort und Stelle befindet, sondern

[16] Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora, 1944 II. So berichtete Josef Burg wie auch viele andere, die uns heute nicht namentlich bekannt sind, beispielsweise über die Gemeindebibliotheken in Dresden und Leipzig. Burg hatte in den Jahren 1928–1931 gleichzeitig an der Berliner Universität und dem nach Rabbiner Hildesheimer benannten orthodoxen Rabbinerseminar studiert. Er promovierte 1934 in Leipzig und wanderte 1939 nach Palästina aus. Später bekleidete er in Israel zahlreiche Ministerposten in verschiedenen Ressorts wie Gesundheit, Soziales, Post, Inneres und Religion. Burg bat darum, eine Beschwerde im Namen der Dozenten des orthodoxen Berliner Rabbinerseminars bezüglich der Bücher, die sich in verschiedenen Schlössern der Tschechoslowakei befanden, einzureichen, verlor aber das Interesse, nachdem er von Arthur Bergmann die erforderlichen Einzelheiten erfahren hatte. Vgl. dazu Streng geheimer Bericht von Dr. Arthur Bergmann bezüglich seiner Tätigkeit in Prag (handschriftlich 1947), Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212.

[17] Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora (12. Elul 5706/8. 9. 1946), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212 I 1947; Stanford University Special Archives, MO580, Salo W. Baron papers, Series 1: Correspondence, Box 43, Folder 5.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dass sie alle entweder verlegt oder vernichtet worden sind“[18]. Scholem war daher der Ansicht, es gelte die Anstrengungen auf die Bibliotheken der von den Nazis betriebenen Institute zu konzentrieren, von denen er annahm, sie existierten noch und horteten diesen Reichtum. Wie Cecil Roth vertrat auch Weil die Auffassung, neben der Forderung, alle jene geraubten Sammlungen zurückzuerhalten, gelte es, den Anspruch zu erweitern auch auf „die jüdischen Abteilungen von städtischen und staatlichen Bibliotheken [in Deutschland], aus denen die Forderung nach einer Rückgabe des Geraubten zu begleichen wäre“[19], und dies, obgleich diese Abteilungen nicht etwa durch Raub und Enteignung entstanden waren, sondern zumeist durch Spenden und Schenkungen von Juden selbst.

Deutschland war zu Beginn des 19. Jahrhunderts bekanntermaßen die Wiege der Judaistik als wissenschaftlicher Disziplin. Am Vorabend der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten befanden sich dort die wichtigsten Sammlungen von Judaica und Hebraica in Europa. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war dieser Kulturschatz zusammen mit wesentlichen Beständen jüdischer Provenienz aus ganz Europa in den Verstecken der Nazis auf deutschem beziehungsweise tschechoslowakischem Gebiet verschwunden. Der Raub dieser Kulturgüter erfolgte durch eine ganze Reihe von Organisationen, unter denen sich zwei besonders hervortaten: das Amt VII Weltanschauliche Forschung und Auswertung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR)[20]. Während die Beute Rosenbergs, die aus allen von Deutschland besetzten Gebieten Europas stammte, sich bei Kriegsende zu einem wesentlichen Teil im Raum Frankfurt lokalisieren ließ[21], hatten die jüdischen Sammlungen und Bibliotheken, die durch das RSHA beschlagnahmt worden waren, bereits 1943 zum Schutz vor Bombardierung ihren Weg in die Tschechoslowakei gefunden[22]. Die Sammlungen wurden in Böhmen und Mähren eingelagert, im Schloss des Grafen von Hartig in Mimoň (deutsch: Niemes), unweit von Reichenberg in Nordböhmen, sowie in den Schlössern in Nový Falkenburg, in Vranov, in Nový Berštejn

[18] Gershom Scholem an Eduard Poznanski (den akademischen Sekretär der Hebräischen Universität) vom 28. 11. 1944, und Gotthold Weil an Poznanski vom 5. 12. 1944, in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora, 1944 II.

[19] Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora (12. Elul 5706/8. 9. 1946), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212 I 1947.

[20] Vgl. Dirk Rupnow, „Study of the Jews“ in the Third Reich – the Aryanization of Jewish History under the Nazi Regime (hebr.), in: Dapim. Studies on the Shoah 21 (5767/2006–2007), S. 7–33; ders., „Arisierung“ jüdischer Geschichte – zur nationalsozialistischen „Judenforschung“, in: Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur 2 (2004), S. 349–367; vgl. auch Schidorsky, Burning Scrolls, S. 151–201; Dirk Rupnow, Judenforschung im Dritten Reich. Wissenschaft zwischen Politik, Propaganda und Ideologie, Baden-Baden 2011.

[21] Vgl. Patricia Kennedy Grimsted, Roads to Ratibor. Library and Archival Plunder by the Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, in: Holocaust and Genocide Studies 19 (2005), H. 3, S. 390–485, hier S. 406–408.

[22] Vgl. Patricia Kennedy Grimsted, Sudeten Crossroads for Europe’s Displaced Books. The „Mysterious Twillight“ of the RSHA Amt VII Library and the Fate of Million Victims of War, in: Mečislav Borák (Hrsg.), Restitution of Confiscated Art Works. Wish or Reality? Documentation, Identification and Restitution of Cultural Property of the Victims of World War II. Proceedings of the International Academic Conference held in Liberec 2007, Prag 2008, S. 123–180.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und in Houska. In Niemes zum Beispiel fanden sich bei Kriegsende Bücher der jüdischen Gemeinde Wien, Werke aus der Bibliothek des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) sowie Bestände aus der Privatsammlung von Siegmund Seligmann.

Andere Bestände, bestehend hauptsächlich aus Judaica, gelangten 1943 aus Prag und dem deutschen Reichsgebiet nach Theresienstadt[23].

> „Das allergrößte Sachgebiet … stellt … die hebraistische Abteilung dar. … Sie … enthält das Wichtigste der rabbinischen Fachliteratur, der althebräischen Philologie, sowie zahlreiche hebräische und jiddische Zeitungen. Sie ist heute vielleicht eine der reichhaltigsten hebräischen Bibliotheken in Europa."[24]

Zu diesem Befund kam Emil Utitz, bis zu seiner Entlassung Professor für Psychologie an der Friedrichs-Universität in Halle, nach seiner Deportation Leiter der Lagerbibliothek in Theresienstadt, in einem Bericht, den er 1943 über seine Eindrücke der Sammlung verfasste. Diese Bücher sollten, wie H. G. Adler in seinem monumentalen Werk über Theresienstadt feststellte, „für nazideutsche Zwecke von der ‚Bucherfassungsgruppe' unter Leitung Murmelsteins nach dem System der Preußischen Staatsbibliothek katalogisiert werden"[25]. Ähnlich wie in Berlin, wo fünfzig jüdische Zwangsarbeiter, von denen nur zwei den Krieg überlebten[26], für die Katalogisierung der Bücher abgestellt wurden, mussten auch in Theresienstadt gebildete Häftlinge mit Hebräischkenntnissen die Bücher und Handschriften katalogisieren. Unter diesen Werken befanden sich Teile der Bibliotheken der jüdischen Gemeinden in Berlin, Dresden, München und Hannover, der Bibliothek der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, der Bibliothek des orthodoxen Rabbinerseminars in Berlin und der Bibliothek des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau. Die allermeisten der Häftlinge, die mit der Katalogisierung dieser Bestände befasst waren, wurden im Herbst 1944 in den Tod geschickt.

Cecil Roths Initiative zielte auf diese und andere Bestände ab und verband sich de facto mit der allgemeinen Diskussion über „erbenloses jüdisches Eigentum". Darüber wurde in der jüdischen Öffentlichkeit diskutiert, nachdem die Existenz

---

[23] Der Bücherbestand in Theresienstadt umfasste vor den Transporten 1942 lediglich rund 4000 Bände. Nach den Transporten belief sich ihre Anzahl auf über 200 000. Die meisten Bücher waren von Deportierten ins Ghetto mitgebracht und diesen dann abgenommen worden. Die aus Privatbeständen konfiszierten Bücher wurden von denen der Zentralbücherei, die den Ghettobewohnern zur Verfügung standen, getrennt, da sie von den Deutschen für Forschungszwecke vorgesehen waren. Vgl. Schidorsky, Burning Scrolls, S. 163 f.

[24] Zit. nach Ghettozentralbücherei Theresienstadt. Rechenschaftsbericht vom 17. November 1942 bis 17. November 1943 (maschinenschriftlich), in: H. G. Adler, Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte – Soziologie – Psychologie, Tübingen 1960, S. 608; vgl. auch Kornelia Richter, Lesen im Ghetto Theresienstadt, in: Bücher und Bibliotheken in Ghettos und Lagern 1933–1945, Hannover 1991, S. 43–56.

[25] Adler, Theresienstadt 1941–1945, S. 609. Benjamin Murmelstein leitete ab April 1943 in Theresienstadt die durch das RSHA kontrollierte Erfassung konfiszierter hebräischer Bücher.

[26] Schidorsky, Burning Scrolls, S. 163.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Vernichtungslagern bekannt geworden war, wie sich an den Parallelinitiativen von Persönlichkeiten wie Siegfried Moses in Palästina und Nehemia Robinson in den Vereinigten Staaten zeigte[27]. Beide verwiesen darauf, dass weder das internationale Recht im Allgemeinen noch die Haager Konvention von 1907 im Besonderen in der Lage waren, eine hinreichende Antwort auf die Frage nach einer Entschädigung für im Zweiten Weltkrieg geraubten, enteigneten und beschlagnahmten jüdischen Besitz zu geben. Denn nach den Grundsätzen bestehender internationaler Rechtsprechung drohe erbenloses jüdisches Eigentum in seine Herkunftsstaaten zurückgeführt zu werden oder aber auf dem Territorium zu verbleiben, auf dem es sich bei Kriegsende befinde. Daher sei es von höchster Dringlichkeit, Lösungen zu finden, um die Prinzipien geltenden internationalen Rechts an die neuen Gegebenheiten anzupassen, wie sie sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben hatten – etwa durch die Anerkennung einer internationalen jüdischen Organisation als legitimer Erbin.

„Gemordet hast du und hast auch schon geerbt"

Als sich ein Ende des Krieges abzuzeichnen begann, wurden diese Fragen dringlicher. Unter Vorsitz des Historikers Salo Baron, Inhaber des Lehrstuhls für jüdische Geschichte an der Columbia University, agierte in New York seit 1944 die *Commission on Jewish Cultural Reconstruction,* während an der Hebräischen Universität in Jerusalem nach längeren Debatten im Januar 1946 eine juristische Fachkommission berufen wurde. Deren Aufgabe war es, die rechtliche Grundlage für eine offizielle Anerkennung der Hebräischen Universität als Treuhänderin jüdischer Kulturgüter zu stärken. Die mit bekannten Persönlichkeiten[28] besetzte Kommission legte im März 1946 ihr Memorandum[29] vor. Vor dem Hintergrund des für Deutschland gültigen Besatzungsrechts – zu verweisen ist insbesondere auf das Gesetz Nr. 52 des alliierten Kontrollarats zur Sperre und Kontrolle bestimmter Vermögen und Eigentumswerte – konzentrierte sich das Memorandum auf den Status jüdischer Kulturgüter ohne Erben und Anspruchssteller. Den Mitgliedern der Kommission bereitete die Möglichkeit Sorgen, die Besatzungsmächte könnten jüdische Kulturgüter beschlagnahmen. Daher beeilten sie sich zu behaupten, dass selbst wenn internationales Recht einer Besatzungsmacht zugestehe, Kompensationen aus dem Besitz des besetzten Staates zu requirieren, dies

[27] Vgl. Siegfried Moses, Die jüdischen Nachkriegsforderungen, Tel Aviv 1944, und Nehemia Robinson, Indemnifications and Reparations, Jewish Aspects, New York 1944.

[28] Der Kommission gehörten u. a. an: Nathan Feinberg, jüdischer Völkerrechtler, der in Berlin und der Schweiz Jura studiert und von 1922 bis 1924 als Sekretär des Comité des Délégations Juives fungiert hatte; Norman Bentwich, auch er Professor für Rechtswissenschaften, der als Rechtsberater der britischen Mandatsregierung in Palästina gedient hatte; Abraham Chaim Freimann, der im April 1948 beim Angriff auf den Versorgungskonvoi zum Mount Scopus den Tod finden sollte.

[29] Memorandum des juristischen Rats des Ausschusses für die Rettung der Schätze der Diaspora, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212 I 1947, darin auch alle folgenden Zitate.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nicht in Bezug auf die jüdischen Kulturgüter gelte. „Die jüdischen Kulturgüter", so schrieben sie,

> „haben sich zwar in der Verfügungsgewalt des deutschen Staates befunden, aber es lässt sich nicht behaupten, diese seien auch Besitz und Eigentum des Reiches gewesen. Diese Güter waren stets Privatbesitz ihrer jüdischen Eigentümer und ihre Enteignung oder Beschlagnahmung erfolgte im Widerspruch zu allen, in der gesamten kultivierten Welt geltenden Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit. Die von den Juden geraubten Schätze des Exils sind mithin nicht ‚Feindesgut', weder des deutschen Staates noch des deutschen Volkes, sondern sind auch nach ihrer Beschlagnahme Privatbesitz von Juden geblieben, von Einzelpersonen, Gemeinden, Institutionen usw., denen sie vor der Beraubung, dem Diebstahl, der Konfiszierung oder dem Zwangsverkauf gehörten."

Schlimmer noch als die Möglichkeit, die Besatzungsmächte könnten die jüdischen Kulturgüter beschlagnahmen, erschien den Verfassern des Memorandums ein anderes Szenario: Diese Kulturgüter könnten – wie es die Rechtslage in Deutschland und vielen anderen Ländern vorsah – als erbenloser Privatbesitz an den Staat gehen und damit den Deutschen in die Hände fallen. Folgerichtig schloss das Memorandum eine solche Möglichkeit kategorisch aus, da sie im Widerspruch stehe „zu dem natürlichen, elementarsten Gerechtigkeitsempfinden, das sich gegen die Anerkennung eines solchen Erbanrechts auflehnt, eine Empörung, wie sie schon in den Worten des Propheten Elias zum Ausdruck kommt: Gemordet hast du und hast auch schon geerbt."[30] Darüber hinaus und sich auf deutsches Recht von vor 1933 berufend, dem zufolge „erbunwürdig ist, wer den Erblasser vorsätzlich und widerrechtlich tötet oder versucht hat, diesen zu töten", kamen die Verfasser des Memorandums zu der Feststellung, dass „der deutsche Staat nicht berechtigt ist, den Nachlass der von ihm ermordeten Juden zu erben, die keine Erben hinterlassen haben." Sie fanden einen internationalen juristischen Präzedenzfall im Vertrag von Sèvres, der 1920 mit dem Osmanischen Reich geschlossen, aber nie ratifiziert worden war. Dessen ungeachtet beriefen sich die Verfasser des Memorandums auf Artikel 144 des Vertragswerks, der Folgendes bestimmte: Das Eigentum der seit 1915 umgekommenen Armenier, das ohne Erben geblieben war, hatte an die Landsmannschaft zu fallen, der der Erblasser angehörte, nicht aber an den Staat. Die Argumentation des Memorandums bezog sich auch auf die Kulturschätze, die ihren Ursprung in jüdischen Institutionen, Organisationen und Gemeinden hatten. Diesbezüglich war die Kommission der Überzeugung, nicht das Erbrecht, sondern der Status einer juristischen Person müsse Grundlage für die Rückgabe von Kulturerbe „an das jüdische Volk" sein, da vor

[30] Elisabeth Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher", S. 192, arbeitet prägnant heraus: „Gerade weil die hier formulierten Ansprüche juristisch nicht zweifelsfrei zu begründen waren, da man weder einen Staat als gesetzlichen Vertreter anrufen noch als unmittelbares Opfer der nationalsozialistischen Ausraubung klassifiziert werden konnte, mussten diese ‚weichen', moralischen Argumente in den Mittelpunkt gerückt werden."

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dem Aufkommen des Nationalsozialismus die jüdischen Gemeinden in Deutschland durch das Zivilrecht und die öffentliche Rechtsprechung als juristische Personen anerkannt gewesen seien.

Neben diesen grundsätzlichen Begründungen, die die Möglichkeit in Abrede stellten, die in Frage stehenden Kulturgüter könnten in die Hände der Alliierten oder die der Deutschen übergehen, enthielt das Memorandum auch prinzipielle Argumente bezüglich des Erbrechts des jüdischen Volkes im Allgemeinen und dem der Hebräischen Universität im Besonderen. In seinem Argumentationsansatz bezog sich das Schriftstück auf den kollektiven Charakter des Verbrechens und stützte sich auf die Anklage in den Nürnberger Prozessen, die zeitgleich stattfanden. So hob das Memorandum hervor, es entspreche dem Wunsch der gequälten und ermordeten Erblasser, wenn ihr Besitz „ihrem verfolgten Volk als Erbe und ewige Erinnerung" zurückgegeben werde. „Es wäre zudem ungerecht und bar jeder rechtlichen und ethischen Grundlage, wenn ein anderer Staat oder irgendeine andere Körperschaft den Wunsch hegte, sich auf Kosten der Opfer des Volkes Israel zu bereichern", konstatierte der Schriftsatz, um dann noch in aller Deutlichkeit anzufügen: „Dies gilt auch und insbesondere hinsichtlich der Kulturschätze der deutschen Juden, die sich auf dem Gebiet der Tschechoslowakei befinden."

Und schließlich listete das Memorandum eine lange Reihe von Argumenten auf, die das Recht und die Befähigung der Hebräischen Universität belegen sollten, sich der Schätze des Exils anzunehmen – „die Erfüllung einer heiligen Pflicht gegenüber dem jüdischen Volk und seiner Kultur", wie in dem Schriftsatz betont wurde. Angefangen von prinzipiellen Argumenten wie dem, dass die „Hebräische Universität die einzige jüdische Universität auf der Welt und ihre Bibliothek die nationale Bibliothek des Volkes Israel" sei, bis hin zu professionellen Argumenten bezüglich des internationalen Standards der Bibliothek, des Niveaus ihrer Bibliothekare und des Renommees ihres Leiters Gotthold Weil, „ehemaliger Leiter der Orientalischen Abteilung der Staatsbibliothek in Berlin und Professor für semitische Sprachen"[31]. Außerdem verwies das Memorandum darauf, dass die Universität in den Jahren der Verfolgung eine beträchtliche Anzahl von Wissenschaftlern, Gelehrten, Forschern und Studenten aufgenommen habe, und vermerkte ausdrücklich, dass „das Institut für die Wissenschaft des Judentums an der Hebräischen Universität heute die führende Institution in diesem Fachgebiet auf der ganzen Welt ist". Das Selbstverständnis der akademischen Institution spricht aus dem folgenden Absatz: „Es gibt also keinen Ort und keine Einrichtung innerhalb der jüdischen Welt, die aus kultureller, moralischer und menschlicher Warte berechtigter wäre, zum Treuhänder des kulturellen Erbes des zerstörten Exils des jüdischen Volkes zu werden, als die National- und Universitätsbibliothek auf dem Mount Scopus."

Dabei war den Verfassern des Memorandums sehr wohl bewusst, dass es noch weitere jüdische Akteure gab, die sich selbst als Erben betrachten mochten oder

[31] Memorandum des juristischen Rates des Komitees Otzrot HaGolah, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212 I 1947.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

– aus Sicht der Universität – als solche aufzutreten drohten. Daher beeilte sich die Universität, in Verhandlungen mit Vertretern der *Jewish Agency for Palestine* zu treten, die unter den gegebenen Umständen noch nicht vorhandener staatlicher Souveränität den Status einer Quasiregierung genoss, um zu einer Arbeitsteilung zwischen beiden Einrichtungen zu gelangen, die die Pflege jüdischer Kulturgüter in die Hände der Universität legen sollte[32]. Auch war eine Abstimmung mit den jüdischen Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen in England und den Vereinigten Staaten nötig, um zu verhindern, dass diese eigene Forderungen vorbrächten. Ein weiteres Problem aus Sicht der Juristen stellten die sich ab Mitte 1945 langsam neu konstituierenden jüdischen Gemeinden in Deutschland dar. So betonten sie in ihrem Memorandum, dass man „sich dagegen verwahren sollte, dass neue, fiktive Körperschaften, denen die durchgehende Tradition der vorherigen Kultureinrichtungen fehlt, deren Bezeichnung übernehmen und im Namen der zerstörten früheren Institutionen Ansprüche erheben".

Allerdings begnügte sich die Universität nicht mit dieser juristischen Intervention, sondern beeilte sich, auf Grundlage der vereinbarten Arbeitshypothesen Gershom Scholem und den Bibliothekar Abraham Yaari zu entsenden, um in ihrem Namen die in Europa noch existenten Sammlungen zu kartieren[33]. Die beiden Männer trafen in Paris in der Erwartung ein, die amerikanisch-jüdische Wohlfahrtsorganisation *American Jewish Joint Distribution Committee* werde ihnen helfen, Visa für die amerikanische Besatzungszone zu erhalten. Sie nahmen an, dort befinde sich das Gros der Kulturschätze des Exils. Yaari kehrte nach zwei Monaten, frustriert vom erfolglosen Warten auf die Einreisegenehmigung, nach Palästina zurück, während es Scholem gelang, sich in der Schweiz ein Visum für die Tschechoslowakei zu beschaffen, um die dort aufgefundenen deutschen Raubsammlungen zu begutachten. Am 5. Juni 1946 traf er in Prag ein. Zu diesem frühen Zeitpunkt war er de facto einer der ersten internationalen Akteure überhaupt, die wegen der im Lande befindlichen Sammlungen Kontakt zu örtlichen tschechoslowakischen und jüdischen Instanzen aufnahmen. Auf jeden Fall aber kam er der amerikanischen *Commission on Jewish Cultural Reconstruction* zuvor.

Die Emissäre

Was aber fand nun Scholem über die Sammlungen in der Tschechoslowakei heraus? Bei einer Unterhaltung mit dem Rabbiner Otto Muneles, der im April 1943

[32] Dokument vom 21. 3. 1946, in welchem die Jewish Agency ihr „Sponsoring" für die Mission Gershom Scholems und Abraham Yaaris bezüglich der von den Deutschen in Deutschland selbst und den besetzten Ländern geplünderten jüdischen Bibliotheken erklärt, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212I.

[33] Die von Prof. Michael Fekete, Rektor der Hebräischen Universität, für Scholem und Yaari ausgestellte Ernennungsurkunde vom 14. 3. 1946, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212I. Zur Deutschlandreise Scholems vgl. Noam Zadoff, Reise in die Vergangenheit, Entwurf einer neuen Zukunft. Gershom Scholems Reise nach Deutschland im Jahre 1946, in: Münchener Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur 2 (2007), S. 67–80.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

durch das Amt VII (Kulturabteilung und Zentralbibliothek) des RSHA zum Leiter der Gruppe ernannt worden war, die die Hebraica-Sammlungen im Ghetto Theresienstadt zu katalogisieren hatte[34], erfuhr Scholem vom Ursprung dieser Bücher und vermerkte entsprechend in seinen in deutscher Sprache verfassten Tagebuchaufzeichnungen: „dass die Teres. Bestände nicht etwa aus Frankfurt geschickt worden sind, sondern im Gegenteil, das Ergebnis einer Konkurrenzaktion der Berliner Staatsbibliothek sind, welche auf eigenen Raubzug ausging und versuchte, Sammlungen dem Frankfurter Institut wegzuschnappen"[35].

Bei seinem Besuch in der Tschechoslowakei wurde Scholem auch über den aktuellen Status der Bücher ins Bild gesetzt. Er erfuhr, dass für die Bestände in Terezín (und im Jüdischen Museum in Prag) neben der tschechoslowakischen Regierung in Form des „Terezín-Ausschusses" die Vertretung der jüdischen Gemeinden in Böhmen und Mähren zuständig sei, für die Werke in den Schlössern in Böhmen und Mähren jedoch die National- und Universitätsbibliothek in Prag verantwortlich zeichne. Scholem bemühte sich um Kontakte zu jüdischen Instanzen und Akteuren, denen er aber gleichzeitig mit einer gewissen Skepsis begegnete. So zeigte er sich etwa besorgt über den Wunsch des Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Prags, Dr. Karl Stein, ein großes jüdisches Institut in der Stadt zu begründen. „Die Phantastik der Idee springt in die Augen, wo kaum 10 Menschen überhaupt Hebräisch lesen können, außerhalb des Kreises der nur Durchwandernden und auf keinen Fall hier zu bleiben wünschenden Juden aus Karpathorussland", schrieb Scholem[36].

In seinen Gesprächen wurde Scholem mit Erwägungen aller Art konfrontiert, die die Gemeindevorsitzenden und Spitzen des Rats der Gemeinden in Böhmen und Mähren vor ihm ausbreiteten, ohne dass er hätte beurteilen können, was davon ernst gemeint und was Taktik war. So behauptete Stein ihm gegenüber, um eine Zustimmung zur Überstellung der Bestände unter eine Treuhänderschaft der Hebräischen Universität zu erhalten, müsste das Einverständnis der jüdischen Gemeinde und ihrer Gremien eingeholt werden. Daher bat er darum, die nächsten Gemeindewahlen abzuwarten und dabei auf einen Erfolg der Zionisten zu hoffen, die sich dem Vorhaben geneigter zeigen würden. Ingenieur Ernst Fischer, Vorsitzender des Rats der jüdischen Gemeinden von Böhmen und Mähren, der aus dem Exil in England zurückgekehrt war, erwartete Schwierigkeiten von Seiten der tschechoslowakischen Behörden. Die Hebräische Universität, so verlangte er,

[34] Vgl. Schidorsky, Burning Scrolls, S. 163 f.

[35] Gershom Scholem, Tagebuch über meine Gespräche in Prag, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212I; vgl. auch den Brief Scholems an Hannah Arendt vom 6. 11. 1946, insbesondere folgende Aussage: „Der wichtigste Teil der Bibliotheken ist gar nicht in Offenbach wie die Publizistik glauben machte, so wichtig das dort Vorhandene auch ist (unter der Perspektive kultureller Verwendung in Palästina gesehen), sondern in der Czechoslowakei [sic] versteckt. Ich hoffe man kann an die Sachen heran und sie für hier erlangen." Hannah Arendt/Gershom Scholem, Der Briefwechsel, hrsg. von Marie Luise Knott unter Mitwirkung von David Haredia, Berlin 2010, S. 132 (Hervorhebung im Original).

[36] Gershom Scholem, Tagebuch über meine Gespräche in Prag, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212I.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

müsse Einverständniserklärungen von den verschiedenen Organisationen ehemaliger deutscher Juden einholen, die sich jetzt in Palästina und in den Vereinigten Staaten befänden, sowie von den gegenwärtigen jüdischen Gemeinden in Deutschland, welche die Hebräische Universität autorisierten, die Bestände in Verwahrung zu nehmen. Diese und ähnliche Äußerungen versetzten Scholem in Rage. Er erklärte sich zwar prinzipiell damit einverstanden, eine Zustimmung der Organisation der Mitteleuropäischen Einwanderer in Palästina oder vom *Council of German Jews* in England einzuholen, lehnte es aber kategorisch ab, die Legitimität von „kleinen Gruppen von nur de facto bestehenden z.T. nur aus quasi-Juden bestehenden Gemeinden in Deutschland" anzuerkennen oder mit diesen Verhandlungen zu führen. In seinen Tagebuchaufzeichnungen wiederholte er seinen Standpunkt, den er bereits zuvor in eindeutiger Form vertreten hatte: „Das deutsche Judentum ist tot in Auschwitz oder Theresienstadt geblieben oder lebt mit seinen berufenen Vertretern in anderen Ländern oder in Erez Israel."[37]

Obgleich misstrauisch in Bezug auf seine Kontaktpersonen und die legalistische Haltung, die in Prag vorherrschte, und obschon er selbst sich des Umstands bewusst war, dass der Begriff der „Treuhänderschaft", welche die Hebräische Universität für sich reklamierte, noch nicht genügend ausformuliert war[38], akzeptierte Scholem eine Forderung Fischers: Die Hebräische Universität möge beweisen, dass sie die offizielle Anerkennung als „Treuhänderin" deutsch-jüdischer Besitzungen durch eben jene Organisationen erlangt hatte, die am Vorabend des Krieges Eigentümer dieser Kulturgüter gewesen seien. Noch vor seiner Ankunft in Prag hatte sich Scholem von Zürich aus an Leo Baeck gewandt, der sich seit seiner Befreiung aus Theresienstadt in London aufhielt, und hatte ihn als ehemaligen Präsidenten der Reichsvertretung der Deutschen Juden um eine derartige Bestätigung gebeten[39].

Die Universität begnügte sich also nicht damit, ihren legitimen Anspruch zu behaupten, sondern bemühte sich aktiv um das Einverständnis von Organisationen, die sich selbst als Erben dieser Kulturgüter hätten betrachten können. Während der Vorsitzende des Vorstands der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sich beeilte, Anfang August 1946 zu bestätigen, dass die Gemeinde die Hebräische Universität ersuche, als Treuhänderin ihrer Bibliothek zu fungieren[40], kostete es

[37] Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora, Ordner I: 1946, Bericht von Gershom Scholem aus Prag an die Hebräische Universität, undatiert (Juni 1946), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212I.

[38] Gershom Scholem, Bericht über meine Tätigkeit in Prag, Preßburg und Wien (1946), zit. nach Schidorsky, Burning Scrolls, S. 391.

[39] Werner Senator, der akademische Sekretär der Hebräischen Universität, an Scholem vom 18. 4. 1946, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212I.

[40] Schidorsky, Burning Scrolls, S. 382 f.; Der Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin an die Hebrew University (9. 8. 1946), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212I: „Da die jüdische Gemeinde wünscht, dass diese Bestände für die jüdische Kulturarbeit auf die fruchtbarste Weise an der Stelle lebendigsten jüdischen Lebens verwendet werden, wünscht sie, dass die Hebrew University in Jerusalem als zentrales Kulturinstitut des jüdischen Volkes die treuhänderische Verwaltung dieser Sammlung – speziell der Bibliothek der Jüdischen Gemeinde zu Berlin – übernimmt." Allem Anschein nach

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Universität 1946/47 erhebliche Mühe, Schlüsselfiguren des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die sich in England befanden, zu überzeugen, einen ähnlichen Schritt zu vollziehen.

Die Universität musste mithin ihre Anstrengungen in mehrere Richtungen gleichzeitig lenken. Im Sommer 1946 machte sich Yehuda Magnes, der Präsident der Hebräischen Universität, auf den Weg in die Vereinigten Staaten, um die Autoritäten der amerikanischen Besatzungsmacht zu überzeugen, die Hebräische Universität als Erbin anzuerkennen, und parallel dazu bei jüdisch-amerikanischen Organisationen Überzeugungsarbeit zu leisten, sie als Partnerin bei den gemeinsamen internationalen Bemühungen zu akzeptieren. Die unterschiedlichen jüdischen Organisationen dort agierten zu jenem Zeitpunkt noch getrennt voneinander, was dazu führte, dass ihre Beziehungen zwischen Kooperation und Misstrauen schwankten[41]. Die profilierteste unter den jüdischen Organisationen war die *Commission on Jewish Cultural Reconstruction* in New York. Ihre Nähe zum Zentrum der amerikanischen Macht sicherte ihr einen strategischen Vorteil in Bezug auf die amerikanische Besatzungszone in Deutschland, ihr Vorsitzender Salo Baron verlieh ihr zusätzliche Autorität. Anders als die eindeutige Unterstützung, die Cecil Roth und das *Board of Deputies of British Jews* hinsichtlich des Erbrechts der Hebräischen Universität bereits 1943 zum Ausdruck gebracht hatten, war die Einstellung der *Commission on Jewish Cultural Reconstruction* zu den Forderungen der Hebräischen Universität ambivalent. Beredtes Zeugnis von Konkurrenz und Misstrauen, die unter den Mitgliedern der Kommission geherrscht haben dürften, gab Theodor Gaster, ein Mitglied der Kommission und Chefbibliothekar der Hebraica-Sammlung in der Bibliothek des US-Kongresses[42]. Die Hebräische Universität müsse wissen, „dass ihre Einsetzung als alleinige Treuhänderin oder Legatin mit den Wünschen vieler Juden kollidieren und eine Belastung für diese Einrichtung bedeuten würde, die ihre Ressourcen übersteigen könnte, zumal ein solcher Schritt mit Blick auf die Ungewissheit der politischen Situation in Palästina auch der Sicherheit der Bücher abträglich sein dürfte“[43]. Darüber hinaus machte sich Gaster Gedanken über den Status und die Qualität der Bibliothek in Jerusalem und kam zu der Feststellung:

> „Die Bibliothek der Hebräischen Universität, wie auch immer sie sich selbst beschreiben mag, ist faktisch betrachtet nicht die Nationalbibliothek der Juden, da es so etwas wie einen jüdischen Staat in Palästina nicht gibt. Sie ist vielmehr eine palästinensisch-jüdische Einrichtung und unterscheidet sich damit nicht wesentlich von jeder vergleichbaren Einrichtung hierzulande. Ihr eine bevorzugte Stellung und Behandlung zuzugestehen, würde folglich in einer Diskriminierung

stand man der ursprünglichen Zustimmung schon im Laufe des Jahres 1946 kritischer gegenüber; vgl. Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher“, S. 155.

[41] Vgl. Dana Hermann, Hashavat Avedah. A History of Jewish Cultural Reconstruction, Montreal 2008, S. 32–82.

[42] Zu Theodor Gaster vgl. auch Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher“, S. 99 u. S. 128 f.

[43] Hermann, Hashavat Avedah, S. 74 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Schwestereinrichtungen in diesem Land und anderswo auf der Welt gipfeln, ja würde mit großer Wahrscheinlichkeit in diesem Lande mit besonderem Unverständnis aufgenommen werden in Anbetracht der Tatsache, dass das Material faktisch von amerikanischen Truppen befreit wurde und die nicht-jüdischen Bestände allem Anschein nach an amerikanische Institutionen gehen werden."[44]

Die Meinung der Kommissionsmitglieder indes dürfte mehrheitlich gemäßigter gewesen sein. „Unsere Kommission in den Vereinigten Staaten", so erklärte Baron, als er im September 1946 als Gast einer Sitzung des Ausschusses zur Rettung der Schätze der Diaspora beiwohnte, „setzt sich aus Personen zusammen, die zur überwiegenden Mehrheit Zionisten sind, Freunde der Universität und des jüdischen Jischuws."[45] Bei selbiger Gelegenheit willigte er auch ein, dass „wenn die Hebräische Universität sich an andere Regierungen wenden möchte, um mit ihnen in Verhandlung zu treten über den Erhalt von Büchern oder Manuskripten, sie dies tun kann, ohne die Ergebnisse der Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten abzuwarten". Um jedwede Unklarheiten auszuräumen, konkretisierte Professor Simha Assaf diese Aussage und stellte im Beisein Barons fest, dass die Verhältnisse mithin sehr klar seien: „Gemeinsames Vorgehen in Bezug auf alle Besatzungszonen in Deutschland und Aktionsfreiheit für die Universität in Ländern wie Ungarn, Tschechien usw."[46]

Das Schloss

Die Lage der jüdischen Kulturgüter in den von der Sowjetunion besetzten Territorien unterschied sich zweifelsohne erheblich von der im Westen und spiegelte den schnellen Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg wider. So hatte etwa Scholem noch im November 1944 verlangt, die Archive der russischen Juden von der Bestandsliste der Hebräischen Universität zu nehmen, „damit nicht der irrige Eindruck entsteht, wir hätten die Absicht, ausgerechnet von dort etwas einzufordern! Die Hauptsache", so fuhr er fort, „muss die Forderung nach einer Überführung des entsprechenden Materials sein, das sich jetzt in Deutschland und Österreich befindet."[47] Zwei Jahre später, auf der bereits erwähnten Sitzung des Ausschusses zur Rettung der Schätze der Diaspora, die in Anwesenheit von

[44] Ebenda, S. 75.

[45] Jüdische Ansiedlung in Palästina. Baron-Zitate in: Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora (12. Elul 5706/8. 9. 1946), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212 I 1947.

[46] Aus dem Protokoll lässt sich nicht entnehmen, dass Baron dem dort Gesagten widersprochen hat. Daraus kann man seine Zustimmung vermuten. Später stand auch in den Statuten der Jewish Cultural Reconstruction (JCR), dass die Hebräische Universität die erste Priorität bei der Auswahl hat.

[47] Scholem an Poznansky vom 28. 11. 1944, in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora, Best. Nr. 1944 II. Die Angaben zu Ordnern des Universitätsarchivs sind uneinheitlich – manchmal sind Ordner angegeben, manchmal nur das Archiv etc.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Salo Baron stattfand, schlug Scholem einen ganz anderen Ton an. Hier berichtete er: „[D]ie Russen werden nicht zugunsten der Juden auf etwas verzichten. […] Wie er erfahren habe, sind bereits einige Sammlungen nach Russland zurückgeschafft worden."[48] Nicht nur in der sowjetischen, sondern auch in der tschechoslowakischen Politik waren bald nach Kriegsende in der Frage der Restitution des durch die Nazis geraubten Besitzes im Allgemeinen und des jüdischen Eigentums im Besonderen Veränderungen zu verzeichnen. Noch 1938 hatte die tschechoslowakische Exilregierung verkündet, sie werde keinerlei von den Nazis erzwungene Enteignungen und Beschlagnahmungen anerkennen, Anfang 1945 hatte sie noch eindeutig eine Generalrestitution unterstützt, doch mit Kriegsende begann sie in dieser Frage eine andere Haltung einzunehmen[49]. In der Öffentlichkeit wurde zunehmend die auch von Sozialisten und Kommunisten geteilte Forderung nach Enteignung, Verstaatlichung und Sozialisierung von Privatbesitz erhoben. Insbesondere die zunehmend rigoroseren Bestrebungen, alle Deutschen zu enteignen, erschütterte die Stellung der Juden und ihre Eigentumsverhältnisse, zumal man nicht zwischen Deutschen und Juden oder zwischen Nazis und ihren Opfern unterschied[50].

Dergestalt war die Situation, als mit Professor Shmuel Hugo Bergman[51] der zweite Gesandte der Hebräischen Universität in die Tschechoslowakei reiste. Bergman, der erste Rektor der Universität, der, 1920 aus Prag nach Palästina eingewandert, auch der erste Leiter der National- und Universitätsbibliothek gewesen war, traf am 6. November 1946 in Prag ein und hielt sich nur neun Tage in der Tschechoslowakei auf. Während seines Kurzbesuchs wurde ihm klar, dass sich der Kampf um die Überführung der Bücher an die Hebräische Universität gleichsam zu einem Zwei-Fronten-Krieg auswuchs. An der westlichen Front kämpfte die Nationalbibliothek um die rabbinischen und judaistischen Bücher, die sich bei Kriegsende in Theresienstadt befunden hatten und nach Kriegsende in die Treuhänderschaft des Rats der jüdischen Gemeinden in Prag überstellt worden waren. Eigentlich hatten sowohl der tschechoslowakische Bildungsminister als auch der Leiter der Universitätsbibliothek in Prag inzwischen zugestimmt, der Hebräischen Universität in Jerusalem diese Werke zu überantworten, allerdings war diese Zustimmung an die Einwilligung des Orientalistischen Seminars der Universität Prag gekoppelt. Doch genau an diesem Punkt baute sich eine unvorhergesehene

[48] Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora (12. Elul 5706/8. 9. 1946), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212 I 1947.

[49] Vgl. Eduard Kabů/Jan Kuklik Jr., Reluctant Restitution: The Restitution of Jewish Property in Bohemia after the Second World War, in: Martin Dean/Constantin Goschler/Philipp Ther (Hrsg.), Robbery and Restitution. The Conflict over Jewish Property in Europe, New York 2007, S. 223–239.

[50] Vgl. Kurt Wehle, The Jews in Bohemia and Moravia 1945–1948, in: Avigor Dagan/Gertrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys, Bd. 3, Philadelphia u. a. 1984, S. 499–530, hier S. 520 f.; vgl. auch Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher", S. 116.

[51] Der Name Bergman(n) taucht in verschiedenen Schreibweisen auf, im Folgenden werden je nach Vorlage beide Formen verwendet.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

neue Hürde auf. Die amerikanische Regierung mischte sich ein und forderte auf Initiative der *Commission on Jewish Cultural Reconstruction* von der Tschechoslowakei, diese Werke in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland zurückzuführen. Bergman war zwar der Meinung, diese Forderung entbehre jeder Grundlage, da „diese Bücher nicht wegen des Vormarsches der Alliierten aus dem Westen nach Terezín geschafft worden waren, sondern mitten im Krieg [nach Theresienstadt verschickt wurden], damit die jüdischen Gelehrten, die dort im Ghetto lebten, sich mit einer Katalogisierung der Werke befassten“[52]. Zur möglichen Schadensbegrenzung und um eine Situation zu vermeiden, die tschechoslowakische Stellen zum Vorwand nehmen könnten, um zu behaupten, aus Furcht vor künftigen Klagen könnten sie die Bücher nicht in die Hände der Hebräischen Universität geben, beeilte sich Magnes, an Salo Baron zu schreiben und ihn eindringlich zu bitten, „nicht zu großen Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben, auf einer Restitution dieser zur Zeit in Prag befindlichen Bücher in die amerikanische Zone zu bestehen“[53].

Eine andere Gefahr drohte den Büchern, die in den Schlössern in Nordböhmen eingelagert waren und sich nicht unter der Verfügungsgewalt des Bildungsministeriums und des Rats der Gemeinden befanden. „In Mimoň“, schreibt Bergmann,

> „wurde ich Augenzeuge, dass die polnische Regierung, die eiligst alle Bücher polnischer Herkunft für sich reklamiert hat, am 11. November Lastwagen schickte, um die polnischen Bücher – jüdische wie nichtjüdische – darauf zu verladen. Vor meinen Augen wurden die Bücher aus der Bibliothek der großen Synagoge in Warschau (an der Tłomackie-Straße) auf einen Lastwagen verladen, wurden verstaut und zum Zug nach Mimoň gefahren, um sie nach Warschau zu überstellen.“[54]

Die Bücher in den Schlössern waren nach Herkunftsländern katalogisiert. Aus diesem Grund wurde den polnischen Repräsentanten erlaubt, neben all jenen Werken, die ursprünglich Kulturgüter der polnischen Judenheit gewesen waren, auch die Bestände deutsch-jüdischer Gemeinden abzutransportieren, die nun, infolge der Neuaufteilung Europas und der Ausdehnung Polens nach Westen, in

[52] Bericht von Prof. Bergmann über seine Reise nach Prag (1946), in: Schidorsky, Burning Scrolls, S. 398–401, hier S. 398.

[53] J. L. Magnes an Salo W. Baron (3. 12. 1946), in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora, 1946. Baron entsprach Magnes‘ Bitte. In einem gemeinsamen Treffen von Vertretern des US-Außenministeriums, der Hebräischen Universität und der neugegründeten JCR wurde im Februar 1947 beschlossen, dass ein Repräsentant der Vereinigten Staaten die tschechoslowakische Regierung davon in Kenntnis setzen solle, dass seine Regierung und die im gemeinsamen Ausschuss vertretenen jüdischen Organisationen übereingekommen seien, dass die Bücher an die Hebräische Universität übergeben werden sollen. Vgl. Schidorsky, Burning Scrolls, S. 258.

[54] Bericht von Prof. Bergmann über seine Reise nach Prag (1946), in: Ebenda, S. 401.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Polen angesiedelt waren[55]. In der Hoffnung, Gehör zu finden, wandte sich die Hebräische Universität nun direkt an die polnische Regierung:

> „Eine beträchtliche Anzahl von Büchern des ehemaligen, nicht mehr existierenden Rabbinerkollegs in Wrocław (Breslau) befindet sich zur Zeit auf tschechoslowakischem Staatsgebiet. Das Rabbinerkolleg war eine Institution in Privatbesitz von großer Bedeutung und seine reiche Sammlung religiöser Literatur wäre von großem Nutzen in Palästina. Wenn die polnische Regierung entschiede, diese Werke der Hebräischen Universität als Treuhänderin des jüdischen Volkes anzuvertrauen, würde ein solcher Schritt als wichtiges Zeichen der Freundschaft und des guten Willens gegenüber dem jüdischen Volk in Palästina und anderenorts betrachtet werden."[56]

Wären diese Bemühungen, die die Vereinbarungen zwischen der tschechoslowakischen und der polnischen Regierung unterliefen, jedoch publik geworden, hätten sie das Einverständnis gefährdet, das die Hebräische Universität mit dem tschechoslowakischen Sozialministerium in Bezug auf die Sammlungen in Terezín erzielt hatte, weshalb man allem Anschein nach von Seiten der Universität beschloss, von weiteren Vorstößen in Polen abzusehen[57]. Tatsächlich befinden sich die Unterlagen der jüdischen Gemeinde Breslau und die Überreste der Bestände des Breslauer Rabbinerseminars noch heute im Archiv des Instituts für jüdische Geschichte in Warschau[58].

---

[55] Im Bericht über seine Mission in Prag hebt Arthur Bergmann hervor, dass Hugo Bergmann bei einem improvisierten Besuch auf Schloss Mimoň (Niemes) Berge von Büchern vorgefunden habe. Als er ankam, begannen gerade Arbeiter im Auftrag der polnischen Regierung Bücher mit Heugabeln auf Lastwagen zu verladen; vgl. Schidorsky, Burning Scrolls, S. 403.

[56] Archiv der Hebräischen Universität, Draft. Memo re religious literature from Poland to Palestine, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora 1946.

[57] Streng geheimer Bericht von Dr. Arthur Bergmann bezüglich seiner Tätigkeit in Prag (handschriftlich, 1947), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212. Es kann sein, dass dennoch ein kleiner Teil der Breslauer Bestände übriggeblieben war und von Zeev Scheck nach Jerusalem gebracht wurde. „Bericht über die getroffenen Maßnahmen bezüglich der Überführung von Büchern aus von den Deutschen geraubten und an verschiedene Orte in der Tschechoslowakei verbrachten jüdischen Bibliotheken nach Israel." Handschriftlich eingereicht von Zeev Scheck am 18. 9. 1948, in: Ebenda, 4°792/212; vgl. auch Schidorsky, Burning Scrolls, S. 423.

[58] Vgl. Werner Schochow, Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft. Eine Geschichte ihrer Organisationsformen unter besonderer Berücksichtigung der Fachbibliographie, Berlin 1961, S. 144; Bernhard Brilling, Das Archiv der Breslauer jüdischen Gemeinde (Das schlesisch-jüdische Provinzialarchiv). Seine Geschichte und seine Bestände, in: Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 18 (1973), S. 258–284, hier S. 276; Anna Kawalko, From Breslau to Wroclaw: Transfer of the Saraval Collection to Poland and the Restitution of Jewish Cultural Property after WWII, in: Naharaim 9 (2015), erscheint im Dezember 2015.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zwischenzeit

Die Sammlung der Bücher und ihre Vorbereitung für den Versand nach Jerusalem erfolgten während der Mission des dritten Emissärs, Dr. Arthur Bergmann, der Ende Mai 1947 in Prag eintraf. Seine Aufgabe wurde durch den Umstand erleichtert, dass er vor dem Krieg als Regierungsbeamter in der Tschechoslowakei tätig gewesen war. Dieses Kapitel der Odyssee war im direktesten Sinne von den Ereignissen und Folgen der Vernichtung gezeichnet. Hier kam die Präsenz der Toten unmittelbar zum Ausdruck. Ein besonders prägnanter Ausdruck dieser Nähe war die Tätigkeit des „Terezín-Ausschusses". Dieser Ausschuss, der sich aus zwei Vertretern des tschechoslowakischen Sozialministeriums, zwei Repräsentanten des Rats der jüdischen Gemeinden und zwei Abgesandten der staatlichen Verwaltung jüdischen Eigentums zusammensetzte, beriet die tschechoslowakische Regierung in allen Fragen des in Terezín befindlichen oder zu Terezín gehörenden Eigentums: angefangen bei den Gebäuden, die während der deutschen Besatzung errichtet worden waren, der Eisenbahnstrecke zwischen Terezín und Bohušovice nad Ohří, den dort eingerichteten Textillagern, bis hin zu den Konten und Ersparnissen der Juden, die nach Theresienstadt deportiert worden waren, einem Teil der Emigrationskasse und selbstverständlich auch den Buchbeständen und Sammlungen[59]. Wie bei allem übrigen Besitz in Terezín auch verpflichtete die tschechoslowakische Regierung den „Terezín-Ausschuss", den materiellen Wert dieser Bücher zu bestimmen. Erst nach intensiven, mühsamen Verhandlungen gelang es Arthur Bergmann, den Ausschuss davon zu überzeugen, die Forderung einer Neukatalogisierung abzuwehren, die etliche Monate in Anspruch genommen hätte, und sich mit der Katalogisierung zu begnügen, die Otto Muneles auf Befehl der Nazis und mit Hilfe der Häftlinge geleistet hatte[60]. Mehr noch: Muneles, der den Krieg überlebt hatte, wurde nun sogar aufgefordert, den monetären Wert der Sammlung zu bestimmen. In den Kisten, die mehr als 16 000 Bände enthielten, befanden sich jahrhundertealte Bibelausgaben, alte Gebetsbücher, eine venezianische Talmudausgabe, eine Baseler Talmudausgabe, Thoraliteratur, osteuropäische Drucke, Sammlungen des Rabbinerseminars und Responsen, Neuauslegungen des Talmud, alte Sammlungen rabbinischer Entscheidungen, der Schriften Maimonides, des Schulchan Aruch sowie eine große Menge alter Drucke und Judaica, vor allem biblische Exegesen sowie alte religiöse Literatur. Zwischen den großen Folianten verbargen sich etliche Handschriften.

Während sich die Kisten mit den Büchern aus Theresienstadt in den wenigen Kellern und Wohnungen stapelten, die der jüdischen Gemeinde in Prag zur Verfügung standen, und einer Entscheidung über ihre Zukunft harrten, gelang es Arthur Bergmann, die tschechoslowakische Armee mithilfe eines Empfehlungsschreibens des tschechoslowakischen Generalkonsulats in Jerusalem für die Ver-

[59] Streng geheimer Bericht von Dr. Arthur Bergmann bezüglich seiner Tätigkeit in Prag (handschriftlich, 1947), in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793/212.

[60] Otto Muneles, Bericht über die Büchererfassungsarbeiten in Theresienstadt (13. 5. 1945), in: Yad Vashem Archiv, Best. Nr. 064/66.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

packung und Verladung der Bücher einzuspannen, die sich im Schloss von Niemes befanden. Auch diese Bücher fanden so ihren Weg nach Prag. Da jedoch keine Lagerfläche mehr vorhanden war, sah Bergmann keinen anderen Ausweg, als die Bücher im Totenhaus des jüdischen Malvazinky-Friedhofs im Prager Stadtteil Smichov unterzubringen, das er mit seinen Arbeitern reinigte, mit Schlössern versah und dessen Fenster er vernagelte. Verpackt in Kisten warteten die Bücher im Totenhaus auf ihre nächste Station.

Genau zur selben Zeit übrigens warteten andere Bücher darauf, in entgegengesetzter Richtung auf Reisen zu gehen: von Palästina nach Prag. Die Rede ist von der Bibliothek Arnold Zweigs, der im Exil in Haifa auf seine Rückkehr nach Europa wartete, seine „Reevakuierung", wie er seinem engen Freund Louis Fürnberg schrieb – jenem Fürnberg, der später als Verfasser und Komponist der kommunistischen Hymne „Die Partei" bekannt werden sollte und der unmittelbar nach Kriegsende aus seinem Exil in Jerusalem nach Prag zurückgekehrt war. Zweig bereitete sich auf seine Reise nach Deutschland vor, aber da es in jener Phase noch nicht möglich war, seine Bücher dorthin zu verschicken, hoffte er, sie fürs erste in Prag zwischenlagern zu können[61]. Fürnberg, der sich aufopferungsvoll für Zweigs Bitte einsetzte und diese mit einer Einladung an den angesehenen Gast verbinden wollte, sah sich jedoch gezwungen einzuräumen, dass die Dinge nicht ganz so einfach waren. „Man wäre ohne Zweifel mit Vergnügen bereit, figurierten Sie als der jüdische, der palästinensische Schriftsteller Arnold Zweig", schrieb Fürnberg im August 1947 an den in Haifa ausharrenden Freund.

> „Der Haken ist der ‚Deutsche', und hier wäre wiederum zu erwägen, ob Ihnen der ‚Jüdische' oder ‚Palästinensische' passt. Die ‚nationale' Frage spielt augenblicklich noch eine große Rolle bei uns – (nach der Marshall-Geschichte und dem Plan der Wiederbelebung der deutschen Schwerindustrie weiter kein Wunder!) […] – ach, wie kompliziert ist das alles, aber das klein-bürgerliche (und leider durch die Nazis begründete) Ressentiment spielt eine gewaltige Rolle."[62]

Diese angespannte Atmosphäre machte es Zeev Scheck, dem letzten Emissär der Hebräischen Universität, nicht leichter, seine Aufgaben zu bewältigen. „Er ist ein junger Mann von ungefähr siebenundzwanzig, der im Krieg im Untergrund in der Tschechoslowakei war und jetzt an der Hebräischen Universität studiert. Er ist ein umtriebiger, patenter Bursche, der sich zurechtzufinden und Dinge zu regeln weiß", beschrieb Gershom Scholem Scheck in einem Brief an Salo Baron[63]. Diese Angaben waren nicht ganz genau. Das Leben des jungen Scheck war etwas anders verlaufen: Im Juli 1943 war er nach Theresienstadt deportiert worden, von dort

[61] Arnold Zweig an Louis Fürnberg vom 28. 7. 1947, in: Der Briefwechsel zwischen Louis Fürnberg und Arnold Zweig. Dokumente einer Freundschaft, hrsg. im Auftrag der Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik von Rosemarie Poschmann, Berlin/Weimar 1978, S. 163.

[62] Ebenda, S. 164, Fürnberg an Zweig vom 10. 8. 1947.

[63] Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora 1947 II, Scholem an Baron vom 17. 10. 1947.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weiter nach Auschwitz, bevor ihn amerikanische Soldaten bei Kriegsende in Dachau befreit hatten[64]. Jung und anscheinend weniger erfahren als seine Vorgänger, sollte Scheck sich um die operative Schlussphase der Überführung von ausgesuchten Beständen nach Palästina kümmern[65]. Das Projekt schien kurz vor der Vollendung zu stehen, doch dann erwies sich die Realität als kompliziert. Tatsächlich entpuppte sich diese letzte Phase als die komplexeste der gesamten Operation und steckte zudem voller unliebsamer Überraschungen. Die Tschechoslowakei stand kurz davor, per Gesetz einen so genannten „Liquidationswährungsfond" einzurichten, der das Staatsdefizit ausgleichen sollte, unter anderem durch Verwendung der enteigneten deutschen Vermögenswerte[66]. Unter diesen Vorzeichen rückten die tschechoslowakischen Behörden von ihren zuvor gegebenen Versprechen und Zusicherungen ab und wollten die Sendungen nach Palästina hinauszögern[67]. Scheck, der befürchtete, die Bücher aus Theresienstadt würden nicht freigegeben werden, versuchte mit etlichen Tricks und Raffinessen, die Kisten mit den seltenen Werken aus Terezín, die festgehalten wurden, gegen die Kisten aus den böhmischen Schlössern zu vertauschen, die unkontrolliert geblieben waren und weniger seltene Bücher enthielten. Dabei wusste er das Machtvakuum und die allgemeine Verwirrung für sich zu nutzen, die der Umsturz im Februar 1948, die Machtübernahme der Kommunisten und die Neubesetzung zahlreicher administrativer Schlüsselpositionen mit sich brachten. Unter anderem gelang es ihm, die neuen Zuständigen für seine Sache zu gewinnen, indem er ihre Vorgänger als „antisemitische Reaktionäre" diffamierte[68]. „Ich habe gelernt", schrieb Scheck später, „dass man weniger schriftlich fixieren muss, weniger an Sitzungen, Ausschüssen und Beratungen teilnehmen muss; man muss hingegen versuchen, mit hohen Beamten zu verhandeln, die nicht die Zeit haben, sich eingehend mit Details zu beschäftigen und sich um solche zu kümmern, oder aber mit kleinen Beamten, die sich bestechen lassen."[69]

Scheck traf am 1. September 1947 in der Tschechoslowakei ein und sollte eigentlich nur wenige Monate bleiben, doch aufgrund der sich häufenden Schwierigkeiten hielt er sich auch im Juni 1948 noch immer dort auf. Schließlich war er

[64] Vgl. Schidorsky, Burning Scrolls, S. 417, sowie Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher", S. 200.

[65] Laut Gallas war es sogar Zeev Scheck, der bereits im Januar 1946 in einem gemeinsamen Brief mit Robert Weinberger der Hebräischen Universität detailliert über die Bücher jüdischer Herkunft in der Tschechoslowakei berichtete; vgl. ebenda, S. 198.

[66] Vgl. Dieter Gosewinkel/Matej Spurný, Citoyenneté et expropriation en Tchécoslovaquie au lendemain des deux Guerres mondiales, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 61 (2014), H. 1, Special Issue „Expropriation et politiques de population au XXe siècle", S. 26–61.

[67] Zeev Scheck an Gershom Scholem vom 10. 3. 1948 u. 7. 4. 1948, in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora 1948 II.

[68] Scheck an Scholem vom10. 3. 1948, in: Ebenda.

[69] Bericht über die getroffenen Maßnahmen bezüglich der Überführung von Büchern aus von den Deutschen geraubten und an verschiedene Orte in der Tschechoslowakei verbrachten jüdischen Bibliotheken nach Israel. Handschriftlich eingereicht von Zeev Scheck am 18. 9. 1948, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°792/212; vgl. auch Schidorsky, Burning Scrolls, S. 423.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gezwungen, nach Palästina zurückzukehren, da alle Bemühungen der Hebräischen Universität, ihn von einer Einberufung freizustellen, gescheitert waren[70]. Besonders dramatisch aber war die Lage der Universität selbst. Von dem Augenblick an, da die UN-Vollversammlung am 29. November 1947 den Teilungsplan für Palästina als Resolution 181(II) angenommen hatte, waren Transporte zwischen dem Westteil Jerusalems und dem Mount Scopus im Norden der Stadt, Sitz der Universität und des Hadassah-Krankenhauses, ständigen arabischen Angriffen ausgesetzt. Diese erreichten ihren Höhepunkt in der bekannten Attacke auf den *Hadassah*-Konvoi zum Mount Scopus am 13. April 1948. Nach diesem dramatischen Ereignis, bei dem achtundsiebzig Personen, unter ihnen viele Angehörige des Krankenhauses und der Universität, ihr Leben verloren, wurde der Universitätsbetrieb auf dem Skopusberg de facto eingestellt. Am 7. Juli 1948 erging der Beschluss über die Auflösung des Campus, der zu einer Exklave unter dem Schutz der UN erklärt wurde. Lediglich eine begrenzte Anzahl von israelischen Polizisten und Zivilisten verblieb dort, um die Gebäude zu bewachen und zu unterhalten. Angesichts der Ungewissheit, die in jenen Monaten hinsichtlich der Zukunft des Campus und der Nationalbibliothek herrschte[71], war Scheck, der zu diesem Zeitpunkt mit der Verschickung der Bücherkisten über Paris nach Jerusalem befasst war, gezwungen, nach einer Übergangslösung für die Sendungen aus der Tschechoslowakei zu suchen. In Übereinkunft mit der *Commission on Jewish Cultural Reconstruction* und mit finanzieller Unterstützung durch das *Joint Distribution Committee* wurden die Bücher schließlich von Paris nach Antwerpen geschafft und dort eingelagert, „wo sie ihrer Verschiffung nach Jerusalem harren, sobald der Friede im Heiligen Land wieder hergestellt ist“[72]. Es sollte bis zum Januar 1950 dauern, bis die Bücher von Antwerpen aus auf die Reise gingen und schließlich in der Nationalbibliothek eintrafen, zunächst an ihrem zeitweiligen Standort im Terra Sancta-Komplex und in der Bibliothek der Jeshurun-Synagoge im Jerusalemer Stadtteil Rechavia und ab 1960 dann in ihrem aktuellen Sitz auf dem Campus der Hebräischen Universität im Westteil Jerusalems[73].

[70] Hoffmann an Scholem vom 6. 9. 1948, in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora 1948 II.

[71] In einer Sitzung des Exekutivausschusses der Hebräischen Universität, die am 21. 4. 1948, also kurz nach bzw. während der genannten Ereignisse stattfand, wurde beschlossen, Wertgegenstände jeder Art auf dem Mount Scopus zu belassen, wobei jedoch noch darüber beraten werden sollte, was mit den dort lagernden Inkunabeln geschehen solle. Mosche Schwabe schlug vor, eine Prioritätenliste der Dinge erstellen zu lassen, die bei nächster Gelegenheit hinunter in die Stadt gebracht werden müssten, nämlich: 1. Hebräische Handschriften; 2. Inkunabeln; 3. Seltene Bücher 4. Sonstige Dokumente; Archiv der Hebräischen Universität. Protokoll des Exekutivausschusses, 5708 (1947/1948). Vgl. auch Yfaat Weiss, „Nicht durch Macht und nicht durch Kraft, sondern durch meinen Geist“: Die Hebräische Universität in der Skopus-Enklave, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts/Simon Dubnow Institute Yearbook XIV (2015).

[72] Jewish Cultural Reconstruction. Minutes of a Special Meeting of the Board of Directors May 18, 1948, in: Archiv der Hebräischen Universität, Ausschuss zur Rettung der Schätze der Diaspora 1948 II.

[73] Vgl. Yavnai, Jewish Cultural Property, S. 137.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Epilog

Die hier skizzierte Überführung deutsch-jüdischer Kulturgüter aus der Tschechoslowakei nach Israel Ende der 1940er Jahre folgte dem religiösen Gebot der „Gefangenenauslösung" und der „Rückgabe von Gefundenem". Obgleich die Bibliotheksbestände und Sammlungen in ein Territorium überführt wurden, auf dem sie sich zuvor nicht befunden hatten, fand die Semantik von „Rückgabe" und „Repatriierung" breite Akzeptanz. Es scheint, als habe der ethnische, religiöse und kulturelle Bezug aufgrund der besonderen historischen Umstände über den territorialen Bezug obsiegt. Mitte der 1940er Jahre konnten sich auf diese genuine zionistische Ansicht auch internationale jüdische, dezidiert nichtzionistische Organisationen sowie die Alliierten, vornehmlich die Vereinigten Staaten, einigen. Sie alle erkannten nach der Vernichtung der europäischen Juden und angesichts der ungewissen Zukunft jüdischen Lebens in Europa die Legitimität des jüdischen Gemeinwesens in Palästina und auch dessen Anrecht auf den erbenlosen jüdischen Besitz an. Bei den Bibliotheksbeständen und Sammlungen – so die zugrundeliegende Vorstellung – handele es sich gewissermaßen um Überlebendes; in ganz essenziellem Sinne ging es um das Wenige, das man bewahren könne, nachdem die Rettung der Menschenleben gescheitert sei[74]. Ohnehin war der Bezug auf Territorien, der dem traditionellen Völkerrecht zugrunde lag, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein schwaches Fundament[75]. Überreste jüdischer Kultur wurden vornehmlich dort gefunden, wo sie entweder vor nationalsozialistischem Zugriff erfolgreich hatten verborgen werden können, oder an solchen Orten, an die sie durch Terror und Willkür verstreut, verschleppt und versammelt worden waren. So entstand in der amerikanischen Besatzungszone das Offenbacher Depot, in dem die US-Streitkräfte seit 1946 die Überreste der geplünderten Bibliotheksbestände sammelten. Als die amerikanisch-jüdische Historikerin Lucy Dawidowicz diese Sammelstelle 1947 im Auftrag des *Joint Distribution Committee* besuchte, fand sie dort unter anderem die Reste des in seiner Art einmaligen, 1925 in Wilna (Vilnius) gegründeten Jiddischen Wissenschaftlichen Instituts, das von den Nazis vollständig zerstört worden war. In ihrer Autobiographie bezeichnete sie das Depot in Offenbach als „mortuary of the books", als Leichenhaus der Bücher[76]. An einer anderen Stelle nannte sie die dort befindlichen Bücher „or-

[74] „Wir werden mit aller Kraft versuchen, zumindest die Objekte der Geschichte zu retten, wenn es uns auch nicht gelungen ist, ihre Träger zu retten", schrieb Abraham Yaari bezüglich seiner Mission an Jehuda Magnes im Juli 1945, in: Zentralarchiv für die Geschichte des Jüdischen Volkes, Jerusalem, P3/2056; vgl. auch Gish Amit, „The Largest Jewish Library in the World": The books of Holocaust Victims and their Redistribution Following World War II, in: Dapim: Studies on the Holocaust 27 (2013), H. 2, S. 107–128, hier S. 113.

[75] Vgl. Dan Diner, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015, S. 118–126.

[76] Vgl. Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher", S. 146, S. 217 u. S. 280, darin insbesondere die Zitate von Dawidowicz, S. 42 u. S. 236, und „Rescue Fantasies", S. 72, sowie das Zitat des amerikanischen Militärrabbiners Herbert Friedman, der Gerschom Scholem bei seinen Aktivitäten in der amerikanischen Besatzungszone unterstützte: „Saving those books amounts to saving the People of the books"(S. 72).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

phaned books“[77]. Diese Metapher taucht in den letzten Jahren verstärkt mit Bezug auf das kulturelle Erbe und die mittlerweile etablierten Orte seiner Aufbewahrung auf[78]. Hier und dort wird die kulturelle Anspruchsgrundlage zwar universal formuliert, ist aber in ihrem Kern jeweils partikular angelegt[79].

Damit schließt sich der Kreis. Die Forderung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien ebenso wie der Rechtsstreit um den Nachlass von Max Brod können als Anspruch Europas auf seine vormaligen jüdischen Kulturgüter verstanden werden – ein Anspruch, welcher der israelischen Haltung, wie sie sich in den späten 1940er Jahren herausgebildet hatte, entgegensteht. Tatsächlich mindert eine solche aufs Neue erhobene europäische Anwartschaft die in der Katastrophe der Juden Europas wurzelnde Anspruchsgrundlage Israels. Auch die Geschichtsdeutung selbst bleibt davon nicht unberührt. Damit wird offenbar, dass Fragen des Kulturtransfers weit tiefer reichen, als es Rechtsstreitigkeiten über das eine oder andere Objekt insinuieren mögen[80]. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn der Staat Israel, wie jüngst geschehen, sowohl die Klage der Wiener Gemeinde abweist als auch im Fall Brod für die Übergabe an die Nationalbibliothek in Jerusalem plädiert. Die dabei eingenommene Haltung entspricht in etwa jener, die Scholem bereits 1946 in einem Brief an Leo Baeck formuliert hatte, dass nämlich „Jerusalem als die zentrale geistige Erbin und Nachfolgerin jener in der Katastrophe unseres Volkes zugrunde gegangenen Institutionen des zentraleuropäischen Judentums anzusehen ist. […] Wir glauben, mit einem Wort, daß dorthin, wo die Juden hinwandern, auch ihre Bücher mitgehen sollen.“[81] Ob diese historisch-moralische Begründung in weiteren Gerichtsverfahren Bestand haben

[77] Gallas, „Das Leichenhaus der Bücher“, S. 42.

[78] Vgl. Zachary Leader, Cultural nationalism and Modern manuscripts: Kingsley Amis, Saul Bellow, Franz Kafka, in: Critical Inquiry 40 (Autumn 2013), H. 1, S. 160–193; Marcel Lepper, Critical Response. Against Cultural Nationalism: Replay to Zachary Leader, in: Ebenda 41 (Autumn 2014), H. 1, S. 153–159.

[79] Vgl. Kai Sina/Carlos Spoerhase, Nachlassbewusstsein. Zur literaturwissenschaftlichen Erforschung seiner Entstehung und Entwicklung, in: Zeitschrift für Germanistik. Neue Folge XXIII (2013), S. 607–623, hier S. 618; Jürgen Thaler, Zur Geschichte des Literaturarchives. Wilhelm Diltheys *Archiv der Literatur* im Kontext, in: Schiller-Jahrbuch 55 (2011), S. 361–374.

[80] Ein Beispiel dafür lieferte zuletzt die amerikanische Philosophin Judith Butler in ihrem Aufsatz: Who Owns Kafka?, in: London Review of Books 33 (2011), H. 5, URL: http://www.lrb.co.uk/v33/n05/judith-butler/who-owns-kafka [letzter Zugriff 26. 2. 2014]. Dort widerspricht Butler sowohl den Forderungen des deutschen Literaturarchivs in Marbach als auch denjenigen der israelischen Nationalbibliothek. Sie führt eine Reihe von Argumenten gegen die Forderungen der letztgenannten Institution an. Sollte die Nationalbibliothek Erfolg haben und Kafkas Nachlass in Jerusalem verbleiben, sei dies für den Staat Israel ein enormer Prestigegewinn, der Israel jedoch aufgrund seiner Politik nicht zustehe. Auch könnte dies bedeuten, dass Personen, die sich in der antiisraelischen Boykottbewegung engagieren, auf den Nachlass nicht mehr zugreifen dürften.

[81] Scholem an Dr. Leo Baeck, Zürich, vom 2. 6. 1946, in: Jüdische National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, 4°793 212II; ebenfalls abgedruckt in: Gershom Scholem, Briefe, Bd. 1: 1914–1947, München 1994, Zitate S. 315 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wird und wie die Resonanz auf diese Verfahren außerhalb Israels ausfallen wird, bleibt abzuwarten[82].

Aus dem Hebräischen übersetzt von Markus Lemke

[82] Der Aufsatz entstand im Rahmen des durch die *German Israeli Foundation* geförderten Forschungsprojekts *Property Reallocation and Symbolic Appropriation: Ownership, Ethnicity, and Memory in 20th Century Czechoslovakia, Poland, and Israel*. Ich danke meinem Forschungsassistenten Ray Shrire für seine Unterstützung.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kann das wirklich sein? Die psychiatrische Fürsorge war in den 1950er und 1960er Jahren in der DDR wesentlich fortschrittlicher als bisher angenommen. Reformorientierte Ärzte gewannen damals großen Einfluss auf die Gesundheitspolitik, sie scheuten sich auch nicht, den für eine sozialistische Gesellschaft heiklen Zusammenhang zwischen Arbeitsbelastung und psychischen Erkrankungen zu thematisieren. Der Erfolg währte allerdings nicht lange, wie Viola Balz und Ulrike Klöppel zeigen können. Die Reformer wurden durch parteitreue Psychiater verdrängt, die an Tabuthemen nicht mehr rührten und vor allem auf kostengünstige Behandlungsmethoden setzten, nicht zuletzt auf Psychopharmaka. Letztlich, so die These der beiden renommierten Autorinnen, verdrängte man das Thema Sozialpsychiatrie. Wenn es um die psychische Gesundheit ging, waren bei den Bürgern der DDR Selbstverantwortung und Mündigkeit gefragt.

Viola Balz und Ulrike Klöppel

Wendung nach Innen

Sozialpsychiatrie, Gesundheitspolitik und Psychopharmaka in der Deutschen Demokratischen Republik, 1960–1989

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann der wünschenswerte Zustand noch nicht erreicht werden."[1] Mit diesen knappen Worten kommentierte das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR noch Ende der 1980er Jahre einen Bericht zur Lage der psychiatrischen Versorgung. In den Jahren zuvor waren ministerielle Untersuchungen regelmäßig zu ähnlichen Einschätzungen gelangt. So gab es 1979 in der DDR 32.571 psychiatrische Betten, ein Viertel davon für psychisch kranke Kinder[2]. Knapp zwei Drittel dieser Betten wurden von Allgemeinkrankenhäusern gestellt. Insgesamt waren 18,4 Prozent aller Krankenhausbetten somit psychisch kranken Menschen vorbehalten, die Betten waren jedoch allgemein um 30 Pro-

[1] Ludwig Mecklinger, Protokoll Nr. 27/87 [undatiert], 30. 7. 1987, in: Bundesarchiv (künftig: BArch), DQ 1/6616. – Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojekts „Psychochemicals crossing the wall. Die Einführung der Psychopharmaka in der DDR, 1952–1989" unter der Leitung von Volker Hess (DFG He 2220/7). Hilfreiche Kommentare zum Text verdanken wir Volker Hess und Matthias Hoheisel. Herbert Loos danken wir für die Bereitstellung archivalischen Materials.

[2] An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass wir gegenüber den Quellenbegriffen „psychisch krank/gesund" eine kritische Distanz bewahren, auch wenn wir in diesem Beitrag auf die Verwendung von Anführungszeichen verzichten. Die Antipsychiatrie-/Psychiatriebetroffenen-Bewegung kritisiert den Begriff „psychische Krankheit", da diese Zuschreibung eine normative Setzung beinhaltet, die selbst unmarkiert und unhinterfragt bleibt. Für eine umsichtige psychiatriehistorische Forschung gilt es ohnehin, die Begriffe, welche die Quellen offerieren, hinsichtlich ihrer wahrnehmungsformierenden und sozialen Wirkungen zu analysieren.

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0033

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zent überbelegt. Gleichzeitig war die Entlassungsrate ausgesprochen niedrig[3]. In der ambulanten psychiatrischen Versorgung hatte ein Arzt ca. 30.000 potenzielle Patienten zu versorgen[4]. Von einer ausreichenden gemeindenahen Betreuung war die DDR also weit entfernt – und das, obwohl es ab den 1960er Jahren ambitionierte sozialpsychiatrische Reformvorschläge gegeben hatte.

Im Zentrum dieses Beitrags stehen diese Reformbemühungen, ihre Verknüpfungen und Reibungen mit der staatlichen Gesundheitspolitik. Für den Zeitraum 1960 bis 1989 soll gezeigt werden, wie sich die psychiatrische Versorgung in der DDR ausdifferenzierte. Auf welchen Wegen und inwieweit fanden die fachliche Perspektive und sozialpsychiatrische Reformversuche Eingang in die Gesundheitspolitik, inwieweit wurden die erarbeiteten Pläne umgesetzt und welche Faktoren brachten die Implementierung zum Erliegen? In diesem Zusammenhang ist auch zu fragen, welche Rolle Psychopharmaka für die Umgestaltung der Psychiatrie und insbesondere für die aufkommende „Dispensairebetreuung" – so wurde im Gesundheitswesen der DDR eine aus der Sowjetunion übernommene ambulante Behandlungsform in Polikliniken bezeichnet – spielten[5]. Die Untersuchung stützt sich auf bis dato nicht ausgewertete Archivalien des Ministeriums für Gesundheitswesen sowie auf psychiatrische Fachpublikationen. Diese Quellen erlauben es, die Verflechtungen zwischen fachlichen und staatlichen Akteuren sowie die Steuerungsprozesse der psychiatrischen Versorgung genauer zu analysieren.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden drei Entwicklungslinien herausgearbeitet: Erstens die Rücknahme von Mitsprachemöglichkeiten psychiatrischer Fachvertreter zugunsten einer direkten staatlichen Steuerung der psychiatrischen Versorgung unter Einbeziehung einer Handvoll parteitreuer Psychiater; zweitens den massiv ansteigenden Einsatz von Psychopharmaka; und drittens die Entstehung eines gesundheitspolitischen Präventionsdiskurses, der für das Risiko einer psychiatrischen Erkrankung das individuelle Gesundheitsverhalten verantwortlich machte.

Forschungsstand

Bisherige Studien zur Sozialpsychiatrie in der DDR stützen sich im Wesentlichen auf veröffentlichtes Material oder analysieren lokale Entwicklungen[6]. Auch Zeit-

[3] 50 % der psychiatrischen Patienten blieben über zwei Jahre, ein Drittel der Patienten zehn Jahre und mehr; OMR Dr. Münter, Erste Konzeption der Entwicklung der Betreuung nach 1980, 29. 5. 1979, in: BArch, DQ 1–24219, S. 10.

[4] Ebenda.

[5] Die Dispensairebetreuung umfasste alle Formen ambulanter Behandlung von der Prävention bis zur Rehabilitation; vgl. Eckart Galas, Krankenversicherung und Diabetes mellitus: Konzepte zur Verbesserung der Versorgung von Diabetikern, Karlsruhe 2000, S. 64 f.

[6] Vgl. Heinz-Peter Schmiedebach/Thomas Beddies/Jörg Schulz/Stefan Priebe, Wohnen und Arbeit als Kriterien einer „sozialen Integration" psychisch Kranker – Entwicklungen in Deutschland von 1900 bis 2000, in: Psychiatrische Praxis 29 (2002), H. 6, S. 285–294; Heinz-Peter Schmiedebach/Stefan Priebe, Social psychiatry in Germany in the twentieth century:

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zeugen haben mit ihren Erinnerungen zur historischen Rekonstruktion der Sozialpsychiatrie beigetragen[7]. Diese geben Aufschluss über das Wirkungsfeld einzelner Akteure und bestimmter psychiatrischer „Schulen". Sie beleuchten jedoch nur unzureichend das Gesamtbild der DDR.

Einen ersten Überblick gab der Psychiatriehistoriker Greg Eghigian. Er charakterisierte in knapper Form die wichtigsten Reformen von 1945 bis in die 1980er Jahre und ordnete sie in die allgemeine politische Entwicklung der DDR ein. Die erste Phase bis 1950 sah er durch die Unterstellung der Psychiatrien unter die sowjetische Besatzungsmacht und die damit einhergehenden Plünderungen gekennzeichnet. Die Patientensterblichkeit habe damals fast 20 Prozent betragen. Die Zahl der Patienten in den Kliniken sei gegenüber 1936 auf 20 Prozent abgesunken[8], wobei allerdings der Massenmord im Rahmen der NS-Euthanasieaktion und das Hungersterben in den Psychiatrien in Rechnung zu stellen ist, das auch nach 1945 anhielt[9]. Darüber hinaus seien viele Patienten und Mitarbeiter vor der sowjetischen Besatzung geflohen[10]. In der zweiten Phase, die von 1950 bis 1960 reichte, wurde Eghigian zufolge der Versuch gemacht, eine angemessene Versorgung wieder herzustellen. Seit den frühen 1950er Jahren waren die psychiatrischen Kliniken überfüllt, durch die fortgesetzte Republikflucht fehlten zahlreiche Fachkräfte. Gleichzeitig wurde den ostdeutschen Ärzten durch die bereits 1949 gegründete erste psychiatrische Fachzeitschrift der DDR, *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie*, wichtige Entwicklungen der sowjetischen Psychiatrie zugänglich gemacht. Die sowjetische Psychiatrie stützte sich auf einen biologistischen Ansatz, demzufolge psychische Krankheiten in erster Linie als Gehirnkrankheiten zu verstehen seien, weshalb pharmakologische und somatische Behandlungen favorisiert wurden. Zudem bemühten sich Funktionäre der SED zu Beginn der 1950er Jahre, die in der Sowjetunion gefeierte lernpsycholo-

ideas and models, in: Medical History 48 (2004), S. 449–472; Beatrice Falk/Friedrich Hauer, Brandenburg-Görden: Geschichte eines psychiatrischen Krankenhauses, Berlin 2007; Wolfgang Rose, Anstaltspsychiatrie in der DDR. Die brandenburgischen Kliniken zwischen 1945 und 1990, Berlin 2005.

7 Vgl. Herbert Loos, Verschenkte Erfahrungen – Vergessen – Verdrängen. Mythenbildung in der Medizin- und Psychiatriegeschichte der DDR: Manuskript eines Vortrags, gehalten am Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt am 25. 11. 2009.

8 Vgl. Greg Eghigian, Was there a communist psychiatry? Politics and East German psychiatric care, 1945–1989, in: Harvard Review of Psychiatry 10 (2002), H. 6, S. 364–368, hier S. 365.

9 Vgl. zur Euthanasie Sabine Hanrath, Zwischen „Euthanasie" und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964), Paderborn u. a. 2002; Gerit Hohendorf/Maike Rotzoll, Die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion T4" – Erste Ergebnisse eines Projektes zur Erschließung von Krankenakten getöteter Patienten im Bundesarchiv Berlin, in: Nervenarzt 73 (2002), H. 11, S. 1065–1074; Hans Werner Schmuhl, Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens"- Zur Radikalisierung der Erb- und Rassenpolitik im Nationalsozialismus, in: Christoph Mundt/Gerit Hohendorf/Maike Rotzoll, Psychiatrische Forschung und NS-„Euthanasie": Beiträge zu einer Gedenkveranstaltung an der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg, Heidelberg 2001, S. 179–191. Zum Hungersterben vgl. Hans Faulstich: Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg 1998.

10 Vgl. Eghigian, Was there a communist psychiatry, S. 365.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gische Reflextheorie des Mediziners und Physiologen Iwan Petrowitsch Pawlow (1849–1936) mittels spezieller Forschungsprogramme in der DDR zu implementieren[11]. Allerdings erlangten diese Initiativen kaum Einfluss und nur wenige Jahre später kamen sie im Zuge der Entstalinisierung (die in der DDR mit einigen Jahren Verzögerung gegenüber der Sowjetunion erfolgte) zum Erliegen[12]. Andere psychiatrisch-psychologische Theorien wie beispielsweise die Psychoanalyse galten als unvereinbar mit materialistischen Positionen und wurden offiziell abgelehnt[13]. Mit dem Mauerbau begann nach Eghigian eine dritte Phase der DDR-Psychiatrie. Die für das Gesundheitswesen zuständigen SED-Funktionäre öffneten sich neuen wissenschaftlichen Ideen und Reformen und machten den in der DDR verbliebenen Psychiatern weitreichende Zugeständnisse. Einzelne Forscher erhielten sogar die Möglichkeit, sich im Ausland über die neuesten Entwicklungen der sozialen Psychiatrie zu informieren. Dadurch inspiriert, so legt Eghigian nahe, wurden auch in der DDR Forderungen nach Reformen virulent.

Diese Phase der Offenheit war jedoch bald wieder vorbei, wie sowohl Eghigian als auch Herbert Loos – Psychiater und Autor eines retrospektiven Berichts über die Entwicklung der Psychiatrie in der DDR – feststellen[14]: Im Februar 1971 befasste sich eine von der Abteilung Gesundheitspolitik des Zentralkomitees der SED einberufene Konferenz mit der „ideologischen Situation" im Fachgebiet Psychiatrie und stellte „ernste Mängel" fest. Bei dieser Gelegenheit verkündete die SED, dass künftig alle leitenden Posten in der DDR-Psychiatrie mit SED-Genossen besetzt werden sollten[15]. Dieser Beschluss gab der Sorge der SED Ausdruck, dass sich insbesondere die ältere Ärzteschaft noch immer am westlichen Wissenschaftsdiskurs orientiere und für die ideologischen Einbindungsversuche der Partei relativ unzugänglich sei[16]. Tatsächlich blieb die DDR-Psychiatrie von 1971 bis zu ihrem Ende durch Widersprüche und Inkongruenzen gekennzeichnet[17]. So bezogen sich die Psychiater in der DDR trotz des seit dem Mauerbau stark eingeschränkten Zugangs zu internationaler Forschungsliteratur weiterhin vor allem auf westdeut-

[11] Vgl. Alexander Mette, Resolution von der Pawlow-Tagung am 15. und 16. Januar 1953 in Leipzig, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 5 (1953), S. 127–134; ders., Bericht über die Arbeitstagung der Staatlichen Pawlow-Kommission der Deutschen Demokratischen Republik vom 15.-17. 1. 1954 in Leipzig, in: Ebenda 6 (1954), S. 73–180.

[12] Vgl. Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus". Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster u. a. 1997, S. 308–332.

[13] Vgl. Alexander Mette, Freud und Pawlow, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 9 (1957), S. 217–225.

[14] Vgl. Loos, Verschenkte Erfahrungen, S. 17.

[15] Ebenda, S. 15.

[16] Der allmähliche Anstieg der Parteimitgliedschaften in der Ärzteschaft ab den 1960er Jahren beruhigte das Misstrauen der Staatsführung nicht; vgl. Francesca Weil, Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2008, S. 16 f.

[17] Vgl. Eghigian, Was there a communist psychiatry.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sche und amerikanische Publikationen[18]. Sie versuchten, die westlichen Konzepte mit den Zielen des Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen, woraus sich zum Teil eigene Herangehensweisen entwickelten. Die verbreitetsten Ansätze der psychosozialen Behandlung waren verhaltens- und gruppentherapeutisch orientierte Angebote, so zum Beispiel die Gesprächsgruppentherapie nach Kurt Höck (1920–2008), die die dynamischen Ansätze der Psychoanalyse mit gruppentherapeutischen kombinierte. Die Parteiführung bewertete diese Bezugnahme auf psychoanalytische Elemente als mit ihren ideologischen Grundsätzen vereinbar, da die starke Bedeutung der Gruppe in dieser Therapieform die sozialistische Auffassung, wonach sich der Mensch nur im Kollektiv entwickeln könne, bestätigte[19]. Verhaltens- und Gruppentherapien wurden in den 1980er Jahren ausgebaut. Insgesamt, so Herbert Loos, öffnete sich die Psychiatrie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre im Zuge von Glasnost und zunehmender gesellschaftlicher Proteststimmung für Reformen[20]. Allerdings gelang es aufgrund personeller und finanzieller Engpässe nicht, die neuen Ansätze in den Anstalten und in der gemeindenahen Versorgung bis 1989/90 in breiterem Umfang zu etablieren[21].

Die Darstellungen von Eghigian und Loos benennen wichtige Wendepunkte der psychiatrischen Versorgung in der DDR. Sie sind jedoch sehr kurz gehalten und geben, sieht man von den für fast alle Bereiche geltenden Finanzproblemen, dem Fachkräftemangel und der ideologischen Unterstellung unter die Partei ab, kaum Hinweise darauf, wie sich fachliche und politische Steuerung der psychiatrischen Versorgung zueinander verhielten. Nicht befriedigend geklärt ist auch, welche konkreten Eingriffe die sozialpsychiatrischen Reformimpulse zum Erliegen brachten und die weitere Entwicklung bestimmten. Und insbesondere ist zu wenig untersucht, wie die sozialpsychiatrischen Reformvorschläge umgesetzt wurden. Die Studie von Sabine Hanrath zeichnet zwar die Genese und das Schicksal der Rodewischer Thesen entlang der Diskussionen im Fachausschuss Psychiatrie beim Ministerium für Gesundheitswesen bis Mitte der 1960er Jahre nach, sie spart jedoch ihren umfassenderen Kontext und vor allem ihre weitere Entwicklung aus[22].

Partizipative Psychiatriepolitik in den 1960er Jahren

1959 wurde beim Ministerium für Gesundheitswesen der Fachausschuss für Psychiatrie wiederbelebt. Dadurch wurden reformorientierte Psychiater, die sich von der starken Fokussierung auf die Psychopathologie der älteren Schule absetzten

[18] Vgl. Rainer Herrn, Die Charité als Politobjekt: Politisches Handeln, in: Ders./Laura Hottenrott (Hrsg.), Die Charité zwischen Ost und West (1945–1992). Zeitzeugen erinnern sich, Berlin-Brandenburg 2010, S. 109–138, hier S. 131–133.

[19] Vgl. Kurt Höck, Praxis der dynamischen Gruppentherapie, Leipzig 1983.

[20] Vgl. Loos, Verschenkte Erfahrungen, S. 17.

[21] Vgl. Eghigian, Was there a communist psychiatry, S. 366; Marion Sonnenmoser, Psychotherapie in der DDR: Revolte als Heilungschance, in: PP-Deutsches Ärzteblatt für Psychologische Psychotherapeuten 8 (2009), S. 264.

[22] Vgl. Hanrath, Zwischen „Euthanasie“ und Psychiatriereform, S. 427–447.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und sich stattdessen auf den Ausbau der ambulanten Versorgung konzentrierten, verstärkt in die Planung einbezogen[23]. In diesem Beratungsgremium engagierten sich vor allem Leiter der Bezirksfachkrankenhäuser für eine grundlegende Reform der psychiatrischen Versorgung, allen voran der Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Mühlhausen in Thüringen, Ehrig Lange (1921–2009)[24]. Der ehemalige Schüler eines evangelischen Kollegs war gläubiger Christ und wurde durch seine christlichen Wertvorstellungen zu seinen sozialpsychiatrischen Neuansätzen motiviert[25]. Dies war wohl auch einer der Gründe, warum er nicht der SED beitrat, sondern Mitglied der CDU wurde, wodurch er als politisch unzuverlässig galt[26]. Dennoch schätzte man im Ministerium für Gesundheitswesen seine Fachkompetenz. Bereits Ende der 1950er Jahre war Lange im Auftrag des Ministeriums nach England gereist, um sich dort über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Sozialpsychiatrie zu informieren[27].

Inspiriert durch Langes Bericht über seine Erfahrungen in England, war der Fachausschuss maßgeblich an der Formulierung einer ersten sozialpsychiatrischen Agenda in der DDR beteiligt, die unter dem Namen „Rodewischer Thesen" bekannt wurde[28]. Die Thesen waren das Ergebnis einer internationalen, das heißt von Fachvertretern aus verschiedenen sozialistischen Ländern besuchten Konferenz zur psychiatrischen Rehabilitation, die 1963 in Rodewisch im Vogtland stattfand. Ihre Kernaussagen lauteten: Die Psychiatrie müsse sich vom Bild eines schicksalhaften Krankheitsverlaufs verabschieden und ihre Kräfte auf rehabilitative Therapien konzentrieren. Um dies zu erreichen, müssten „Komplextherapien" konsequent angewendet werden. Diese sollten gezielte Psychopharmakatherapien ebenso wie Arbeits- und Soziotherapien umfassen. Gleichzeitig seien die

[23] Zur Vorgeschichte des Fachausschusses vgl. ebenda, S. 31–61, sowie Ulrike Klöppel/Viola Balz, Psychopharmaka im Sozialismus: Arzneimittelregulierung in der Deutschen Demokratischen Republik in den 1960er Jahren, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 33 (2010), S. 382–400.

[24] Weitere Mitglieder des Fachausschusses bis 1961 waren: aus der Hochschulpsychiatrie Parnitzke (Magdeburg), Keyserlingk (Jena) und Müller-Hegemann (Leipzig), aus den Fachkrankenhäusern Drechsler (Stadtroda), Eichler (Görden), Stoltenhof (Arnsdorf), Walther (Rodewisch), Berthold (Schwerin) und Klein (Pflegeheim Wittstock Dosse).

[25] Vgl. Werner Felber/Wolfgang Sauermann, Nachruf, Ärzteblatt Sachsen 8 (2009), S. 449 f.

[26] Vgl. Sonja Süß, Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 588.

[27] Ehrig Lange, Zur Frage nach Stand und Entwicklung von psychiatrischer Forschung und psychiatrischem Gesundheitsschutz des psychisch geschädigten Kindes, [vermutlich Juni 1968], in: BArch, DQ 109/258. Bereits 1960 wurde ein Bericht über die Lage der Sozialpsychiatrie in England auch in der Zeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie abgedruckt; vgl. Joshua Bierer, Psychiatrische Tagesklinik in Theorie und Praxis, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 12 (1960), S. 201–208.

[28] Ehrig Lange, Protokoll der Sitzung des Fachausschusses Psychiatrie am 27. 9. 1963 vom 4. 10. 1963, in: BArch, DQ 1/6195; Rodewischer Thesen. Internationales Symposium über die psychiatrische Rehabilitation vom 23.-25. Mai 1963 in Rodewisch im Vogtland, in: Zeitschrift für die Gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete 11 (1965), S. 61–65. Zur Diskussion über die Rodewischer Thesen im Fachausschuss für Psychiatrie vgl. auch Hanrath, Zwischen "Euthanasie" und Psychiatriereform, S. 427–447.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

psychiatrischen Stationen offener zu gestalten und so zu profilieren, dass beispielsweise spezielle Krankheits- oder Altersgruppen gezielt behandelt werden könnten. Ferner wurde gefordert, die Dispensairebetreuung auszubauen und den Übergang zwischen vollstationären und ambulanten Einrichtungen zu erleichtern. Dafür sollte auch ein abgestuftes System von geschützten Arbeitsmöglichkeiten entwickelt werden. Schließlich gelte es, Zwangsmaßnahmen gegen psychisch Kranke auf ein Minimum zu beschränken[29]. Diese Forderungen orientierten sich im Wesentlichen an den Entwicklungen der psychiatrischen Versorgung im anglo-amerikanischen Raum und gingen von praktischen Beobachtungen aus.

Nach der Rodewischer Konferenz drängte der Fachausschuss für Psychiatrie unter der Leitung von Lange, der inzwischen den Dresdener Lehrstuhl für Psychiatrie übernommen hatte, auf eine schnelle Umsetzung des Reformprogramms[30]. Als das Ministerium für Gesundheitswesen die erforderlichen Maßnahmen hinauszögerte, kritisierte Lange in einem Schreiben an den Stellvertretenden Gesundheitsminister Michael Gehring im Juli 1963:

> „Der Fachausschuss für Psychiatrie beim Ministerium für Gesundheitswesen der DDR ist in seiner letzten Sitzung darin übereingekommen, dass diese in langjähriger Vorbereitung erarbeiteten Entwicklungsthesen dann nur eine Deklaration bleiben, wenn sie nicht von bevorzugter Stelle mit entsprechender Weisungsempfehlung an die psychiatrischen Facheinrichtungen und die Räte der Bezirke überreicht werden."[31]

Zumindest müsse das Ministerium die im Dezember 1963 in Schwerin tagenden Ärztlichen Direktoren psychiatrischer Fachkrankenhäuser auf die bindende Wirkung der Rodewischer Empfehlungen hinweisen. Schließlich versandte Gehring, nach weiterem Druck aus dem Fachausschuss, die Thesen kurz vor der Schweriner Konferenz und forderte die Teilnehmer auf, diese intensiv zu diskutieren[32].

Dennoch zeichnete sich in den folgenden Jahren ab, dass die Parteiführung andere wissenschafts- und gesundheitspolitische Prioritäten setzte als die Reformer. Dabei handelte es sich um einen schleichenden Prozess, dessen Auswirkungen erst langsam deutlich wurden. Das Ministerium für Gesundheitswesen überführte den Fachausschuss in eine Problemkommission „Psychohygiene und geistige Gesundheit", die Empfehlungen für die künftige Entwicklung der Psychiatrie und die Forschungsplanung erarbeiten sollte – ein Prozess, der sich über drei Jahre hinzog (die langwierige Umstellung hatte allerdings mit der 1963 gene-

[29] Vgl. Rodewischer Thesen.

[30] Auf eine eingehende Diskussion der Rolle des Fachausschusses bei der Etablierung dieses Programms sei hier verzichtet. Für eine ausführliche Analyse vgl. Hanrath, Zwischen „Euthanasie" und Psychiatriereform, S. 427–447.

[31] Lange an Michael Gehring, Informationsschreiben betr. Entwicklungsthesen zur Psychiatrie vom 31. 7. 1963, in: BArch, DQ 1/6195.

[32] Michael Gehring, Material zur Grundsatzdiskussion über die Entwicklung der Psychiatrie in der DDR – Rodewischer Thesen, 15. 11. 1963, in: BArch, DQ 1/6195.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rell beschlossenen Bildung von Problemkommissionen beim Forschungsrat zu tun)[33]. In seiner letzten Sitzung im Januar 1965 bestätigte der Fachausschuss für Psychiatrie die Konstitution der Problemkommission, deren Vorsitz Lange innehaben sollte. Der zuständige Gesundheitsminister Ludwig Mecklinger (1919–1994) erklärte dazu, die Problemkommission werde eine „einheitliche Konzeption in der diagnostischen, therapeutischen und medikamentösen Einstellung" entwickeln, die dem modernsten wissenschaftlichen Stand entspreche. Ausdrücklich benannte er als Problem, dass insbesondere beim Aufbau des ambulanten Sektors noch einiger Nachholbedarf bestehe, aber die finanziellen Spielräume dafür begrenzt seien. Dennoch sei das Ministerium bestrebt, der Psychiatrie echte Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven zu eröffnen[34]. Er versicherte zudem, dass der für die Rehabilitation so notwendige Aspekt der „psychiatrischen Fürsorge" und somit sozialpsychiatrische Fragen in einer gesonderten Arbeitsgruppe berücksichtigt würden.

Die bisherigen Fachausschuss-Mitglieder fühlten sich durch das klare Bekenntnis zur Sozialpsychiatrie zunächst bestärkt. Ihre Hoffnung auf inhaltliche Kontinuität erfüllte sich indes nicht. Vielmehr nutzte das Ministerium für Gesundheitswesen die Umbildung des psychiatrischen Beratungsgremiums, um in dessen Ausrichtung einzugreifen. Den verantwortlichen Gesundheitspolitikern ging es darum, eine biologisch fundierte Psychiatrie bei gleichzeitiger Förderung der psychohygienischen Gesundheitserziehung zu etablieren. Damit schlossen sie nicht nur an die Entwicklung der sowjetischen Psychiatrie an, sondern folgten auch einem weltweiten Trend hin zu einer biochemischen und neurophysiologischen Grundlagenforschung, der durch die Einführung der modernen Psychopharmaka ausgelöst worden war[35]. Sein Bestreben zu einer biologischen Ausrichtung der Psychiatrie bekräftigte das Ministerium dadurch, dass es die Vorstände der Fachgesellschaften und des bisherigen Fachausschusses zusammenführte[36]. Wie ein Ministeriumssprecher Lange mitteilte, sei die vom bisherigen Ausschuss angestrebte personelle Zusammensetzung noch unzureichend,

> „da die wissenschaftlichen Forschungsaufgaben besonders der z. B. biochemischen Vorgänge, die mit Geisteskrankheiten eventl. verbunden sind, nicht durch die entsprechenden Vorschläge von Wissenschaftlern damit zusammen-

[33] Gedanken zur Begrüßung der Teilnehmer der gemeinsamen Tagung der Ärztlichen und Verwaltungsdirektoren am 4./5. 12. 1963 in Schwerin vom 28. 11. 1963, in: BArch, DQ 1/3586. Zur Bildung von Problemkommissionen beim Rat für Planung und Koordinierung der medizinischen Wissenschaft vgl. Buchmüller, Analyse über die medizinischen Gremien des Forschungsrates vom 25. 11. 1963, in: BArch, DF 4/3284.

[34] Wagner, Protokoll der Sitzung des Fachausschusses für Psychiatrie am 23. 1. 1965, o.D. [1965], in: BArch, DQ 1/23058.

[35] Dies zeigt sich auch an internationalen Zusammenschlüssen wie z. B. dem Colloquium Internationale Psychopharmacologicum (CINP); vgl. Viola Balz, Zwischen Wirkung und Erfahrung – eine Geschichte der Psychopharmaka. Neuroleptika in der Bundesrepublik Deutschland, 1950–1980, Bielefeld 2010, S. 319–334.

[36] Lange, Protokoll der Sitzung des Fachausschusses Psychiatrie am 27. 9. 1963 vom 4. 10. 1963, in: BArch, DQ 1/6195.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hängender Fachgebiete als Mitglieder der Problemkommission Psychiatrie berücksichtigt sind[37]."

Diese Aussage verdeutlicht die zunehmend hervortretende Parteilinie der Biologisierung. Sie behagte den Reformerpsychiatern nicht, weil sie fürchteten, die SED werde auf naturwissenschaftliche und individualisierende „Lösungen" für die Probleme der psychiatrischen Versorgung setzen, statt Strukturreformen einzuleiten. Zu Recht, wie die weiteren Entwicklungen zeigten. Die neue Parteilinie propagierte der Rat für Planung und Koordinierung der Medizinischen Wissenschaften, dem die Problemkommission unterstand, 1967 auf einer nationalen Konferenz mit dem Titel „Sozialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und Medizin". In den zu diesem Symposium veröffentlichten Thesen hieß es, dass sich die Forschung vermehrt auf die Epidemiologie psychischer Störungen – mit dem Ziel der Objektivierung der klinischen Versorgung – und vor allem auf die „Prophylaxe", das heißt die „Verhütung" psychischer Störungen mittels Gesundheitserziehung bzw. „Psychohygiene", konzentrieren müsse[38]. Ein Jahr zuvor hatte das Ministerium für Gesundheitswesen in der Einladung zur ersten Sitzung der Problemkommission am 15. Juni 1966 als Leitlinie festgelegt, dass deren Arbeit insbesondere in neurochemischer, neurologischer, psychohygienischer und prophylaktischer Hinsicht über die Tätigkeit des Fachausschusses hinauszugehen habe[39]. Der Vorsitzende wurde aufgefordert, eine entsprechend revidierte Mitgliederliste vorzulegen. Dabei berücksichtigte man nun insbesondere diejenigen Vertreter der Hochschulpsychiatrie, die sich stärker mit biologischen Grundlagen psychischer Störungen beschäftigten. Diese Festlegung minimierte den Einfluss der sozialpsychiatrisch engagierten Reformer des ehemaligen Fachausschusses[40]. Wohin die Reise ging, verdeutlichte auch die Aufnahme eines Vertreters des auf dem Gebiet der Psychopharmakologie führenden Arzneimittelwerkes Dresden, Helmut Wunderlich; seine Berufung unterstreicht die Bedeutung, die das

[37] Wagner, Aktennotiz betr. telefonische Rückfrage bei A III, Genossin Hosse, wegen Bildung der Problemkommission Psychiatrie und geistige Gesundheit,12. 3. 1965, in: BArch, DQ 1/23058.

[38] Vgl. Günter Gudowski, Rat für Planung und Koordinierung der Medizinischen Wissenschaft, Symposium „Sozialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und Medizin": Thesen und ausgewählte Beiträge, Berlin 1968, S. 58, S. 60–64, S. 72, S. 75 u. S. 80–82.

[39] Lange, Einladung zur ersten, konstituierenden Sitzung der Problemkommission am 15. 6. 1966 vom 6. 6. 1966, in: BArch, DQ 1/23058.

[40] Mitglieder der Problemkommission Psychiatrie und Neurologie, o.D. [1. 1. 1967], in: BArch, DQ 109/260. Aus dem Bereich der Fachkrankenhäuser waren sechs Psychiater vertreten: Eichler (Görden), Walther (Rodewisch), Berthold (Schwerin), Niedermeyer (Mühlhausen/Thüringen), Quandt (Bernburg/Saale) und Müller-Hegemann (Berlin/Wuhlgarten), aus der Hochschulpsychiatrie und Neurologie sogar elf: Lange und Seidel (Psychiatrie/Medizinische Akademie Dresden), Sayk (Neurologie/Universitätsklinik Rostock), Aresin (Universitätsfrauenklinik Leipzig), Biesold (Hirnforschungsinstitut Universitätsklinik Leipzig) Schulz (Institut für Sozialhygiene Medizinische Akademie Dresden), Göllnitz (Kinderneuropsychiatrie/Universitätsklinik Rostock), Kayserlingk (Psychiatrie/Universitätsklinik Jena), Müller und Szewzyk (Psychiatrie/Neurologie Chariténervenklinik) sowie Müller (EEG-Abteilung Medinzinische Akademie Dresden).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ministerium der Entwicklung neuer Psychopharmaka beimaß. Diese sollten in der Tat eine immer wichtigere Rolle in der Psychiatrieplanung spielen.

Psychopharmaka und Sozialpsychiatrie

Die Einladung zum ersten Treffen der Problemkommission im Juni 1966 ließ erkennen, dass neben der angekündigten Untergruppe zur rehabilitativen Therapie auch eine Arbeitsgruppe zu Neuropsychopharmakologie geplant war[41]. Diese Arbeitsgruppe sollten Horst Berthold (1924–1969), ärztlicher Direktor der Bezirksnervenklinik Schwerin, und Wunderlich leiten. Ihre Aufgabe war es, Querverbindungen zwischen Fachgesellschaft, Zentralem Gutachterausschuss für Arzneimittelwesen, Büro für Arzneimittelregistrierung und Problemkommission „Klinische Pharmakologie" herzustellen[42]. Die Problemkommission zielte mit der Arbeitsgruppe Neuropsychopharmakologie offensichtlich darauf, die Interessen der Psychiatrie im Zentralen Gutachterausschuss, der über den Import neuer, therapeutisch unverzichtbarer Arzneimittel in die DDR entschied, koordiniert zur Geltung zu bringen[43]. Doch wie verbanden die Reformer den Einsatz neuer Psychopharmaka mit dem Ziel einer auf Rehabilitation gerichteten Psychiatrie?

1967 postulierte Lange in einem Beitrag zum Symposium „Sozialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und Medizin" im Namen der Problemkommission, dass die Erfolge der Psychopharmakologie vermutlich zu einem starken Rückgang der stationären Behandlung führen würden. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, dass dieses Ziel beim derzeitigen Entwicklungsstand der ambulanten Psychiatrie nicht realisiert werden könne:

> „Die Struktur der ambulanten psychiatrischen Betreuung und Behandlung entspricht in der DDR noch weithin traditionellen Vorstellungen und Prinzipien. Das jeweils nach dem Stand der örtlichen Gegebenheiten unterschiedlich dichte Netz von neuropsychiatrischen Fachambulanzen oder Polikliniken und freien Praxen ist im Sinne der Durchsetzung des Rehabilitationsprinzips in der Psychiatrie als unzureichend anzusehen. Die eigentlich notwendige prophylaktische Arbeit kann durch dieses System nicht in ausreichendem Maße vorgenommen werden."[44]

[41] Lange, Einladung zur ersten, konstituierenden Sitzung der Problemkommission am 15. 6. 1966 vom 6. 6. 1966, in: BArch, DQ 1/23058.

[42] Tatsächlich zeigen Aufzeichnungen der Problemkommission, dass Berthold den Themenkomplex Psychopharmaka dort vertrat; Hellmuth Kleinsorge, Protokoll der 1. (vorbereitenden) Sitzung der Problemkommission Pharmako- und Physiotherapie im Rahmen der Beratung des Präsidiums des Rates für Planung und Koordinierung der medizinischen Wissenschaft, 15. 10. 1966, in: BArch, DQ 109/275.

[43] Karl Seidel, Niederschrift über die Sitzung der Problemkommission am 3. 11. 1966, o.D. [3. 11. 1966], in: BArch, DQ 1/23058.

[44] Lange an Rat für Planung, Programm für die Entwicklung prophylaktischer, therapeutischer und rehabilitativer Maßnahmen auf dem Gebiet nervaler und psychisch bedingter Störungen und Krankheiten vom 18. 3. 1968, in: BArch, DQ 109/258.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mit dieser Argumentation verknüpfte Lange geschickt den auf Rehabilitation gerichteten Plan, verstärkt Psychopharmaka einzusetzen, mit Hinweisen auf die unzureichende ambulante Versorgung. Er unterstrich auf diese Weise erneut die Notwendigkeit von Reformen, die nach wie vor ausstanden. Zwar berichteten DDR-Fachpublikationen vom Ausbau der Dispensairebetreuung, doch blieben die Angebote in manchen Regionen sehr gering. In Anbetracht des Reformstaus in der ambulanten Versorgung wandten sich die meisten Psychiater von diesem Thema ab und konzentrierten sich stattdessen auf die Situation in den psychiatrischen Anstalten und eine bessere Ausgestaltung der stationären therapeutischen Angebote[45].

Auch in der Problemkommission verloren infolge ihrer Neubesetzung mit stärker biologisch orientierten Psychiatern die Bemühungen um sozialpsychiatrische Reformen an Bedeutung; sie rangierten nur noch als eines von vielen Themen: die Untergruppe „klinische Psychiatrie", der vor allem Leiter von Fachkrankenhäusern angehörten, widmete sich neben der psychiatrischen Rehabilitation auch der psychiatrischen Epidemiologie[46], weitere Untergruppen befassten sich mit der Neurologie, Neuropathologie, Neuroradiologie, Psychohygiene, Geriatrie, Kinderpsychiatrie, Forensischen Psychiatrie und Problemen des Alkoholismus.

Nach dem plötzlichen Tod von Berthold im Jahr 1969 übernahmen Lange bzw. die Dresdener Nervenklinik die Zuständigkeit für die Untergruppe „Neuropsychopharmaka"[47]. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Wahrscheinlich ist, dass Lange sein früheres Interesse an Psychopharmaka wieder in den Vordergrund rückte, um weiter an zentraler Stelle über die psychiatrische Versorgung

[45] Seit Anfang der 1960er Jahre häuften sich die Publikationen zum Thema Sozialpsychiatrie; vgl. H. K. Urban, Der „psychiatrische" Hausbesuch, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 16 (1964), S. 28–34; Ehrig Lange, Die Entwicklung der Psychiatrie in der DDR, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 21 (1966), S. 1089–1094; ders., Die Suicidgefahr beim Open-Door-System (ODS) in stationären psychiatrischen Einrichtungen, in: Social Psychiatry 1 (1966), H. 2, S. 64–72; L. Strojnokowski/Ehrig Lange, Aspekte der Sozial-Psychiatrie (Sozial-Psychopathologie) Polens in historischer Sicht, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 21 (1966), S. 887–893. Doch nur wenige beschäftigten sich mit dem Problem der psychiatrischen Dispensairebetreuung. Diese Artikel verdeutlichten vor allem lokale Erfahrungen; vgl. Ehrig Lange/U. Bergmann, Die rehabilitative und ökonomische Bedeutung der „befürsorgten Wohnstätte" als einer Sonderform der psychiatrischen Nachtklinik, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 21(1966), S. 1130–1134; Psychiatrisch-Neurologische Gesellschaft (Greifswald und Rostock), Aufgaben und Möglichkeiten der psychiatrischen Außenfürsorge (Groß, Stralsund), 23. Tagung am 6. 5. 1964, in: Ebenda 22 (1967), S. 1917; Hellmut Rennert/Gert-Eberhard Kühne, Erfahrungen mit der Tages- und Nachtklinik in der Psychiatrie, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 20 (1968), S. 266–269. Zur Situation in der Bundesrepublik vgl. Balz, Zwischen Wirkung und Erfahrung, S. 13–14; Schmiedebach/Beddies/Schulz/Priebe, Wohnen und Arbeit.

[46] Lange, Einladung zur ersten, konstituierenden Sitzung der Problemkommission am 15. 6. 1966 vom 6. 6. 1966, in: BArch, DQ 1/23058. Der Gruppe gehörten die Leiter der Fachkrankenhäuser Walther, Quandt, Berthold, Niedermeyer sowie der Sozialhygieniker Schulz an.

[47] Zum Tod von Berthold vgl. Lange an Ludwig Mecklinger, Tod OMR Dr. Berthold, vom 18. 2. 1969, in: BArch, DQ 1/23058. Für ihn rückte der Leiter der Nervenklinik Brandenburg-Görden, Siegfried Schirmer, nach.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mitentscheiden zu können[48]. Deren Aufgabe bestand darin, die klinische Erprobung neuer Psychopharmaka sowie die flächendeckende Medikamentenversorgung zu koordinieren[49]. Die Problemkommission registrierte beispielsweise die Lieferengpässe bei einzelnen Psychopharmaka und trug diese Defizite gebündelt dem Ministerium vor. So beklagten die Psychiater 1970 zeitweilig eklatante Lücken bei Importpräparaten aus dem Westen wie beispielsweise dem Neuroleptikum Haloperidol. Sie wünschten sich zudem eine Anhebung des Imports von Lithium und Amiltriptylin, einem trizyklischen Antidepressivum[50]. Andererseits kritisierte Lange aber auch eine Überversorgung mit bestimmten Medikamenten. Dabei handelte es sich um das ungarische Anxiolytikum Trioxazin und das Neuroleptikum Triphtazin (Trifluoperazin), die noch auf Betreiben Bertholds aus den sozialistischen Ländern importiert worden waren, jedoch von den Psychiatern in der DDR – wie dies auch international der Fall war – kaum verwendet wurden. In einem streng vertraulichen Schreiben an die leitenden Fachärzte beim Rat der Bezirke wies Lange auf Überlagerungsbestände hin, die aus ökonomischen Gründen nicht ungenutzt bleiben dürften. Geschickt verband er die Mahnung zur Nutzung dieser Substanzen mit dem Argument, diese könnten als Langzeitmedikation in der Dispensairebetreuung eingesetzt werden, wenn effektivere Medikamente wie beispielsweise Haloperidol aufgrund von Lieferschwierigkeiten nicht zur Verfügung stünden[51]. Langes Schreiben illustriert die ganz eigene Rationalität der Medikamentenversorgung in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Schwerfälligkeit der zentralistischen Planung den Mangel an Präparaten einerseits und das Überangebot anderer, meist im Inland oder in RGW[52]-Staaten produzierter Arzneimittel nicht verhindern konnte.

Die Zurückhaltung bei Trioxazin und Triphtazin war freilich eine Ausnahme. In der DDR wurden Ende der 1960er Jahre Psychopharmaka in einem Maße verordnet, das dem von der staatlichen Gesundheitspolitik geforderten Prinzip einer „rationellen" Arzneimitteltherapie zuwiderlief. Vergleichende Studien warnten, dass der Psychopharmakaverbrauch in den sozialistischen Ländern wie in kapitalistischen Staaten ständig steige – wenn auch nicht gleichmäßig. Die Anwendung von Neuroleptika habe sich in der DDR zwischen 1965 und 1978 um ein Dreifaches und von Antidepressiva zwischen 1970 und 1980 um ein Zehnfaches erhöht. Allerdings betrage der Gesamtverbrauch weniger als ein Drittel des Kon-

[48] Vgl. beispielsweise Ehrig Lange, Die Behandlung psychischer Erkrankungen mit Propaphenin, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 10 (1955), H. 14, S. 524–527; ders. u. a., Beitrag zur Succinimid-Therapie – Erfahrungen mit Epimid Spofa, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 18 (1966), S. 109–114.

[49] Lange an Helmut Kraatz, Projektentwürfe Forschungsschwerpunkte, vom 27. 6. 1968, in: BArch, DQ 109/258.

[50] Lange an Rat für Planung, Protokoll der Sitzung der Problemkommission Psychiatrie am 9. 11. 1970, o.D. [9. 11. 1970], in: BArch, DQ 109/277.

[51] Schreiben von Lange im Auftrag der Problemkommission Psychiatrie an die leitenden Fachärzte der Bezirke vom 1. 6. 1971. Wir danken Herbert Loos, dass er uns dieses Dokument, das sich nicht in der Überlieferung des Bundesarchivs fand, freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

[52] Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sums in manchen skandinavischen Ländern[53]. Nicht die eigentlich zuständigen Nervenärzte, sondern vor allem Allgemeinärzte würden diese Medikamente verschreiben. Drei Viertel des Konsums gehe, so lautete ein weiteres Ergebnis, auf Frauen zurück, was auf ihre Doppelbelastung durch Familie und Beruf zurückzuführen sei[54]. Eine Studie legte Zahlen vor, nach denen fast die Hälfte der ambulant verschriebenen Psychopharmaka bei erschöpfungsbedingten Erkrankungen des vegetativen Nervensystems verordnet wurde. Psychische Krankheiten im engeren Sinne machten nur einen kleinen Anteil aus[55].

Arbeit und Sozialpsychiatrie

Die Gefährdung der psychischen Gesundheit durch Arbeitsbelastung war ein Thema, das Psychiater wie Lange zunehmend beschäftigte. In einem Forschungsantrag, den er dem Rat für Planung und Koordinierung der medizinischen Wissenschaft zur Begutachtung vorlegte, führte er die Zunahme psychischer Krankheiten auf die erhöhten Arbeitsanforderungen im Zuge der „technischen Revolution" zurück[56]. Auf diese Schattenseiten war schon 1967 auf dem Symposium „Sozialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und Medizin" hingewiesen worden. Die neuen Arbeitsbedingungen, so hieß es in den dort verabschiedeten, mit der Parteiführung abgestimmten Thesen, gingen mit bewegungsarmen Tätigkeiten einher und sorgten für psychische Belastungen. Vegetative und neurotische Störungen kämen folglich immer häufiger vor[57]. Zwar sei ein direkter Zusammenhang zwischen Arbeit und zunehmenden Erschöpfungskrankheiten zu verneinen. Den gebe es nur in kapitalistischen Ländern, während die Arbeit in einem sozialistischen Staat „von den werktätigen Menschen bewusst verwirklicht und in den Dienst des Menschen gestellt" werde. Daher seien die arbeitsbedingten Probleme in der sozialistischen Gesellschaft prinzipiell lösbar[58]. Dass psychische Störungen dennoch zunahmen, dafür machten die Thesen indirekt auch ein selbstschädigendes individuelles Verhalten verantwortlich. Neben den prophylaktischen Bemühungen des Gesundheitswesens sei daher auch die Mithilfe

[53] Vgl. Heinz Walther/Frank P. Meyer/Ursula Leuschner, Verbrauchsentwicklung von Sedativa/Hypnotika und Psychopharmaka in der DDR mit internationalen Vergleichen unter Verwendung von Defined Daily Doses (DDD), in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 33 (1981), S. 218–229.

[54] Vgl. K. Oehmer/H. Hüller/B. Wille, Zur Verordnung ausgewählter Arzneimittel in der ambulanten Praxis, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 28 (1973), S. 2150–2152.

[55] Vgl. W. Hanzl, Untersuchung über den Verbrauch von Psychopharmaka im Kreis Zittau (Monat August 1968), in: Das Deutsche Gesundheitswesen 25 (1970), S. 322–324, hier S. 323. Der Autor stellt dar, dass nur 13,2 % der Psychopharmakarezepte für „Nervenkrankheiten" wie Depression, Schizophrenie, neurologische Lues, Lähmungen, Neuritiden und Migräne verabreicht wurden.

[56] Lange an Rat für Planung, Programm für die Entwicklung prophylaktischer, therapeutischer und rehabilitativer Maßnahmen auf dem Gebiet nervaler und psychisch bedingter Störungen und Krankheiten, 18. 3. 1968, in: BArch, DQ 109/258.

[57] Vgl. Gudowski, Rat für Planung und Koordinierung der Medizinischen Wissenschaft, S. 64.

[58] Ebenda, S. 55.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Patienten nötig: „Der Patient erhält die notwendigen Informationen über die seine Gesundheit bedrohenden Faktoren, über seine Krankheit und über die notwendigen prophylaktischen wie therapeutischen Maßnahmen."[59] Im Symposiumsbericht und allgemein in der Gesundheitspolitik trat also ein risiko-individualisierender Ansatz zutage, der den Patienten in die Pflicht nahm. Im Laufe der Zeit artikulierte sich dieser immer deutlicher, wie sich auch in den Forschungen zu dieser Thematik zeigt. So arbeitete eine sozialpsychiatrische Untersuchung der Universitätsklinik Leipzig die hohe Arbeitsbelastung von leitenden Angestellten heraus, die an vegetativen Störungen erkrankten, verwies jedoch zugleich auf Bewegungsarmut, Übergewicht, Genussmittelkonsum und passives Freizeitverhalten als Ursachen der pathologischen Symptomatik[60].

Die Forscher waren also bemüht aufzuzeigen, dass psychische Erkrankungen keine direkte Folge der Arbeit an sich und Bedenken gegen monotone oder bewegungsarme Tätigkeiten unbegründet seien. Arbeit galt als konstitutiv für die sozialistische Persönlichkeit und war damit sakrosankt. Sie zählte auch in der DDR zu den vorrangigen Rehabilitationsmitteln[61]. Die Bemühungen zur gesellschaftlichen Reintegration psychiatrischer Patienten mittels Arbeit waren sogar wesentlich umfangreicher als in Westdeutschland[62]. Ein wichtiger Vordenker der Arbeitstherapie war Hermann Simon (1867–1947), der Ende der 1920er Jahre die positiven Effekte einer „aktiven Krankenbehandlung" für den Patienten und das Anstaltsklima hervorgehoben und ein System mit abgestuften Beschäftigungsmöglichkeiten entworfen hatte, die von der Übernahme einfacher Tätigkeiten bis zur Erwerbsarbeit außerhalb der Anstalt reichten[63]. Bereits in den 1950er Jahren bemühten sich Psychiater in der DDR um eine umfassende Anwendung von Simons Ansatz[64]. Die Bedeutung der Arbeit für die „sozialistische Persönlichkeit" betonten 1974 auch zwei Leipziger Psychiater:

> „Am Arbeitsplatz […] hat jeder Mensch nicht nur die Möglichkeit, seine schöpferischen Potenzen für die Gesellschaft wirksam werden zu lassen […], sondern er erhält auch durch das von ihm geschaffene Produkt und die Anerkennung der

[59] Ebenda S. 62; vgl. auch Erler, Protokoll der Beratung im MfG am 19. 10. 1965 über den Entwurf des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 17. 6. 1965 über die Lage auf dem Gebiet der Versorgung mit Arzneimitteln, medizintechnischen Erzeugnissen und Verbrauchsmaterialien vom 22. 10. 1965, in: BArch, DQ 1/5217.

[60] Vgl. Dietfried Beyer/Wolfram Hoba/Klaus Sadowski, Zur psychonervalen Belastung ausgewählter Berufsgruppen der Landwirtschaft unter Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Bernhard Schwarz/Klaus Weise/Achim Thom (Hrsg.), Sozialpsychiatrie in der sozialistischen Gesellschaft, Leipzig 1971, S. 207–218.

[61] Zeitzeugeninterview mit Ursula Grüss vom 18. 2. 2011.

[62] Vgl. Schmiedebach/Beddies/Schulz/Priebe, Wohnen und Arbeit; Schmiedebach/Priebe, Social psychiatry.

[63] Vgl. Hermann Simon, Aktivere Krankenbehandlung in der Irrenanstalt, Berlin u. a. 1929.

[64] Vgl. Dietfried Müller-Hegemann, Die Bedeutung der Arbeitstherapie in der Gegenwart, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 4 (1952), S. 97–101; Lieselotte Eichler, Arbeitstherapie und Wiedereingliederung in die Arbeit vom Standpunkt des Psychiaters, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 8 (1956), S. 1–8.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kollegen das Gefühl der eigenen Nützlichkeit für die Gesellschaft und damit wertvolle Impulse der Persönlichkeitsentwicklung. Der Betrieb, das Arbeitskollektiv sind somit das Hauptzentrum der Bildung neuer sozialistischer Beziehungen."[65]

Die Praxis sah vielfach anders aus. Bei der Ausgestaltung der Arbeitstherapie gab nämlich nicht selten der Bedarf der Anstalten an Hilfsarbeitern den Ausschlag[66]. So wies der Berliner Ordinarius Karl Leonhard noch Ende der 1950er Jahre die Frage, ob sich Psychiatriepatienten für Malerarbeiten in anderen Abteilungen der Charité einsetzen ließen, nicht etwa zurück, weil kein therapeutisches Ziel erkennbar war, sondern weil die Patienten für Renovierungsarbeiten in der eigenen Klinik benötigt wurden[67]. Mitte der 1960er Jahre geriet diese Art der Arbeitstherapie in die Kritik. Auch die Rodewischer Thesen forderten eine auf berufliche Rehabilitation gerichtete Entwicklung der Psychiatrie: Insbesondere die Dispensairebetreuung solle die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt verbessern[68]. Lange und seine Kollegen berichteten 1966, dass die in Dresden aufgebauten teilstationären Einrichtungen es vielen Patienten ermöglicht hätten, wieder einer Erwerbsarbeit außerhalb der Klinik nachzugehen[69]. Deshalb sei der weitere Ausbau dieser Behandlungsform voranzutreiben. 1968 schrieb das Gesetz zur beruflichen Rehabilitation das Recht auf eine schrittweise Rückführung in das Arbeitsleben für psychisch Kranke fest. Um 1970 wurden die Rehabilitationsangebote schrittweise ausdifferenziert. Arbeit avancierte zum zentralen Bezugspunkt sozialpsychiatrischer Bemühungen[70]. Nun hieß es, dass eine Vermittlung in „wirkliche Erwerbsarbeit" anzustreben sei, da diese von den Patienten als lohnender empfunden werde als die herkömmliche Arbeitstherapie[71]. Zudem müsse es sich um qualifizierte und langfristige Arbeitsverhältnisse handeln[72]. Auch wenn aufgrund der wirtschaftlich prekären Situation der DDR vermutet werden könnte, dass mit diesem Vorstoß billige Arbeitskräfte generiert werden sollten, lässt sich doch nicht bestreiten, dass es engagierten Sozialpsychiatern wie Lange in erster Linie um die therapeutische Wirkung ging.

[65] Susanne Hahn/Heidrun Müller, Ein psychosoziometrisches Verfahren zur Objektivierung des Grades der sozialen Integration psychisch Kranker, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 26 (1974), S. 14–24, hier S. 15.

[66] Vgl. dazu ausführlich Hanrath, Zwischen „Euthanasie" und Psychiatriereform, S. 233–237; Rose, Anstaltspsychiatrie.

[67] Leonhard an Kaiser-Meinhart, Arbeit von Patienten der Chariténervenklinik in anderen Klinikabteilungen vom 19. 5. 1957, in: Psychiatrie-Archiv der Charité: Verwaltungsakten.

[68] Vgl. Lange, Suicidgefahr.

[69] Vgl. Lange/Bergmann, Rehabilitative und ökonomische Bedeutung, S. 1131.

[70] Vgl. Michael Banzhaf, Stellung der Arbeitstherapie im sozialtherapeutischen Programm, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 28 (1976), S. 334–337.

[71] Vgl. Roland Weise, Die marxistisch-leninistische Auffassung von der Arbeit und ihre Bedeutung für die Methodik der Arbeitstherapie, in: Schwarz/Weise/Thom (Hrsg.), Sozialpsychiatrie, S. 249–269.

[72] Vgl. Peter Baumann/Udo Michalak, Zu einigen Problemen der Arbeitstherapie und der beruflichen Rehabilitation in der Psychiatrie, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 28 (1976), S. 219–225.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zentrale Steuerung der Psychiatrie in den 1970er Jahren

Während sich in den 1970er Jahren die Diskussion über die Bedeutung der Arbeit verschob, änderte sich auch die Gesundheitspolitik. Anfang der 1970er Jahre wurden die mit Fachleuten besetzten Problemkommissionen generell in die politische Bedeutungslosigkeit gedrängt. Das Ministerium löste die von Reformpsychiatern dominierte psychiatrische Problemkommission auf, ohne die Mitglieder und insbesondere ihren Vorsitzenden Lange zu informieren[73]. Eine Analyse der internen Diskussionen der letzten Kommissionssitzung im Jahr 1971 verdeutlicht, dass der dem Ministerium unterstellte Rat für Planung und Koordinierung der medizinischen Wissenschaften zunächst versucht hatte, alle Problemkommissionen – und nicht nur die psychiatrische – neu zu strukturieren. Dabei sollten die alten, disziplinenbezogenen Kommissionen aufgelöst und durch interdisziplinär ausgerichtete Beratungsgremien für Querschnittsthemen ersetzt werden[74]. Diese Umstrukturierung zog sich jedoch über Jahre hin. So sah der Rat im Jahr 1972 die Schaffung einer Problemkommission „zentralnervöse Funktionen und Funktionsstörungen" vor, deren Vorsitz entweder Lange oder Karl Seidel, der Nachfolger von Leonhard auf dem Berliner Lehrstuhl und spätere Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik des Zentralkomitees der SED, übernehmen sollte. Sie wurde aber niemals einberufen. 1973 diskutierte der Rat stattdessen über die Bildung einer Problemkommission „Geistige Gesundheit". Offensichtlich wurden diese Aktivitäten vom Ministerium aber nicht mehr geschätzt. In einem internen Schreiben kritisierte ein Genosse in harschen Worten, die Arbeit des Rates sei völlig überholt und entspreche nicht mehr den Anforderungen einer modernen Gesundheitspolitik:

> „Die 42 Problemkommissionen haben durch fehlende Anleitung und Kontrolle […] in der überwiegenden Mehrzahl ihre Arbeit eingestellt oder führen in einzelnen Fällen ein durch den Rat nicht geleitetes ‚Eigenleben'. Es wird empfohlen, die bisherige personelle Zusammensetzung des Rates zu prüfen und die Problemkommissionen aufzulösen."[75]

Erst 1978 teilte Gesundheitsminister Mecklinger den Mitgliedern der Problemkommissionen schriftlich mit, dass diese aufgelöst seien. Die meisten Vorsitzenden stünden dem Ministerium ohnehin als Berater zur Verfügung[76]. Dies galt allerdings nicht für Lange, den langjährigen Vorsitzenden der Problemkommission Psychiatrie: Er war damit seiner Beratungstätigkeit entbunden, obwohl er der staatlichen Verwaltung seine weitere Mitarbeit explizit angeboten hatte. In einem

[73] Vgl. Loos, Verschenkte Erfahrungen.

[74] David, Diskussionsgrundlage zur weiteren Reorganisation des Rates für Planung und Koordinierung der medizinischen Wissenschaften, 10. 2. 1971, in: BArch, DQ 109/77.

[75] Loechel, Zusatzbemerkung von Genossen Dr. Loechel zu den Vorschlägen zur Reorganisation des Rates für medizinische Wissenschaften, Anlage, 19. 2. 1974, in: BArch, DQ 109/77

[76] Ludwig Mecklinger an Leiter der Problemkommissionen, Auflösung von Problemkommissionen, o.D. [1. 5. 1978], in: BArch, DQ 109/77.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

internen Schreiben hatte eine Mitarbeiterin des Ministeriums bereits 1969 notiert: „Prof. Lange äußerte den Wunsch, bei eventl. Auflösung der PK Psychiatrie organisatorisch für das MfG [Ministerium für Gesundheitswesen] tätig bleiben zu wollen; das läge ihm mehr als die wissenschaftliche Tätigkeit."[77]

Warum lehnte das Ministerium trotz Langes großem Engagement ab? Offensichtlich (und das ist auch Loos' These) ging es der SED in den 1970er Jahren um eine straffere ideologische Führung, denn nach der Ablösung der bisherigen Leitungskräfte wurden generell mehr SED-Kader in Führungspositionen gebracht. So wurde 1971 anstelle des renommierten Lange aus Dresden Karl Seidel (geb. 1930) auf den DDR-weit wichtigsten Lehrstuhl für Psychiatrie an der Berliner Charité berufen. Seidel war zuvor Oberarzt bei Lange gewesen und hatte diesen im Auftrag des Ministeriums für Staatsicherheit ausspioniert; entsprechend galt er der Parteiführung als politisch zuverlässiger als das CDU-Mitglied Lange[78]. Andere Gründe kamen aber hinzu: Lange wurde auch sein guter Ruf im westlichen Ausland angekreidet. Er galt dort als der renommierteste Fachvertreter der DDR-Psychiatrie, die Parteiführung schätzte ihn jedoch als politisch indifferent ein. Noch 1971 hatte die DDR-Delegation auf dem IV. Weltkongress für Psychiatrie in Mexiko gute Miene zum bösen Spiel machen müssen, als die Delegierten Lange, obwohl er gar nicht anwesend war, in den Vorstand des Weltverbandes für Psychiatrie wählten[79]. Zeitgleich formierte sich im Weltverband für Psychiatrie Widerstand gegen die sowjetische Psychiatrie: Die Sowjetunion wurde in westlichen Ländern beschuldigt, politische Dissidenten zu pathologisieren und zwangsweise in die Psychiatrie einweisen zu lassen. Vor dem Hintergrund der Diskussion über einen politischen Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion benötigte die SED-Führung linientreue Kader, die sie im In- und Ausland repräsentierten. Von Lange war aber kein Eintreten für die Sowjetunion zu erwarten. Nachdem seine Wahl zum Vorstand nicht hatte verhindert werden können, untersagte ihm die Parteiführung die Reise zum VI. Weltkongress 1977 nach Honolulu, auf dem u. a. über eine internationale Verurteilung des politischen Missbrauchs der Psychiatrie in der Sowjetunion entschieden werden sollte[80]. Zeitgleich zur Ausbootung Langes wurde 1971 der Bereich Psychiatrieplanung dem Zentralkomitee der SED, Abteilung Gesundheitspolitik, unterstellt. Alle weiteren Bestandsaufnahmen zur Psychiatrie wurden bis zum Ende der DDR vom Ministerium in Zusammenarbeit mit ausgewählten Hochschulkadern durchgeführt. 1971 hatte die Parteiführung außerdem, parallel zur letzten Sitzung der Problemkommission und ohne diese davon in Kenntnis zu setzen, ein Gutachten zur aktuellen Situation der Psychiatrie in Auftrag gegeben, das noch im selben Jahr vorgelegt wurde. Der von parteitreuen Psychiatern wie Seidel in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Ministeriums für Gesundheitswesen abgefasste Bericht ging offensiv auf Probleme ein.

[77] Tischendorf, Aktennotiz betr. Arbeit von Prof. Lange für das MfG, 2. 1. 1969, in: BArch, DQ 1/23058.
[78] Vgl. Süß, Politisch mißbraucht?, S. 588.
[79] Vgl. ebenda.
[80] Vgl. ebenda, S. 598.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diese Offenheit war vielleicht gerade deshalb möglich, weil der Bericht unter Federführung von Parteikadern erstellt worden war und lediglich der internen Diskussion dienen sollte. Die Autoren unterstrichen, dass die Behandlung und Rehabilitation psychisch Kranker keineswegs dem wissenschaftlichen Stand entspreche. Das Potenzial einer sozialistischen Gesellschaft müsse sich aber nicht zuletzt am Umgang mit ihren psychisch Kranken erweisen[81]. Sie kritisierten die Baufälligkeit der psychiatrischen Anstalten sowie deren Überbelegung um mindestens ein Drittel der vorhandenen Kapazität:

> „Viele Fachkrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie bieten deshalb noch heute das Bild einer Massenunterkunft. Das Ziel, die stationäre psychiatrische Betreuung für eine gezielte Diagnostik, straffe Therapie und Einleitung der Rehabilitation zu nutzen, ist z. Zt. noch nicht ausreichend möglich."[82]

Der Mangel an teilstationären Einrichtungen, der viel zu langsame Ausbau ambulanter Angebote, die unzureichende Versorgung rein pflegerisch zu betreuender Kranker sowie der massive Fachkräftemangel in Praxen und Polikliniken würden die Reformbemühungen hemmen. Die Berichterstatter merkten zudem an, dass auf dieser Basis psychopharmakologische Langzeittherapien nicht gezielt eingesetzt werden könnten[83].

Nach diesem kritischen Bericht verbesserte sich die Lage der Psychiatrie nicht substanziell. Es existierten nach wie vor enorme Betreuungslücken, obwohl die Zahl der psychiatrischen Betten von 34.543 im Jahr 1963 auf 36.710 im Jahr 1972 stieg[84]. Ein weiterer im Auftrag des Ministeriums für Gesundheitswesen erstellter Bericht des Obermedizinalrats Münter und seines Kollegen Bodo Barleben, an dem die Psychiatrieprofessoren Peter Hagemann und Klaus Weise mitgearbeitet hatten, zog im Jahr 1979 eine ernüchternde Bilanz, die wiederum recht offenherzig ausfallen konnte, da auch dieses Papier allein für interne Zwecke bestimmt war. Über die Hälfte der Patienten bleibe über zwei, ein Drittel mehr als zehn Jahre in stationärer Versorgung. Die meisten von ihnen würden in überfüllten Fachkrankenhäusern betreut, die „vorherrschend die Funktion der Asylierung chronischer Störsyndrome und geistig schwer behinderter Menschen ausüben"[85]. Die Bettenkapazitäten seien zudem regional ausgesprochen ungleich verteilt. Vier Fünftel aller Krankenhausbetten würden im Großraum Leipzig vorgehalten,

[81] Lübs, Tischendorf, Becher, Weise, Finsterbusch, Seidel, Vorlage Nr. 50/71 für die Ministerdienstbesprechung des MfG: Programm zur planmäßigen Qualifizierung der psychiatrischen Betreuung in Verbindung mit einer analytischen Einschätzung des erreichten Standes, 5. 7. 1971, in: BArch, DQ 1/24190, S. 4.

[82] Ebenda, S. 7.

[83] Ebenda, S. 2.

[84] Tischendorf, Sitzungsmaterial Nr. 04/74 der Ministerdienstbesprechung des MfG am 5. 2. 1974: Herausgabe von Richtwerten für das Profil und die Besetzung stationärer medizinischer Einrichtungen mit medizinischen Kadern, 31. 1. 1974, in: BArch, DQ 1/6540.

[85] Münter, Erste Konzeption zur Entwicklung der psychiatrischen Betreuung nach 1980, 29. 5. 1979, in: BArch, DQ 1–24219, S. 10.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

obwohl im Bezirk nur acht Prozent der Gesamtbevölkerung lebten. Aus diesem Grund würden Patienten aus dem gesamten Gebiet der DDR in Leipzig aufgenommen, die dadurch teilweise ihr Recht auf Wohnraumversorgung im Heimatort verloren. Im übrigen Gebiet sei die Situation durch den Mangel an Ärzten und Pflegepersonal desolat: „Der Funktionsbetrieb psychiatrischer Krankenhäuser", so die Berichterstatter, „kann vielfach nur durch den Einsatz von Patienten gesichert werden."[86] Das hieß nichts anderes, als dass die Patienten für anfallende Arbeiten auf den Stationen eingesetzt wurden. Bei der ambulanten Betreuung sah es nicht besser aus: Der Anteil an komplementären Einrichtungen wie Tages- und Nachtkliniken und ambulanten Wohnformen sei nach wie vor äußerst gering. Dieser Berichtsteil mündete in der Feststellung: „Das den psychisch behinderten Bürgern gesetzlich zugesicherte Recht auf Rehabilitation und soziale Integration entbehrt z. Z. der äußeren Bedingungen zu seiner Verwirklichung."[87]

Bei solchen Defiziten war die DDR kein Einzelfall. Auch in der Bundesrepublik war die psychiatrische Versorgung mangelhaft. Ein 1975 im Auftrag der Bundesregierung erstellter „Bericht zur Lage der Psychiatrie" zeichnete ebenfalls ein desolates Bild. Dieser später als Psychiatrieenquête bezeichnete Bericht deckte auf, dass fast zwei Drittel der Patienten mehr als zwei und ein weiteres Drittel mehr als zehn Jahre hospitalisiert waren[88]. Hierfür sei vor allem der Mangel an ambulanten Angeboten verantwortlich. Der schlechte Bauzustand der meisten Einrichtungen und der Platzmangel resultierten zudem in einer extremen Überbelegung, was zusammen mit einem ausgesprochenen Personalmangel zu „elenden und menschenunwürdigen Lebensbedingungen" geführt habe. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme forderte die Enquêtekommission primär den Aufbau einer ambulanten psychiatrischen Versorgung[89]. Die schlechte Situation der psychiatrischen Versorgung in der Bundesrepublik unterschied sich somit nicht grundsätzlich von der in der DDR, wofür ganz allgemein die politische und gesellschaftliche Ignoranz gegenüber psychisch Kranken verantwortlich gemacht werden kann. Anders als im Westen hatte in der DDR aber immerhin mit den Rodewischer Thesen bereits 1963 ein Programm zur Psychiatriereform vorgelegen. Zur Umsetzung der Reformvorschläge fehlte das Geld, sie wurden aber auch aus Gründen der politischen Präferenz für die biochemische und neurophysiologische Grundlagenforschung zurückgestellt.

Sozialpsychiatrie in den 1970er Jahren

Angeregt durch zunehmende Reformbestrebungen in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern, kam es zu Beginn der 1970er Jahre auch in der DDR

[86] Ebenda, S. 11.
[87] Ebenda, S. 12.
[88] Deutscher Bundestag, Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur psychiatrischen und psychotherapeutischen/psychosomatischen Versorgung der Bevölkerung, Drucksache 7/4200, Bonn 1975, S. 11.
[89] Ebenda, S. 62.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu neuen Reformbemühungen. In einschlägigen psychiatrischen Veröffentlichungen zeichnete sich dabei eine Neuausrichtung ab. Die Publikationen konzentrierten sich auf eine Verbesserung der Arbeit *in* den psychiatrischen Anstalten, kaum eine machte jedoch die Dispensairebetreuung zum Thema. Diskutiert wurde über sozialpsychiatrische Aspekte der forensischen Begutachtung, den Aufbau von Patientenclubs, Angehörigenarbeit, Soziotherapie oder über die Einrichtung von Suizidberatungsstellen[90]. Parallel zum verstärkten Einsatz von Depotneuroleptika nahmen Mitte der 1970er Jahre auch die Veröffentlichungen über das Verhältnis von Sozialpsychiatrie und Psychopharmaka zu[91]. Einige Autoren äußerten die Hoffnung, dass die sachgerechte Anwendung dieser langwirkenden Medikamente dazu beitragen könne, die sozialpsychiatrische Agenda leichter umzusetzen[92]. Gleichzeitig wiesen sie auf das Problem der Ruhigstellung der Patienten durch übermäßigen Psychopharmakaeinsatz hin, dem durch aktivierende Soziotherapie entgegengewirkt werden müsse. Den Vorteil von Depotmedikamenten bei ambulanten Patienten sahen die Autoren darin, dass das Risiko einer nachlässigen Medikamenteneinnahme und damit die Rezidivgefahr vermindert werden könnte[93]. Sie räumten allerdings auch ein, dass trotz Depotbehandlung die Zahl der stationären Wiederaufnahmen groß sei.

[90] Vgl. zur Forensik H. Heinroth, Sozialpsychiatrische Aspekte der forensischen Begutachtung von straffälligen Jugendlichen und Heranwachsenden, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 22 (1970), S. 92–97; zur Angehörigenarbeit D. Feldes/O. Bach, Grundsätzliches zur Angehörigengruppentherapie im Vergleich zu den Hypothesen der soziologischen und psychologischen Forschungseinrichtungen der Schizophrenie und schizophrenen Psychosen, in: Ebenda 22 (1970), S. 321–328; zu Patientenclubs Gert-Eberhard Kühne, Erfahrungen mit dem Patienten-Klub im System eines flexiblen Rehabilitationsprogramms in der Psychiatrie, in: Ebenda 22 (1970), S. 25–29; Wolfgang Viehweg/Hans-Dieter Albert/Joachim Schulz, Erfahrungen mit einem Patientenklub in der Alterspsychiatrie, in Ebenda 25 (1973), S. 406–413; zur Soziotherapie D. Feldes/S. Hahn/H. Müller, Wie steht das psychiatrische Pflegepersonal zur Soziotherapie?, in: Ebenda 24 (1972), S. 669–675; zur Suizidbehandlung Ehrig Lange/Helmut Kulawik, Die ambulante Behandlung des Suizidgefährdeten unter besonderer Berücksichtigung der Psychopharmakotherapie, in: Das Deutsche Gesundheitswesen 25 (1970), S. 121–125; Karl Seidel/Helmut Kulawik, Über die Notwendigkeit des Aufbaus von psychiatrischen Beratungsstellen für Suizidgefährdete, in: Ebenda 25 (1970), S. 125–129; Dieter Decke, Dispensaire-Betreuung suizidgefährdeter Menschen der zweiten Lebenshälfte, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 27 (1975), S. 534–541.

[91] Spätestens 1973 wurde die Produktion des Neuroleptikums Lyorodin (Fluphenazin) durch den VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben aufgenommen. Die Registrierung wurde durch den Zentralen Gutachterausschuss (ZGA) – als Nomenklatur A-Präparat – bereits 1971 befürwortet; Protokoll der Sitzung der Sektion Humanmedizin des ZGA am 8. 4. 1971, in: BArch, DQ 1/26604, II, S. 3.

[92] Vgl. Gottfried Vietze/Ehrig Lange/Friedemann Ficker/Hans Ost, Tages-Nacht-Therapeutikum (TNT) – ein notwendiger Schritt zur besseren Betreuung psychisch Kranker, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 28 (1976), S. 298–306.

[93] Vgl. Klaus-Dieter Waldmann/Tilo Degenhardt/Joachim Greger/Gerlinde Schock, Zur Effektivität psychiatrischer Stationsambulanzen, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 26 (1974), S. 466–472; Peter Schmidt, Zur ambulanten Behandlung von Psychosen mit Depot-Fluphenazin, in: Ebenda 27 (1975), S. 231–238.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Da es ambulante psychiatrische Behandlungsmöglichkeiten kaum gab, entwickelten einige Kliniken das Modell einer krankenhauszentrierten Dispensairebetreuung, das heißt die Patienten wurden in die Klinik einbestellt, um die regelmäßige Einnahme der ihnen verordneten Neuroleptika sicherzustellen[94]. Die überbelegten und unterbesetzten Fachkrankenhäuser übernahmen somit oft auch die ambulante Nachbehandlung. Um das Fehlen einer funktionierenden Dispensairebetreuung zu kompensieren, konzentrierten sich die wieder erwachten Reformbestrebungen vor allem auf das Innenleben der Anstalten. Dies war auch der Fluchtpunkt einer 1976 unter dem Titel „Brandenburger Thesen" publizierten sozialpsychiatrischen Agenda, die im Titel, nicht jedoch in der inhaltlichen Ausrichtung, an die „Rodewischer Thesen" anschloss. Eine erste, 1974 veröffentlichte Fassung der Agenda, die unter dem Titel „Neun Thesen zur Therapeutischen Gemeinschaft" in *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie* erschien, forderte eine „echte" Gemeinschaft von Klinikärzten, Pflegepersonal und Patienten: Die krankenhaustypische Hierarchie sei abzubauen und durch ein System der offenen Tür zu ersetzen[95]. Diese Forderungen griffen das international viel diskutierte Konzept der „Therapeutischen Gemeinschaft" des britischen Psychiaters Maxwell Jones auf, das auf eine Mitbestimmung von Mitarbeitern und Patienten auf allen Ebenen und ein demokratisches Klima abhob[96].

Dennoch fielen die „Neun Thesen", die nicht mehr von den alten Reformern, sondern von jüngeren parteiverbundeneren Psychiatern formuliert worden waren, deutlich weniger radikal aus als die Rodewischer Thesen, die neben einer Verbesserung der Situation in den Anstalten umfangreiche Rehabilitationsmöglichkeiten außerhalb der Klinikmauern gefordert hatten[97]. Nichtsdestotrotz kritisierte die erste Fassung der Reformagenda, wenn auch in milder Form, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR. So wurde beispielsweise festgestellt, „dass auch soziale Störfaktoren zu erheblichen passageren oder bleibenden psychischen Veränderungen führen können"[98]. Diese Aussage der Neun Thesen griff der Medizinhistoriker und -ethiker Achim Thom (1935–2010), der als parteitreuer Vordenker eines sozialistisch begründeten Reformprogramms der Psychiatrie fungierte, scharf an: Die Betonung soziogener Aspekte sei linksradikal und antipsychiatrisch[99]. Ziel einer sozialistischen Sozialpsychiatrie müsse stattdessen die gerechte psychiatrische Versorgung aller Gesellschaftsschichten auf der Grundlage

[94] Vgl. Wolfgang Adam/Harro Wendt, Möglichkeiten der Dispensaire-Betreuung Schizophrener im psychiatrischen Großkrankenhaus, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 25 (1973), S. 748–753; Waldmann/Degenhardt/Greger/Schock, Effektivität psychiatrischer Stationsambulanzen.

[95] Siegfried Schirmer/Karl Müller/Helmut F. Späte, Neun Thesen zur Therapeutischen Gemeinschaft, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 26 (1974), S. 50–54, hier S. 51.

[96] Vgl. Maxwell Jones, Prinzipien der therapeutischen Gemeinschaft: soziales Lernen und Sozialpsychiatrie, hrsg. von Edgar Heim, Bern u. a. 1976.

[97] Vgl. Hanrath, Zwischen „Euthanasie" und Psychiatriereform, S. 442–447.

[98] Schirmer/Müller/Späte, Neun Thesen, S. 50.

[99] Vgl. Achim Thom, Bedeutsame Differenzierungen der sozialpsychiatrischen Bewegung in der kapitalistischen Gesellschaft, Teil II: Aktivistische Ungeduld – Psychiatriereform als Revo-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eines medizinischen Modells psychischer Krankheit sein, das von biologischen Ursachen ausgehe[100].

Auch die in der ersten Fassung der Neun Thesen angedeutete Autoritätskritik lehnte Thom ab. Zu den Verhältnissen in den Psychiatrien hatten die Autoren unter der ersten These („Der Mensch entwickelt und bewährt sich in der Gemeinschaft") folgendes geschrieben:

> „Anstelle des Gemeinschaftsprinzips herrschte weitgehend eine hierarchisch gegliederte Struktur in allen Bereichen vor, wobei die gemeinsame Gestaltung des Lebens im Krankenhaus in den Hintergrund trat und sich durch das Prinzip der Anordnungen nicht entfalten konnte."[101]

Diese Situation verglichen die Verfasser mit den von Erving Goffman (1922–1982) geschilderten Zuständen in „totalen Institutionen". Sie forderten stattdessen eine Beteiligung von Patienten durch Patientenräte, Patientenparlamente und gemeinsam aufgestellte Stationsordnungen[102]. Diese Forderungen gingen Parteikadern wie Achim Thom zu weit: Autorität und Disziplin seien nicht grundsätzlich, sondern nur unter kapitalistischen gesellschaftlichen Bedingungen problematisch[103]. Thoms Auffassung setzte sich durch: Die letzte Fassung der „Brandenburger Thesen" enthielt die kritisierten Passagen nicht mehr. Stattdessen hieß es nun, die „Therapeutische Gemeinschaft" sei kein abstraktes Prinzip, sondern abhängig von den Möglichkeiten der Gesellschaft, in der sie eingebettet sei[104].

Letztlich beschränkten sich die „Brandenburger Thesen" auf das Machbare. Sie forderten ausschließlich eine Verbesserung der stationären Versorgung und erwähnten die Dispensairebetreuung mit keinem Wort. Dagegen wurden die Darlegungen zum biologischen Charakter psychischer Störungen verstärkt[105]. Indem sich die Veränderungsvorschläge – in räumlicher und politischer Hinsicht – ausschließlich nach Innen, das heißt auf die psychiatrischen Anstalten, richteten, markierten die Reformvorschläge der 1970er Jahre, worauf auch bereits Sabine Hanrath hingewiesen hat, eine Zäsur gegenüber der Agenda der 1960er Jahre[106].

lution, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 28 (1976), S. 99–105, hier S. 99.

[100] Vgl. ebenda, S. 100.

[101] Schirmer/Müller/Späte, Neun Thesen, S. 50.

[102] Ebenda, S. 52.

[103] Vgl. Achim Thom, Auf dem Wege zu einer Psychiatrie der sozialistischen Gesellschaft, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 26 (1974), S. 578–587, hier S. 583.

[104] Siegfried Schirmer/Karl Müller/Helmut F. Späte, Brandenburger Thesen zur Therapeutischen Gemeinschaft, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 28 (1976), S. 21–25, hier S. 23.

[105] Vgl. ebenda, S. 25.

[106] Vgl. Hanrath, Zwischen „Euthanasie" und Psychiatriereform, S. 442–447.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Endstation Pflegeheim

In den 1980er Jahren wandten sich einige Psychiater erneut sozialpsychiatrischen Themen zu. In der Zeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie* befassten sich in dieser Zeitspanne über 20 Beiträge mit Untersuchungen zu sozialen Einflussgrößen auf psychische Krankheiten, mit neuen Formen der Betreuung[107] sowie mit dem Verhältnis von ambulanter und stationärer Behandlung[108]. Zwar hatte laut einer vom Ministerium für Gesundheitswesen 1985 in Auftrag gegebenen Studie die Zahl der psychiatrischen Betten seit den 1970er Jahren jährlich um ein Prozent abgenommen und die Aufenthaltsdauer in den psychiatrischen Kliniken hatte sich um 25 Prozent verkürzt. Diese Entwicklung blieb jedoch hinter der in der Bundesrepublik zurück, hier sank die Bettenzahl jährlich um anderthalb Prozent. Gleichzeitig nahm in der DDR die Zahl der Neuerkrankten jährlich um zwei Prozent zu, es entstand also ein erhöhter psychiatrischer Versorgungsbedarf[109]. Auch dieser Bericht blieb auf die psychiatrischen Anstalten fokussiert und widmete der Dispensairebetreuung und der häufigen Unterbringung von psychiatrischen Patienten in anderen Einrichtungen wie zum Beispiel Heimen keine Aufmerksamkeit.

Anfang der 1980er Jahre kamen auch auf ministerieller Ebene die Probleme einer unzureichenden sozialpsychiatrischen Versorgungsstruktur deutlicher zur Sprache als bis dahin üblich. Ein interner Bericht von 1981 präsentierte eindrückliche Bedarfszahlen für die psychiatrische Versorgung: 15 Prozent der Bevölkerung, so erwarteten die Gesundheitspolitiker, müssten längerfristig psychiatrisch betreut werden. Mindestens zehn Prozent würden jährlich an Neurosen und funktionellen Störungen erkranken – also genau jenen Erkrankungen, die durch die zunehmenden Anforderungen der technisierten Gesellschaft begünstigt würden. Im Vergleich dazu ging man in der Bundesrepublik von neun Prozent neurotischer Störungen aus[110]. Im Zentrum neuer Betreuungskonzeptionen müsse deshalb insbesondere die Prophylaxe und Behandlung dieser Störungen stehen[111]. Auch ein Papier aus dem Ministerium zur Psychiatrieentwicklung aus dem gleichen Jahr mahnte:

---

[107] Vgl. Gottfried Vietze/Friedemann Ficker, Begutachtung und Rehabilitation psychisch Erkrankter – Schlußfolgerungen für halbstationäre Einrichtungen der Psychiatrie, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 33 (1981), S. 513–519.

[108] Vgl. Jürgen Choinitzki/Ulrich Trenckmann, Der Einfluß des therapeutischen Milieus im Psychiatrischen Krankenhaus auf das Kommunikationsverhalten entlassener psychiatrischer Patienten untereinander, in: Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 34 (1982), S. 270–275.

[109] Panzer, Die Entwicklung der Kapazitäten und Leistungen in der Fachrichtung Psychiatrie und Neurologie – staatlich-örtlich geleitete stationäre Einrichtungen in der DDR im Zeitraum 1970–1984 sowie ein Vergleich zur BRD, 17. 7. 1985, in: BArch, DQ 1/14245, S. 11 u. S. 15 f.

[110] Münter, Erste Konzeption der Entwicklung der Betreuung nach 1980, 29. 5. 1979, in: BArch, DQ 1–24219, S. 3.

[111] Münter, Aufgaben zur weiteren Verbesserung der psychiatrischen Betreuung 1981–1985, 1. 9. 1981, in: BArch, DQ 1/14245, S. 2.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„[V]erstärkte Aufmerksamkeit ist präventiven und Früherkennungsmaßnahmen psychischer Störungen zu widmen. Hierzu ist der Betreuungskomplex 'psychiatrische Beratung, Krisenintervention, Notfallpsychiatrie' als Teilaufgabe territorialer Betreuungssysteme zu entwickeln [...]."[112]

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen müssten auch die Allgemeinmediziner stärker in die Neurosenbehandlung einbezogen werden. Der Fachkräftemangel sei dabei allerdings ein großes Hindernis. Deshalb seien durch „Kaderlenkung" mehrere hundert Ärzte für den Bereich Psychiatrie/Neurologie zu gewinnen[113]. Eine besondere Aufgabe ambulant tätiger Psychiater sollte nach Ansicht der Ministeriumsberater darin bestehen, die ständig steigende Zahl alkoholkranker DDR-Bürger zu betreuen. Auch klinische und epidemiologische Forschungen müssten sich verstärkt diesem Themenkomplex zuwenden. Das Papier unterstrich, dass alkoholabhängige Patienten eine Vielzahl neuer Betreuungsformen wie Patientenclubs und therapeutische Gruppenangebote benötigten[114]. Fachkrankenhäuser sollten daher Rehabilitationsangebote für Alkoholkranke mit abgestufter Betreuung in Form von Tages- und Nachtkliniken schaffen. Auch in den Kreisen seien komplementäre Einrichtungen aufzubauen, so dass der Behandlungsort nicht so weit vom eigentlichen Wohnort des Patienten entfernt läge[115].

Letztlich unterstrichen die Bedarfsermittlungen der 1980er Jahre nur die bereits seit Langem bekannten Probleme. Wie zuvor wurden jedoch die Reformvorschläge auch in den 1980er Jahren kaum umgesetzt, nicht zuletzt aus finanziellen Nöten. Illustrieren lässt sich dies am Berliner Wilhelm Griesinger Krankenhaus, einem vom Gesundheitsministerium bevorzugt geförderten Fachkrankenhaus für Psychiatrie: 1985 erklärte dessen Leiter Bernd Nickel in einer internen Besprechung mit den Verantwortlichen des Ministeriums unumwunden, dass ungefähr die Hälfte der seinem Krankenhaus anvertrauten Pflegefälle auch in Feierabendheimen betreut werden könnten. Die Dispensairebetreuung des Griesinger Krankenhauses auszubauen, scheitere aber an den mangelnden finanziellen Möglichkeiten[116]. Bezeichnenderweise hatte selbst diese Vorzeigeeinrichtung keine Spielräume für die dringendsten Umgestaltungsmaßnahmen.

Wie eine vom Ministerium für Gesundheitswesen in Auftrag gegebene Befragung der verantwortlichen Obermedizinalräte in den Bezirken zur Versorgungslage von 1987 verdeutlichte, entfaltete sich das sozialpsychiatrische Reformprogramm regional sehr unterschiedlich. So hielt der Bericht für Dresden fest, dass die Dispensairebetreuung überdurchschnittlich gut ausgebaut sei, während am-

[112] Entwicklungsbereiche Psychiatrie, o.D. [1.1.1981], in: BArch, DQ 1/14245, S. 4.
[113] Münter, Aufgaben zur weiteren Verbesserung der psychiatrischen Betreuung 1981–1985, 1.9.1981, in: BArch, DQ 1/14245, S. 2.
[114] Zeitzeugeninterview mit Ursula Grüß vom 18.2.2011.
[115] Entwicklungsbereiche Psychiatrie, o.D. [1.1.1981], in: BArch, DQ 1/14245, S. 4.
[116] Schirmer, Kontrollberatung unter Leitung von Karl Seidel im Wilhelm Griesinger Krankenhaus, 15.1.1985, in: BArch, DQ1/14245.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bulante Wohnstätten immer noch knapp seien[117]. Wesentlich schwieriger war die Situation in Halle. Der zuständige Medizinalrat klagte, in einigen bevölkerungsreichen Industriekreisen sei es kaum möglich, überhaupt Fachärzte anzusiedeln. Von einer differenzierten prophylaktischen Betreuung oder gar einer systematischen Nachbetreuung könne keine Rede sein. Auch die Zahl psychiatrischer Betten in Fachkrankenhäusern sei so begrenzt, „dass jährlich über 1.000 Patienten [...] vor allem in internistischen Abteilungen der Bezirks- und Kreiskrankenhäuser behandelt werden müssen"[118].

Kurz vor dem Mauerfall offenbarte sich der mangelhafte Ausbau einer sozialpsychiatrischen Versorgung insbesondere in den Feierabend- und Pflegeheimen. Das Ministerium für Gesundheitswesen veranlasste eine Untersuchung dieser Heime, die im Juli 1987 vorlag. Darin wurde insbesondere die Situation in Altenheimen in den Blick genommen. Das Ergebnis war, dass 40 Prozent der Plätze in diesen Einrichtungen von psychisch Kranken genutzt wurden, von denen sich 20 Prozent nicht im Rentenalter befanden. Die Altenheime seien aber dafür nicht ausgelegt. Zwar hatte eine Verordnung vom 1. März 1978 eine entsprechende Profilierung für Feierabendheime gefordert, doch sei diese Verordnung nicht umgesetzt worden. Nur dort, wo psychisch Kranke und Alte separat betreut wurden, so der Bericht, sei zumindest für letztere eine deutliche Entlastung eingetreten[119]. Durch das fehlende Angebot an Arbeits- und Beschäftigungstherapie in solchen Einrichtungen könnten bestehende Behandlungserfolge nicht weitergeführt werden. Mangelnde Fördermöglichkeiten hätten dazu geführt, dass wieder auf überwunden geglaubte Zwangsmittel wie vergitterte Fenster und geschlossene Stationen zurückgegriffen wurde. Diese Maßnahmen anzuwenden, erscheine unumgänglich, da sich die zuständigen Fachkrankenhäuser zunehmend weigerten, Patienten aus Pflegeheimen in akuten Krisensituationen aufzunehmen:

> „Häufig werden psychisch geschädigte Heimbewohner, bei denen es zu akuten Reaktivierungen bzw. dramatischen und von den Mitarbeitern der Einrichtungen nicht beherrschbaren Verhaltensweisen kommt, nicht oder nur im Austausch gegen 1 bis 3 'ruhige' pflegebedürftige Patienten in Fachkrankenhäuser für Psychiatrie/Neurologie aufgenommen."[120]

Der Umgang mit psychischen Krisen und Verhaltensauffälligkeiten werde durch die Tatsache erschwert, dass nur in einem Viertel der Heime überhaupt Fachärzte für Psychiatrie arbeiteten. Diese Situation habe schließlich, so heißt es zusammen-

[117] Einschätzung des Entwicklungsstandes des Fachgebietes Neurologie/Psychiatrie im Bezirk Dresden, 23. 7. 1987, in: BArch, DQ 1/13259, S. 2.
[118] Heuschel, Einschätzung des Entwicklungsstandes des Fachgebietes Neurologie/Psychiatrie im Bezirk Halle, 15. 10. 1987, in: BArch, DQ 1/13259.
[119] Felz, Vorlage Nr. 67/87 für die Ministerdienstbesprechung des MfG: Analyse der Situation in Pflegeheimen und Pflegestationen für Psychiatrie mit Schlussfolgerungen, 28. 7. 1987, in: BArch, DQ 1/6616, S. 1 f.
[120] Ebenda, S. 3.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fassend, zu einer breiten und undifferenzierten Anwendung von Psychopharmaka geführt, die hauptsächlich vom Allgemeinarzt verabreicht würden[121].

Während somit die Umgestaltung der psychiatrischen Versorgung kaum vorankam, wuchs die Bedeutung der Psychopharmaka. Bis Ende der 1960er Jahre hatte es nur vier Neuroleptika und zwei Tranquilizer aus DDR-eigener Produktion gegeben[122]. Um 1970 wurden mit einem Mal vier neue Tranquilizer eingeführt[123]. Bis Mitte der 1980er Jahre erhöhte sich die Zahl der regulär verfügbaren Psychopharmaka schließlich auf neunzehn[124]. Passenderweise prognostizierte Mitte der 1970er Jahre das Ministerium für Gesundheitswesen, dass sich der Psychopharmakaverbrauch bis 1980 verdoppeln werde[125]. Tatsächlich stieg der Konsum von Antidepressiva bis 1981 um das Zehnfache, der von Neuroleptika um das Dreifache. Im Verhältnis zur Entwicklung in anderen europäischen Ländern, war dieser Anstieg gar nicht so hoch. So wurden in den skandinavischen Ländern im Jahr 1978 durchschnittlich etwa fünfmal so viele Neuroleptika und dreimal so viele Antidepressiva verabreicht wie in der DDR. Lediglich Tranquilizer, so eine in der Zeitschrift *Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie* publizierte Analyse, würden in vergleichbar großer Anzahl konsumiert, nämlich zwanzig Tagesdosen in der DDR (1974), fünfzehn in Finnland und dreißig in Norwegen[126]. Entsprechend wuchsen in der DDR die Arzneimittelkosten stetig: Pro Fall stiegen die Kosten in den psychiatrischen Kliniken zwischen 1970 und 1984 um 50 Prozent, während sich gleichzeitig die durchschnittliche Verweildauer um zehn Tage verkürzte[127].

---

[121] Vgl. ebenda, S. 5.

[122] Es handelte sich um die Neuroleptika Chlorpromazin (Propaphenin, 1954), Reserpin (Rausedan, 1954), Promazin (Sinophenin, 1962) und Methophenazin (Frenolon, 1962 aus Ungarn importiert) sowie die Tranquilizer Benactyzin (Procalm, 1960/61) und Meprobamat (seit 1961/62 als Import aus Ungarn, allmählich abgelöst durch DDR-eigene Produktion). Außerdem wurde 1963 der MAO-Hemmer Phenelzin als Antidepressivum zugelassen.

[123] Dies waren Chlorprothixen (Timosin, 1967, das den stark reglementierten Import von Librium ablöste), Diazepam (Faustan, 1968), Nitrazepam (Radedorm, spätestens 1971) und Medazepam (Rudotel, 1973).

[124] Dazu gehörten Imipramin (Melipramin, 1962 aus Ungarn importiert, ab 1971 unter dem Namen Pryleugan in der DDR produziert), Butaperazin (Tyrylen, 1968), Fluphenazin (Lyorodin, 1971), Pimozid (Antalon, 1979, seit 1972 bereits aus Ungarn importiert), Haloperidol (Import seit 1976), Clozapin (1982 DDR-Produktion, zuvor bereits als Import für „Prüfkliniken“ verfügbar), Fluspirilen (1982 DDR-Produktion, zuvor bereits importiert), Levomepromazin (Tiscerin, 1984, seit 1982 importiert).

[125] Toedtmann, Vorlage für die Ministerdienstbesprechung des MfG: Grundorientierung zur langfristigen Entwicklung des Gesundheitswesens und der medizinischen Forschung bis 1980 und darüber hinaus, 19. 11. 1974, in: BArch, DQ 1/6567, S. 20.

[126] Vgl. Walther/Meyer/Leuschner, Verbrauchsentwicklung von Sedativa/Hypnotika und Psychopharmaka in der DDR, S. 223–225. Bei den definierten Tagesdosen (DDD) handelt es sich um eine international festgelegte Vergleichsgröße, mit der tägliche Dosen pro 1.000 Einwohner gemessen werden.

[127] Doris Panzer, Die Entwicklung der Kapazitäten und Leistungen in der Fachrichtung Psychiatrie und Neurologie – staatlich-örtlich geleitete stationäre Einrichtungen in der DDR im Zeitraum 1970–1984 sowie ein Vergleich zur BRD, o.D. [1707.1985], in: BArch, DQ 1/14245. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Behandlungsfälle in dem Untersuchungszeitraum

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Im Laufe der 1980er Jahre wurde auch die psychiatrische Forschung verstärkt in die Austestung neuer Psychopharmaka einbezogen. So befanden sich unter den neuen Forschungsschwerpunkten, die das Ministerium 1986 bekannt gab, mehrere Projekte, die sich mit Psychopharmaka beschäftigen sollten. Neben der Überprüfung der Wirksamkeit konventioneller Psychopharmaka sollten zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Kombinat GERMED neue Nootropika (Antidementiva) getestet werden[128]. Von einem weiteren Forschungskomplex zu hirnorganischen Veränderungen bei Alkoholismus erhoffte sich das Ministerium ebenfalls neue Erkenntnisse über wirksame Medikamente[129]. Zusammengenommen ist also der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass die fehlenden Strukturreformen unter anderem durch einen verstärkten Psychopharmaka-Einsatz kompensiert werden sollten.

Zwischen Reformanspruch und Mängelverwaltung

Die Sozialpsychiatrie in der DDR konnte bis Ende der 1980er Jahre nur wenige Fortschritte verzeichnen. Aus den untersuchten Quellen ergibt sich dabei ein differenziertes und zugleich widersprüchliches Bild: Während Wissenschaftler vermehrt sozialpsychiatrische Reformen forderten, drückten die im gleichen Zeitraum erstellten Gutachten und Expertisen des Ministeriums für Gesundheitswesen auf die Bremse, so dass die Reformbemühungen zum Erliegen kamen. Gründe dafür waren der Mangel an Ressourcen und Fachpersonal, aber auch – da die Zuweisung und Verteilung von Ressourcen der staatlichen Planung unterstand – die Entwicklung der SED-Gesundheitspolitik, die im Verlauf der 1960er Jahre andere Prioritäten setzte. Letzteres lässt sich an mehreren Punkten festmachen: Erstens versprach, wie hinsichtlich der Psychopharmaka dargelegt, eine Schwerpunktverschiebung hin zur biologischen Grundlagenforschung international mehr Prestige als die Beschäftigung mit Problemen der (sozial-)psychiatrischen Versorgung. Zweitens setzte die Gesundheitspolitik der SED auf die „Prophylaxe" psychischer Störungen, was vor allem auf eine risiko-individualisierende „Gesundheitserziehung" hinauslief. Drittens wurden durch das Bestreben der Parteiführung, wichtige Posten im Gesundheitswesen mit SED-Kadern zu besetzen, nach und nach die einstigen Psychiatriereformer verdrängt.

Die mangelnde Umsetzung der Reformbemühungen verdeutlicht somit einen politischen Konflikt, der sich im Laufe des Untersuchungszeitraums zuspitzte.

um 2 %. Die Erhöhung der Behandlungskosten in Kliniken wird auch auf die Verkürzung der Behandlungsdauer zurückgeführt, da Patienten insbesondere in der Akutphase besonders hohe Medikamentenkosten verursachen.

128 Nootropika wurden aber nicht nur als Antidementia eingesetzt, sondern hatten generell leistungssteigernde Wirkungen. Diese hatte die produzierende Firma VEB Jenapharm durchaus auch im Blick, wenngleich hervorgehoben wurde, dass man nicht beabsichtige, sie zum Doping im Sport einzusetzen; vgl. Klaus Latzel, Staatsdoping: der VEB Jenapharm im Sportsystem der DDR, Köln u. a. 2009.

129 (Dr. Ha), Verteidigungsschwerpunkt für die Beratung der detaillierten Forschungsprogramme 1986–1990, 3. 3. 1986, in: BArch, DQ 109/179.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mit den Rodewischer Thesen formulierten die Reformpsychiater in den 1960er Jahren eine offene und öffentliche Kritik an der psychiatrischen Versorgung. Diese Einmischung in die staatliche Gesundheitspolitik war in der Phase des sogenannten „Neuen ökonomischen Systems" möglich, eines Programms, durch das in den 1960er Jahren Entscheidungskompetenzen dezentralisiert und die Verantwortung wissenschaftlicher und betrieblicher Leitungskräfte gestärkt wurden[130]. Mit der Ideologisierung der Psychiatrie in den 1970er Jahren setzte die Abteilung Gesundheitspolitik des Zentralkomitees der SED, dem die Psychiatrieplanung unterstand, auf eine verstärkte Abgrenzung gegen Einflüsse aus dem kapitalistischen Ausland. Statt sich international zu orientieren, entwickelten die Gesundheitspolitiker eine eigene sozialistische Perspektive, wie sie beispielsweise in den Diskussionen zum Verhältnis von Arbeit und Psychiatrie und den Brandenburger Thesen zum Ausdruck kam. Als die politische Führung die Zügel wieder straffer in die Hand nahm, entfernten sich die Reformbemühungen nach und nach von dem Ziel, eine ambulante Versorgung aufzubauen. Reformer wie beispielweise Ehrig Lange wurden zunehmend mit westlichen Strömungen identifiziert und galten deshalb als nicht mehr vertrauenswürdig. Insbesondere nach den im Westen geführten Diskussionen um den politischen Missbrauch der sowjetischen Psychiatrie hatte für die Parteiführung politische Zuverlässigkeit leitender Psychiater oberste Priorität.

Resümierend lässt sich die skizzierte Entwicklung der DDR-Psychiatrie auf verschiedenen Ebenen als eine „Wende nach Innen" begreifen. Statt die ambulante Betreuung weiter auszubauen, konzentrierten sich die Reformen auf die Anstalten, das heißt auf ihre innere Organisation, das therapeutische Angebot, die Mitbestimmung der Patienten im Anstaltsalltag und das Prinzip der offenen Tür. Bei dieser „Wendung nach Innen" kam den Psychopharmaka eine nicht unerhebliche Rolle zu. An diese Medikamente, die in den 1960er Jahren zunehmend auch in einer sozialistischen Gesellschaft akzeptabel erschienen, knüpften die Sozialpsychiater die Hoffnung, dass sich eine ambulante psychiatrische Versorgung aufbauen ließe, die umfassende Resozialisierungsmaßnahmen ermögliche. 1980 war diese Erwartung immer noch präsent: „Die ambulante Therapie geistiger Störungen gewinnt bei bestimmten Krankheitsformen durch die Bereitstellung geeigneter Psychopharmaka weiterhin an Bedeutung, die früher eine stationäre Einweisung erforderten."[131] Während der Medikamenteneinsatz stieg, wurden jedoch die sozialpsychiatrischen Ziele nicht erreicht. Psychopharmaka fungierten vor allem als Mittel der Sedierung und Disziplinierung unruhiger Patienten[132]. In diesem Sinne lässt sich der vermehrte Einsatz von Psychopharmaka ebenfalls als eine Wendung nach Innen beschreiben.

Flankiert wurde der Psychopharmakaeinsatz durch individualisierende Strategien, die im psychiatrischen Diskurs ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre im-

[130] Vgl. Klöppel/Balz, Psychopharmaka im Sozialismus, S. 384.
[131] Psychische Krankheiten (Klasse V), o.D. [17. 6. 1985], in: BArch, DQ 1/14245.
[132] Vgl. Robert Castel, Die psychiatrische Ordnung. Das goldene Zeitalter des Irrenwesens, Frankfurt a. M. 1979.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mer deutlicher hervortraten. So lässt sich bezüglich der psychiatrischen Forschung eine Verlagerung hin zu einer statistischen Erfassung früher Formen psychischer Krankheiten konstatieren, die sich verstärkt auf die Prävention richtete. Nicht nur in westlichen Ländern, auch im Sozialismus sollte das Selbstführungspotenzial der Patienten durch Gesundheitserziehung aktiviert werden: Die Proklamation des „sozialistischen Patienten" band die Erhaltung seiner Gesundheit eng an seinen Lebensstil zurück – und schrieb ihm selbst die Verantwortung für die Minimierung der Gesundheitsrisiken zu. Die Vorstellung, dass sich die Gefahr, an einer psychischen Störung zu erkranken, durch eine umsichtige Lebensführung der Patienten reduzieren lasse, kann als eine letzte Wendung nach Innen beschrieben werden. Die diversen Wendungen nach Innen sollten die unzureichende Umsetzung der geforderten Psychiatriereformen kompensieren, blieben aber ebenfalls weit hinter den gesteckten Zielen zurück.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Debatte geht weiter: Gab es 1930/31 ernst zu nehmende Kreditangebote der französischen Regierung an das Deutsche Reich? Versäumte es die Reichsregierung unter Kanzler Heinrich Brüning aus politisch-revisionistischem Kalkül heraus bewusst, diese Angebote auszuloten? War die eiserne Sparpolitik der ersten beiden Präsidialkabinette also nicht die alternativlose Konsequenz ökonomischer Zwänge, sondern die logische Folge davon unabhängiger außen- und gesellschaftspolitischer Prämissen? Paul Köppen, der diese Debatte im Juli 2014 in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte eröffnet hat, antwortet seinen Kritikern, präzisiert seine Argumentation und stellt seine Thesen in den weiteren Kontext der aktuellen Diskussion um die Chancen und Belastungen der Zeit zwischen den Weltkriegen.

Paul Köppen

Weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf

Zur Verweigerung einer quellenbasierten Diskussion über Heinrich Brünings Sparpolitik

I.

Eine lebendige Streitkultur dürfte nach wie vor als verlässlicher Gradmesser sowohl für die innerdisziplinäre Vitalität einer Wissenschaft als auch für ihre Relevanz dienen. So lieferte nicht zuletzt die Historiografie in den vergangenen Jahrzehnten reiches Anschauungsmaterial dafür, dass in ihren großen Kontroversen vordergründig zwar Konkretes – etwa die Frage nach der Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg oder nach der Singularität des Holocaust – verhandelt wurde, die Debatten selbst allerdings aufgrund ihrer Brisanz oft derart schnell an Intensität und Härte gewannen, dass schon bald eher Grundsätzliches in den Mittelpunkt rückte: Fragen nach dem allgemeinen Geschichtsverständnis der Zeit zum Beispiel oder nach der Deutungshoheit Einzelner beziehungsweise bestimmter geschichtswissenschaftlicher Denkschulen – und natürlich die Suche nach möglichen Lehren für die eigene Gegenwart. Dem Erkenntnisgewinn diente derlei nicht immer, stattdessen führte die reflexhafte Folge von actio und reactio regelmäßig zu überhitzten Auseinandersetzungen[1]. Offenbar steigt die Versuchung, einem Kontrahenten in einer solchen Kontoverse nicht bloß sachlich-argumentativ zu begegnen, sondern ihn gleich ganz aus der Diskussion tilgen zu wollen, exponentiell zur Summe dessen, was auf dem Spiel zu stehen scheint.

Wie Historikerinnen und Historiker reagieren sollten, wenn sie in solche Konflikte verwickelt werden, steht auf einem anderen Blatt. Von außen würde man vermutlich stets zu größtmöglicher Gelassenheit raten, schließlich gehört es bisweilen schlicht zum Handwerk, der Gegenseite wahlweise mangelnde Quellen-

[1] Vgl. etwa Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen ²2011.

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0034

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kenntnis, eine falsche Fragestellung, methodische Unzulänglichkeiten oder einen problematischen Umgang mit den historischen Fakten zu attestieren. Übertreffen lassen sich solche Zweifel an der wissenschaftlichen Befähigung eines „Kollegen" allenfalls noch mit dem Vorwurf der manipulativen Konstruktion geschichtlicher Zusammenhänge und Ereignisse zur Stützung bereits vorgefertigter Thesen. Dies ist dann gewissermaßen die schwerwiegendste Verfehlung des aufgeklärten Wissenschaftlers, für den größtmögliche Objektivität und der offene Erkenntnishorizont seiner Forschung als Handlungsmaximen zu gelten haben.

Knut Borchardts im April 2015 veröffentlichte Replik[2] auf meinen ein dreiviertel Jahr zuvor publizierten Aufsatz zu den Grundlagen von Heinrich Brünings Sparpolitik[3] zeichnet sich – und das erscheint mir schon besonders – nicht zuletzt dadurch aus, dass sie all diese Vorwürfe zu einer Art Totalverriss meines Beitrags zusammenzuführen versucht. Ich würde mich darin mit den falschen Fragen befassen, den erreichten Forschungsstand ignorieren und überhaupt die historischen Tatsachen „gänzlich missversteh[en]"[4]. Um meinen Aussagen überhaupt irgendeine Validität zu verleihen, sei ich zudem sogar gezwungen gewesen, das zugrundeliegende Quellenmaterial zu manipulieren.

Darauf möchte ich in zwei Schritten antworten. Bevor ich kurz meine grundsätzlichen Thesen zu Brünings weniger von widrigen Umständen diktierter, als vielmehr konzeptionell intendierter Sparpolitik rekapituliere, werde ich zunächst auf die unmittelbare Kritik Borchardts eingehen. Dies erscheint mir notwendig, da eine Auseinandersetzung mit seinen Einwänden unter Umständen Hinweise darauf zu geben vermag, worum es ihm in Wirklichkeit gehen könnte: nämlich darum trotz der neu einsetzenden Diskussion um Chancen und Aussichten der Weimarer Republik[5] – und damit auch um die richtige beziehungsweise falsche Wirtschaftspolitik während einer großen Wirtschaftskrise – partout keinerlei Zweifel an der überlegenen Deutungskraft seiner inzwischen recht traditionellen Sichtweise auf die Regierungszeit Heinrich Brünings zuzulassen. Selbst der Anschein eines Widerspruchs wird hier offenbar nicht toleriert. Diese Begrenzung des wissenschaftlichen Diskurses – aus welchen Motiven auch immer sie erfolgen mag – halte ich jedoch für unproduktiv und nicht hinnehmbar.

II.

Zunächst dürfte jedem Betrachter einigermaßen einleuchten, warum im Zuge der Wiederentdeckung des politischen Austeritätscredos nach Beginn der Finanz-

[2] Vgl. Knut Borchardt, Eine Alternative zu Brünings Sparkurs? Zu Paul Köppens Erfindung französischer Kreditangebote, in: VfZ 63 (2015), S. 229–239.

[3] Vgl. Paul Köppen, „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen." Heinrich Brünings Spardiktat und die Ablehnung der französischen Kreditangebote 1930/31, in: VfZ 62 (2014), S. 349–375.

[4] Borchardt, Alternative, S. 233.

[5] Vgl. dazu etwa Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014, oder Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

marktkrise 2007 in Forschung und Öffentlichkeit vermehrt auch wieder über Heinrich Brüning und dessen Kanzlerschaft diskutiert wird. Der kaum zu leugnende Gegenwartsbezug des Themas wird noch dadurch unterstrichen, dass auch die jüngere wirtschaftspolitische Debatte relativ schnell um den Begriff der Alternativlosigkeit kreiste, so dass sich die historische Analogie zur vorgeblich alternativlosen Sparpolitik Deutschlands nach 1930 gewissermaßen aufdrängte[6].

Auch als Beitrag dazu veröffentlichte ich 2014 meinen Aufsatz in den VfZ, mit dem ich in erster Linie zu zeigen versuchte, dass die Sparpolitik Brünings weniger eine situative Reaktion auf widrige Umstände war als das Ergebnis einer konkreten politischen Überzeugung, die der spätere Kanzler bereits in seiner Zeit als Parlamentarier und Finanzexperte der Zentrumspartei während der 1920er Jahre entwickelt und ausformuliert hatte. Wie unbeirrbar er auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung an diesen früheren Überlegungen festhielt, illustriert besonders anschaulich sein Umgang mit den von Frankreich ab Sommer 1930 wiederholt vorgetragenen, in Berlin jedoch kaum ernsthaft erwogenen Kooperationsangeboten. Paris offerierte unter anderem direkte Gespräche über mögliche Kredite, die deutschen Verantwortlichen schlugen diese aus.

Genau an dieser Stelle setzt Borchardts Kritik an. Er ist überzeugt: Echte Hilfsangebote von französischer Seite hat es 1930 nicht gegeben, letztlich seien diese nur meine „Erfindung". Mein Beleg – ein Bericht über die Unterredung des deutschen Botschafters in Paris, Leopold von Hoesch, mit den Spitzen der französischen Regierung am 9. Juli 1930[7] – sei zwar „in der Forschung schon vielfach zitiert worden", allerdings ohne dass darin „ein Kreditangebot erkannt worden wäre"[8]. Bereits diese Behauptung Borchardts ist so irritierend wie falsch. Franz Knipping hielt es schon 1987 für „bemerkenswert, daß es während des Sommers 1930 mehrere Ansätze einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung Frankreichs für das in die Krise abgleitende Deutschland Brünings gab"[9]. Ihm beipflichtend attestierte Philipp Heyde eine Dekade später: „Vom Sommer 1930 bis zum März 1931 bot Frankreich Deutschland wiederholt Finanzhilfe an [...]. Schon am 9. Juli hatte [der französische Ministerpräsident] Tardieu vorgeschlagen, die kurzfristigen Kredite im Wert von vier Mrd. RM, die über Drittländer zu hohen Zinsen nach Deutschland geflossen seien, direkt zu vergeben."[10] Und auch Hermann Gramls 2001 erschienene Studie zur Außenpolitik der Präsidialkabinette datiert den Beginn „[e]rste[r] Gespräche über [eine] Pariser Finanzhilfe

[6] Vgl. dazu jetzt Gustav Seibt, Das Leiden der Jungen, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. 7. 2015, S. 11.

[7] Vgl. Hoesch an das Auswärtige Amt (AA) vom 9. 7. 1930, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie B: 1925–1933, 21 Bde., hier Bd. XV: 1. Mai bis 30. September 1930, Göttingen 1980, Nr. 129, S. 312–315.

[8] Borchardt, Alternative, S. 229 u. S. 231, Anm. 10.

[9] Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987, S. 168.

[10] Philipp Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn u. a. 1998, S. 134 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

[...], die im diplomatischen Verkehr zwischen beiden Ländern bald einen wichtigen Platz"[11] einnehmen sollte, auf die besagte Gesprächsrunde vom 9. Juli. Da sich die Reihe solcher Belege fortsetzen ließe, drängt sich die Frage auf, was genau Borchardt eigentlich mit Forschungsstand meint, wenn er behauptet, ich würde diesem fundamental widersprechen, sobald ich von einem französischen Kreditangebot des Sommers 1930 rede.

Zweifel an Borchardts Verständnis des Wortes Forschungsstand kommen zudem auf, wenn er gleich zu Beginn herausstreicht, dass schon die bloße Veröffentlichung meines Aufsatzes „die [Brüning-]Diskussion auf den Stand vor der Eröffnung der sogenannten ‚Borchardt-Kontroverse'" zurückwerfe, weil ich völlig verkennen würde, dass diese ja längst „Einvernehmen darüber" hergestellt habe, dass Brüning während seiner Kanzlerschaft „zum Sparkurs mit seiner deflatorischen Wirkung *gezwungen* gewesen sei"[12]. Nun ist ohne Frage richtig, dass sich besagte Kontroverse seit dem Erscheinen von Borchardts Beitrag „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise" 1979 hauptsächlich um diese These drehte[13]; es lässt sich allerdings nur schwerlich behaupten, dass sich Borchardts Sichtweise „einvernehmlich" durchgesetzt hat. Nach wie vor gibt es eine Reihe namhafter Historikerinnen und Historiker, die eine andere Interpretation vertreten, ohne dass man über ihre Argumente einfach hinweggehen kann[14]. Zu einem offenen wissenschaftlichen Diskurs gehört die prinzipielle Anerkennung widerstreitender Positionen. Für Borchardt markieren jedoch anscheinend nur eigene oder wenigstens gleichmeinende Arbeiten den gegenwärtigen Stand der Forschung, der Rest ist getrost zu vernachlässigen.

Dieses – positiv formuliert – unerschütterliche Vertrauen in die eigene Deutungsmacht verleitet Borchardt dann auch dazu, Kontrahenten neben ökonomischem Unverstand recht schnell auch handwerkliche Mängel zu bescheinigen. So sieht er sich zum Beispiel veranlasst, mir neben der bloßen „Behauptung von französischen Kreditangeboten" zudem „die tendenziöse Unvollständigkeit" meiner Zitate vorzuhalten. Es sei ihm „völlig unerklärlich"[15], warum ich bei der Wiedergabe meiner eingangs zitierten Quelle verschwiegen hätte, dass Botschafter Hoesch seine Pariser Gesprächspartner am 9. Juli 1930 unmittelbar darauf hinwies, dass für Berlin „vor allem die Gewährung langfristiger Kredite interessant

[11] Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 81. Graml datiert das Gespräch allerdings auf den 6. Juli 1930, wobei es sich vermutlich um einen Druckfehler handeln dürfte.

[12] Borchardt, Alternative, S. 229 f., Hervorhebung durch den Verfasser.

[13] Vgl. Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1979, S. 87–132.

[14] Einen knappen Einblick in den Verlauf der Debatte gibt beispielsweise Heike Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik, Göttingen 2010, S. 256–266, bezeichnenderweise mit dem passenden Resümee, dass die „Debatte um Knut Borchardts These von den mangelnden alternativen Handlungsspielräumen in der Weltwirtschaftskrise [...] ehrlicherweise bis heute nicht als abgeschlossen gelten" kann (S. 265).

[15] Borchardt, Alternative, S. 231 f. u. S. 234.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wäre". Bei den Franzosen, die zuvor nur die „direkte Gewährung [...] kurzfristiger Kredite von französischen Banken an deutsche Geldinstitute" angesprochen hatten, stieß dieser Einwand nach Hoeschs Einschätzung nämlich bloß auf eine „ziemlich zurückhaltend[e] Aufnahme"[16]. Durch die Auslassung dieses Satzes, so schlussfolgert Borchardt, würde ich verdecken wollen, dass es sich bei genanntem Gespräch streng genommen „um eine deutsche *Kreditnachfrage* [...] [und] kein französisches *Angebot*"[17] gehandelt habe.

Mit dieser Interpretation meiner Motive wie des Dokuments verlässt Borchardt den Boden, auf dem eine an Quellenbelegen orientierte Diskussion möglich scheint. Es mag ihm dabei zunächst völlig unbenommen sein, dass er auf die unter ökonomischen Gesichtspunkten sicher nicht unplausible Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Krediten Wert legt. Für den Historiker jedoch, der bemüht ist, politische Entscheidungsprozesse zu rekonstruieren, sprechen weitere Dokumente aus den folgenden Monaten eine ganz andere Sprache. Sie zeigen, warum die Gegenüberstellung von deutschem Wunsch nach langfristigen Krediten und französischer Bereitschaft zu bloß kurzfristigen Anleihen an deutsche Banken oder Unternehmen allenfalls für eine akademische Scheindebatte taugt, der ich schon deshalb keinen Vorschub leisten wollte, weil sie den Kern des eigentlichen Themas verfehlt. Bereits wenige Wochen nach dem ersten Gespräch mit Hoesch signalisierte Paris nämlich unmissverständlich seine Bereitschaft, „französisches Geld in großen Beträgen langfristig [!] nach Deutschland"[18] zu geben. Wie Außenminister Aristide Briand kurz darauf sogar öffentlich erklärte, schwebte ihm dafür „eine Art europäischer Finanzmechanismus" vor, „der in der Lage wäre, den in schwieriger Situation befindlichen Staaten Dienste zu leisten, von denen in erster Linie der Friede Nutzen hätte". Wenn also das Deutsche Reich gegenwärtig „finanzielle und wirtschaftliche Krisen durchmacht, die seine Existenz in Gefahr bringen, dürfen die anderen Länder ihm nicht zur Verzweiflung raten, sondern müssen ihm zu Hilfe kommen"[19].

Das war nach Lage der Dinge kein Lippenbekenntnis, sondern passt sich ein in das, was wir über die kooperationsorientierte Krisenstrategie der damaligen französischen Regierung wissen[20]. Schon Mitte September 1930 notierte der deutsche Außenminister Julius Curtius, dass sein französischer Amtskollege ihm in einem persönlichen Gespräch in Aussicht gestellt habe, „uns" – also dem Reich sowie seiner Regierung und nicht bloß deutschen Banken oder Unternehmen! – „auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet Erleichterungen zu gewähren [...]. In diesem Zusammenhang sprach er von langfristigen Krediten."[21] Selbst Skeptiker, die solche

[16] Hoesch an AA vom 9. 7. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 129, S. 313.
[17] Borchardt, Alternative, S. 234, Hervorhebungen im Original.
[18] Richard von Kühlmann an Bernhard von Bülow, den Staatssekretär im AA, am 26. 8. 1930, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), R 28251k.
[19] Wiedergabe einer Rede Briands nach Wolffs Telegraphischem Büro vom 30. 9. 1930, in: PA/AA, R 28251k.
[20] Vgl. hierzu insbesondere Sylvain Schirmann, Crise, coopération économique et financière entre États européens 1929–1933, Paris 2000, Kap. III.
[21] Aufzeichnung Curtius vom 19. 9. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 221, S. 535.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Offerten als „unspezifisch“[22] erachten mögen, weil detailliertere Quellen zu den zahlenmäßigen Eckdaten der Pariser Anleiheüberlegungen fehlen, werden einsehen müssen, dass zu dieser Zeit zumindest im Auswärtigen Amt niemand mehr an der prinzipiellen Ernsthaftigkeit der Angebote zweifelte. Im Gegenteil: Man war sich sogar völlig im Klaren darüber, so vermerkte es erneut der Minister selbst, dass in Frankreichs Regierung inzwischen der feste Wille vorherrschte, „in Verhandlungen über langfristige Kredite *einzutreten*“[23]. Eindringlicher lässt sich wohl kaum belegen, dass Borchardts Behauptung, wonach die „von Hoesch am 9. Juli beschriebene ‚Zurückhaltung‘ auf französischer Seite [...] nie aufgegeben worden“[24] sei, nicht nur nicht durch Quellen gedeckt ist, sondern sogar allem widerspricht, was wir aus dem bislang bekannten Archivmaterial schließen können[25].

Bezeichnend ist überdies, dass Borchardt – möglicherweise im Bewusstsein solcher argumentativer Schwächen – allen Ernstes „das Vernünftige, ja das Wegweisende“ an der Art und Weise lobt, mit der Berlin ab August 1930 die Pariser Avancen zurückwies. Eine solche Haltung sei schon deshalb folgerichtig gewesen, weil deutsche Banken einem zusätzlichen Engagement französischen Kapitals in Deutschland ablehnend gegenüber gestanden hätten. Zudem habe die Pariser Regierung ihr Entgegenkommen „von Voraussetzungen abhängig gemacht [...], die nicht leicht und ganz sicher nicht umgehend zu erfüllen waren“[26]. Mit solchen Einlassungen sitzt Borchardt gleichwohl lediglich der ebenso durchschaubaren wie in vielerlei Hinsicht bezeichnenden Hinhaltetaktik auf, die Außenminister Curtius und sein neuer Staatssekretär, der radikalrevisionistische Bernhard von Bülow, gegenüber Paris wählten, um einen grundsätzlichen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik voranzutreiben[27]. Bei genauerer Betrachtung verlieren beide vorgebrachten Einwände jedenfalls rasch an Substanz: Dass der deutsche Finanzsektor im Sommer 1930 von französischen Krediten abgeraten hat, darf schon deshalb bezweifelt werden, weil Hoesch keine zwölf Monate zuvor von denselben „deutschen Bankkreisen“ persönlich bedrängt worden war, dass „von deutscher Seite ein reges Interesse an der Gewinnung des französischen Geldmarktes für langfristige Anlagen in Deutschland“[28] bestehen müsse. Warum sollte sich dies bis zum Sommer 1930 geändert haben? Weil Paris für seine „positive Politik“ eine Gegenleistung erwartete, wie Borchardt zu glauben scheint? Tatsächlich übermittelte Botschafter Hoesch den Pariser Wunsch nach einem öffentli-

[22] Roman Köster, Keine Zwangslagen? Anmerkungen zu einer neuen Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der Großen Depression, in: VfZ 63 (2015), S. 241–257, hier S. 245.

[23] Aufzeichnung Curtius vom 19. 9. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 221, S. 535, Hervorhebung durch den Verfasser.

[24] Borchardt, Alternative, S. 234.

[25] Insofern entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass die VfZ-Redaktion Borchardts Replik im Inhaltsverzeichnis des entsprechenden Heftes – VfZ 63 (2015), S. 132 – mit dem Zusatz überschrieb: „Was steht in den Quellen?“ In der Tat scheint diese Frage berechtigt.

[26] Borchardt, Alternative, S. 233.

[27] Zum Forschungsstand in dieser Frage vgl. Eberhard Kolb/Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, München [8]2013, S. 253–255.

[28] Hoesch an AA vom 12. 7. 1929, in: PA/AA, R 87668.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

chen deutschen „Auftakt im Sinne einer Anerkennung der französischen Loyalität und im Sinne eines Bekenntnisses zu der von Stresemann und Briand eingeleiteten und von Tardieu später mit aufgenommenen Verständigungspolitik“[29]. Doch ganz abgesehen davon, dass ein solches – vor allem symbolisch zu verstehendes – Bekenntnis nur dann Schwierigkeiten bereitet hätte, wenn die Verständigungspolitik ohnehin nicht fortgesetzt werden sollte, musste selbst Bülow einsehen, dass man die französische Bitte um ein solches Zeichen unmöglich als harte politische Bedingungen auffassen konnte[30].

Insofern irrt Borchardt auch grundlegend, wenn er im weiteren Verlauf seiner Replik glaubt, ausgerechnet Botschafter Hoesch als Kronzeugen für die angebliche Unvereinbarkeit der damaligen deutschen und französischen Positionen anführen zu können[31]. Dieser hatte im März 1931 zwar tatsächlich notiert, dass bilateral leider nur noch über „Vertrauen“ gesprochen würde, „ohne [dass] bei diesem Kreislauf ein Ergebnis erzielt“ werde. Borchardt verzichtet aber darauf, die Schlussfolgerungen des Botschafters zu zitieren:

> „Ist deshalb die deutsch-französische Politik zur dauernden Unfruchtbarkeit verdammt? Die Frage muß entschieden verneint werden. Der Gang der Entwicklung in den letzten sieben Jahren beweist das Gegenteil. […] Es wird […] nötig sein, die Beziehungen mit Frankreich weiter sorgfältig zu pflegen und das einmal geschaffene und noch immer nicht zerstörte Verhältnis des wechselseitigen Zusammenarbeitens und des amtlichen Vertrauens weiter auszubauen. Ohne Frankreich oder gar gegen Frankreich wird keines der auf uns lastenden Probleme gelöst werden können. Mit Frankreich kann bei geduldiger Weiterbetreibung der deutschen Wiedererhebung der einmal eingeschlagene[,] außenpolitisch sicherlich aufwärts führende Weg weiterverfolgt werden. Auf diese Weise und in dauernder Erkenntnis der Tatsache, daß es begrifflich dem Besiegten nicht beschieden sein kann, die Folgen seiner Niederlage auf dem Wege des Friedens in schnellen Etappen wieder wett zu machen, können mit der Zeit für alle unsere Forderungen Lösungen gefunden werden, Lösungen, die freilich nicht auf allen Gebieten unsere Wünsche voll erfüllen, die aber doch schließlich Deutschland wieder zu einem freien, gleichberechtigten und mächtigen Weltfaktor machen würden. Möge die politische, wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung im Innern [!] es Deutschland gestatten, den Weg der Besonnenheit, der Geduld und der Klugheit weiter zu gehen.“[32]

Hoeschs Hoffnung sollte sich – wie wir wissen – nicht erfüllen. Es ist dabei nicht ohne Tragik, dass er auf deutscher Seite mit seinen die frühere Verständigungspolitik uneingeschränkt verteidigenden Ansichten schon ab Mitte 1930 auf weitest-

[29] Hoesch an AA vom 9. 7. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 129, S. 313.
[30] Notiz von Bülow an Curtius vom 9. 7. 1930, in: PA/AA, R 28250k.
[31] Vgl. Borchardt, Alternative, S. 235.
[32] Hoesch an AA vom 6. 3. 1931, in: ADAP, Serie B, Bd. XVII: 1. März bis 30. Juni 1931, Göttingen 1982, Nr. 3, S. 10 u. S. 17 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gehend verlorenem Posten stand, weil das Deutsche Reich zu dieser Zeit bereits einen grundlegenden Wandel seiner außenpolitischen Ausrichtung erlebte[33].

III.

Dass dafür nicht zuletzt konkrete innen- wie außenpolitische Entscheidungen aus Berlin und insbesondere auch die Vorgaben von Kanzler Brüning mitverantwortlich waren, ist die Kernthese meines VfZ-Aufsatzes. Es ist vielsagend, dass Borchardt darauf mit kaum einer Silbe eingeht. Stattdessen will er glauben machen, dass die von ihm angestrebte Widerlegung meiner „Behauptung von französischen Kreditangeboten", „von der alles Weitere bei [mir] abhängt", eine weiterführende Beschäftigung mit meinen Überlegungen bereits obsolet macht. Um dies zu untermauern, behauptet Borchardt, ich würde die „Kreditangebote auf dem Höhepunkt der Krise" gleichsam mit Vorsatz erfinden, um in der Folge bewusst von einer „Alternative" sprechen zu können, die es dem Reichskanzler ermöglicht hätte, „auf seine restriktive Finanz-, insbesondere Haushaltspolitik zu verzichten und somit ‚die sozialen und ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise zumindest abzumildern'". Die entscheidenden Worte an dieser Stelle – man könnte fast glauben, Borchardt wollte sie mir in den Mund legen – stammen allerdings nicht von mir, sondern sind dem von der VfZ-Redaktion verfassten Vorspann zu meinem Aufsatz entnommen, wie Borchardt sogar selbst anmerkt. Außerdem sind sie dort – alles andere als grundlos – mit einem Fragezeichen versehen. Nichtsdestotrotz fußt Borchardts Argumentation im Folgenden größtenteils auf der Annahme, ich hätte in erster Linie zu belegen versucht, dass es für Brüning „die Möglichkeit eines anderen Kurses, eine ‚Alternative' gegeben" hat[34].

Wer sich die Mühe macht und einen Blick in meinen Aufsatz wirft, wird recht schnell erkennen, dass es mir darum eigentlich nicht ging. Ich habe dort sogar ausdrücklich betont, dass sich sicherlich nur darüber spekulieren lässt, „ob und inwieweit die französischen Kredite den Gang der Geschichte hätten ändern können". Mein tatsächlicher Ausgangspunkt war vielmehr, dass die Pariser Gesprächsofferten unabhängig von der Frage nach ihrem finanzpolitischen Chancenpotenzial von Anfang an unvereinbar waren mit den politischen Überzeugungen Brünings und letzten Endes *deshalb* zu keinem Zeitpunkt eine echte Option für den Reichskanzler darstellten. Da es mir dabei vor allem um Intention und Programmatik Brünings ging, habe ich aus dessen zeitgenössischen wie späteren Äußerungen herauszuarbeiten versucht, „warum Brüning jedem französischen Kreditangebot nicht nur skeptisch, sondern sogar grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen musste"[35]. So kam ich zu dem Schluss, dass Brünings eigene Rechtfertigung seiner Sparpolitik durchaus den Tatsachen entsprechen dürfte. In seinen Erinnerungen bekannte Brüning jedenfalls, dass er auf das Eintreten einer

[33] Grundlegend dazu neben der Studie von Graml, Zwischen Stresemann und Hitler, noch immer Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 507–555.
[34] Alle Zitate: Borchardt, Alternative, S. 230.
[35] Köppen, „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen", S. 372 u. S. 371.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Bankenkrise [...] seit 1926 gewartet" hatte, um Deutschland „zum finanziellen Nervenzentrum der Welt [zu machen], auf das alle andern, wollen sie nicht selbst dem Siechtum verfallen, dauernd Rücksicht nehmen mußten. Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen [...] [und] am Abend des Sieges würden wir alle todmüde und Deutschland blutleer sein."[36]

Solche bezeichnenden Äußerungen Brünings – und damit auch meine These von der Existenz eines handlungsleitenden Konzepts des Kanzlers in der Krise – lassen sich freilich kaum in die von Borchardt geprägte und von diesem offenbar als sakrosankt angesehene Dichotomie von „Zwangslagen und Handlungsspielräumen" einordnen. Und genau hier liegt wohl auch das eigentliche Problem: Augenscheinlich ist Borchardt nicht gewillt, eine Diskussion über die Politik Brünings zuzulassen, die den von ihm – zugestandenermaßen mit großer Breitenwirkung – vorgegebenen Interpretationsrahmen verlässt. Eben weil ihm eine Auseinandersetzung mit dem Thema offenkundig nur über den eigenen Denkansatz sinnvoll erscheint, kann er feststellen, ich hätte „versäumt, [...] die Geschichte der realen Gründe für die Zwangslage in den Blick zu nehmen, also die Ursachen und den Charakter der finanzwirtschaftlichen Probleme"[37]. Augenscheinlich kann – oder will – sich Borchardt nicht vorstellen, dass es Zugänge zum Thema auch jenseits der nach ihm benannten Kontroverse gibt.

Ausdrücklich unterstützt wird diese Abwehrhaltung von Roman Köster, der direkt im Anschluss an Borchardt im selben Heft der VfZ meine Überlegungen „dahingehend befragen" möchte, worin eigentlich mein „Beitrag zu *dieser* [Borchardt-]Debatte besteht". Dabei kommt er zu dem Schluss, dass „im ‚französischen Kreditangebot' schwerlich eine Revision der Thesen Borchardts erblickt werden"[38] könne. Köster interessiert es an dieser Stelle recht wenig, dass ich eine solche Revision nirgends in Aussicht gestellt habe. Er lässt auch völlig außer Acht, dass ich sogar versucht habe, meine Argumente eher außerhalb der Zwangslagen-Dogmatik vorzubringen, weil diese einem recht pessimistischen Bild der Zwischenkriegszeit Vorschub leistet, das momentan von der neueren Historiografie zunehmend in Frage gestellt wird. Dabei geht es primär darum, auf der Basis des aktuellen Forschungs- und Erkenntnisstands eine Teleologie zu vermeiden, die am Ende „keinen Raum mehr läßt für die Unterscheidung zwischen dem, was als Möglichkeit im Ausgang des Ersten Weltkrieges angelegt war, und dem, was unter dem Einfluß einer globalen ökonomischen Katastrophe politische Wirklichkeit wurde"[39]. Blickt man zum Beispiel auf die Fortschritte im Verhältnis zwischen Berlin und Paris von 1923/24 bis 1929/30, widerlegen diese mehr als „eindrücklich jede Form des Determinismus", wie Ulrich Herbert jetzt noch einmal richtig betont hat. „Denn wenn eine solche [positive] Entwicklung in den deutsch-französischen Beziehungen möglich war, warum sollte Ähnliches dann nicht auch etwa

[36] Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 309 f.
[37] Borchardt, Alternative, S. 230.
[38] Köster, Keine Zwangslagen, S. 242 (Hervorhebung vom Verfasser) u. S. 248.
[39] Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, 4 Bde., München 2009–2015, hier Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege 1914–1945, S. 1201.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

für andere Politikfelder möglich [gewesen] sein – etwa in der Innenpolitik, trotz der starken Belastungen, wie sie von den [...] Nachkriegsjahren ausgingen?"[40]

Eine solche Neuperspektivierung der Geschichte der Zwischenkriegszeit wird es aller Voraussicht nach mit sich bringen, dass künftig nicht nur von Zwangslagen und Belastungsfaktoren die Rede sein kann, sondern vermehrt auch von Chancen, politischen Absichten und womöglich von konkreten (Fehl-)Entscheidungen bestimmter Akteure[41]. Es wäre uneingeschränkt zu begrüßen, wollten sich Borchardt und Köster ihrerseits dann auch an *dieser* Debatte beteiligen. Dafür müssten sie jedoch gerade im Hinblick auf Brüning stärker als bisher auf die vorhandenen Quellen eingehen, in denen dieser recht unmissverständlich die Grundzüge seiner Politik dargelegt hat. Bezeichnenderweise ist dort nirgends von Zwangslagen oder einem situativ bedingten Spar*kurs* die Rede, sondern in der Regel von einer ganz bewusst gewählten und zudem als grundlegend richtig erkannten Regierungspolitik, von einem „einheitliche[n] Ganze[n]", von „Sparvorschlägen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" als Teil „eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms"[42]. Brüning verstand seine Kanzlerschaft offenbar zu keiner Zeit als alternativloses Krisenmanagement, sondern als konkrete Gestaltungschance. Dazu gehörte für ihn wie selbstverständlich, dass seine „Regierungspolitik scharf auf die Revision gerichtet"[43] sein würde; dazu gehörte, dass man „den Weg, den die Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung geht und zu gehen hat, [...] ohne Rücksicht auf innenpolitische Situationen"[44] einschlug. Und zu dieser Agenda gehörte auch die feste Überzeugung, dass die katastrophale „Bilanz der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft" in der Weltwirtschaftkrise „die stärkste und durchschlagendste Waffe" sein würde im Kampf gegen Deutschlands internationale Unterdrückung. Diese „Waffe zu schmieden" sei folglich „die Aufgabe des ersten Jahres"[45] seiner Kanzlerschaft gewesen. Ob solche Äußerungen tatsächlich als Ausdruck von Zwangslagen gedeutet werden können, erscheint mir – zumindest wenn es um die Intentionen und Ziele Brünings geht – in hohem Maße zweifelhaft.

---

[40] Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 215. Herberts Urteil wird durch wichtige Einzelstudien gestützt; vgl. vor allem Zara Steiner, The lights that failed. European international history 1919–1933, Oxford u. a. 2005, sowie Ralph Blessing, Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1929, München 2008.

[41] Vgl. als einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung Tim B. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: VfZ 62 (2014), S. 569–601.

[42] Regierungserklärung Heinrich Brünings vom 1. 4. 1930, in: Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstages, Bd. 427, Berlin 1930, hier S. 4029 B.

[43] Chefbesprechung vom 28. 10. 1930, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II, bearb. von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard am Rhein 1982–1990, hier Bd. 1: 30. März 1930 bis 28. Februar 1931, Nr. 153, S. 578.

[44] Rede im Reichsrat am 20. 11. 1930 nach Wolffs Telegraphischem Büro vom 21. 11. 1930, in: PA/AA, R 23030.

[45] Rede vor dem Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei am 5. 11. 1931, in: Heinrich Brüning, Ein deutscher Staatsmann. Reden und Aufsätze, hrsg. von Wilhelm Vernekohl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968, S. 67–85, hier S. 76.0

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Nerven lagen blank in Vinnica. Dort, in der Ukraine, hatte Adolf Hitler im Sommer 1942 sein Hauptquartier aufgeschlagen, und von dort aus musste er mitansehen, wie der zweite große Feldzug in der Sowjetunion, der Griff nach dem kaukasischen Öl, scheiterte. Als sich die deutsche Offensive im September 1942 endgültig festlief, schwanden die deutschen Erfolgsaussichten nahezu vollständig, bereits Monate vor der Niederlage in Stalingrad. Die Enttäuschung eskalierte in heftigen Schuldzuweisungen Hitlers an seine Generale. Bisher war man über diesen Konflikt nur aus der Sicht der Generalität informiert. Jetzt ist in einem russischen Archiv das Wortprotokoll einer vertraulichen Besprechung Hitlers mit Keitel aufgetaucht, das die Meinungen und Stimmungen des Diktators an der Peripetie des Kriegsjahrs 1942 unmittelbar wiedergibt.

Johannes Hürter und Matthias Uhl

Hitler in Vinnica

Ein neues Dokument zur Krise im September 1942

Wenn über die Kulminations- und Wendepunkte des Zweiten Weltkriegs sowie seines größten und wichtigsten Teilkonflikts, des deutsch-sowjetischen Krieges, nachgedacht wird, dann spielt der Spätsommer 1942 in der Regel eine höchstens untergeordnete Rolle. Auch in der deutschen (und russischen) Erinnerungskultur, die sich stark auf die Schlacht von Stalingrad bezieht, ist das Festlaufen des deutschen Vormarsches an der Volga und im Kaukasus bereits im September 1942 kaum präsent. Dagegen hat die militärhistorische Forschung auf die große operative und strategische, ja globalhistorische Bedeutung dieser Periode hingewiesen. Wie besonders Bernd Wegner überzeugend argumentiert, vollzog sich die Wende auf dem östlichen Kriegsschauplatz kumulativ in drei wesentlichen Etappen des Scheiterns[1]: Zunächst scheiterte der geplante „Blitzkrieg" gegen die Sowjetunion

[1] Vgl. Bernd Wegner, Hitlers Strategie zwischen Pearl Harbor und Stalingrad, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (DRZW), hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 6: Horst Boog u. a., Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943, Stuttgart 1990, S. 97–127; ders., Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: Ebenda, S. 761–1102, besonders S. 1094–1102; ders., Von Stalingrad nach Kursk, in: DRZW, Bd. 8: Karl-Heinz Frieser (Hrsg.), Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, München 2007, S. 3–79, besonders S. 3–8; ders., Deutschland am Abgrund, in: Ebenda, S. 1165–1209, besonders S. 1192–1209. Über die genaue Gewichtung dieser drei Stationen herrscht in der Forschung unterschiedliche Meinung. Vieles spricht dafür, dem Dezember 1941 mit der Krise vor Moskau und dem Kriegseintritt der USA die relativ größte Bedeutung zuzusprechen – nach dieser Zäsur war der Krieg für das Deutsche Reich und seine Verbündeten realistisch nicht mehr zu gewinnen. Vgl. etwa Klaus Reinhardt, Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München [2]2007, S. 318–350. Außerdem sollte die – neben den materiellen und operativen Schäden – vor allem psychologische Wirkung des Totalverlusts der deut-

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0035

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

(„Unternehmen Barbarossa“) im Juli 1941, dann der Angriff auf Moskau („Operation Taifun“) im Dezember 1941 und schließlich der zweite deutsche Ostfeldzug („Operation Blau“) im September 1942. Danach war die deutsche Kriegführung strategisch „am Ende ihres Lateins“[2]. Bereits vor der militärischen Katastrophe von Stalingrad konnte von einer Gesamtstrategie Hitlers, wie der Krieg im Osten und insgesamt zu gewinnen sei, keine Rede mehr sein.

Wie sehr dem Diktator im September 1942 bewusst wurde, dass die deutschen militärischen Planungen an der Ostfront, die in diesem Jahr viel stärker seine persönliche Signatur trugen als 1941, vollständig und vielleicht sogar schon kriegsentscheidend ihre Ziele zu verfehlen drohten, zeigte sich in seiner nervösen und aggressiven Reaktion in Vinnica – bei der ukrainischen Stadt befand sich vom 16. Juli bis 1. November 1942 das Führerhauptquartier („Werwolf“). Die Enttäuschung über die militärische Krise entlud sich in einem heftigen Konflikt Hitlers mit der Generalität, besonders intensiv ausgerechnet mit seinem vielleicht engsten militärischen Berater, dem Chef des Wehrmachtführungsstabs im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), General Alfred Jodl. Diese Führungskrise lässt sich aus den überlieferten Militärakten und Erinnerungsberichten gut rekonstruieren, doch bisher war man über das Verhalten Hitlers nur aus zweiter Hand informiert. Jetzt aber wurde in den russischen Beutebeständen aus dem Zweiten Weltkrieg überraschend das stenographische Protokoll einer Besprechung Hitlers mit dem Chef des OKW, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, vom 18. September 1942 gefunden. Das Dokument spiegelt in bisher nicht bekannter Dichte und Ausführlichkeit – im Wort für Wort mitgeschriebenen O-Ton – die Argumentation des Diktators und seines lavierenden Gehilfen Keitel in einer grundlegenden Krise sowohl der Operationen als auch der militärischen Führung. Zugleich kann die wissenschaftliche Präsentation dieses besonders interessanten Funds auf einen neuen Großbestand von Wehrmachtsakten aufmerksam machen, der in den kommenden Jahren nach und nach als Internetressource vollständig zur Verfügung gestellt wird.

Der Bestand

Das Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podol’sk nahe Moskau (CAMO: Central’nyj archiv Minoborony Rossii) beherbergt als Bestand 500 die beeindruckende Menge von etwa 28.000 erbeuteten Aktenbänden deutscher Provenienz mit bis zu zweieinhalb Millionen Blatt, gegliedert in mehr als 50 Findbücher bzw. Teilbestände. Ganz überwiegend handelt es sich um Unterlagen der Wehrmacht, die bislang für die Forschung kaum genutzt

schen 6. Armee in Stalingrad im Januar/Februar 1943 als „Wende“ nicht unterschätzt werden. Die anregende These Wegners, dass es Hitler bereits seit dem Herbst 1942 immer mehr nur noch darum ging, den eigenen Untergang spektakulär zu „choreographieren“, bedarf noch einer eingehenden Diskussion. Vgl. jetzt auch Wolfram Pyta, Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse, München 2015.

[2] Wegner, Hitlers Strategie, in: DRZW, Bd. 6, S. 125.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

werden konnten[3]. Das Deutsche Historische Institut in Moskau arbeitet gegenwärtig unter Federführung von Nikolaus Katzer, Sergej Kudrjašov und Matthias Uhl mit dem CAMO unter der Leitung seines Direktors Igor' Permjakov und weiteren russischen Partnern an der Digitalisierung des Gesamtbestands. Im April 2015 konnten die ersten Dokumente aus den drei Teilbeständen Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Oberkommando des Heeres (OKH) und Heeresgruppe Mitte als Digitalisate im Internet veröffentlicht werden[4]. Die weiteren Akten des Bestands 500 werden sukzessive online gestellt. Dieses ambitionierte deutsch-russische Projekt soll bis 2018 abgeschlossen werden.

Seinen Anfang nahm das Vorhaben mit der Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding zwischen der Max Weber Stiftung (Bonn), der Dachorganisation der deutschen historischen Auslandsinstitute, und dem Föderalen Archivdienst der Russischen Föderation im April 2012 in Moskau. In dem Papier wurde die Absicht der beiden Partner bekräftigt, diese Akten, ungeachtet der unterschiedlichen Rechtsauffassungen beider Länder zum Status der deutschen Beutedokumente, der Wissenschaft in digitaler Form zugänglich zu machen. Nach weiteren Gesprächen konnte im Sommer 2012 auch das CAMO als Verhandlungspartner gewonnen werden. Es folgten langwierige interne Abstimmungsprozesse auf russischer Seite, da mehrere Ministerien und Kommissionen ihre Zustimmung zu dem beabsichtigten Unternehmen geben mussten. Termine zur Unterschrift bereits ausgefertigter Verträge scheiterten in letzter Minute. Erst der persönliche Einsatz des damaligen Leiters der Administration des russischen Präsidenten, Sergej Naryškin, und der Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums Ende 2012 erwirkten schließlich den notwendigen Befehl an das CAMO, der es gestattete, mit dem DHI an die Digitalisierung der dortigen deutschen Beutebestände zu gehen. Zuvor mussten vor Ort noch die technischen Voraussetzungen geschaffen und praxistaugliche Arbeitsverfahren entwickelt werden. Ab dem Frühjahr 2014 konnte zunächst im Rahmen eines Pilotprojekts mit der elektronischen Erfassung von 465 Akten zum Ersten Weltkrieg begonnen werden, die seit August 2014 online zugänglich sind[5].

Woher kommen die Akten in Podol'sk? Zum Ursprung des Bestands und darüber, auf welchem Weg die Wehrmachtsakten in die Hände der Roten Armee fielen und später zum Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums gelangten, liegen keine genauen Informationen vor, da im CAMO entsprechende interne Dokumentationen und Bestandsüberlieferungen fehlen. Es ist davon auszugehen, dass ein kleiner Teil der erhaltenen Akten noch auf dem Schlachtfeld von der Roten

[3] Eine der wenigen Ausnahmen ist DRZW, Bd. 8: Frieser (Hrsg.), Die Ostfront 1943/44, wo für die Darstellung der Schlacht am Kursker Bogen und des Rückzugs der Heeresgruppe Nord in das Baltikum ein knappes Dutzend der in Podol'sk befindlichen deutschen Beuteakten ausgewertet werden konnten.

[4] Die bislang digitalisierten Wehrmachtsakten aus dem CAMO, Bestand 500, können auf folgender Webseite eingesehen werden: http://wwii.germandocsinrussia.org/de/nodes/1-bestand-500.

[5] http://tsamo.germandocsinrussia.org/de/nodes/2.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Armee erbeutet und später zur weiteren Bearbeitung nach Moskau geschafft wurde[6].

Ein ebenfalls nur geringer Teil der in Podol'sk befindlichen deutschen Unterlagen stammt aus Geheimdienstquellen der USA. So sind einzelne Dokumente aus den Beständen des Oberkommandos der Wehrmacht und des Oberkommandos der Luftwaffe (OKL) nur in Fotokopie überliefert. Weiterhin tragen diese Ablichtungen einen Stempel des Office of Strategic Services (OSS)[7], was auf ihren Ursprung beim US-Militärgeheimdienst hinweist. Wie die Akten in die Sowjetunion gelangten, ist unklar. Es ist durchaus denkbar, dass sie im Rahmen der Zusammenarbeit der Geheimdienste der Anti-Hitler-Koalition an die zuständigen sowjetischen Stellen übergeben wurden[8]. Möglich ist aber auch, dass Agenten des Militärnachrichtendienstes der Roten Armee die Kopien illegal in den USA beschafften.

Der überwiegende Teil der deutschen Dokumente wurde kurz vor Kriegsende oder unmittelbar danach durch die Truppen der Roten Armee sichergestellt, darunter auch nahezu vollständig erhaltene Aktenbestände, etwa die mehr als 2.100 deutschen Akten zur Operation „Seelöwe", der geplanten Invasion Großbritanniens durch die Wehrmacht. Offensichtlich gab es innerhalb der Roten Armee einen Befehl, deutsche Militärakten nicht an die eigentlich zuständigen Sonderabteilungen des Geheimdienstes NKVD zu übergeben, da im ehemaligen Sonderarchiv der Hauptverwaltung für Archivwesen beim Ministerrat der UdSSR – heute eine selbständige Abteilung des Russischen Staatlichen Militärarchivs (RGVA: Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv[9]) – nur jene Splitterbestände der Wehrmacht überliefert sind, die direkt durch NKVD-Einheiten beschlagnahmt wurden. Demgegenüber ließ die Rote Armee komplett erhaltene Wehrmachtsakten zur Auswertung und weiteren Aufbewahrung zum Generalstab der Roten Armee nach Moskau bzw. zum Marinehauptstab nach Leningrad abtrans-

[6] Vgl. etwa CAMO, Bestand 500, Findbuch 12480 (Von der sowjetischen Militäraufklärung erbeutete Dokumente der Wehrmacht und deren Übersetzung ins Russische), mit 332 Akten überwiegend zur Taktik und Gliederung der Wehrmacht.

[7] Z. B. CAMO, Bestand 500, Findbuch 12450 (Oberkommando der Wehrmacht), Akte 21, Die russischen Seestreitkräfte (Stärken, Ortsverteilung, Stützpunkte), Stand 1939; CAMO, Bestand 500, Findbuch 12452 (Oberkommando der Luftwaffe/OKL), Akte 180, Übersichtsliste der Flugplätze der UdSSR, Stand Januar 1943.

[8] Zu dieser Zusammenarbeit siehe u. a. Velikaja Otečestvennaja vojna 1941–1945 godov. V 12 t. T. 6. Tajnaja vojna. Razvedka i kontrrazvedka v gody Velikioj Otečestvennoj vojny, Moskva 2013, S. 216-221; Očerki istorii rossijskoj vnešnej razvedki: V 6 tt. – T. 4 1941–1945 gody, Moskva 1999, S. 399-415.

[9] Im RGVA, das nicht dem Verteidigungsministerium, sondern der Föderalen Archivagentur untersteht, lagern die Dokumente der Roten Armee aus dem Zeitraum 1918–1941, der Inneren Truppen des NKVD/MVD, der Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten sowie die Masse der deutschen Trophäenbestände in der Russischen Föderation. Einen guten Überblick zu den dort vorhandenen deutschen Akten gibt die von Sebastian Panwitz erarbeitete Webseite: www.sonderarchiv.de.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

portieren, wo verschiedene Dienststellen des Militärgeheimdienstes zunächst eine Prüfung der Beutebestände vornahmen[10].

Mitte der 1950er Jahre wurde dann zumindest ein Teil der Akten vom Militärgeheimdienst an die Archive und Bibliotheken der entsprechenden Historischen Abteilungen des Generalstabs der Sowjetarmee bzw. der Hauptstäbe der Teilstreitkräfte übergeben[11]. Von dort aus gelangten die Akten noch Ende der 1950er Jahre entweder zum Archiv des Ministeriums der Streitkräfte der UdSSR oder zum Zentralarchiv der Seestreitkräfte[12]. Forschungsinstitute der Sowjetarmee nutzten über einen nicht bestimmbaren Zeitraum Unterlagen mit technischem Inhalt, bevor man auch diese Materialien an die Zentralarchive der Streitkräfte abgab[13].

In den 1960er Jahren wurden die deutschen Trophäenbestände der sowjetischen Streitkräfte beim Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Sowjetunion zentral erfasst und gelagert. Innerhalb des CAMO erfolgte vor und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – offenbar auf Grund von Zugängen aus anderen Archiven, etwa dem Zentralarchiv der Seestreitkräfte – mehrmals eine Neuordnung der deutschen Beuteakten sowie deren Eingruppierung in Findbücher, die dem Organisationsschema der Wehrmacht folgen[14]. Dabei wurden entweder komplette Aktenbände der jeweiligen Wehrmachtsinstitution zugeordnet oder einzelne Dokumente einer Wehrmachtsbehörde/Kommandostelle zu neuen Aktenbänden zusammengefasst. Innerhalb des Bestands 500 sind die Teilbestände nach der militärischen Hierarchie der Wehrmacht gegliedert, von der obersten Führungsebene (OKW etc.) bis zu den Kompanien[15]. Außerdem enthält der Bestand Tausende militärische Lagekarten.

In welchen weiteren russischen Archiven werden sich in Zukunft noch deutsche Akten finden lassen? Das geheimnisumwobene Archiv des Präsidenten (AP RF: Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii) beherbergt – wie neueste Veröffentlichungen zeigen – zumindest Splitterbestände. Ein Teil der dort vorhandenen deutschen Akten scheint allerdings nur in russischer Übersetzung überliefert zu

[10] CAMO, Bestand 500, Findbuch 12452 (OKL), Akte 187, Einzelnachrichten Nr. 21 des Ic Dienstes West der Luftwaffe, 1. 2. 1944. Die Akte enthält einen eingeklebten Vermerk, dass sie sich bis mindestens 1952 bei der Sonderabteilung des Seehauptstabs der Seekriegsflotte der UdSSR befand.

[11] Ebenda, Akte 189, Einzelnachrichten Nr. 23 des Ic Dienstes West der Luftwaffe, 22. 2. 1944. Die Akte enthält einen Stempel, dass sie am 31. 5. 1956 der Historischen Abteilung beim Hauptstab der Seestreitkräfte übergeben wurde.

[12] Vgl. den Stempel des Archivs des Ministeriums der Streitkräfte auf ebenda, Akte 201, Luftwaffenführungsstab Ic/Fremde Luftwaffen West, GB Fliegertruppe: Der britische Pfadfindereinsatz, März 1944; Stempel des Zentralarchivs der Seestreitkräfte auf ebenda, Akte 202, Einzelnachrichten Nr. 35 des Ic Dienstes West der Luftwaffe, 31. 3. 1944.

[13] Vgl. etwa den Inventarstempel des Truppenteils Nr. 27177 (Zentrales wissenschaftliches Forschungsinstitut für Kriegsschiffbau in Leningrad) auf CAMO, Bestand 500, Findbuch 12452 (OKL), Akte 216, Einzelnachrichten Nr. 56 des Ic Dienstes West der Luftwaffe, 16. 6. 1944.

[14] Siehe hierzu die Kopien der im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg i. Br. vorhandenen Findbücher zu den Wehrmachtsbeständen in Podol'sk – Stand 1991.

[15] Als Beilage zu diesem Beitrag ist auf der Webseite der VfZ eine tabellarische Übersicht der in Bestand 500 befindlichen Akten veröffentlicht: www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sein. Stalin wurden mitunter aber auch die deutschen Originale der erbeuteten Wehrmachtsdokumente vorgelegt[16].

Eine wertvolle Quelle insbesondere zur Untersuchung der deutschen Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion dürften die im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (CA FSB: Central'nyj archiv FSB Rossii) vorhandenen rund 30.000 Untersuchungsakten gegen Wehrmachts-, SS- und Polizeiangehörige sowie deutsche Diplomaten und Zivilisten wegen Kriegsverbrechen, Spionage und anderer Straftaten sein[17]. So besteht beispielsweise die Untersuchungsakte des Volkskommissariats für Staatssicherheit (NKGB) gegen SS-Gruppenführer Paul Scheer, 1942 Kommandeur der Ordnungspolizei in Kiev, und Generalmajor Hans von Tschammer und Osten aus 27 Bänden, was darauf hindeutet, dass dem Gerichtsmaterial zahlreiche deutsche Unterlagen als Beweismittel beigefügt wurden. Weiterhin wurden im Rahmen der Ermittlungen gegen SS-Brigadeführer Hellmuth Becker – Kommandeur der SS-Panzerdivision „Totenkopf" – vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst 31 Bände zusammengetragen, gegen den Kommandierenden General des XXXVIII. Panzerkorps, General der Artillerie Kurt Herzog, sogar 54 Bände[18]. Dass als Beweismaterial für die Prozesse gegen deutsche Diplomaten auch Akten des Auswärtigen Amts im CA FSB aufbewahrt werden, zeigt ein Ende 2011 vom Leiter der Archiv- und Registraturverwaltung des FSB veröffentlichter Dokumentenband[19]. Da das CA FSB – wie auch das CAMO – ein Behördenarchiv ist, das nicht der russischen Archivgesetzgebung unterliegt, ist es bislang nur in wenigen Ausnahmefällen möglich, mit seinem Archivgut zu arbeiten. Wie viele Dokumente dieses Archivs vom Komitee für Staatssicherheit der UdSSR dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) zur Verfügung gestellt wurden, lässt sich gegenwärtig nicht abschätzen[20].

---

[16] Vgl. den Gefechtsbericht der 19. Panzer-Division vom 5. bis 18. 7. 1943, 13. 9. 1943, abgedruckt in: Sergej V. Kudrjašov (Hrsg.), Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii. Vojna: 1941–1945. Vypusk 2, Moskva 2015, S. 644–650. Die russische Übersetzung des Berichts der 19. Panzer-Division wurde von Nikita S. Chruščev nach einem persönlichen Gespräch mit Stalin an diesen geschickt. Im selben Bestand befindet sich auch das deutsche Exemplar eines Berichts des II. SS-Panzerkorps über die Kämpfe zwischen Don und Dnepr 1942–1943, das der Chef der sowjetischen Militärabwehr Viktor S. Abakumov zusammen mit einer russischen Übersetzung Anfang Oktober 1943 an Stalin sendete. AP RF, Bestand 3, Findbuch 58, Akte 455, Bl. 138–156. Wir danken Herrn Kudrjašov für den Hinweis auf das Dokument.

[17] Vgl. Vasilij S. Christoforov, Stalingrad. Organy NKVD nakanune i v dni sraženija, Moskva 2008, S. 126.

[18] CA FSB, Nr. 18–1384 – Auskunftskatalog.

[19] Vgl. Vasilij S. Christoforov/Vladimir G. Makarov (Hrsg.), Tajny diplomatii Tret'ego rejcha: Germanskie diplomaty, rukovoditeli zarubežnych voennych missij, voennye i policejskie attaše v sovetskomu plenu. Dokumenty iz sledstvennych del. 1944–1955, Moskva 2011.

[20] So sind z. B. die von Johannes Hürter, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 52 (2004), S. 527–562, in den Stasi-Unterlagen entdeckten Kopien aus Akten der Heeresgruppe Mitte bisher nicht als originale Beuteakten aufgetaucht. Zum NS-Archiv des MfS vgl. Dagmar Unverhau, Das „NS-Archiv" des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, Münster 2004.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auch im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF: Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii) finden sich in mehreren Beständen Originale oder Kopien deutscher Akten, die während des Zweiten Weltkriegs von sowjetischen Truppen erbeutet wurden. Allein im Bestand R-7021 der Außerordentlichen Staatlichen Kommission, die deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion untersuchte, sind rund 1900 deutsche Akten mit ca. 180.000 Blatt vor allem aus Konzentrationslagern im Deutschen Reich, in Polen und in der Sowjetunion überliefert. Unbekannt hingegen ist, in welchen Provinzarchiven der Russischen Föderation noch mit deutschen Trophäenbeständen zu rechnen ist. Das DHI Moskau wird nach Abschluss der Digitalisierung der Bestände im CAMO versuchen, zur Klärung dieser noch offenen Frage beizutragen.

Das Dokument

Das hier edierte stenographische Protokoll der Besprechung zwischen Hitler und Keitel am 18. September 1942 befindet sich in den Akten des Oberkommandos der Wehrmacht, die im CAMO im Findbuch 12450 in insgesamt 271 Aktenbänden zusammengeführt sind. Dieser Teilbestand ist vergleichsweise klein und inhaltlich disparat. Die Beuteakten des OKW enthalten u. a. persönliche Dokumente des Chefs des OKW, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Ausarbeitungen der Wehrmachtsführung zum Angriff auf die Sowjetunion, Berichte über die Feldzüge gegen Polen und in Westeuropa, Akten zum Verlauf der Kämpfe an der Ostfront 1941–1945, Dokumente zur Verwaltung der besetzten Ostgebiete und zum Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung, Akten zum Kriegsgefangenenwesen, Informationen zur deutschen Rüstungswirtschaft, Dokumente zur militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Deutschen Reiches mit Rumänien, Schriftwechsel zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 sowie Dokumente zur bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches.

Die Akte 137 besteht einzig aus einem russischen Deckblatt und dem Protokoll der Besprechung vom 18. September 1942. Dieses Beutedokument ist damit – wie so viele deutsche CAMO-Dokumente – als Solitär überliefert, ohne Aktenzusammenhang, ohne andere Unterlagen, die mit dem Aktenstück in direkte Verbindung gebracht werden könnten. Wie das Dokument nach Podol'sk gelangte, ist weitgehend unklar. Fest steht allenfalls, dass es für eine gewisse Zeit bei der Militärgeschichtlichen Verwaltung des Generalstabs der Streitkräfte der UdSSR unter der Archivnummer 31/1 aufbewahrt wurde. Dort erfolgte zumindest eine kursorische Übersetzung des Protokolls, denn der Inhalt wichtiger Stellen wurde in kurzen Bleistiftnotizen in russischer Sprache am Blattrand zusammengefasst. In der Edition wird auf den Abdruck dieser Inhaltsangaben verzichtet. Wann das Protokoll zusammen mit anderen Dokumenten an das CAMO übergeben wurde, lässt sich gegenwärtig nicht feststellen.

Dennoch ist es möglich, das Dokument nicht nur inhaltlich, sondern auch aktenkundlich einzuordnen. Das ist dem beherzten Zugriff des amerikanischen Sergeanten George Allen zu verdanken, der im Mai 1945 bei Berchtesgaden wenigstens einen Bruchteil der stenographischen Protokolle von Hitlers Lagebe-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sprechungen 1942–1945 aus der Asche rettete, sowie der mustergültigen Edition dieser Protokollfragmente durch Helmut Heiber im Jahr 1962[21]. Seither ist die Forschung über die Einrichtung, Institution und Funktion des „Stenographischen Dienstes im Führerhauptquartier" gut informiert. Die heftige Auseinandersetzung mit Jodl in Vinnica am 7./8. September 1942, auf die noch einzugehen sein wird, veranlasste Hitler einen offenbar schon länger gehegten Plan sofort umzusetzen: Da sich der Diktator von Jodl vorsätzlich falsch zitiert fühlte, sollten künftig alle militärischen Lagebesprechungen Hitlers durch Stenographen Wort für Wort aufgezeichnet werden – sowohl als Beleg für die Willensbekundungen des „Führers" gegenüber der Militärelite als auch als Legitimation gegenüber der Nachwelt. Bereits am Vormittag des 8. September begann die Vorbereitung dieses Stenographischen Dienstes, und schon vom 9. bis 16. September trafen insgesamt sechs Stenographen des seit 1933 ziemlich unterbeschäftigten Stenographischen Büros des Reichstags in Vinnica ein.

Der Stenographische Dienst konnte am 12. September 1942 seine Tätigkeit aufnehmen. Seither wurden in Kurzschrift – teils nach dem System Gabelsberger, teils nach dem System Stolze-Schrey – die täglich meist zwei regulären Lagebesprechungen (Mittagslage, Abendlage) sowie die militärischen „Sonderbesprechungen" im Führerhauptquartier von jeweils zwei Stenographen protokolliert. Auf der Grundlage der Kurzschriften diktierten die Stenographen anschließend die Langschriften, von denen neben dem ersten Exemplar für Hitler („Führerexemplar") noch zwei Durchschläge auf gleichstarkem Papier angefertigt wurden. Von den Durchschlägen verblieb der eine als Arbeitsexemplar im Büro des Stenographischen Dienstes, den anderen erhielt Hitlers Militärhistoriker Walter Scherff, der bei den meisten Besprechungen anwesend war. Weitere Durchschläge gab es in der Regel nicht, auch erhielten die beteiligten militärischen Gesprächspartner keinen Einblick in die Protokolle. Selbst Hitler scheint sich weiter nicht um sie gekümmert und auch keine Korrekturen vorgenommen zu haben.

Bis zum Ende der stenographischen Tätigkeit am 22. April 1945 wurden etwa 103.000 Blatt Wortprotokolle (Langschrift) aufgezeichnet. Kurz vor der Einnahme Berlins evakuierte man die „Führerexemplare" und die Stenogramme zum Obersalzberg nach Berchtesgaden. Als die US-Army näher rückte, wurde diese Quelle von unschätzbarem Wert auf Befehl des Bormann-Referenten Hans Müller von SS-Männern in der Nähe des Hintersees verbrannt. Etwa am 10. Mai 1945 fand US-Sergeant Allen wenigstens noch Aufzeichnungen, meist Stenogramme, von ca. 50 Besprechungen im Aschehaufen und ließ sie von den ebenfalls nach Berchtesgaden evakuierten Stenographen ein zweites Mal in Langschrift übertragen. So konnte zumindest ein Hundertstel des Gesamtbestands gerettet und später vom Institut für Zeitgeschichte ediert werden. Der Verbleib der beiden Reihen von Durchschlägen ist nicht mit letzter Sicherheit geklärt. Scherff soll seine Exemplare kurz vor seinem Selbstmord im Mai 1945 in Berchtesgaden vernichtet ha-

[21] Vgl. Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962. Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf die Einleitung, S. 11–34.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ben, und die Arbeitskopien des Stenographenbüros wurden vermutlich Ende April 1945 in der Reichskanzlei verbrannt, aber hier widersprechen sich die Zeitzeugen[22]. Die Hoffnung, dass dieser Zentralbestand der NS-Geschichte vollständig wieder auftauchen sollte, ist dennoch denkbar gering.

99 Prozent der Besprechungsprotokolle dürften auch deswegen verloren sein, weil von den regulären Lagebesprechungen neben den drei Exemplaren keine weiteren Kopien angefertigt wurden und es daher keine Parallelüberlieferung außerhalb des Führerhauptquartiers gab. Dies gilt aber nicht in jedem Fall für die stenographischen Protokolle der Sonderbesprechungen Hitlers mit seinen militärischen Beratern und anderen Militärs in kleinerer Runde. Schon in die Heiber-Edition konnten zwei Dokumente aufgenommen werden, die nicht in den Berchtesgadener Fragmenten, sondern auf anderen Wegen überliefert wurden. Ein Durchschlag des Protokolls der Besprechung Hitlers mit Jodl am 31. Juli 1944 wurde in den Unterlagen des Persönlichen Stabs des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, gefunden[23]. Das Protokoll der Besprechung Hitlers mit Keitel und Kurt Zeitzler am 8. Juni 1943 auf dem Berghof ging als Durchschrift an den Wehrmachtführungsstab des OKW. Eine Kopie dieses Exemplars, das am Kopf den Umlaufstempel der Quartiermeisterabteilung sowie die Paraphen von mehreren OKW-Mitarbeitern trägt, wurde als Dokument PS-1384 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess verwendet[24]. Eine weitere Kopie ist, ebenfalls als Solitär ohne jeden Aktenzusammenhang, im OKW-Teilbestand der CAMO-Akten erhalten (Bestand 500, Findbuch 12450, Akte 161)[25]. Das Original des für das OKW bestimmten Durchschlags dürfte sich weiterhin im Archiv des Generalstabs der russischen Streitkräfte befinden, darauf deutet zumindest der entsprechende Archivstempel hin. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann wurde dem Nürnberger Tribunal das Dokument von sowjetischer Seite zur Verfügung gestellt.

Auch beim zweiten, bisher unbekannten Protokoll, das im CAMO überliefert ist, handelt es sich offenbar um einen überzähligen Durchschlag jenseits der drei Standardexemplare. Auch wenn das Besprechungsprotokoll Hitler/Keitel vom 18. September 1942 keinen Eingangsstempel und keine Sichtparaphen aufweist, lässt sich vermuten, dass dieses Exemplar für Keitel bestimmt war und mit anderen Handakten des OKW-Chefs von der Roten Armee erbeutet wurde. Das Dokument ist ein Original-Durchschlag des maschinenschriftlichen Protokolls (Langschrift des Stenogramms), umfasst 58 einseitig beschriebene, an der linken Seite fünffach gelochte Blatt und enthält einige handschriftliche Korrekturen, vielleicht von Keitel selbst. Protokollanten waren die Reichstagsstenographen Dr. Hans Jonuschat und Dr. Ewald Reynitz, die beide erst am 16. September 1942 in Vinnica eingetroffen waren und an jenem 18. September das erste Mal im Führer-

[22] Vgl. ebenda, S. 23, Anm. 2.
[23] Vgl. ebenda, S. 584–609.
[24] Vgl. ebenda, S. 252–268, und Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Nürnberger Dokumente, PS-13840.
[25] http://wii.germandocsinrussia.org/de/nodes/2297-akte-161-stenogramm-der-besprechung-bei-a-hitler-in-berghof-uber-die-behandlung-der-kriegsgefa#page/2/mode/inspect/zoom/4.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hauptquartier protokollierten[26]. Die Besprechung Hitlers mit Keitel währte 85 Minuten von 15.30 bis 16.55 Uhr, fand also offensichtlich nach der Mittagslage statt, für die in der Regel die Zeit zwischen 12 und 15 Uhr reserviert war. Da die bisherige Überlieferung erst mit dem 1. Dezember 1942 einsetzte[27], ist das nachfolgend erstmals edierte Dokument vom 18. September 1942 jetzt das früheste bekannte Protokoll des Stenographischen Dienstes im Führerhauptquartier, der sechs Tage zuvor mit seiner Arbeit begonnen hatte. Nicht nur aus diesem Grund ist dieser Fund eine willkommene Ergänzung der Edition Heibers.

Die Krise

Der historische Kontext des Dokuments wurde eingangs bereits angedeutet. Nachdem der große Plan, „Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen"[28], in der zweiten Jahreshälfte 1941 nicht zuletzt aufgrund von schwerwiegenden Fehlern der Heeresleitung und Truppenführung gründlich gescheitert war, Hitler im Dezember 1941 persönlich die direkte Führung des Heeres übernommen hatte und durch die Überwindung der Krise vor Moskau in seinem Selbstgefühl als Feldherr bestärkt worden war, prägte der oberste Befehlshaber der Wehrmacht und neue Oberbefehlshaber des Heeres den militärischen Operationen seit 1942 stärker als zuvor seinen Stempel auf[29].

Das strategische Ziel der „Operation Blau", die am 28. Juni 1942 begann und sich auf die Front der Heeresgruppe Süd beschränkte, war die Eroberung von

[26] Vgl. Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen, S. 16. Später bildeten diese zwei Regierungsräte offenbar kein Stenographenpaar mehr, zumal Jonuschat in Stolze-Schrey und Reynitz in Gabelsberger stenographierte.

[27] Abendlage vom 1. 12. 1942, in: Ebenda, S. 50–71.

[28] Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa, 18. 12. 1941, in: Walther Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962, S. 84–88, hier S. 84.

[29] Der folgende Überblick ist vor allem der grundlegenden Darstellung von Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 761–1102, verpflichtet. Vgl. außerdem Christan Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. ²2010, S. 311–342; Pyta, Hitler, S. 403–436. – Auch dieser Feldzug hatte nicht allein militärische und wirtschaftliche Ziele, sondern war wie das «Unternehmen Barbarossa» 1941 von einer rassenideologischen Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik geprägt, der Hunderttausende Kriegsgefangene und Zivilisten zum Opfer fielen. Allein im von der Wehrmacht eroberten und verwalteten Nordkaukasus wurden bis Dezember 1942 an die 50.000 Juden ermordet, während die nichtrussische Bevölkerung der multiethnischen Kaukasusregion nach den Maßgaben einer perversen Rassenhierarchie zunächst besser behandelt wurde, bevor auch hier Hunger und Ausbeutung zum Besatzungsalltag gehörten. Dieses Geschehen bildete den dunklen Hintergrund, vor dem sich die militärischen Operationen abspielten, um die es im Folgenden geht. Zur deutschen Herrschaft im Kaukasus vgl. Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003, S. 557–681; Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004, S. 259–306; Dieter Pohl, Deutsche Militärverwaltung: Die bessere Besatzung? Das Beispiel Kaukasus 1942/43, in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Beziehungen der deutsch-russischen Geschichte 2 (2005), S. 52–60.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rohstoffen, vorrangig des kaukasischen Erdöls, um den Krieg gegen die sowjetisch-angelsächsische Allianz erfolgreich weiterführen zu können. Wegen des eklatanten Betriebsstoffmangels maß Hitler der Besetzung der Kaukasusregion mit ihren Ölfeldern, vor allem bei Majkop, Groznyj und Baku, eine geradezu kriegsentscheidende Bedeutung zu[30]. Mit der Wegnahme dieser Schlüsselressource und außerdem der Schwerindustrie im Donecbecken sowie der Vernichtung großer Teile der Roten Armee sollten sich die Kräfteverhältnisse an der Ostfront nachhaltig verschieben, bevor Großbritannien und die USA im Westen eine „Zweite Front" errichteten. Da Hitler mit einer Landung in Frankreich oder Norwegen bereits 1942, spätestens 1943 rechnete, sah er den zweiten Ostfeldzug unter besonderem Zeitdruck und Erfolgszwang.

Anders als der Diktator, der in größeren strategischen und ökonomischen Dimensionen dachte, blieb die Heeresgeneralität auf die Operationen, auf die „Schlacht" fixiert. Dennoch zeigten sich in der Planung und Durchführung der Offensive zunächst keine gravierenden Gegensätze. Die Weisung Nr. 41 vom 5. April 1942 sah vor, erstens in Richtung Voronež durchzubrechen, zweitens am Don nach Süden vorzustoßen, drittens die Volga bei Stalingrad zu erreichen, viertens – ausdrücklich *nach* Vernichtung des Feindes „vorwärts des Don" – „sodann die Ölgebiete im kaukasischen Raum und den Übergang über den Kaukasus selbst zu gewinnen"[31]. Darüber hinaus fantasierte nicht nur Hitler über einen Vorstoß bis nach Mesopotamien. Die Heeresleitung (OKH) um Halder und die Truppenführung unterstützten diesen Operationsplan und teilten überwiegend Hitlers Optimismus, ja verstärkten ihn sogar durch falsche Lagebeurteilungen. Erst als alle schnellen Erfolge und Raumgewinne nicht verdecken konnten, dass sich die Masse der Roten Armee anders als erhofft der Vernichtung entzog und statt eines Blitzfeldzugs erneut ein langwieriges Ringen drohte, brachen die Konflikte wieder auf. Als ersten traf es den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall Fedor von Bock, den Hitler für die Verzögerung des Vormarsches verantwortlich machte[32] und der deshalb am 15. Juli 1942 seine Stellung verlor.

Die Zusammenstöße Hitlers mit der Generalität im Juli 1942 hatten ihre Ursache zum einen in der Unzufriedenheit über das Ausbleiben von großen Vernichtungsschlachten, zum anderen in Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Verlauf der Operationen[33]. Hitler änderte in diesem Monat gegen den Willen Hal-

[30] Nach einer späteren Aussage von Generaloberst Friedrich Paulus bekannte Hitler Anfang Juni 1942: „Wenn ich das Öl von Majkop und Groznyj nicht bekomme, dann muß ich diesen Krieg liquidieren." Keitel äußerte am 28. 5. 1942 bei einer wehrwirtschaftlichen Lagebesprechung, „daß die Operationen des Jahres 1942 uns an das Öl bringen müssen. Wenn dies nicht gelingt, können wir im nächsten Jahr keine Operationen führen." Beide Zitate bei Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 783.

[31] Weisung Nr. 41, 5. 4. 1942, in: Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen, S. 183–188, Zitat S. 184.

[32] Vgl. Generaloberst Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942), bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964, S. 480 (13. 7. 1942).

[33] Vgl. etwa den Eintrag Halders vom 23. 7. 1942, in: Ebenda, S. 489: „[...] Tobsuchtsanfall mit schwersten Vorwürfen gegen die Führung. Die immer schon vorhandene Unterschätzung

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ders und anderer Generale Schritt für Schritt den ursprünglichen Operationsplan, bis seine Weisung Nr. 45 vom 23. Juli 1942 endgültig festlegte, die dritte und vierte Phase von „Blau" nicht mehr hintereinander, sondern nebeneinander ablaufen zu lassen[34]. Die Heeresgruppe A erhielt den Auftrag (Operation „Edelweiß"), die Ostküste des Schwarzen Meeres bis Batumi zu erobern, parallel dazu das Höhengelände von Majkop und Armavir zu besetzen, gleichzeitig weiter östlich in den Raum um Groznyj vorzustoßen und die Passhöhen der Ossetischen und Grusinischen Heerstraße zu sperren und anschließend die Küste des Kaspischen Meeres mit Baku in Besitz zu nehmen. Zur selben Zeit sollte die Heeresgruppe B (Operation „Fischreiher") das Gebiet zwischen Don und Volga abriegeln, Stalingrad einnehmen und dann an der Volga bis Astrachan vorgehen.

Der Eingriff in den Operationsplan besaß eine innere Logik, sofern man Hitlers strategischer Prämisse folgte, dass NS-Deutschland so schnell wie möglich, auf jeden Fall noch im Jahr 1942, an das kaukasische Öl kommen müsse. Operativ war die Aufspaltung in zwei Teiloffensiven, von denen jene der Heeresgruppe A wiederum in einzelne parallele Vorstöße geteilt war, jedoch ein vermutlich feldzugsentscheidender Fehler. Die eingesetzten Kräfte waren viel zu schwach, um alle Ziele gleichzeitig und ohne klare Schwerpunktbildung erreichen zu können.

Die totale Überforderung der Wehrmacht wurde schon bald offensichtlich – und damit gelangt man zur unmittelbaren Vorgeschichte des nachfolgenden Dokuments. Der Schlüssel zum Erfolg an der Kaukasusfront schien eine Vernichtung der starken sowjetischen Abwehrstellung an der Schwarzmeerküste zu sein[35]. Den deutschen Angreifern boten sich dafür drei Wege: der Armeegruppe Ruoff, bestehend aus der von Generaloberst Richard Ruoff geführten 17. Armee sowie der 3. rumänischen Armee, über Novorossijsk hinaus an der Küste entlang, der 1. Panzerarmee (Generaloberst Ewald von Kleist) aus dem Raum Majkop hinunter zur Hafenstadt Tuapse, dem XXXXIX. Gebirgskorps (General der Gebirgstruppe Rudolf Konrad) über das Hochgebirge zum noch weiter südöstlich gelegenen Küstenort Gudauta[36]. Ein Erreichen dieser Ziele hätte die sowjetische Verteidigung aushebeln und einen schnellen Vorstoß zum wichtigen Schwarzmeerhafen Batumi, vielleicht sogar an der türkischen Grenze entlang bis zum Erdölzentrum Baku ermöglichen können. Doch in den letzten August- und ersten Septembertagen blieben die ersten beiden Angriffe hängen, und der dritte musste ganz unterblei-

der feindlichen Möglichkeiten nimmt allmählich groteske Formen an und wird gefährlich. Es wird immer unerträglicher. Von ernster Arbeit kann nicht mehr die Rede sein. Krankhaftes Reagieren auf Augenblickseindrücke und völliger Mangel in der Beurteilung des Führungsapparates und seiner Möglichkeiten geben dieser sog. ‚Führung' das Gepräge."

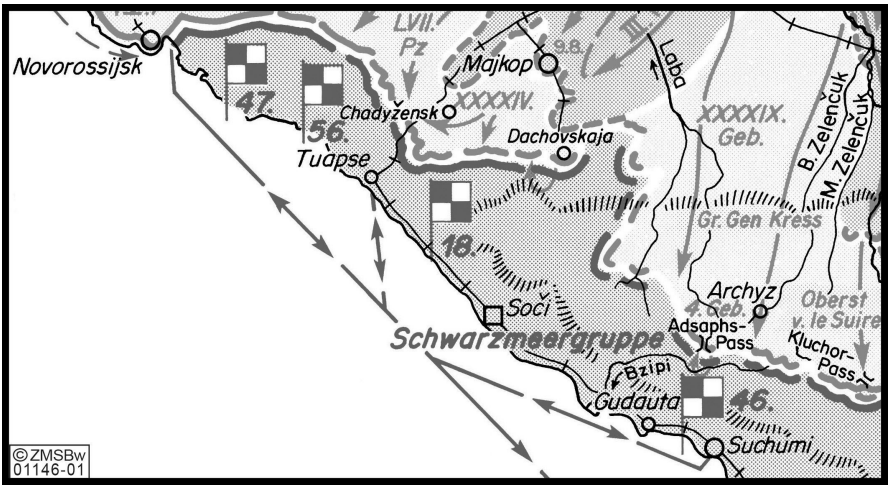
[34] Weisung Nr. 45, 23. 7. 1942, in: Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen, S. 196–200, besonders S. 197 f.

[35] Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 927–951. Zur Verteidigung des Kaukasus durch die Rote Armee vgl. u. a. Velikaja Otečestvennaja vojna 1941–1945 godov. V 12 t. T. 3. Bitvy i sraženija, izmenivšie chod vojny, Moskva 2012, S. 292-371.

[36] Am 17. 8. 1942 wurden die Verbände der 1. Panzerarmee, die auf die Schwarzmeerküste angesetzt waren (LVII. Panzerkorps, XXXXIV. Armeekorps, XXXXIX. Gebirgskorps), der 17. Armee unterstellt.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ben. Gleichzeitig kam die Offensive der 1. Panzerarmee an der mittleren Kaukasusfront in Richtung Groznyj kaum weiter, die Ölfelder von Majkop erwiesen sich als so zerstört, dass lange nichts aus ihnen herauszuholen war, und auch an der Stalingradfront stagnierten die Operationen. Die Durchschlagskraft der in zu viele Unternehmen aufgeteilten deutschen Truppen war verbraucht.



Operationsgebiet Schwarzmeerküste, August bis November 1942 (Ausschnitt aus der Karte auf S. 639)

Mit anderen Worten: Ende August/Anfang September 1942 musste selbst den größten Optimisten in der militärischen Führung klar werden, dass die Kaukasusoffensive und damit das Kernanliegen der gesamten Sommeroffensive so gut wie gescheitert war. Am härtesten traf diese Desillusionierung den Mann, der strategisch auf die Karte Betriebsstoffgewinnung gesetzt und dafür die hochriskante Zersplitterung der militärischen Kräfte verantwortet hatte: Adolf Hitler[37]. Die zeitlich vorgezogene Kaukasusoffensive hatte er zu seiner eigensten Sache gemacht. Nun waren nach altem Muster Sündenböcke für ihr Scheitern zu suchen. Die militärische Krise ließ die bereits schwelende innere Krise eskalieren.

[37] Noch am 20. 8. 1942 hatte er sich gegenüber Goebbels in Vinnica sehr optimistisch geäußert und damit die Fallhöhe markiert; vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels (Goebbels, Tagebücher), im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 5: Juli-September 1942, München 1995, S. 354 (20. 8. 1942): „Der Führer will, nachdem Maikop in unserem Besitz ist, noch in diesem Sommer und Herbst Krassny [Groznyj] und Baku in unseren Besitz bringen; dann ist nicht nur unsere Ölversorgung gesichert, sondern auch die bolschewistische Ölversorgung gänzlich zerschlagen. Ohne Öl kann das Sowjetsystem den Krieg im bisherigen Stile nicht fortsetzen. Aber damit nicht genug. Der Führer verfolgt den gigantischen Plan, beim Erreichen der russischen Grenze in den Nahen Osten vorzubrechen, Kleinasien in unseren Besitz zu bringen, Irak, Iran, Palästina zu überrumpeln und damit England nach dem Verlust der ostasiatischen Quellen die letzten Ölreserven abzuschneiden."

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Anlass war das – aus Hitlers Sicht – „Versagen" der höchsten Truppenführer bei der Heeresgruppe A, die anvisierten Operationsziele an der Schwarzmeerküste zu erreichen. Wie durch das neue Dokument eindrucksvoll untermauert wird, war Hitler vor allem auf Tuapse mit seinem Hafen, Bahnhof und Endpunkt der Ölpipeline Groznyj-Majkop-Tuapse fixiert. Erst als sich herausstellte, dass starke deutsche Kräfte, anstatt sich an diesem Unternehmen zu beteiligen, bereits weiter nach Osten Richtung Groznyj und, das XXXXIX. Gebirgskorps, nach Südosten ins Gebirge vorgedrungen waren, bot sich als weitere Option an, den Vorstoß auf der Straße von Majkop nach Tuapse durch das Durchschneiden der sowjetischen Nachschublinie weiter südöstlich bei Gudauta zu unterstützen. Durch das Ausbleiben von Erfolgsnachrichten genervt, bestand Hitler Ende August auf dem Angriff der 4. Gebirgs-Division auf Gudauta und garnierte seine Forderung mit scharfer Kritik an der Heeresgruppe A und dem OKH, denen er – nicht ohne Grund – mangelnde Schwerpunktbildung vorwarf[38].

Nach einigem Hin und Her erklärte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, Generalfeldmarschall Wilhelm List, diese Operation für undurchführbar und beantragte, die Lage mit Hitlers engstem militärischem Berater im OKW, Alfred Jodl, noch einmal zu erörtern – offenbar maß er dem eigentlich zuständigen OKH einen nicht mehr ausreichenden Einfluss auf den Diktator zu. Jodl flog am 7. September „auf Anordnung des Führers" in das Hauptquartier der Heeresgruppe nach Stalino, doch anders als von seinem „Führer" erwartet, setzte er dort nicht Hitlers Willen durch, sondern ließ sich von der Auffassung Lists und Konrads überzeugen, dass ein Angriff auf Gudauta „nicht zu verantworten sei" und das Gebirgskorps besser den Vorstoß auf Tuapse unterstützen solle – dessen Gelingen aber als „keineswegs gewährleistet" eingestuft wurde[39].

Als Jodl nach seiner Rückkehr nach Vinnica noch in der Nacht vom 7. zum 8. September Hitler entsprechend vortrug und den Vorwürfen gegen die Operationsführung Lists mit dem Argument widersprach, der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A habe sich nur an die ihm erteilten Befehle gehalten, wurde die von dieser Seite völlig unerwartete und offenbar nicht gerade geschickt vorgebrachte Widerrede mit einem heftigen Wutanfall beantwortet. „Der Führer ist über diese Stellungnahme des Generals Jodl, die seiner eigenen Auffassung diametral entgegengesetzt ist, schwer verstimmt", heißt es im Kriegstagebuch des

[38] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 513 (29. 8. 1942): „*Beim Führer:* Heute sehr gereizte Äußerungen über die Operationsführung bei A, daher fernmündliche Rücksprache mit Feldmarschall List über die Maßnahmen, die möglich erscheinen, um die Operation wieder in Gang zu bringen." Ebenda (30. 8. 1942): „*Die Besprechungen beim Führer* waren heute wieder getragen von schweren Vorwürfen gegen die militärische Führung der obersten Heeresstellen. Geistiger Hochmut, Unbelehrbarkeit und Unfähigkeit, das Wesentliche zu erkennen, werden vorgeworfen." Die Kritik Hitlers an den Operationen in diesem Abschnitt der Kaukasusfront tritt im neuen Dokument klarer als bisher zutage.

[39] Vgl. das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung hrsg. v. Percy Ernst Schramm, Bd. 2: 1. Januar 1942–31. Dezember 1942, bearb. v. Andreas Hillgruber, 1. Halbband, Frankfurt a. M. 1963 (KTB/OKW, Bd. II/1), S. 690 f. (7. 9. 1942), und ebenda, Anm. 1 (Auszüge aus dem Kriegstagebuch der Heeresgruppe A).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

OKW[40], und Halder notierte: „Die mangelnden Fortschritte bei H.Gr. A haben den Führer bitter enttäuscht. Schwere Vorwürfe gegen Führung und Generalität insgesamt. Mission Jodls bei List führt zu [Jodls] Verlangen, das Gebirgskorps nicht weiter vorzutreiben, sondern zurückzunehmen. Hierüber schwerste Verstimmung."[41] In der strittigen Sache selbst gab Hitler, betont beleidigt, am 8. September nach[42], doch entschloss er sich nun, sowohl List als auch Halder ihrer Stellungen zu entheben. Am Nachmittag des 9. September beauftragte er Keitel, bei Halder den ersten Wechsel zu veranlassen und den zweiten anzudeuten[43]. Die Führung der Heeresgruppe A übernahm Hitler vorläufig selbst, als Ersatz für Halder wurde überraschend Kurt Zeitzler, Generalstabschef beim Oberbefehlshaber West, vorgesehen. Auch mit einer Ablösung Jodls und seines Stellvertreters Walter Warlimont wurde gerechnet[44].

Die schwere „Vertrauenskrise"[45] beschränkte sich aber keineswegs auf diese wenigen Personen, sondern betraf die militärische Führung insgesamt. Der Diktator ließ nahezu alle Offiziere in Vinnica seine Enttäuschung und sein Misstrauen

[40] Ebenda, S. 696 (8. 9. 1942). „Er fordert, daß ihm sämtliche Befehlsunterlagen über die Führung der Heeresgruppe A seit dem Don-Übergang vorgelegt werden." Vgl. außerdem die, natürlich einseitigen, retrospektiven Erläuterungen Walter Warlimonts dazu, in: Ebenda, S. 697, nach denen der Ausbruch Hitlers „ungewöhnlich heftig" war.

[41] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 518 f. (8. 9. 1942).

[42] Vgl. ebenda, S. 519 (8. 9. 1942), über ein Gespräch mit Keitel um 21.00 Uhr: „Wenn der OB [List] – was dem Führer unbegreiflich ist und was er lediglich zur Kenntnis nehmen kann – der Überzeugung ist, daß er mit Schwerpunktbildung bei 4. Geb.-Div. an die Küste nicht vorstoßen kann, so soll er es bleiben lassen."

[43] KTB/OKW, Bd. II/1, S. 705 f. (9. 9. 1942); Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 519 (9. 9. 1942), über ein Gespräch mit Keitel um 16.30 Uhr.

[44] KTB/OKW, Bd. II/1, S. 705 (9. 9. 1942).

[45] Ebenda. Zur „Septemberkrise" vgl. am besten Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 951–961; außerdem Reinhard Stumpf, Die Wehrmacht-Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generale und Admirale 1933–1945, Boppard am Rhein 1982, S. 315–319; Hartmann, Halder, S. 332–342; Geoffrey P. Megargee, Hitler und die Generäle. Das Ringen um die Führung der Wehrmacht 1933–1945, Paderborn u. a. 2006, S. 218–229. Vgl. auch mit Konzentration auf Jodl Bodo Scheurig, Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Berlin/Frankfurt a. M. 1991, S. 210–214. In den beiden bekanntesten Hitler-Biografien werden die Ereignisse eher knapp behandelt: Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S. 903 f.; Ian Kershaw, Hitler, Bd. 2: 1936–1945, Stuttgart 2000, S. 698–701. Atmosphärisch und teilweise auch als zusätzliche Informationsquelle interessant, wenn auch allzu offensichtlich darauf bedacht, den Gegensatz zwischen der „guten" Generalität und dem „bösen" Diktator als selbstentlastendes Narrativ festzuschreiben, sind die Erinnerungen unmittelbar Beteiligter; vgl. Adolf Heusinger, Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923–1945, Tübingen/Stuttgart 1950, S. 198–200 u. S. 205–212; Walter Görlitz (Hrsg.), Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, Göttingen u. a. 1961, S. 305–309; Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Grundlagen, Formen, Gestalten, Frankfurt a. M. 1962, S. 267–271; Hildegard von Kotze (Hrsg.), Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, Stuttgart 1974, S. 124–129. Letztgenannte Quelle ist kein zeitgenössisches Tagebuch, sondern eine Erinnerungsrekonstruktion in Tagebuchform mit zahlreichen sachlichen Widersprüchen und Datierungsfehlern und sollte daher in der Forschung mit größerer Quellenkritik verwendet werden als bisher.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

deutlich spüren, zog sich zurück[46], ließ die Lagebesprechungen „in eisiger Stimmung“ ablaufen[47] und bestellte, wie beschrieben, bereits am 8. September die ersten Stenographen, die künftig alle seine Besprechungen mit den Militärs zum „Beweis“ wortwörtlich aufzeichnen sollten. Im „Klimasturz von Vinnica“[48] zeigten sich stärker als je zuvor die Ressentiments Hitlers gegen fast die gesamte Generalität des Heeres. In diesen Septembertagen konnte sich kein Offizier, sei es im OKW, im OKH oder an der Ostfront, sicher sein, weiter die „Gunst des Führers“ zu besitzen. Eine Ausnahme bildete sein Chefadjutant der Wehrmacht, Rudolf Schmundt, von dem er sich gerade jetzt intensiv in Personalfragen beraten ließ. Es war offensichtlich, dass Hitler über zahlreiche Revirements und grundlegende Eingriffe in die Personalpolitik des Heeres nachdachte. Entsprechend brodelte die Gerüchteküche. Als möglicher Nachfolger Jodls wurde der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Generaloberst Friedrich Paulus, genannt[49], und auch der Verbleib Keitels als Chef des OKW schien stark gefährdet zu sein[50].

In dieser Situation ergriff Wilhelm Keitel von sich aus die Initiative, um seinen Einfluss und seine Stellung zu retten. Am Nachmittag des 18. September gelang es ihm, wohl zum ersten Mal seit Ausbruch der Krise am 7./8. September, mit Hitler allein über die zurückliegenden Ereignisse und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Organisation und Stellenbesetzung zu sprechen. Dass sich im Kriegstagebuch des OKW kein Hinweis auf dieses Gespräch findet, unterstreicht seinen vertraulichen Charakter – neben Hitler und Keitel waren offenbar nur die beiden Stenographen anwesend.

Das stenographische Protokoll zeigt einen dreiteiligen Ablauf dieser Besprechung. Zunächst versuchte Keitel in seinem einleitenden Vortrag das eigene Verhalten in der Krise zu rechtfertigen. Seine umständliche und unsichere Argumentation lässt ahnen, wie sehr er zu diesem Zeitpunkt noch fürchtete, selbst gehen zu müssen. Dem folgte eine lange, wie so oft zugleich eloquente und repetitive Suada Hitlers, in der er seinem ganzen Unmut über die operative Entwicklung an der Front und die „Illoyalität“ Jodls, aber auch über List und Halder freien Lauf ließ, hin und wieder unterbrochen durch affirmative Zwischenbemerkungen und Einwürfe Keitels. Nach der erlösenden Bemerkung, ihn „selbstverständlich“ als OKW-Chef behalten zu wollen, wurde Keitel deutlich selbstbewusster und versuchte, seine eigenen Personalvorschläge einzubringen. Dazu hatte er ein großes

[46] Vgl. die Erläuterungen Warlimonts nach dem Krieg, in: KTB/OKW, Bd. II/1, S. 697 (8. 9. 1942).

[47] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 520 (11. 9. 1942).

[48] Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 952.

[49] Das berichten übereinstimmend die in Anm. 45 genannten Erinnerungen. Sehr knapp dazu Torsten Diedrich, Paulus. Das Trauma von Stalingrad. Eine Biographie, Paderborn u. a. 2008, S. 240. Das Besprechungsprotokoll vom 18. 9. 1942 bestätigt den festen Vorsatz Hitlers, Jodl durch Paulus zu ersetzen.

[50] Einige Erinnerungsberichte, etwa Kotze (Hrsg.), Heeresadjutant, S. 127 („Engel-Tagebuch“, 18. 9. 1942), erwähnen Generalfeldmarschall Albert Kesselring, den Oberbefehlshaber Süd, als bereits vorgesehenen Nachfolger. Das hier edierte Dokument legt dagegen nahe, dass dies, wenn überhaupt, eher eine Option für die Zukunft war.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Umbesetzungstableau für einige der wichtigsten Zentraldienststellen und Frontkommandos vorbereitet, das er dem Diktator vorzutragen versuchte. In den drei wichtigsten Personaländerungen war allerdings, wie Keitel erkennen musste, bereits von Hitler nach Beratung durch Schmundt entschieden worden: Halder sollte sofort durch Zeitzler ersetzt, Jodl – nach dem Fall Stalingrads – durch Paulus abgelöst und das Heerespersonalamt am 1. Oktober 1942 durch Schmundt übernommen werden.

Die Ziele Keitels, seinen engsten Mitarbeiter Jodl fallen zu lassen und dadurch seine eigene angeschlagene Position zu retten, seinen Einfluss im militärischen Führungsapparat wiederherzustellen sowie bei Personalfragen das OKH auszuschalten und den Chefadjutanten Schmundt nicht zu mächtig werden zu lassen, treten in dem Dokument – anders als in Keitels unzuverlässigen und exkulpatorischen Ausführungen nach dem Krieg[51] – sehr deutlich zutage. An der inzwischen maßgeblichen personalpolitischen Mitsprache Schmundts konnte er allerdings nichts mehr ändern[52].

Was aber vermittelt das Quellenstück über Hitler? Sein größter Wert liegt weniger in einigen interessanten neuen Details als darin, dass die Ansichten des Diktators während der Krise in Vinnica im September 1942 erstmals direkt und ausführlich in einem zeitgenössischen Protokoll wiedergegeben werden. Das Dokument bestätigt Hitlers Frustration über die ausbleibenden Erfolge an der Kaukasusfront, seine bei allem unbestreitbarem Fachwissen stete Überschätzung der deutschen Möglichkeiten wie auch seiner eigenen militärischen Führungsfähigkeiten, seine geradezu manische Fixiertheit auf einen bestimmten, vermeintlich entscheidenden „Punkt" auf der Generalstabskarte (hier: Tuapse), seine Sorge angesichts der drohenden zweiten Front im Westen nach dem alliierten Landungsversuch bei Dieppe, seine Enttäuschung über Jodl, seine, nicht in jedem Fall unbegründete, Kritik an Halder, List und überhaupt an der Heeresgeneralität, seine Wertschätzung für Paulus und Zeitzler, seinen voluntaristischen und immer entschiedener unbedingte Gefolgschaft fordernden Führungsstil als oberster Feldherr.

Der letzte Aspekt verdient besondere Beachtung. Das Dokument verdeutlich, wie kategorisch Hitler schon im Sommer 1942 darauf bestand, dass er als Kriegsherr nicht nur strategisch, sondern auch operativ und teilweise sogar taktisch die entscheidenden Befehle gab, die es auf allen Ebenen gehorsam zu befolgen und umzusetzen galt. Indem er von den Generalen widerspruchslose Unterordnung verlangte und zugleich auf die Befehlsmacht jeder seiner – deshalb künftig stenographisch festzuhaltenden – mündlichen Äußerungen pochte, markierte er unmissverständlich, dass er in seiner Umgebung und an der Front keine Feldherren in der Tradition eines Moltke mehr duldete, sondern nur noch energische Gehilfen, die seine Befehle weitergaben und durchführten. Dieser Anspruch sollte

[51] Vgl. die Passagen in seiner Aufzeichnung vom 29. 9. 1946, in: Görlitz (Hrsg.), Keitel, S. 305–309, die ganz offensichtlich auch auf die Besprechung vom 18. 9. 1942 Bezug nehmen, sein eigenes opportunistisches Verhalten aber zu verschleiern suchen.

[52] Das gestand Keitel auch rückblickend ein; vgl. ebenda, S. 308 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auch durch die Revirements in OKH, OKW und Truppengeneralität sowie durch eine Neuordnung der Heerespersonalpolitik durchgesetzt werden. Das Protokoll vom 18. September 1942, in dem all dies thematisiert wird, ist ein prägnantes Zeugnis der Verlagerung der militärischen Führung auf Hitler, die seit Dezember 1941, als der Diktator den Oberbefehl über das Heer übernommen hatte, forciert vorangetrieben wurde und nun ihren Höhepunkt erreichte.

Damit wirft die Besprechung ein Schlaglicht auf einen der wichtigsten Transformationsprozesse innerhalb der NS-Herrschaft. Die Trennung von Staatsführung und oberster Heeresleitung, die in Deutschland von den Einigungskriegen bis Ende 1941 bestanden hatte, wurde von Hitler aufgelöst, formal und real. In einer Art Rekonstruktion und Weiterentwicklung des *roi-connétable*, des König-Feldherrn nach Vorbild des von der NS-Propaganda viel beschworenen Friedrich II. von Preußen[53], erfand sich Hitler 1941/42 als geradezu unfehlbarer Führer-Feldherr[54], der alle Niederlagen auf „Verrat" und „Versagen" seiner Generale zurückführte und seine eigenen militärischen Leistungen durch die Aufzeichnung der Lagebesprechungen auch für die Nachwelt dokumentieren wollte. Dieses Selbstkonstrukt und Konzept des Führer-Feldherrn entsprach der radikal militanten Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus, in denen „Volksgemeinschaft" immer, und je schlechter sich der Krieg für die NS-Diktatur entwickelte: immer mehr, auch militärische Kampfgemeinschaft mit den repressiven Elementen straffer Ordnung, harter Disziplin und klarer Hierarchie bedeutete[55] – mit dem „Führer" als Staatsoberhaupt und Generalissimus an der Spitze.

Was waren die direkten Folgen der Führungskrise und des Gesprächs Hitlers mit Keitel? Die einzigen wichtigen personellen Veränderungen, die sofort vollzogen wurden, waren die bereits beschlossene Verabschiedung Halders am 24. September 1942 sowie der Machtzuwachs des Chefadjutanten Schmundt, der zusätzlich mit dem Heerespersonalamt betraut wurde – zugleich verlor das OKH seine Zuständigkeit für das Personal der Generalstabsoffiziere. Hitler betonte gegenüber seinem scheidenden Generalstabschef die „Notwendigkeit der Erziehung des Gen.Stabs im fanatischen Glauben an die Idee. – Entschlossenheit, auch im Heer seinen Willen restlos durchzusetzen."[56] Das versprach sich Hitler zum einen von Halders Nachfolger, dem NS-nahen Zeitzler, der geschickt genug war, den Vertrauensvorschuss auszunutzen und den Einfluss des OKW auf die Ostkriegführung wieder zu-

[53] Vgl. zusammenfassend Dennis Showalter, *Roi-Connétable* und Kriegsherr. Friedrich II. (1712–1786), in: Stig Förster/Markus Pöhlmann/Dierk Walter (Hrsg.), Kriegsherren der Weltgeschichte. 22 historische Portraits, München 2006, S. 147–167.

[54] Das zentrale Thema „Hitler als Feldherr" wird in der Forschung, gerade auch in den Hitler-Biografien, viel zu wenig beachtet. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist jetzt die Studie von Pyta, Hitler.

[55] Auf das Ziel, die Nation zu einer „militärischen Kampfeinheit" zu formen, als bisher vernachlässigte Dimension des historischen Begriffs und analytischen Konzepts „Volksgemeinschaft", hat Thomas Kühne (Worcester, MA) in der Abschlussdiskussion der Konferenz „Der Ort der ‚Volksgemeinschaft' in der deutschen Gesellschaftsgeschichte", Hannover 25.-27. 6. 2015, hingewiesen.

[56] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 528 (24. 9. 1942).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rückzudrängen. Zum anderen erhoffte er sich von Schmundt als neuem Chef des Heerespersonalamts von Oktober 1942 an eine grundlegende „Elitenmanipulation" des Offizierskorps im nationalsozialistischen Sinne[57]. Tatsächlich führten die Reformen Schmundts zu einer stärkeren „Führerauslese" nach dem Leistungsprinzip und sozialen Öffnung der Militärelite. Auf die Generalsränge konnten sich die Maßnahmen aber bis zum Kriegsende nur in einigen Ausnahmefällen auswirken. Besonders in den Spitzenpositionen dominierte bis zuletzt der Typus des ausgebildeten Generalstabsoffiziers, zu dem auch Zeitzler und Schmundt zählten.

Auch bei den vielen übrigen im Gespräch zwischen Hitler und Keitel anvisierten Personalwechseln ging es in der Regel um den Ersatz von älteren „verbrauchten" Generalen durch jüngere „frische" (und vermeintlich stärker systemkonforme) Generale ebenfalls traditioneller Berufsprägung, keineswegs um die Förderung echter Außenseiter. Die thematisierten Wechsel wurden überwiegend nicht oder erst viel später vollzogen, auch weil die sowjetische Gegenoffensive bei Stalingrad und der drohende Zusammenbruch der deutschen Front im Südabschnitt der Ostfront bald alle Konzentration auf sich zogen und einige personelle Alternativen (Paulus, Seydlitz) wegfielen. So wurden, anders als besprochen, neben List nicht auch noch die beiden anderen Oberbefehlshaber bei der viel gescholtenen Heeresgruppe A, Kleist und Ruoff, entlassen. Selbst der Chef des OKW-Wehrmachtführungsstabs durfte trotz Hitlers Festlegung „Jodl muß weg" bis zum Kriegsende, wenn auch zunächst stark angeschlagen, in seiner Stellung bleiben und wagte kein zweites Mal, Eigenständigkeit gegenüber seinem obersten Kriegsherrn zu zeigen. Im Grunde blieb es auch nach der schweren Führungskrise vom September 1942 dabei, dass Hitler das professionelle Mitwirken der „alten" Wehrmachtselite an seinem Krieg benötigte[58] – und weiterhin auf ihr willfähriges Verhalten rechnen konnte.

Militärisch-operativ und strategisch führte vermutlich schon die Krise vom September 1942 zur Erkenntnis Hitlers, dass mit dem Verfehlen der Ziele des Sommerfeldzugs der Krieg nicht mehr aus eigener Initiative zu gewinnen sei. Nachdem er zuvor die kriegsentscheidende Bedeutung des kaukasischen Öls und des Fortgangs der Offensive nach der Aufspaltung des Feldzugs nachdrücklich betont hatte[59], musste das allgemeine Festlaufen der deutschen Operationen an

[57] Vgl. Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 320–348; Jürgen Förster, Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse, München 2007, S. 93–129; außerdem Hürter, Heerführer, S. 347–350. Vgl. auch Dermot Bradley/Richard Schulze-Kossens (Hrsg.), Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamtes General der Infanterie Rudolf Schmundt, fortgeführt von General der Infanterie Wilhelm Burgdorf, 1. 10. 1942–29. 10. 1944, Osnabrück 1984.

[58] Vgl. etwa Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 5, S. 361 (20. 8. 1942), über ein Gespräch mit Hitler über die „Nichtskönner" der Heeresgeneralität: „Aber daran ist augenblicklich nichts zu ändern. Der Führer ist auf diese Generalität angewiesen. Wir haben leider zu spät angefangen, die Wehrmacht zu reformieren."

[59] Vgl. Hitlers Äußerung über die Bedeutung des Öls, Anm. 30, sowie gegenüber dem italienischen Botschafter Dino Alfieri am 4. 8. 1942, in: Andreas Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes, Bd. 2: 1942–1944, Frankfurt a. M. 1970, S. 94: „Die Ereignisse der nächsten sechs Wochen auf dem russischen Kriegsschauplatz würden überhaupt kriegsentschei-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Ostfront den Diktator desillusionieren und ratlos machen. Die Wut auf seine „unfähige“ und „illoyale“ Generalität war ein Ventil seiner Unzufriedenheit über diese Entwicklung, die maßgeblich auf eigene Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen zurückzuführen war – was Hitler sich und seiner Umgebung aber nicht eingestehen wollte und angesichts der Machtkonstruktionen im „Führerstaat“ auch kaum eingestehen konnte. Die Enttäuschung über die Gesamtlage kommt im Besprechungsprotokoll vom 18. September 1942 unmittelbar zum Ausdruck. Seither fehlten die strategischen Konzepte. An ihre Stelle traten mehr und mehr die autosuggestiven Hinweise Hitlers auf den blanken Willen, das fanatische Durchhalten und die glückliche Fügung als verbleibende Erfolgsrezepte[60]. Der

dend sein. Innerhalb dieser Zeit hoffe er (der Führer), die in Aussicht genommenen Ziele erreicht zu haben.“

[60] Vgl. etwa die in den CAMO-Akten (Bestand 12450, Akte 167) überlieferten Notizen über Äußerungen Hitlers am 13. 10. 1943, die vermutlich ebenfalls aus dem Bestand des Stenographischen Dienstes im Führerhauptquartier stammen – in derselben Akte findet sich ein im selben Monat angefertigtes Sachregister zu den Stenogrammen der militärischen Besprechungen bei Hitler. Transkript des Dokuments (vgl. http://wwii.germandocsinrussia.org/de/nodes/2303-akte-167-sachregister-zu-den-stenogrammen-der-militarischen-besprechungen-beim-fuhrer-stand#page/48/mode/inspect/zoom/4):
Stenogramm 13.X.43.
Der Führer zum Problem: Wie kann der Krieg siegreich beendet werden?
Bei einem solchen Krieg wie der gegenwärtige könne man sich natürlich nicht immer ein Idealziel als das „einzig mögliche vornehmen. Das Entscheidende ist aber, dass man unentwegt im Kampfe bleibt und den Gegner schädigt, soweit man ihm schaden kann, und nie verzagt, sondern jede Schwäche ausspäht und sofort wieder ausnutzt und niemals auch nur im geringsten an Kapitulation oder an eine sogenannte Verständigung ohne irgendeinen Erfolg denkt.“ ...
„Auch darauf kommt es an, dass man diese seelische Stärke besitzt, überhaupt nicht zu kapitulieren, niemals aufzugeben. Man weiss nie, wann der Moment kommt.“ ...
„Es kann hier und da eine Krise geben. Dass ich mich um jeden Quadratmeter streite, dass ich mich wie ein Fanatiker dagegen wehre, dass ich ihn verliere, bedeutet aber nicht, wenn ich ihn verliere, dass ich dann die Hände in den Schoss fallen lasse, sondern dann werde ich wieder kämpfen und werde sehen, dass ich aus der sauren Geschichte doch noch wieder etwas Honig herausziehe.“ ...
„Solange man wie die Katze auf der Lauer liegt und jeden Moment wahrnimmt, um dem anderen eins auszuwischen, ist noch nichts verloren, sondern da werden sich immer wieder Möglichkeiten bieten. Es werden sich Schwächemomente bei den andern zeigen. Man muss nur entschlossen sein sie auszunutzen.“ ...
„In so einem Schicksalskampf gibt es grundsätzlich keinen Frieden ohne Sieg.“ ...
„Die Geschichte gibt unzählige Beispiele, dass letzten Endes nur die Beharrlichkeit allein den Erfolg gibt.“ ...
Ein einziger innerer Zusammenbruch bei den Gegnern könne die ganze feindliche Front plötzlich zu Fall bringen.
Heute gibt es „Sticheleien zwischen Engländern und Amerikanern“. ... „Das kann sich in einem gewissen Moment wirklich auswirken.“ Der Amerikaner kann dann die Lust an der weiteren Fortführung des Krieges verlieren. Es gibt Spannungen zwischen den beiden.
„Drüben sind drei Menschen, von denen hängt unendlich viel ab.“ ... „Bei 60–70jährigen Menschen muss man mit solchen Möglichkeiten rechnen; aber die lasse ich beiseite.“
Im nächsten Jahr sei es möglich, dass vielleicht ein Wechsel in der USA. stadfindet [sic!]. Roosevelt kann nicht viel mehr Gebiete in seine Hand bringen, als er sie bereits von den

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weg in die totale Niederlage im Gefolge des Führer-Feldherrn Adolf Hitler war beschritten.

Das stenographische Protokoll

Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podol'sk (CAMO), Bestand 500, Findbuch 12450, Akte 137.

Durchschlag der maschinenschriftlichen Langschrift des Stenogramms, 58 Blatt, foliiert; Sigel der Stenographen: Blatt 1 oben links „Dr.Jt/Bn." (Dr. Hans Jonuschat), Blatt 35 oben links „Dr.Rey/Ke." (Dr. Ewald Reynitz)[61]; handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen im Text; russische Randnotizen.

Zur Edition: Die handschriftlichen Korrekturen und Ergänzungen sind kursiv gesetzt, eindeutige Tippfehler stillschweigend korrigiert, die russischen Zusammenfassungen des Inhalts am Rand weggelassen.

Besprechung des Führers mit Generalfeldmarschall Keitel am 18. September 1942.

Beginn 15.30 Uhr.

Keitel[62]: Mein Führer! Ich möchte gern über Personalfragen sprechen, die alle im Zusammenhang stehen mit den Ereignissen der letzten Wochen. Ich darf darauf noch melden – was Ihnen vielleicht bekannt ist –, daß ich am Tage, nachdem der Reichsmarschall[63] bei Ihnen war, den Sie gebeten hatten, herzukommen, auch beim Reichsmarschall gewesen bin, daß der Reichsmarschall mir auf einzelne Erörterungen und einzelne Fragen geantwortet hat. Über andere, hat er ge-

Engländern und Franzosen genommen hat.
Genau so sei es möglich, dass in den USA. plötzlich eine Isolationsbewegung entsteht, weil keine wirtschaftlichen Vorteile mehr durch den Krieg zu gewinnen sind. Dieses abzuwarten benötigt Beharrlichkeit.
„Wer garantiert uns, dass nicht plötzlich zwischen den Alliierten eines Tages die Bombe platzt, dass plötzlich die doch noch anderen Gegensätze einmal nicht mehr verkleidet werden können." ...
Auch aus Russland träfen Meldungen über innere Schwierigkeiten ein. Stalin scheine nicht mehr gesund zu sein. Er hat jedoch keinen Nachfolger von Format. „Die ganze Entwicklung jetzt in Russland geht selbstverständlich, militärisch gesehen, vom Kommunismus weg. Darüber ist garkein Zweifel."

[61] Die Kürzel Bn. und Ke. bezeichnen offenbar die Sekretärinnen, die das Diktat der beiden Stenographen verschriftlichten.

[62] Wilhelm Keitel (1882–1946, hingerichtet), Juli 1940 Generalfeldmarschall; September 1939 bis Mai 1945 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht. – Die Kurzbiogramme beschränken sich hier im Wesentlichen auf die Jahre des deutsch-sowjetischen Krieges (Juni 1941 bis Mai 1945).

[63] Hermann Göring (1893–1946, Selbstmord), Juli 1940 Reichsmarschall; u.a. ab August 1932 Reichstagspräsident, April 1933 Ministerpräsident von Preußen, Mai 1933 Reichsminister für Luftfahrt, Oktober 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, April 1945 Enthebung aus allen Ämtern.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sagt, sei er nicht befugt, mit mir zu sprechen. Ich habe aber aufgrund auch des Tatbestandes und des Wissens, das mir General Schmundt[64] gestern vermittelt hat, erfahren, daß Sie sich entschlossen haben, den Blumentritt[65] zu empfangen, und im Anschluß daran den General Schmundt heute mit Blumentritt nach Paris geschickt haben[66]. Darf ich von meiner Seite aus heute sagen, daß ich eigentlich nur dankbar bin, daß Sie jetzt diese Anordnung getroffen haben und daß die Sache jetzt zu einer Entscheidung kommt. Auch General Zeitzler[67] wird hierher kommen, und Sie werden ihn hier sprechen. Die Lage hat sich immer mehr und mehr verschlimmert, und damit wird dann eine Frage gelöst und geklärt, von der Sie wissen, wie ich selbst darüber gedacht habe, und über die ich mit Ihnen an demselben Tage gesprochen habe, als ich zurückkam von Stalino und ich mit dem Reichsmarschall gesprochen habe[68].

Mein Führer! Hiermit stehen nach meiner Auffassung auch andere Entscheidungen zur Frage. Da ich nicht informiert bin, auch nicht über die Angelegenheit, die Sie neulich mit dem General Konrad[69] besprochen haben – Schmundt hat mir nur gesagt, Sie hätten ihm einige Fragen gestellt, darauf hätte er antworten müssen, Sie würden mich selber informieren – so steht das wohl nicht im Zusammenhang mit diesen Dingen. Wohl aber steht im Zusammenhang die Lage,

---

[64] Rudolf Schmundt (1896–1944, an Verletzungen des Attentats vom 20. 7. 1944), August 1939 Oberst, Januar 1942 Generalmajor, April 1943 Generalleutnant, September 1944 General der Infanterie; Januar 1938 bis Oktober 1944 Chefadjutant der Wehrmacht bei Adolf Hitler, Oktober 1942 bis Oktober 1944 zugleich Chef des Heerespersonalamts.

[65] Günther Blumentritt (1892–1967), Januar 1942 Generalmajor, Dezember 1942 Generalleutnant, April 1944 General der Infanterie; Oktober 1940 Chef des Generalstabs der 4. Armee, Januar 1942 Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres, September 1942 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe D, ab September 1944 mit der Führung verschiedener Armeekorps und Armeen beauftragt.

[66] Vgl. KTB/OKW, Bd. II/1, S. 739 (18. 9. 1942): „Zum Nachfolger des Generalobersten Halder als Chef des Generalstabes des Heeres hat der Führer den *General der Infanterie Zeitzler* ernannt. An seiner Stelle wird General Blumentritt Chef des Stabes des Oberbefehlshabers West.“ Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 524 (17. 9. 1942): „*Gen. Blumentritt* ist zum Führer befohlen und wird zur Ablösung Zeitzlers nach Frankreich geschickt. Er wird dort am 19.9. ankommen, so daß ich mit meinem Nachfolger hier etwa 22.9. rechnen kann.“ Halder wurde am 24. 9. 1942 von Hitler verabschiedet; vgl. ebenda, S. 528 (24. 9. 1942).

[67] Kurt Zeitzler (1895–1963), Juni 1939 Oberst, Februar 1942 Generalmajor, September 1942 General der Infanterie (Überspringung des Generalleutnants), Januar 1944 Generaloberst; März 1940 Chef des Generalstabs der Panzergruppe A (ab Oktober 1941 1. Panzerarmee), April 1942 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe D, September 1942 bis Juli 1944 Chef des Generalstabs des Heeres.

[68] Keitel war am 10. 9. 1942 in das Hauptquartier der Heeresgruppe A nach Stalino geflogen, um List über die Gründe seiner Kommandoenthebung zu unterrichten. Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 952. Über die Gespräche Keitels mit Hitler und Göring kurz nach seiner Rückkehr ist nichts Näheres bekannt.

[69] Rudolf Konrad (1891–1964), Februar 1941 Generalleutnant, März 1942 General der Gebirgstruppe; November 1940 Verbindungsoffizier des Heeres beim Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Dezember 1941 Kommandeur der 7. Gebirgsjäger-Division, Dezember 1941 bis Mai 1944 Kommandierender General des XXXXIX. Gebirgskorps, Januar 1945 Kommandierender General des LXVIII. Armeekorps.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wie ich sie auch sehe im Hinblick auf die Führungsfragen hier im Oberkommando der Wehrmacht. Im vorigen Winter und schon im vorigen Spätherbst, mein Führer, ist ja mehrfach die Frage auch von mir an Sie herangetragen worden, ob Sie nicht bereit wären, nach meinem Vorschlag damals zum Chef des Führungsstabes, oder wie man es nennt, den damaligen General der Infanterie v. Manstein[70] zu nehmen[71]. Der war damals noch Kommandierender General. Er hat dann auf der Krim eine Armee übernommen, wurde befördert und ist jetzt Generalfeldmarschall. Damit ist, ich möchte sagen, der Fall Manstein, rein von Personaldingen aus gesprochen, überholt. Trotzdem ist meiner Ansicht nach der Grundgedanke aber nicht überholt.

Ich brauche doch auf die Vorgänge nicht einzugehen. Mein Führer, Sie wissen von mir, daß ich genau das empfinden muß, was sich aus jener Lage am Abend nach der Rückkehr des Generals *Jodl*[72] aus Stalino ergeben hat. Ich darf dazu doch noch etwas sagen, mein Führer. Die Dinge haben sich im Laufe dieser Jahre doch so entwickelt, daß der General Jodl zunächst, ich möchte sagen, mein Gehilfe war und dann, allmählich mehr in den Vordergrund tretend, auch zu einer bemessenen und gewissen Zeit immer mehr in die direkte Arbeit für Sie und in die Arbeit für die Gesamtführung der Wehrmacht eingetreten ist. Ich habe mehrfach – das muß ich ganz offen bekennen – Anlaß genommen, um doch dem General Jodl gegenüber klarzustellen, daß er weder entscheidungsberechtigt ist, noch auch eine Verantwortung in dem Sinne trägt. Es ist ja auch *bei* Ihnen, mein Führer, grundsätzlich so gewesen, daß, wenn irgendwelche Situationen waren, sei es noch zu Zeiten des Oberbefehlshabers des Heeres[73], sei es bei irgendwelchen kritischen Lagen, Sie mich doch beauftragt oder ermächtigt oder mir genehmigt haben, auf meinen Vorschlag hin sofort mit diesen Personen oder Dienststellen unmittelbar in Verbindung zu treten, woraus ich dann immer entnommen habe, daß Sie von mir auch erwarten, daß ich in solchen Lagen diese Initiative auch ergreife und daß ich in diese Dinge auch eingreife.

Nun war die Lage damals so. Ich brauche nicht zu erinnern, daß ich schon einmal vorgeschlagen hatte, den General Jodl auf eine andere Stelle zu versetzen und ihn dort auf anderen Gebieten irgendwo wirken zu lassen, weil ich die Not-

[70] Erich von Lewinski, genannt von Manstein (1887–1973), Juni 1940 General der Infanterie, März 1942 Generaloberst, Juli 1942 Generalfeldmarschall; März 1941 Kommandierender General des LVI. Armeekorps (mot.), September 1941 Oberbefehlshaber der 11. Armee, November 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don, Februar 1943 bis März 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd.

[71] Vgl. Keitels Nachkriegsaussage (29. 9. 1946), in: Görlitz (Hrsg.), Keitel, S. 289 f., er habe Hitler nach dessen Übernahme des Oberbefehls des Heeres (19. 12. 1941) vorgeschlagen, Jodl zum Chef des Generalstabs des Heeres und Manstein zum Chef des Wehrmachtführungsstabs zu ernennen. Manstein war im Dezember 1941 neben Jodl außerdem auch als Nachfolger Halders im Gespräch; vgl. Hartmann, Halder, S. 303 f.

[72] Alfred Jodl (1890–1946, hingerichtet), Juli 1940 General der Artillerie (Überspringung des Generalleutnants), Januar 1944 Generaloberst; Oktober 1940 bis Mai 1945 Chef des Wehrmachtführungsstabs im Oberkommando der Wehrmacht.

[73] Walther von Brauchitsch (1881–1948, in britischer Kriegsgefangenschaft), Juli 1940 Generalfeldmarschall; Februar 1938 bis Dezember 1941 Oberbefehlshaber des Heeres.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wendigkeit immer empfunden und vorausgesehen habe. Ich vermag den Vorschlag heute nicht zu wiederholen, obwohl ich *ihn* noch vor 14 Tagen, 3 Wochen mit Ihnen in diesem Zusammenhang erörtert habe.

Es erscheint mir nun folgendes notwendig. Eine Änderung muß nach meiner Auffassung eintreten, und es gibt die Möglichkeit, daß eine Änderung eintritt und von Ihnen angeordnet wird. Ich darf mich doch da vollkommen offen ausdrücken, mein Führer, wie ich das immer gedurft habe, was meine Person betrifft und was den General Jodl betrifft. Es ist die heiligste Pflicht eines jeden, der Ihr Vertrauen gehabt hat und der bei Ihnen gearbeitet hat, dafür zu sorgen, daß Belastungen dieser Art von Ihnen in jeder Form ferngehalten werden. Es ist ganz unerträglich, daß Sie solche schweren Belastungen, für die andere Leute da sind, noch persönlich auf sich nehmen müßten.

Ich kenne Ihre Entschlüsse nicht. Der Reichsmarschall hat mir auf die Frage, die ich gerade in diesem Zusammenhang an ihn gestellt habe, geantwortet, daß er nicht berechtigt sei, mir eine Antwort zu geben. Er hat mir nur gesagt, zunächst stände für Sie im Vordergrund die Regelung für den Chef des Generalstabs. Ich meine nun, daß die Frage der Regelung dieser Stellung auch natürlich im Zusammenhang mit der Regelung der Arbeit hier in Ihrem engsten Stabe steht, soweit es die Führung der Wehrmacht, also den Wehrmachtführungsstab betrifft.

Ich könnte mir 2 verschiedene Lösungen denken: eine Lösung, die sich absolut der Idee und den Grundgedanken anschließt, die damals vorgeherrscht haben, als die Frage Manstein akut war bzw. von mir mehrfach an Sie herangetragen worden ist, weil ich ihn damals für diese Aufgabe für besonders geeignet hielt; oder aber natürlich eine Lösung in dem Sinne, daß wieder ein jüngerer General in diese Aufgaben eintreten würde.

Ich kenne Ihre Absichten nicht, mein Führer. Ich habe aus der Aussprache mit dem Reichsmarschall nicht direkt entnommen, aber ich glaube, daß Sie gerade auf diesem Gebiet Absichten haben müssen und haben werden, und ich kann es nach meiner Auffassung nur begrüßen, daß man hier eine klare Lösung findet, die auch dem Grundgedanken Rechnung trägt, daß ja schließlich die Verantwortlichkeit an irgendeiner Stelle absolut scharf gebunden sein muß. Ich kann aus diesem Beispiel, das sich ereignet hat in Stalino an dem Tage, wo der General Jodl in Stalino gewesen ist, eigentlich nur die Folgerung ziehen, daß es unmöglich ist, daß ohne Ihr Wissen und ohne auch mein Wissen – das muß ich hinzufügen – und ohne auch eine vorherige Erörterung über die etwa da zu besprechenden Dinge so etwas geschieht. Denn mir war nur bekannt, daß bei dem letzten Empfang des Feldmarschalls List[74] hier bei Ihnen ihm von Ihnen ein klarer Befehl gegeben war[75]. Das ist mir damals gemeldet worden. Ich bin ja bei der Besprechung mit

[74] Wilhelm List (1880–1971), Juli 1940 Generalfeldmarschall; Oktober 1939 Oberbefehlshaber der 12. Armee, Juli bis Oktober 1941 Wehrmachtbefehlshaber Südost, Juli bis September 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A.

[75] Am 31. 8. 1942 war in einer Besprechung Hitlers mit List in Vinnica – zunächst unter vier Augen, dann im Beisein von Göring, Halder, Jodl und Jeschonnek (Keitel war an diesem Tag in Berlin) – festgelegt worden, dass die Heeresgruppe A an der westlichen Kaukasusfront an drei Stellen weiter angreifen solle, um die Schwarzmeerküste bis Suchumi in Besitz zu neh-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dem Feldmarschall List nicht dabei gewesen. Ich habe mich nachher erkundigt, und mir ist gesagt worden, daß Sie, mein Führer, in Gegenwart des Reichsmarschalls einen ganz bestimmten und eindeutigen Befehl gegeben hatten, was ich hinterher erfahren habe und mir auch hernach, als ich bei ihm drüben war, Feldmarschall List bestätigt hat.

In diesem Fall stellt sich mir als dem, ich möchte sagen, nur Danebengestandenen das Bild folgendermaßen dar. Es lag ein klarer Befehl von Ihnen vor. Es lag keine Weisung und keine Genehmigung von Ihnen vor, in Bezug auf diesen Befehl eine abweichende Erörterung, Besprechung oder Entscheidung zu treffen. In dieser Form ist natürlich auch, sofern die Verantwortung in letzter Instanz bei mir gelegen hätte, eine absolute Situation entstanden, die untragbar ist. Denn es kann nicht eine solche wesentliche und wichtige Frage, in der übrigens eine Entscheidung eindeutig auf Grund einer Aussprache hier gefallen ist, eigenmächtig abgeändert werden. Der Tatbestand ist so eindeutig, daß es auch selbstverständlich meinerseits, wenn es nicht von Ihnen aus geschehen wäre, ich möchte sagen, unmöglich gewesen wäre, in dieser Form zu arbeiten. Ich kann nur sagen: Ich trage vielleicht insofern doch eine Schuld daran, daß die Stellung von General Jodl allmählich in dieser Form zu Eigenmächtigkeiten – in diesem Falle ist es zweifellos eine absolute Eigenmächtigkeit – ausgewachsen ist. Das hätte ich vielleicht zu früherer Zeit verhindern müssen. Das ist von meiner Seite aus nicht geschehen, und insofern bin ich für ihn und sein Handeln mit verantwortlich. Ich hätte das vorher klären und ihm sagen müssen: Hören Sie, was wollen Sie noch dort besprechen? Er hat mir nur gesagt: Ich bin gebeten worden, zum Feldmarschall List hinzukommen, dort wird General Konrad sein, und es soll auch noch einmal gesprochen werden über dieses Vorgehen: Zusammenfassung des Gebirgskorps[76].

men: 1. bei Novorossijsk an der Küste entlang, 2. an der Straße von Majkop nach Tuapse, 3. bei der 4. Gebirgs-Division nach Gudauta. Das bestätigen die drei maßgeblichen Kriegstagebücher für diesen Tag: Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 513 f.; KTB/OKW, Bd. II/1, S. 662; Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, in: Ebenda, Anm. 1. Die Bedenken Lists und seiner Truppenführer Ruoff (Armeegruppe Ruoff) und Konrad (XXXXIX. Gebirgskorps) gegen den Angriff auf Gudauta wurden offenbar zurückgestellt, verstärkten sich aber nach Lists Rückkehr in sein Hauptquartier. Vgl. Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, 2. 9. 1942, in: Ebenda, S. 690 f., Anm. 1, über ein Fernschreiben Lists an das OKH: „Zu erwägen sei, ob 4. Geb.Div., die nach Umgruppierung über höchstens 7, zum Teil schwache Batl.e verfügen wird, mit Rücksicht auf die langen Flanken, die dauernden Angriffen ausgesetzt sein dürften, zum Vorstoß an die Küste angesetzt werden solle. OB [Oberbefehlshaber List] weist darauf hin, daß Versorgung schwierig sein wird und dauernd namhafte Kräfte beanspruchen wird sowie daß eine durch die Lage geforderte Zurücknahme der Angriffsgruppe später nicht durchführbar sei. OB erklärt Bereitschaft, diese Gedanken noch einmal dem Führer vorzutragen."

76 Über den Besuch Jodls am 7. 9. 1942 im Hauptquartier Lists in Stalino, wo er sich entgegen den Erwartungen Hitlers umstimmen ließ, vgl. das Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, in: KTB/OKW, Bd. II/1, S. 691, Anm. 1: „7.9. Besprechung OB [List] und Kdr.Gen. XXXXIX. Geb.K. [Konrad] mit Gen. Jodl über Vorhaben 4. Geb.Div. Es wird Übereinstimmung erzielt, daß der Vorstoß auf Gudauti nicht zu verantworten sei. Begründung: Geländeschwierigkeiten – Angriff muß über einen Gebirgspfad geführt werden. Versorgung über Strecke von 60–70 km Luftlinie mit Tragtieren, was jeweils 6-tägigem Marsch entspricht. Von den benötigten

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Führer: Das ist für mich gar nicht allein das Entscheidende.

Keitel: Aber es ist für mich damit letzten Endes zur Entscheidung reif geworden.

Der Führer: Entscheidend ist etwas anderes. Ich muß von den Herren, die mit mir arbeiten, eine hundertprozentige Loyalität voraussetzen[77]. Wenn diese Loyalität einmal fehlt, dann ist eine Zusammenarbeit nicht denkbar. Es ist unmöglich, daß, wie das geschehen ist, nachträglich über irgendeinen Vorgang eine Begründung konstruiert wird, die sich stützt auf willkürlich herausgezogene Befehle, ohne auch nur im geringsten festzustellen, 1. wodurch überhaupt diese Befehle entstanden sind, und 2. ohne zu berücksichtigen die tagtäglich von mir hier dem Generalstabschef des Heeres[78] gegebenen Anweisungen, die ganz klar und eindeutig gewesen sind. Es ist noch unmöglicher, daß, um eine derartige nachträglich konstruierte Auffassung zu stützen, dann nachträglich Zeichnungen gemacht werden, die infolge eines Kardinalfehlers, an den die Herren dabei nicht gedacht haben, bereits zeigen, daß das eine nachträgliche ganz willkürliche Konstruktion ist.

Die Situation – ich darf sie noch einmal ganz kurz schildern – war so, daß der Vorstoß auf Maikop und auf Tuapsse [sic!] nicht etwas war, was in einem schrift-

Tragtieren fehlen noch 1900. Bei Hochwasser würden Brücken zerstört. Nicht gewährleistet, daß Angriff bis Küste durchdringt. Gelingt aber der Durchbruch, wird Truppe dauernden Feindangriffen ausgesetzt, vor allem gegen lange Flanken wie durch Lw.- und Seestreitkräfte, dagegen keine Abwehrmittel vorhanden. Keineswegs gewährleistet, daß Durchstoß auf Tuapse und weiter so schnell gelingt, daß noch vor Winter Verbindung hergestellt werden kann. Unerläßlich, Führer vorzuschlagen, auf diesen Angriff zu verzichten und Kräfte auf die Pässe des Hauptkammes zurückzunehmen und dadurch noch eine Geb.-Div. für Stoß auf Tuapse freizumachen."

[77] Der genaue Verlauf der Besprechung Hitlers mit Jodl am späten Abend des 7. 9. 1942, auf die sich Hitler im Folgenden bezieht, ist nicht überliefert. Klar ist aber, dass sich Jodl der Auffassung Lists anschloss, „daß das XXXXIX. Gebirgskorps unter Belassung von Sperrabteilungen in den Kaukasuspässen nach Norden herausgezogen und im Raume von Maikop eingesetzt werden müsse, damit man dort über zusätzliche und zum Kampfe im Gebirge geeignete Kräfte zum Durchstoß an die Küste verfüge", und Hitler auf diese für ihn völlig überraschende Wende außergewöhnlich heftig reagierte; KTB/OKW, Bd. II/1, S. 695 f. (8. 9. 1942); vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 518 f. (8. 9. 1942). Aus den späteren Erinnerungen werden durch das vorliegende Dokument zwei miteinander verknüpfte Punkte bestätigt: Nach Heusinger, Befehl, S. 198 (mit falscher Datierung), richtete sich Hitlers Wut gegen Lists Operationsführung insgesamt: „Hätte er gleich den Schwerpunkt an der Straße nach Tuapse gebildet, so wären wir längst durch. Statt dessen hat er sich auf der ganzen Gebirgsfront verzettelt und kommt nirgends vorwärts." Nach Warlimont, Hauptquartier, S. 268, der selbst nicht anwesend war und Jodl als Quelle angibt, widersprach Jodl den Vorwürfen mit dem Argument, „der Feldmarschall List habe sich streng an die ihm erteilten Instruktionen gehalten". Mit welchen Dokumenten und Karten er dies untermauerte, ist nicht bekannt, aber aus dem Folgenden geht hervor, wie stark er den Diktator gerade durch diese, in seinen Augen, nachträgliche Konstruktion erboste. Deshalb befahl Hitler auch, ihm „sämtliche Befehlsunterlagen über die Führung der Heeresgruppe A seit dem Don-Übergang" vorzulegen (KTB/OKW, Bd. II/1, S. 696, 8. 9. 1942) und außerdem künftig alle Lagebesprechungen stenographisch zu protokollieren.

[78] Franz Halder (1884–1972), Juli 1940 Generaloberst; September 1938 bis September 1942 Chef des Generalstabs des Heeres.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lichen Befehl etwa zum ersten Mal am Soundsovielten gegeben wurde, sondern das war in zahllosen Gesprächen überhaupt die Grundlage unseres ganzen Vorgehens[79]. In zahlreichen Besprechungen habe ich immer wieder den Generalstabschef darauf hingewiesen, daß es schon aus rein nachschubtechnischen Gründen für uns wichtig ist, an irgendeiner Stelle schnellstens zur Küste zu kommen.

Wie die Dinge lagen, gab es die eine Stelle: den Übergang bei Kertsch. Das habe ich dann abgelehnt aus Angst, es könnte dort die Sache doch schief gehen. Dann gab es tatsächlich nur drei mir bekannte Wege. Sie waren auch die drei einzigen, die in den mir zur Verfügung stehenden Karten 1:500 000, 1:300 000 eingezeichnet gewesen sind. Der eine Weg war der von Maikop nach Tuapsse, um dann an der Schwarzmeerküste entlang westlich des Kaukasus, östlich der Schwarzmeerküste nach Süden vorzustoßen. Der zweite Weg war die Grusinische Heerstraße[80], und der dritte Weg war der Weg an der Ostseite des Kaukasus nach Baku.

Von diesen 3 Wegen habe ich den ersten über Tuapsse als den wichtigsten angesehen, weil nur der Gewinn von Tuapsse die Möglichkeit bot, vor allem auch Maikop auszuwerten. Ich habe den Herren ausdrücklich dabei erklärt, daß wir nicht annehmen können, daß wir Raffinerien dort kriegen, daß wir also das Öl werden abtransportieren müssen, daß wir aber eine gewisse Reserve an Raffineriemöglichkeiten in Rumänien besitzen, daß wir zu dem Zwecke unter allen Umständen Tuapsse erreichen müssen – dort geht die Straße, die Bahn, die Pipeline hin –, um dieses Rohöl nach Rumänien abzutransportieren. Das ist ausdrücklich hier besprochen worden. Nicht einmal, sondern immer wieder wies ich darauf hin, daß der Durchbruch auf Tuapsse das Entscheidende sei, um das abzuschließen.

Der General Jodl stellt das nun so dar, als ob überhaupt davon nie geredet worden wäre. Er sagt immer, das gehe aus dem Befehl nicht hervor. Nun muß ich sagen: Was hat es überhaupt für einen Sinn, wenn ich einen Vortrag des Generalstabschefs bekomme, oder auch des Chefs des Wehrmachtstabes hier, und ich gebe meine Auffassung bekannt, und es wird überhaupt hinterher nicht nur nicht zur Kenntnis genommen, sondern sogar bestritten, und es wird aus Dokumenten versucht, einen anderen Nachweis zu bringen?

Ich habe weiter gesagt, daß zu dem Zwecke schnelle Verbände versuchen müßten, überfallmäßig, raidmäßig über Maikop durchzustoßen nach Tuapsse. Jetzt wird mir hinterher erklärt: Ja, Maikop, das Ölgebiet liegt überhaupt nicht

[79] Tatsächlich war in den Lagebesprechungen und Befehlen wiederholt die Bedeutung des Schwarzmeerhafens und Verkehrsknotenpunkts Tuapse, der von Majkop aus erobert werden sollte, hervorgehoben worden. Vgl. etwa: OKH-Befehl vom 31. 7. 1942, in: KTB/OKW, Bd. II/2, S. 1285: „*Nächste und wichtigste Aufgabe der Heeresgruppe A* ist die schnelle Inbesitznahme der Schwarzmeer-Küste [...]. [...] Die der H.Gr. A verbleibenden *schnellen Verbände* sind unter Pz.AOK 1 mit den zunächst greifbaren Divisionen über die Linie Kropotkin-Armavir in Richtung Maikop vorzuführen, um sich hier mit Teilen den auf den Kaukasus zurückgehenden Feindkräften vorzulegen, mit Teilen über Tuapse an der Küste entlang auf Batum vorzustoßen." Notizen Halders aus der Besprechung Hitlers mit List am 31. 8. 1942, in: Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 514: „Grundsätzlicher Gedanke: Tuapse."

[80] Die Grusinische (auch: Georgische) Heerstraße verläuft als wichtigster Übergang über den Zentralkaukasus zwischen Ordžonikidze und Tiflis.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

westlich, sondern östlich von Maikop[81]. Das habe ich damals nicht gewußt, hat weder General Jodl gewußt, auch der Reichsmarschall nicht, keiner hat es gewußt, sondern wir wußten alle nur, daß das Ölgebiet eben erst überhaupt bei Maikop liegt und westlich der Bahn. Die Bahn war das Entscheidende, ebenso die Pipeline. Daß man hinterher dann andere fündige Stellen gefunden hat, davon wußte ich nichts.

Was die Mitte betrifft, so habe ich von vornherein erklärt, der Übergang über die Grusinische Heerstraße kommt für uns gar nicht in Frage. Denn diese Grusinische Heerstraße kann spielend leicht gesperrt werden, ist mit sehr großen Kunstbauten versehen, im Winter ist sie nicht schneefrei zu halten, dazu fehlen hier die Kräfte. Vor allem aber haben wir nicht die Möglichkeit, auf der einen Seite sowieso unter Benzinmangel leidend, die Operationen fortzuführen und auf der anderen Seite über die Grusinische Heerstraße hinweg nur mit Benzinwagen den Verkehr nach Tiflis aufrechtzuerhalten. Ich sagte, wir müssen uns an die Linie halten, wo die Bahnen gehen. Das ist in erster Linie westlich des Kaukasus über Batum nach Tiflis und auf der anderen Seite östlich des Kaukasus über Baku nach Tiflis. Das war der dritte Weg, den ich allein für möglich angesehen habe.

Ich habe also gesagt: Das Entscheidende ist der Vorstoß auf Tuapsse, und das Nächste ist die Abschirmung der Grusinischen Heerstraße und der Durchstoß zum Kaspischen See, um dort nach Baku zu kommen. Das habe ich hier so oft vorgetragen, daß ich es als eine, ich muß schon fast sagen, Unanständigkeit empfinde, mir dann einen Schrieb herzustellen, aus dem mehr oder weniger hervorgeht, als ob das nie erwogen worden sei. Ich halte jeden Tag hier einen Vortrag, ich rede in den Generaloberst Halder hinein. Das ist ganz zwecklos, der Jodl steht daneben, nimmt das nicht zur Kenntnis, sondern konstruiert dann eine Sache, wobei er in dieser Konstruktion auf die Karte verweist und sagt: Die schnellen Verbände, das geht aus der Karte hervor – die Karte ist nachher gemacht worden, was ich als eine Unanständigkeit empfinde –, waren in der Masse angesetzt gegen das Gebiet von Grosny bzw. Wordshonikidse[82], und ein Teil soll nach Osten stoßen. Dabei war festgesetzt, daß die 13. Panzer[-Division] oder die SSW [SS-Panzergrenadier-Division „Wiking“] oder beide zusammen in erster Linie versuchen

[81] Das Revier lag, anders als erwartet, nicht in der engeren Umgebung von Majkop, sondern 40–60 km südwestlich bei Chadyžensk, westlich *und* östlich der Pass-Straße und Bahnlinie nach Tuapse, die heftig umkämpft blieben. Zu den großen Hoffnungen und noch größeren Schwierigkeiten, das Erdölgebiet von Majkop auszunutzen, vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 942–944; Dietrich Eichholtz, Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel (1938–1943), Leipzig 2006, S. 122–132. Die Arbeit der „Technischen Brigade Mineralöl“ war nicht nur durch die Zerstörung der Anlagen und das unwegsame Berggelände des „Waldkaukasus“ behindert, sondern auch dadurch, dass die Ölfelder teilweise mitten im Kampfgebiet lagen. Bis zur Räumung des Majkoper Gebiets durch die Wehrmacht im Januar 1943 konnte nur eine geringe Menge Öl gefördert werden.

[82] Gemeint ist die Stadt Ordžonikidze (seit 1990 wieder Vladikavkas = russisch „Beherrsche den Kaukasus“), wo die Grusinische Heerstraße beginnt. Ebenso wie Groznyj konnte auch Ordžonikidze nicht von der Wehrmacht erobert werden.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sollten, blitzartig durchzubrechen und Tuapsse zu erreichen[83]. Das war absolut festgelegt, und wenn General Jodl es bestreitet, empfinde ich das als eine Gemeinheit.

Wenn General Jodl jetzt sagt, es wäre dann Befehl gekommen, über die anderen Pässe zu gehen[84], so muß ich sagen: Wer hat diese Pässe hier überhaupt aufgebracht? Ich wußte von diesen Pässen überhaupt nichts, sondern General Jodl ist hergekommen und hat gesagt: Hier gehen lauter Pässe herüber. Ich wußte davon nicht. Ich habe sogar verboten, daß man über den mir bekannten Paß der Grusinischen Heerstraße ging, weil ich das für zwecklos hielt. Ich muß aber darauf hinweisen, daß in dem Moment die Sache ins Stocken kam auch in der Mitte, und zwar dadurch, daß man den Brennstoff nicht richtig verteilte. Das war der Grund. Man hätte im Anfang blitzartig durchbrechen können, was auch direkt der Plan war. Der Feldmarschall List hat hier schlapp geführt. Wenn ein Mann sagt: Ich habe nur eine Karte von 1:1 Million, die kenne ich gar nicht, dann hört einfach alles auf[85]. Das ist ein unmöglicher Zustand. Er sagt mir: Die habe ich nicht. Dann teilt Heusinger[86] mit, daß sie die am 6. Juni – das ist absolut sicher und richtig – auch bekommen haben. Am 6. Juni ist sie bereits an die Heeresgruppe abgegeben worden. Der Dings sagt, davon hat er keine Kenntnis. Nun verstehe ich nicht, wie ein Feldmarschall überhaupt führen kann auf einer Karte 1:1 Million im Gebirge und hinterher im Blick auf Maikop sagt: Die Einzeichnung habe ich nicht gesehen, das wußte ich gar nicht, oder die Einzeichnung war geändert. Das ist lächerlich.

Ich stelle nur eines fest. Ich habe nicht gewußt, daß westlich des Elbrus irgendeine verwendbare Straße geht. Das ist auch in keiner Karte von uns eingezeichnet gewesen. Tatsächlich ist mir hinterher gesagt worden, die Straße sei nicht gut. Ich muß aber darauf hinweisen, daß ich, als die Sache bei Tuapsse ins Stocken kam, sofort warnte vor dem Nachziehen der Gebirgsdivisionen[87]. Ich habe es für wich-

[83] Die 1. Panzerarmee (Generaloberst von Kleist) hatte am 9. 8. 1942 Majkop erobert und war anschließend mit ihren Angriffsspitzen, der 13. Panzer-Division und der SS-Division „Wiking“, weiter in Richtung Tuapse vorgedrungen, etwa Mitte des Monats aber weitgehend stekken geblieben. Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 937–939. Beide „schnellen“ Divisionen beteiligten sich dann bereits seit der zweiten Augusthälfte am Vorstoß der 1. Panzerarmee an den Terek.

[84] Gemeint sind der Adzapš-Pass (2579 m) und Kluchor-Pass (2781 m) im Westen des Elbrus, dessen Gipfel (5630 m) am 21. 8. 1942 von Soldaten der 1. Gebirgs-Division bestiegen wurde. Die Besetzung des Adzapš-Passes durch die 4. Gebirgs-Division eröffnete in der zweiten Augusthälfte 1942 überhaupt erst die Option, weiter nach Gudauta an die Küste vorzustoßen.

[85] Vgl. die Notizen Halders aus der Besprechung Hitlers mit List am 31. 8. 1942, in: Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 514: „Karte 1:½ Mill. hat List nicht gehabt.“

[86] Adolf Heusinger (1897–1982), August 1940 Oberst, Dezember 1941 Generalmajor, Januar 1943 Generalleutnant; Oktober 1940 bis Juli 1944 Chef der Operationsabteilung des Generalstabs des Heeres.

[87] Hitler spricht den Vorstoß des XXXXIX. Gebirgskorps aus dem Raum Armavir in das Hochgebirge westlich des Elbrus an, was der eigentlich vorgesehenen Schwerpunktbildung Majkop/Tuapse zuwiderlief. Hier lag der Kern des Vorwurfs an die Heeresgruppe A, ihre Kräfte verzettelt zu haben. Auch in der Besprechung mit List am 31. 8. 1942 hatte Hitler betont, dass ihm „rückblickend der Einsatz des Geb.K. an der Tuapser Straße lieber gewe-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tig gehalten und habe gesagt, man müßte sie bei Tuapsse ansetzen, um durchzustoßen. Da wurde mir erklärt: Nein, da seien die Jägerdivisionen[88], die würden vollständig genügen. Ich habe zwei-, dreimal hier immer wieder darauf hingewiesen, daß ich das Nachziehen der Gebirgsdivisionen für falsch halte. Denn wir wollen doch an sich die Grusinische Heerstraße nur absperren. Das kann man mit anderen Verbänden auch machen. Im übrigen soll man östlich des Kaukasus weitergehen. Das ist immer so besprochen worden. Jodl tut, als ob das nie der Fall gewesen ist.

Keitel: Das ist mir auch durch die Lappen gegangen, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf. Ich hatte an dem Abend, als die Entscheidungen liefen, gesagt, er sollte die Unterlagen und die Meldungen beibringen, und zwar diejenigen, die wir nicht haben als Befehle, weil wir die Wehrmachtbefehle haben. Darauf hat er hingeschickt zum Oberkommando des Heeres und mir hinterher die Befehle vorgelegt. Ich habe ihm gesagt: Sie haben eine Karte mit vorgelegt. Wo ist die? Da sagt er: Die habe ich nicht noch einmal, das ist ~~anscheinend~~ ein Vorschlag von der Heeresgruppe vor dem Ansatz gewesen.

Der Führer: Die Karte – –

Keitel: Ich habe sie gar nicht gesehen.

Der Führer: Die Karte ist ein Wahnsinn. Sie widerspricht absolut, sie kann vor allem nicht als Beweis dafür angenommen werden, sondern sie widerspricht absolut dem befohlenen Ansatz. Es war befohlen, daß die SSW und die 13. Panzer in erster Linie versuchen sollten, sofort auf Tuapsse vorzustoßen, und erst, als das nicht mehr ging, sagte ich, man soll versuchen, wenigstens eine halbe Division noch heranzudrehen.

Nun wurde von Jodl unter anderem hier gesagt: Nein, das wären weiter südlich viel bessere Übergänge. Nun muß ich eines sagen. Wo man letzten Endes herüberkommt, konnte mir gleichgültig sein, wenn man nur auf schnellstem Wege hinkam. Wenn mir nun Jodl das erklärt mit seiner ganzen Literatur, dann muß er auch dafür geradestehen, und das konnte er dann nicht. Dann darf er aber auch die Schuld nicht abwälzen, sondern dann hat General Jodl schuld, oder wer das war. Mir hat Konrad gesagt, er hat von diesen Übergängen nichts gewußt, die wurden ihm dann mitgeteilt. Ich bin der Überzeugung, daß es von hier ausgegangen ist, vom General Jodl, aber das ist auch ganz gleichgültig.

Das Entscheidende war folgendes. Die Sache war total verfahren, und ich befahl nun den Feldmarschall v. List [sic!] hierher. Ich habe dem Feldmarschall v. List den Auftrag hier gegeben: Sie müssen zur Küste durchstoßen, unter allen Umständen, hier sind 4 Bataillone von der 4. Geb.Div., sehen Sie, daß Sie noch ein paar andere Bataillone heranziehen, und stoßen Sie damit zur Küste vor, um wenigstens die Straße abzusperren, weil der andere immer mehr Kräfte gegen Tu-

sen“ wäre; Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, 31. 8. 1942, in: KTB/OKW, Bd. II/1, S. 662, Anm. 1.

[88] An der Straße Majkop-Tuapse operierte neben dem LVII. Panzerkorps das XXXXIV. Armeekorps mit der 97. und der 101. Jäger-Division. Beide Korps waren, wie auch das XXXXIX. Gebirgskorps, am 17. 8. 1942 von der 1. Panzerarmee zur Armeegruppe Ruoff getreten.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

apsse hinführt, und wenn Sie die verriegeln, ist es gut[89]. Da war auch der Reichsmarschall dabei. Da wurde das Problem erörtert: Wie ist es mit der Versorgung? Da sagte ich ihm gleich: Das brauchen Sie nicht über das Gebirge zu bringen, das kriegen Sie über See. Der Reichsmarschall sagte: Mein Führer, das kann ich auch sofort mit der Luft machen. Bei Konrad habe ich mich auch erkundigt. Konrad sagt, er hat einen Bedarf von 3–4 t pro Tag. Das sind 2 Ju[90]. Wir haben in Demjansk über 80.000 Mann fast den ganzen Winter durch die Luft verpflegt[91]. Hier brauche ich 2 Ju pro Tag, die nur 140 km zu fliegen brauchen über See und gänzlich ungefährdet sind. Es waren ja zwei Flugplätze vorgesehen, der eine perfekt, der andere ein Notlandeflugplatz[92]. Es war bestimmt, daß man wenigstens den Notlandeflugplatz erreichen sollte.

Ich habe nun hier dem List den Befehl gegeben, daß das unter allen Umständen gemacht wird, nachdem er dort ist und das Zurückziehen wer weiß wie lange dauert, endlos lange[93]. Ich habe den Jodl gefragt: Wie lange dauert das? Man kann also vorher nicht angreifen? Jodl sagt: Nein, der Angriff kann am 12. stattfinden. Die warten gar nicht ab, die rücken gleich. Ich habe auch gleich gesagt: Was hat das für einen Sinn, wenn er die Gebirgsdivisionen oder die zerrissene Division nachzieht, diese Fragmente von den beiden Gebirgsdivisionen? Was hat das dann

[89] Vgl. das Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, 31. 8. 1942, über die Besprechung Hitlers mit List, in: KTB/OKW, Bd. II/1, S. 662, Anm. 1: „Die Kräfte des Geb.K. sind in Gegend südlich Adsapsh-Paß bei 4. Geb.Div. zusammenzufassen; der Vorstoß an die Küste so bald wie möglich durchzuführen."

[90] Die Ju 52 („Tante Ju") der Junkers AG war im Zweiten Weltkrieg das wichtigste Transportflugzeug der deutschen Luftwaffe.

[91] Im Kessel von Demjansk (Heeresgruppe Nord) waren vom 6. 2. 1942 bis zu ihrem Entsatz am 28. 4. 1942 sechs deutsche Divisionen durch die Luftwaffe versorgt worden. Dieses Beispiel für das erfolgreiche „Durchhalten" eingeschlossener Verbände beeinflusste fortan Hitlers Erwartungen an die Truppe, „Festungen" und Kessel zu halten. Vgl. DRZW, Bd. 4, Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 634–642 (Beitrag Ernst Klink).

[92] Die Frage, ob bei Gudauta der durchgestoßenen 4. Gebirgs-Division ein Flugplatz zur Verfügung stünde, war auch in der Besprechung Hitler-List behandelt worden. Vgl. die Notizen Halders aus der Besprechung Hitlers mit List am 31. 8. 1942, in: Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 514: „4. Geb.Korps über 4. Geb.Div. (Straße und Bahn). Hafen und Flugplatz erwünscht. Wo Flugplatz für 4. Geb.Div.?"

[93] Hitler wendet sich hier rückblickend nochmals gegen den von Jodl unterstützten Vorschlag der Heeresgruppe A, statt in Richtung Gudauta anzugreifen, „Kräfte auf die Pässe des Hauptkammes zurückzunehmen und dadurch noch eine Geb.-Div. für Stoß auf Tuapse freizumachen" (Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, 7. 9. 1942, in: KTB/OKW, Bd. II/1, S. 691, Anm. 1). Nachdem Hitler am 8. 9. 1942 in der Frage Gudauta mit größtem Widerwillen nachgegeben hatte – „so soll er [List] es bleiben lassen" –, bestand er umso dringlicher darauf, dass der Angriff auf Tuapse ohne Zeitverzögerung fortgesetzt werde: „Er [List] soll dann sehen, wie er sein Geb.Korps zusammenkriegt und in kürzester Frist im Sinn des ihm erteilten Auftrags zur Wirkung bringt. Die mit aller Kraft und Beschleunigung notwendige Weiterführung des Angriffs auf Tuapse darf keinesfalls von dem Heranbringen von Kräften des Gebirgskorps abhängig gemacht werden." Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 519 (8. 9. 1942); vgl. auch Kriegstagebuch der Heeresgruppe A, 9. 9. 1942, in: KTB/OKW, Bd. II/1, S. 692, Anm. 1. Der Angriff auf Tuapse konnte trotz aller Anstrengungen in den folgenden Monaten keine entscheidenden Fortschritte mehr machen. Die Front wurde etwa 20 km vor der Stadt von der Roten Armee gehalten, und Ende Dezember 1942 begann der deutsche Rückzug.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

überhaupt für einen Sinn? Da wurde mir zur Antwort gegeben: Damit man den Atem hat, den Nachschub usw. Ich habe dann abgelehnt und gesagt: Entscheidend ist, daß der Gegner nicht mehr bringt. Ich bringe praktisch im Verlauf von soundsoviel Wochen 4 oder 6 Gebirgsbataillone hin, der Gegner bringt 5 oder 6 Divisionen hin, weil er Eisenbahn und Straße hat. Es ist also wichtig, daß man das abschneidet.

Mit dem Befehl wird List entlassen. Jodl hat kein Recht, hinzugehen und den Befehl umzuändern, und zwar mit einer Motivierung, die, wie sich hier herausgestellt hat, von General Konrad als falsch bezeichnet wurde[94]. Mir hat Jodl am nächsten Tage gesagt: Das mußte sowieso durch 2 Angriffe zurückgenommen werden, außerdem sind hier keine 4 Bataillone. General Konrad sagt: Ich habe 4 Bataillone. Jodl hat das erst bestritten. Ich fragte Konrad: Sind Sie hier so angegriffen worden? Er sagt: Das waren hier kleine Angriffe, aber nur Raufereien, es war eine belanglose Sache. Ich habe das ~~nicht~~ mitstenographieren lassen. Ich fragte ihn darauf: Sind Sie der Überzeugung, daß Sie nicht zur Küste hätten durchstoßen können? – Nein, sagt er, das hätten wir können. Es war nur die Frage der Versorgung später. Ich sage: Das steht gar nicht zur Diskussion, weil Sie ja im Gebirgskamm oben hocken und es auf der See oder hintenherum kriegen. Auf See ist es auf alle Fälle leichter. Ich fragte ihn noch einmal: Sie sind also nicht zurück, weil Sie wegen feindlichen Druckes zurück mußten? – Nein, sagt er, das war nicht der Fall. Ich frage ihn endlich außerdem noch: Glauben Sie, daß Sie mit 6 Bataillonen durchkommen? Da sagt er: Ohne weiteres. Ich frage: Wie groß ist Ihr Nachschubbedarf? Er sagte: 3–4 t pro Tag. Wenn also 2 oder 3, 4 Jus fliegen, werfen die ein paar Verpflegungsbomben, und die ganze Sache ist da. Er sagte dann noch: Das Einzige, was Schwierigkeiten gemacht hat, war die Versorgung meiner Muli. Ich wußte gar nicht, daß er welche hatte. Das hat Schwierigkeiten gemacht. Die Mulis kann er aber jedenfalls, wenn er auf dem Südhang ist, leichter ernähren, wo fast kein Schnee fällt, als auf dem Nordhang, und jedenfalls leichter, wenn ich zur See überhaupt hinkomme. Jedenfalls erleichtere ich den Angriff auf Tuapsse, wenn ich hingehe und absperre. Jodl ändert das einfach aus eigenem Ermessen ab. Das ist unmöglich. Hinterher versucht er noch, irgend jemand dafür als verantwortlich hervorzuziehen. Ich muß erwarten, daß Herren von meinem Stabe meine Auffassung bis zum Hauen und Stechen vertreten. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Herr hergeht und sagt: Ich habe persönlich eine andere Auffassung. Wenn ich heute einen Herrn von mir wo hinschicke, hat er nicht das Recht, sich die Auffassung des anderen zu eigen zu machen, sondern ist hingeschickt, um meine Auffassung zu vertreten.

[94] Hitler nimmt Bezug auf seine Besprechung mit General Konrad am 14.9.1942, über die das KTB/OKW, Bd. II/1, S. 721, lediglich festhält: „[...] über seine Ausführungen und die Bemerkungen des Führers liegen keine Notizen vor". Knapp auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 522 (14.9.1942): „*Gen. Konrad* (Kommand. Gen. Gebirgs-Korps) beim Führer. Aussprache über Ansatz Gebirgs-Korps." Die nachfolgend skizzierten Aussagen des Kommandierenden Generals des XXXXIX. Gebirgskorps stehen, wenn sie tatsächlich so fielen, teilweise im Widerspruch zu seinem Verhalten in der Besprechung mit List und Jodl in Stalino am 7.9.1942 (siehe Anm. 76).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Keitel: Mein Führer, ich darf das noch ergänzen insofern: Er war vor allen Dingen nicht berechtigt, einen Befehl von Ihnen in der Form rückgängig zu machen, daß er mir meldet: Der Befehl wird nicht ausgeführt. Da bin ich dabei gewesen.

Der Führer: Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, und ich kann daher mit dem General Jodl nicht mehr zusammen arbeiten.

Keitel: Das ist mir klar.

Der Führer: Denn eine solche Zusammenarbeit basiert auf absoluter Loyalität oder basiert nicht auf Loyalität. Aber das ist gleichzeitig unmöglich, ganz abgesehen davon, daß er nicht der starke Mann ist. Er war auch derjenige, der im vergangenen Winter mit dem Vorschlag der großen Lösung kam: sofort zurück! – wo wir alles verloren hätten[95]. Auch da hat er nicht meine Auffassung vertreten, die er genau kannte, sondern die Auffassung schwacher Leute an der Front, und er hat sich zum Vertreter dieser Dinge gemacht, was unmöglich ist. Es ist unmöglich, daß ein Mitarbeiter einer vorgesetzten Dienststelle, in dem Fall der höchsten Dienststelle, nicht die Auffassung der höchsten Dienststelle vertritt, sondern andere Auffassungen der höchsten Dienststelle aufzuoktroyieren versucht, und zwar mit ganz falschen Motivierungen. Die Motivierungen waren falsch. So, wie mir General Jodl vorgetragen hat, ist es vom General Konrad absolut widerlegt worden. Es wurde mir hier auch das mit den beiden Angriffen eingezeichnet. – Ich bin ganz platt überhaupt, sagt Konrad, der wirklich in einer sehr peinlichen Lage ist und mir auch gesagt hat, er nimmt an, daß das auf Mißverständnissen beruht. Mir ist das gleichgültig.

Keitel: Ich bin deswegen gekommen, mein Führer. Ich wollte Sie in der vorigen Woche, bevor Sie mit Konrad gesprochen haben, auch nicht wieder mit diesen Dingen erregen.

Der Führer: Wenn mir General Konrad gesagt hätte: Mein Führer, es war ein Durchkommen hier nicht möglich! Ich habe noch etwas gefragt. Ich sagte: Glauben Sie, General Konrad, daß das Durchgehen bei Tuapsse leichter ist? Da sagt er: Nein, das ist es natürlich nicht, es ist genau das Gleiche. Wahrscheinlich sind dort mehr Kräfte.

Keitel: Mein Führer, darf ich von mir aus noch sagen: Ich habe Konrad nicht gesprochen, ich habe das nicht getan.

Der Führer: Das ist alles durch die Stenographen niedergelegt.

Keitel: Mir wurde von Schmundt gesagt, Sie, mein Führer, würden mich orientieren – ich habe gedacht, ob es den nächsten Tag sein könnte –, er hätte nicht die Berechtigung, mich aufzuklären. Infolgedessen bin ich nicht in ihn gedrungen.

[95] Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 378 (9. 1. 1942): „Mehrfach Gespräche mit *v. Kluge, Jodl*: Große Entscheidung über Rückverlegung der Front ist nun notwendig. Führer kann sich noch nicht entscheiden und will mit Kluge sprechen. Daher leider wieder Vertagung dieser brennenden Frage und Verlust wertvoller Zeit.“ Offenbar unterstützte Jodl im Dezember 1941/Januar 1942 die Anträge des OKH und der Truppenführung, vor Moskau zurückzugehen, um die Vernichtung der Heeresgruppe Mitte zu verhindern. Am 11. 1. 1942 lehnte Hitler diese „große Lösung“ in einer Besprechung mit Halder und Kluge erneut ab und beharrte auf seinem Befehl, „jeden Schritt Bodens zu verteidigen“ (ebenda, S. 379). Zur Winterkrise vor Moskau 1941/42 vgl. Reinhardt, Wende; Hürter, Heerführer, S. 318–350.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ich darf von meinem Standpunkt und von meiner Betrachtungsweise noch folgendes sagen. Es ist mir diese ganze Entwicklung um so unverständlicher, als schließlich General Konrad bei der Besprechung in Stalino anwesend gewesen ist, jedenfalls von List gehört sein muß. Dann kann erst List gesagt haben: Ich kann die Verantwortung nicht tragen.

Der Führer: Ich bin der Überzeugung, List wollte das nicht, und Jodl, der mitverantwortlich war für diese fragliche Entscheidung, versuchte, sich aus der Sache zu ziehen, indem er selber den Rat gab, schleunigst zurückzugehen. Es ist ein inhaltvoller Entschluß gewesen; denn wir wären jetzt garantiert unten an der Küste und hätten dort einen Igel von 6 oder 8 Bataillonen. Dann hätte ich dort Luftwaffenverbände einsetzen können. Ich habe das mit dem Reichsmarschall noch besprochen. Dann hätte man ein oder zwei Regimenter hintransportieren und einsetzen können, nicht durch Fallschirme, sondern die konnten dort landen, weil ein Landeplatz an sich dort war. Das wäre zu erreichen gewesen.

Außerdem war die Versorgung zur See möglich, wenn nicht anders, mit Schnellbooten. Schlimmstenfalls hätte ich mit dem einen U-Boot[96] in der Nacht die Versorgung hingebracht. Aber was bedeutet schon diese Entfernung – ich habe das auch General Jodl gesagt – von, sagen wir, 120 oder 130 km Luftlinie bis zu unserem Luftstützpunkt? Denn es war ja vorauszusehen, da wir in kurzer Zeit auf der Taman-Halbinsel[97] sein würden. Was bedeuten 150 km, wenn ich erst auf 1500 km Narwik vollständig versorgen mußte? Der hier kommt mit Artillerie und mit allem, mit Gebirgsschützen, und der Dietl[98] hat in Narwik überhaupt nichts[99]. Also die Situation war nicht zu vergleichen. Er konnte sich auch leicht verigeln, weil der andere in dem Gebiet nicht mit Panzern angreifen kann. Er braucht sich nur an der Straße sicherzustellen. Dafür konnte man die Panzerwaffe zuführen. Schlimmstenfalls brauchte er nicht an der Straße zu bleiben, konnte sich zurückziehen und die Straße unter Feuer halten, konnte die Eisenbahn zerstören und unter Feuer halten. Das ist alles möglich. Das Verhalten von General Jodl ist für mich unerträglich; das geht nicht.

Was den Feldmarschall v. List betrifft, so kann ich nur das eine sagen. Ich habe schon seine seinerzeitige Besichtigung von Norwegen als eine direkte Umgehung

[96] 1942/43 wurden sechs deutsche U-Boote des Typs II B von der Ostsee auf dem Landweg und die Donau abwärts in das Schwarze Meer verlegt. Hitler meint hier offenbar U 24, das als erstes deutsches U-Boot allerdings erst am 14. 10. 1942 seinen Dienst im Schwarzen Meer aufnahm.

[97] Die Taman'-Halbinsel gegenüber von Kerč an der Meerenge zum Azov'schen Meer war bis zum 5. 9. 1942 von der Armeegruppe Ruoff erobert worden. Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 935 f.

[98] Eduard Dietl (1890–1944, verunglückt), Juli 1940 General der Infanterie (später: der Gebirgstruppe), Juni 1942 Generaloberst; Juni 1940 Kommandierender General des Gebirgskorps Norwegen, Januar 1942 Oberbefehlshaber der Armee Lappland, Juni 1942 Oberbefehlshaber der 20. Gebirgsarmee.

[99] Dietl hatte sich von April bis Juni 1940 in und nahe der nordnorwegischen Hafenstadt Narvik gegen eine vielfache Übermacht britischer und französischer Truppen behaupten können. Vgl. DRZW, Bd. 2: Klaus A. Maier u. a., Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, Stuttgart 1979, S. 219 f. (Beitrag Bernd Stegemann).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

meines Befehls angesehen, denn ich hatte befohlen, er müßte dort inspizieren[100]. Darunter verstehe ich ungefähr das, was Generaloberst Haase[101] im Westen macht. Daß jemand hinauffährt und erst nach Oslo geht und dort mit Generaloberst Falkenhorst[102] spricht, dann wieder nach Drontheim[103] geht und mit dem dortigen Befehlshaber redet, dann mit dem Befehlshaber von Narwik spricht, dann nach Kirkenes geht und dort spricht, dazu brauche ich niemand hinaufzuschicken, da würde es ja genügen, daß ich einfach befehle, daß mir der Generaloberst v. Falkenhorst oder die anderen Meldungen machen. Aber weil ich diese Meldungen heute nicht mehr absolut glaube, schicke ich ja Leute hin, damit sie sich persönlich überzeugen, ob das tatsächlich so stimmt. Denn der gibt auch wieder Meldungen von anderen. Ich brauche überhaupt niemand, keinen Offizier zu dem Zweck an die Front zu schicken, sich von etwas zu überzeugen, wenn der bloß zum nächsten Generalkommando oder zu einer Armee geht und fragt: Wie ist es bei Ihnen vorn? Wenn ich jemand sage: Inspizieren Sie mir die Front, stellen Sie die Artillerieaufstellung fest, so verbitte ich mir, daß der bei der Heeresgruppe Nord zum Befehlshaber geht und sagt: Wie ist ihre Artillerieaufstellung? Das kann ich mir ja sofort besorgen lassen, dazu brauche ich niemand hinzuschicken.

Keitel: Das ist mir auch ganz klar.

Der Führer: Also General Jodl muß weg.

Keitel: Ich will nicht für ihn eintreten, ich bin selber dafür haftbar.

Der Führer: In meinen Augen kommt nur ein einziger Mann dafür in Frage, zu dem ich persönlich Vertrauen habe und der seine Erfahrungen vorn gesammelt hat. Das ist General Paulus[104].

Keitel: Dann würden Sie auf diese Lösung gehen. Ich wollte an sich gar nicht mehr auf diesen Vorfall kommen. Denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß es gar nicht mehr meine Aufgabe ist, in dieser Frage für den General Jodl einzutreten. Ich denke nicht daran. Ich bitte Sie, mein Führer, mich vollkommen recht zu verstehen. Ich bin persönlich durch diese Dinge betroffen. Wenn Sie überhaupt zu

[100] Im Februar/März 1942 war List nach längerer Krankheit nach Norwegen und Nordfinnland entsandt worden, um die Abwehrbereitschaft gegen eine alliierte Invasion zu überprüfen. Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 418 (25. 3. 1942): „*Führer:* Langer Vortrag Feldmarschall List über seine Reiseeindrücke Norwegen und Lappland. Lehnt ein Wehrmachts-Oberkommando über den Norden als unnötig ab, weil Nordteil immer allein handeln müsse, Südteil straff geführt sei.“ Vgl. auch Robert Bohn, Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft, München 2000, S. 373 f.

[101] Curt Haase (1881–1943), Juni 1940 Generaloberst; Februar 1941 bis November 1942 Oberbefehlshaber der 15. Armee.

[102] Nikolaus von Falkenhorst (1885–1968), Juli 1940 Generaloberst; Juli 1940 bis Dezember 1944 Wehrmachtbefehlshaber in Norwegen, Dezember 1940 bis Dezember 1944 Oberbefehlshaber der Armee Norwegen, Juni bis Dezember 1941 zugleich Oberbefehlshaber in Nordfinnland.

[103] Alte deutsche Schreibweise für Trondheim.

[104] Friedrich Paulus (1890–1957), August 1940 Generalleutnant, Januar 1942 General der Panzertruppe, Januar 1943 Generaloberst, Januar 1943 Generalfeldmarschall; Mai 1940 Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres, Januar 1942 bis Januar 1943 Oberbefehlshaber der 6. Armee, dann sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

meiner Stellung zu Ihnen ein Vertrauen haben, kann er nicht, auch nicht hinter meinem Rücken Absprachen machen und nachher melden.

Der Führer: Und das reine Gegenteil eines Befehls, der hier gegeben wurde.

Keitel: Ich bereue infolgedessen, daß ich ihm im Laufe der Zeit doch größere Freiheiten gegeben habe, weil ich glaubte, er würde sich da in eine größere Form der Dinge hineinfinden, da ich sehr viele andere Aufgaben nebenher gehabt habe und erfüllen mußte. Ich habe also schuld daran, daß er, wenn man das harte Wort gebrauchen darf, sich allmählich ausgewachsen hat und in eine Methode eingedrungen ist, mit der er klüglicherweise [sic!] immer bei speziellen Dingen aufgetreten ist. Das Interesse an den ganzen Dingen belebte sich abgesehen von dem reinen Referat, das er auf Grund der Meldung auszuführen hatte, als die Frage der Gebirgskorps auftrat. Das ist mir aufgefallen. Da traten dann seine persönlichen Neigungen zum Gebirgskrieg und zu den Gebirgstruppen in den Vordergrund[105], und er hat sich – das muß ich ganz offen aussprechen – in die Führungsgeschichten mit eingeschaltet. Das ist der Fall gewesen, mein Führer. Er hat sich durch alle möglichen Erklärungen, Anregungen und Vorträge in diese Dinge eingeschaltet. Das war auch gar nicht seine Aufgabe. Am allerwenigsten war es aber möglich, mit einem klaren Befehl, den Sie hier gegeben haben, den er gehört hat – ich hatte ihn nicht gehört –, hinzufahren, dort an einer Besprechung teilzunehmen, dann zu referieren, und nachher wird der General Konrad zu Ihnen bestellt und gibt an, daß er das gar nicht gesagt hat, daß es nicht geht. Es konnte sich eine solche Entscheidung doch nur auf eine Bemerkung von Konrad stützen.

Der Führer: Er durfte überhaupt gar nicht mehr hingehen, und wenn er hinging, konnte er nur aus dem einen Grunde hingehen, um den anderen zu sagen: Hören Sie, hier liegt ein klarer Befehl des Führers vor, Sie haben unter allen Umständen diesen Befehl zu befolgen,

(Keitel: So ist es gewesen!)

es ist unter allen Umständen notwendig, daß das durchgezogen wird, die Gründe sind ganz klar, die hat der Führer auseinander gesetzt, und ich kann Ihnen nur sagen: Befolgen Sie diesen Befehl absolut.

Ich bin, wie gesagt, der Überzeugung, daß das nicht geht. Aber vor allem diese Illoyalität, daß mir hier eine solche Karte vorgelegt wird! Warum spreche ich überhaupt? – Das ist der Grund gewesen, warum ich mich entschlossen habe, endlich jedes Wort mitstenographieren zu lassen. Wenn ich in der Aussprache mit dem Chef des Generalstabes des Heeres und auch mit dem Chef meines Wehrmachtstabes rede, und das wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, dann brauche ich mich gar nicht mit den Herren zu unterhalten. Warum ist dann ein Vortrag? Dann brauche ich den überhaupt gar nicht. Dann lasse ich mir in Zukunft die Papiere und sämtliche Meldungen selber vorlegen, bringe noch die Zeit auf und studiere sie persönlich durch, dann diktiere ich die entsprechenden Anweisungen, und die Sache ist behoben. Wenn ich hier, sei es vom Chef des Gene-

[105] Der Artillerist Jodl hatte 1916/17 als Oberleutnant an der Karpatenfront Erfahrung im Gebirgskrieg gesammelt. Vgl. Scheurig, Jodl, S. 14.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ralstabes des Heeres oder des Oberkommandos der Wehrmacht, einen Vortrag bekomme, und ich antworte darauf, dann ist diese Antwort darauf genau so, als wenn es ein schriftlicher Befehl wäre;

(Keitel: Kann gar kein Zweifel sein!)

sonst im anderen Fall müßte ich sagen, die Herren dürfen nichts vortragen, und ich bitte mir die Unterlagen aus, bleibe 1 oder 2 Stunden länger auf, werde das durchstudieren und werde auch damit fertig, und ich erspare dann den Vortrag.

Keitel: Da muß eine Änderung eintreten. Ich möchte deswegen in der Personalfrage folgendes sagen. Wenn Sie mir sagen, daß Sie zum General Paulus das Vertrauen haben, ist die Entscheidung im Prinzip bereits gefallen. Es heißt aber auch, sie ist in der Richtung gefallen, daß ein älterer General und nicht ein jüngerer General genommen wird. Ich hätte sonst für die andere Lösung einen jüngeren auch vorgeschlagen, von dem ich glaube, daß Sie ihm auch Vertrauen schenken[106]. Das habe ich dem Reichsmarschall gesagt, und er hat es auch zur Kenntnis genommen.

Der Führer: General Paulus kann im Augenblick nicht weggenommen werden. Er muß die Stalingrader Sache fertigmachen. Solange muß das hier bleiben, wie es ist. Die erste Umänderung, die stattfinden muß, weil wirklich keine Stunde verloren werden darf, ist der sofortige Ersatz von General*oberst Halder*.

Keitel: Das halte ich von mir aus auch für das dringendste.

Nun muß ich folgende Frage stellen: Wollen Sie nun mich behalten?

Der Führer: Selbstverständlich[107].

Keitel: An sich ist Jodl mein Untergebener, und er hat mich in diesem Fall absolut im Stich gelassen, abgesehen davon, daß er Sie natürlich im Stich gelassen hat. Insofern muß ich doch auf mich nehmen, daß er das überhaupt getan hat und daß ich selbst nicht so klug war – leider, weil ich die Besprechung mit List nicht gehört hatte –, zu sagen: Was wollen Sie da? Das hätte ich eigentlich wissen oder fragen müssen.

Der Führer: Ich muß ehrlich sagen, ich hatte das Gefühl, daß er natürlich hingeht, um meine Auffassung dort erst recht zu vertreten und auch dem, wie ich glaubte, ihm persönlich bekannten General Konrad noch besonders einzuprägen. Daß er dorthin kommt, um das zu konterkarieren, ist ein unmögliches Verfahren.

Keitel: Und wenn er das nicht von sich aus konterkariert, sondern sich die Auffassung von List zu eigen macht, so ist das untragbar.

---

[106] Unklar, wer gemeint ist.

[107] Zum Verhältnis Hitlers zu Keitel vgl. etwa Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 5, S. 360 (20. 8. 1942), über ein Gespräch mit Hitler in Vinnica: „Die höhere Generalität steht uns zum großen Teil weltanschaulich fremd, vielleicht sogar ablehnend gegenüber. Der Führer erzählt mir einige Einzelheiten seiner Arbeitsweise mit Halder, die ziemlich deprimierend sind. [...] Sehr zufrieden ist der Führer mit der Haltung Keitels. Keitel ist zwar kein großes Kirchenlicht und kein Feldherrngenie, aber ein anständiger Mitarbeiter des Führers, der die ehrliche Absicht hat, alles zu tun, was der Führer von der Wehrmacht erwartet."

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Führer: Das ist gleichgültig. Er war hier dabei. Ich habe ausdrücklich befohlen, daß das gemacht wird. Wenn man mir sagt, der Befehl war noch nicht schriftlich heraus, muß ich sagen: Unter diesen Umständen hat jede mündliche Aussprache gar keinen Sinn mehr.

Keitel: Der Befehl, den List bekommen hat. Das hat er zugegeben. List hat mir gesagt: Ich habe den Befehl bekommen und sofort weitergegeben.

Der Führer: Selbstverständlich bekommen. Ich sage nur: Wenn es jetzt so dargestellt wird, daß das nur mündlich war, daß nur schriftliche Befehle gültig sind, brauche ich gar keine Besprechung mehr. Dann wird überhaupt nach den Theorien des Generals Jodl jetzt hier ein ganz anderes Verfahren eingeleitet. Dann brauche ich aber überhaupt keine Vorträge mehr. Denn wenn ich einen Vortrag bekomme, und ich antworte darauf, so nehme ich an, daß der Vortrag von dem Betreffenden nach bestem Wissen und Gewissen mir vorgelegt wird, und meine Antwort ist dann gleich einem Befehl.

Keitel: Nicht nur Entscheidung, sondern Befehl. Das hat auch List so aufgefaßt. Er hat mir ausdrücklich gemeldet: Ich habe den Befehl vom Führer bekommen, und ich war mir nicht im Zweifel darüber, ich hätte allerdings ganz gern noch einiges zur Sprache gebracht, das war nachher nicht mehr möglich, denn der Führer hat entschieden, und dieser Befehl war für mich bindend. Dann hat er aber – das ist meine Kenntnis der Dinge – am nächsten Tage den Konrad angerufen und hat hierher den Jodl angerufen oder anrufen lassen und sagen lassen, ob er zu der Besprechung mit Konrad herüberkommen könnte, und Jodl hat in meiner Gegenwart – ich war inzwischen von Berlin zurückgekommen – Sie, mein Führer, gefragt, ob er herüberfliegen könnte. Dagegen war auch nichts zu sagen.

Der Führer: Ich war doch der Meinung, daß mein Chef, der am Vortage bei der Besprechung dabei war, sich mit Fanatismus hereinlegt und vor allem, daß er gar keine Entscheidung treffen kann, die dem entgegengesetzt ist,

(Keitel: Unmöglich ist das!)

und dann hinterher eine bereits getroffene Entscheidung, die, ich möchte sagen, mit Argumenten erhärtet wird, von denen sich nachher herausstellt, daß sie gar nicht stimmten, mir als Befehl vorlegen will. Was fällt dem denn überhaupt ein? Das ist ein Verfahren, das vollständig untragbar ist.

Keitel: Nun darf ich doch in der Gesamtkonstruktion – –

Der Führer: Ich möchte zunächst gleich *auf* die Front kommen. Das ist das wichtigste. Ich kann erstens den General Paulus nicht eher ablösen, als die Stalingrader Sache beendet ist. Das muß hier solange bleiben.

Keitel: Dann darf ich vorschlagen, wer die Führung übernehmen soll. Ich würde mich nicht besinnen, ihn vorher wegzuholen, und zwar aus folgendem Grunde. Ich würde vorschlagen als seinen Nachfolger den General v. Seydlitz[108]. Er führt im Augenblick das zentrale Korps, ist also der jetzige Träger der infanteristi-

[108] Walther von Seydlitz-Kurzbach (1888–1976), Dezember 1939 Generalmajor, Dezember 1941 Generalleutnant, Juni 1942 General der Artillerie; März 1940 Kommandeur der 12. Infanterie-Division, Mai 1942 bis Januar 1943 Kommandierender General des LI. Armeekorps, dann sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen Kampfhandlungen in Stalingrad. Er hat sich hervorragend in diesem Kampfe bewährt. Er ist ja eingesetzt worden vor Charkow, hat den Brjansker Kessel mitgemacht, war 8 Tage gelbsuchtkrank, hat sich nicht von der Front wegbegeben, hat von da aus sein Korps geführt und steht vor der mittelsten Front von Stalingrad.

Der Führer: Es ist aber auch ein anderer Grund. Wenn Stalingrad fällt, dann ist es das Verdienst ohne Zweifel des Generals Paulus. Er hat mit eisernen Nerven durchgehalten, besonders als die durchgebrochenen Panzer wieder zurückwollten. Da hat er diese ganze Verantwortung auf sich genommen[109].

(Keitel: Wie in Charkow!)

– Auch in Charkow hat er sich seinerzeit ausgezeichnet bewährt[110]. Also General Paulus verdient es, daß der Fall von Stalingrad unter allen Umständen mit seinem Namen verbunden ist, und es würde in meinen Augen ein Unrecht sein, ihn vorher wegzunehmen. Er muß so lange bleiben.

Keitel: Dann würde ich doch vorschlagen, daß man die 6. Armee an General v. Seydlitz gibt.

Ich habe auch sonst eine Reihe von Vorschlägen, über die ich Ihnen einen Überblick geben kann. Wir müssen im Herbst noch eine ganze Reihe anderer Stellen besetzen.

Der Führer: Noch ein Herr muß weg, General Ruoff[111].

Keitel: Für General Ruoff gibt es zwei Leute. Unten ist ein General Angelis[112], ein Ostmärker, der damals die Übergabe der ganzen Dinge gemacht hat, der sich bisher als Divisionskommandeur und Kommandierender General im Kriege sehr gut bewährt hat. Ich habe recht gute Urteile; der ist dort in dem Abschnitt. Der zweite, der dorthin kommen könnte, ist Konrad. Einen von den beiden würde ich vorschlagen, Konrad insofern, als er der Gebirgsmann ist und in der Gebirgskriegführung wirklich Bescheid weiß und sein Korps einsetzt. Wir könnten für Ruoff entweder den verhältnismäßig jungen Konrad nehmen oder den etwas äl-

[109] Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 511 (26. 8. 1942): „Bei Stalingrad schwere Spannungen infolge überlegener Gegenangriffe des Feindes. Unsere Divn. sind nicht mehr sehr kräftig. Die Führung ist mit den Nerven belastet. Von Wietersheim [XIV. Pz.Korps] wollte seinen zur Wolga vorgeschobenen Finger aufgeben. Paulus hat es verhindert.“ Das XIV. Panzerkorps hatte am 23. 8. 1942 die Volga an der nördlichen Stadtgrenze Stalingrads erreicht. Damit begann die Schlacht um Stalingrad, die am 31.1./2. 2. 1943 mit der Kapitulation der 6. Armee katastrophal für die deutsche Seite endete. Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 962–1063.

[110] In der Schlacht im Raum Charkov im Mai 1942 hatte die 6. Armee unter Paulus gemeinsam mit der 17. Armee (Ruoff) und der 1. Panzerarmee (Kleist) eine sowjetische Offensive abgewehrt und die sowjetischen Streitkräfte im Gegenangriff eingekesselt; vgl. ebenda, S. 852–864.

[111] Richard Ruoff (1883–1967), Mai 1939 General der Infanterie, April 1942 Generaloberst; Mai 1939 Kommandierender General des V. Armeekorps, Januar 1942 Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee, Mai 1942 bis Juni 1943 Oberbefehlshaber der 17. Armee.

[112] Maximilian de Angelis (1889–1974), August 1940 Generalleutnant, März 1942 General der Artillerie; September 1939 Kommandeur der 76. Infanterie-Division, März 1942 Kommandierender General des XXXXIV. Armeekorps, April 1944 Führung der 6. Armee, Juli 1944 Führung der 2. Panzerarmee, September 1944 Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

teren Kommandierenden General Angelis. Wenn man den tatkräftigeren nehmen will, wäre es Konrad, während man mit Angelis vielleicht an anderer Stelle als Armeeführer durchaus gute Erfahrungen machen kann. Er ist von allen drei Heeresgruppen und von den Armeen, bei denen er gewesen ist, bestens empfohlen und gelobt worden, so daß wir dort einen Vertreter haben. Ich habe mir alle Ersatzleute voll überlegt. Wenn Kleist[113] ausscheidet, muß Mackensen[114] übernehmen. Er hat das III. Korps. Wenn Ruoff ausscheidet, muß einer von den beiden *die 17. Armee* übernehmen, entweder Angelis oder Konrad.

Der Führer: Zu Kleist *fehlt* der Zeitzler. Der Ansatz dort war von Anfang an falsch. Er mußte *auf Grosny* vorstoßen und konnte dann nach rückwärts einschwenken[115]. Er konnte dort abschirmen. Im Anfang waren gar keine Kräfte des Gegners da.

(Keitel: Ich bin derselben Auffassung!)

Bei Kleist fehlt der Zeitzler.

Keitel: Der auch der große Motor in all den Dingen war. Auch dafür sind die betreffenden Dinge vorgesehen. Ich habe auch Vorsorge getroffen für alle Heeresgruppen. Ich habe mir meine Liste aufgestellt mit sämtlichen Leuten, die als Armeeführer geeignet sind.

Der Führer: Wir müssen in der Mitte, glaube ich, im Winter auch einen Wechsel eintreten lassen.

Keitel: Ich würde die Mitte unter keinen Umständen unter einem anderen in den Winter gehen lassen als unter Model[116]. Er ist der einzige Mann, der bejahend ist. In der kritischsten Lage ist er immer noch positiv und sieht Möglichkeiten. Wir müssen, bevor der Winterkrieg beginnt, dort eine Änderung vornehmen. Ich habe für diesen Fall Model im Auge. Für den Westen haben wir, wenn einmal etwas passieren sollte – man kann das mit älteren Herren nie wissen –, Haase, der bestimmt geeignet ist.

---

[113] Ewald von Kleist (1881–1954, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft), Juli 1940 Generaloberst, Januar 1943 Generalfeldmarschall; November 1940 Befehlshaber der Panzergruppe 1, Oktober 1941 Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, November 1942 bis März 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A.

[114] Eberhard von Mackensen (1889–1969), August 1940 General der Kavallerie, Juli 1943 Generaloberst; Januar 1941 Kommandierender General des III. Armeekorps (mot.), November 1942 Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, November 1943 bis Juli 1944 Oberbefehlshaber der 14. Armee.

[115] Der Vorstoß der 1. Panzerarmee (Kleist) auf Groznyj und darüber hinaus nach Machačkala und Baku an das Kaspische Meer war entgegen den großen Hoffnungen und Erwartungen Hitlers und des OKH Anfang September 1942 ebenfalls stecken geblieben. Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 947–951.

[116] Walter Model (1891–1945, Selbstmord), März 1940 Generalleutnant, Oktober 1941 General der Panzertruppe, Januar 1942 Generaloberst, März 1944 Generalfeldmarschall; November 1940 Kommandeur der 3. Panzer-Division, Oktober 1941 Kommandierender General des XXXXI. Armeekorps (mot.), Januar 1942 bis November 1943 Oberbefehlshaber der 9. Armee, Januar 1944 Führung der Heeresgruppe Nord, März 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nordukraine, Juni 1944 Führung der Heeresgruppe Mitte, August 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D und Oberbefehlshaber West, September 1944 bis April 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Führer: Im Westen würde es auch Kluge[117] machen.

Keitel: Um so besser. Dann haben wir Haase als Reserve, die wir immer brauchen. Dann würde ich Haase natürlich nach Norden nehmen, weil wir dort Ausfälle haben und weil Haase ein guter Artillerist ist. Die ganzen Fragen im Norden sind solche, die artilleristisch und mit Kampfwagen zu lösen sind. Andere Aufgaben gibt es nicht. Haase ist auch ein sehr ruhiger Mann. Er hat etwas mit dem Magen gehabt.

Der Führer: Ich lese doch seine Sachen. Das ist der Mann, der einen Auftrag, wie ich ihn List gegeben habe, richtig ausführen würde.

Keitel: Dann habe ich eine letzte Lösung für Haase, das ist die für Falkenhorst. Haase in Norwegen würde genauso sein wie Haase an der Küste. Er hat eine erhebliche Menge Erfahrung. – Ich bringe gleich einen Haufen von Gedanken, aus denen heraus wir Entschlüsse fassen müssen, z. B. Haase nach Oslo zu setzen und dem etwas zu sagen. Solche Dinge schlafen ein. Der Betreffende[118], der dort ist, glaubt, er hat alles gut und richtig gemacht. Er geht auch nicht mehr an die Prüfung der eigenen Maßnahmen heran. Wenn einmal Haase hinkommt, so ist das wirklich ein Inspizierender, wie man ihn selten findet. Er schnüffelt den ganzen Tag von einem Stützpunkt in den anderen hinein. Ich lese die Dinge seit Wochen und Monaten. Außerdem ist er auch eine Persönlichkeit, ein absoluter Kern [sic!]. Außerdem weiß er und kann er etwas artilleristisch. Der Marinemann wird ihm auch nichts vormachen. Haase läßt sich bei den Küstenbatterien kein X für ein U machen. Da bin ich ganz sicher. Er hat die ganzen Dinge mit der Marine an der Kanalküste in Ordnung gebracht.

Dann haben wir noch Rommel[119], selbstverständlich. Manstein muß absolut eine Heeresgruppe übernehmen. Die 11. Armee können wir neu besetzen, sofern wir sie überhaupt besetzen müssen. Ich darf da Ihnen eine Auswahl vorlesen. V. Salmuth[120] ist brauchbar als Armeeführer. Mackensen ist brauchbar. Ich habe neueste Urteile. Ich habe noch einmal persönlich an Model geschrieben und habe es

[117] Günther von Kluge (1882–1944, Selbstmord), Juli 1940 Generalfeldmarschall; August 1939 Oberbefehlshaber der 4. Armee, Dezember 1941 bis Oktober 1943 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Juli bis August 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D und Oberbefehlshaber West.

[118] Generaloberst Nikolaus von Falkenhorst, Wehrmachtbefehlshaber in Norwegen mit Amtssitz in Oslo.

[119] Erwin Rommel (1891–1944, erzwungener Selbstmord), Juli 1941 General der Panzertruppe, Januar 1942 Generaloberst, Juni 1942 Generalfeldmarschall; Februar 1941 Kommandierender General des Deutschen Afrika-Korps (ab August 1941 Panzergruppe Afrika), Januar 1942 bis Februar 1943 Oberbefehlshaber der Panzerarmee Afrika, Februar bis März 1943 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Tunis, August 1943 bis Oktober 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B.

[120] Hans von Salmuth (1888–1962), August 1940 General der Infanterie, Januar 1943 Generaloberst; Mai bis Dezember 1941 Kommandierender General des XXX. Armeekorps, April 1942 Führung der 17. Armee, Juni 1942 Führung der 4. Armee, Juli 1942 bis Februar 1943 Oberbefehlshaber der 2. Armee, Juni 1943 Führung der 4. Armee, August 1943 bis August 1944 Oberbefehlshaber der 15. Armee.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bestätigt bekommen. Über Vietinghoff[121], der sich im Winter im Winterkrieg hervorragend gemacht hat, dann Model vertreten hat, *als er* 3 Monate weg war, hat mir Model geschrieben: bevorzugt geeignet unter schwierigen Verhältnissen. Ich habe ihn in diesem Maße bisher nicht so erkannt. Das geht aber auf Model direkt zurück. Ich glaube, auf Model kann man sich verlassen. Er verlangt etwas von den Leuten.

Dann haben wir zur Verfügung Blumentritt. Der kriegt eine andere Aufgabe. Den halte ich auch für geeignet, sofort Armeeführer zu werden. Ferner bin ich der Auffassung, daß gar nicht erst Kommandierender General, sondern sofort Armeeführer werden können: Wöhler[122], der Chef von Kluge, der ist dafür geeignet, dann der Chef von Model, Generalmajor Krebs[123], [dann der General der Artillerie v. Loch,][124] der mir neulich wieder durch Model bestens empfohlen worden ist und den man als Armeeführer vielleicht anstelle von Busch[125] gebrauchen könnte, ein junger Generalstabsoffizier *d.h. Krebs*, der ist sehr gut.

Ich habe also sofort einen ganz klaren Plan. Ich darf einmal aufstellen die Dienststellen, die betreffenden Inhaber, die Vertreter, und wer der Reihe nach dafür in Frage kommt, so daß wir jetzt im Oktober an den Stellen, wo es möglich ist, diesen Wechsel vornehmen können, damit wir in den Winter hineingehen – nach der von Ihnen bestätigten Auffassung – mit frischen, neuen und nicht mü-

[121] Heinrich von Vietinghoff, genannt von Scheel (1887–1952), Juni 1940 General der Panzertruppe, September 1943 Generaloberst; November 1940 bis Juni 1942 Kommandierender General des XXXXVI. Armeekorps (mot.), September 1942 Führung der 9. Armee, Dezember 1942 Oberbefehlshaber der 15. Armee, August 1943 Oberbefehlshaber der 10. Armee, Oktober 1944 bis Januar 1945 Vertretung Oberbefehlshaber Südwest, Januar 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kurland, März 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C und Oberbefehlshaber Südwest.

[122] Otto Wöhler (1894–1987), Januar 1938 Oberst, Januar 1942 Generalmajor, Oktober 1942 Generalleutnant, Juni 1943 General der Infanterie; Oktober 1940 Chef des Generalstabs der 11. Armee, April 1942 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Mitte, April 1943 Kommandierender General des I. Armeekorps, August 1943 Führung der 8. Armee, November 1943 Oberbefehlshaber der 11. Armee, Dezember 1944 bis März 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd.

[123] Hans Krebs (1898–1945, Selbstmord), Oktober 1940 Oberst, Februar 1942 Generalmajor, April 1943 Generalleutnant, August 1944 General der Infanterie; Dezember 1939 Chef des Generalstabs des VII. Armeekorps, Januar 1942 Chef des Generalstabs der 9. Armee, März 1943 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Mitte, September 1944 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe B, Februar 1945 Vertretung Chef der Operationsabteilung des Generalstabs des Heeres, April 1945 Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs des Generalstabs des Heeres.

[124] Handschriftliche Klammer mit Randbemerkung: Mißverstanden! – Herbert Loch (1886–1975), März 1940 Generalleutnant, Oktober 1941 General der Artillerie; September 1939 Kommandeur der 17. Infanterie-Division, Oktober 1941 Kommandierender General des XXVIII. Armeekorps, März 1944 Führung der 18. Armee, September 1944 bis April 1945 Höheres Kommando Eifel (ab Februar 1945 Höheres Kommando B).

[125] Ernst Busch (1885–1945, in britischer Kriegsgefangenschaft), Juli 1940 Generaloberst, Februar 1943 Generalfeldmarschall; Oktober 1939 Oberbefehlshaber der 16. Armee, November 1943 Führung der Heeresgruppe Mitte, Mai bis Juni 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, März 1945 Oberbefehlshaber Nordwest, Mai 1945 Oberbefehlshaber Nord.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den Leuten. Dafür hätte man bei der 6. Armee die 3 Leute sitzen: Seydlitz, daneben Mackensen, den sie damals auch nicht weggeben wollten – dafür haben sie *Stumme*[126] herunter geschickt –, und den Konrad oder Angelis für die 17. Armee. Wenn Sie mir jetzt die Ermächtigung dazu geben, habe ich auch die Idee – ich habe mit dem Reichsmarschall vor 2, 3 Tagen gesprochen –, daß man hier einen Wechsel vornimmt. Ruoff hatte sich im Winter ausgezeichnet.

Der Führer: Es sind dort große Fehler gemacht worden im Nichterkennen des Schwerpunktes. Das war die Straße Tuapsse. Es ist oft gesagt worden. Aber ich gebe zu, wenn das natürlich der Chef des Generalstabes so wenig weitergegeben hat! Ich spreche mit dem Chef des Generalstabes nicht zu dessen persönlicher Unterhaltung, sondern mit der Erwartung, daß er das sofort weitergibt.

Keitel: Das habe ich ihm auch gesagt. Das ist nicht mehr zu ändern, mein Führer.

Der Führer: Ich habe ihm das so oft gesagt. Die Straße nach Tuapsse war der Schwerpunkt. Da geht die Eisenbahn, da ist die Pipeline. Vor dem Wintereinbruch im vergangenen Jahr war der Gedanke: Durchbruch, wenn es geht, über Rostow, Maikop, Tuapsse. Jetzt tut der General Jodl, als ob das eine ganz neue Idee war, die anscheinend erst seit ein paar Tagen aufgetreten war. Ich verlange von einem Mitarbeiter, daß er absolut blind hinter mir steht auf Hauen und Stechen, und wenn ich einen Befehl gebe, hat er nicht das Recht, einen Befehl zu konterkarieren oder eine andere Auffassung zu vertreten, sondern hat die Aufgabe, nach vorn zu gehen und dort absolut stur meine Auffassung zu vertreten. Denn er trägt ja auch nicht selber die Verantwortung. Er versucht jetzt, sich durch Schriftstücke zu decken, wollte mir dann den Befehl zuschieben.

Keitel: Mein Führer, man kann nur sagen: es ist eine Entgleisung der schlimmsten Art, wie ich sie vor 4 Wochen nicht für möglich gehalten hätte. Ich glaube, mein Führer, Sie haben ihn früher auch anders eingeschätzt,

(der Führer: Ja)

aber ich habe das Gefühl – ich darf *das* als der ältere von uns beiden sagen, ich bin ja 10 Jahre älter als Jodl –: ich habe mich verleiten lassen, ich hätte viel früher dagegen angehen müssen. Ich habe es in der letzten Zeit mehrfach getan, bin ein- oder zweimal in Ihrer Gegenwart General Jodl in harter Form angegangen, als er bei Tisch Behauptungen aufstellte über Dinge, die er gar nicht kannte; er wußte gar nichts davon – er hatte es mir nachher zugegeben –, als gesprochen wurde über den Etat der Wehrmacht. Er kannte nur den 500 000-Mark-Etat, den er vertreten hat wegen aller möglichen kleinen Kleckerklütgen, die er gemacht hat: schienengleiche Bahnübergänge sollten beseitigt werden, bei der Reichspost sollten bestimmte Sachen gebaut werden.

Der Führer: Gerade diese Sache. Der Reichsmarschall hat eine Wut dabei gekriegt; er sagte: Das ist das Tollste, was es überhaupt gibt.

[126] Georg Stumme (1886–1942, gefallen), Juni 1940 General der Kavallerie; Februar 1940 bis Juli 1942 Kommandierender General des XXXX. Armeekorps (mot.), September bis Oktober 1942 Führung der Panzerarmee Afrika.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Keitel: Ich darf wohl sagen: ich war hinterher so erregt über diese Dinge. Ich glaube, Sie werden sich erinnern, daß ich über Tisch gesagt habe: General Jodl, wie können Sie solche Behauptungen aufstellen, Sie haben von den Dingen gar keine Ahnung! – Das war immerhin in Ihrer Gegenwart, da liebt man nicht, einen Untergebenen in dieser Form zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist mir damals passiert – ich habe den Abend eine außerordentlich harte Aussprache mit ihm gehabt. Das lag nicht auf operativem Gebiet, sondern geschah aufgrund einer ziemlich unerhörten Bemerkung. Wenn man etwas nicht weiß, soll man darüber kein Urteil abgeben. Das habe ich ihm einige Male direkt vorgeworfen, daß er so gewisse nonchalante Urteile abgibt, ohne überhaupt etwas zu wissen und die Vorgänge zu kennen. Das sind die Dinge gewesen, die ich zu beanstanden hatte, die ich korrigiert habe. Aber in dieser Frage muß ich Ihnen gegenüber einräumen: ich habe ihn allmählich immer mehr hineinwachsen lassen in die Stellung, wenn ich es so ausdrücken soll, eines Generalstabschefs der Wehrmacht. Das war meine Idee und mein Wunsch auch.

Der Führer: Der Fall hier ist natürlich ein sehr schwerer Fall;

(Keitel: Er ist ungeheuer schwer!)

denn es sind so viele Fehler, eine solche Unsumme von Fehlern sind passiert, selbst von Generalfeldmarschall von Bock[127], der sich auch einfach hinwegsetzt über einen gegebenen Befehl[128].

Keitel: Sie haben meinem Wunsche sofort entsprochen; wir sind am nächsten Tage gleich hingefahren.

Der Führer: Er versäumt dadurch 4, 5 Tage! Wo es sich um jeden Tag handelt, den Russen zu fangen und zu vernichten, bleibt der mit den 4 besten Divisionen, vor allen Dingen mit der 24. Pz.-Div. und der „Großdeutschland“ oben hängen, verbeißt sich in Woronesh. Ich sage noch: Drücken Sie garnicht, wenn Sie irgendwo Widerstand sehen, gehen Sie südlich an den Don, das ist gleichgültig, entscheidend ist: schnell nach Süden, daß wir tatsächlich den Gegner in die Klammer hineinkriegen! – Nein, der Mann tut das reine Gegenteil. Dann kam das Unglück, ein paar Tage schlechtes Wetter – zu einem Unglück das andere damals

[127] Fedor von Bock (1880–1945, durch Tieffliegerangriff), Juli 1940 Generalfeldmarschall; Juni bis Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Januar bis Juli 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd (Juli 1942 Heeresgruppe B).

[128] Zum Konflikt über die Weiterführung der Operationen Anfang Juli 1942 vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 876–885. Während Bock durch die Einnahme von Voronež zunächst seine Flanke sichern wollte und dadurch das XXXXVIII. Panzerkorps band, forderten Hitler und Halder einen zügigen Vorstoß nach Süden. Am 3. 7. 1942 reiste Hitler in das Hauptquartier der Heeresgruppe Süd nach Poltava und drängte Bock, ohne Rücksicht auf das Ziel Voronež schnell zum Don vorzugehen. Als sich der Vormarsch weiter verzögerte, wurde Bock von Hitler und Halder dafür verantwortlich gemacht, dass die erste Phase der „Operation Blau“ nicht zur erhofften großen Umfassungsschlacht geführt hatte, und musste am 13. 7. 1942 gehen. Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 480 (13. 7. 1942): „Die Schuld an dieser Verzögerung wird darin gesehen, daß 24. Pz.Div. und ‚Großdeutschland‘ trotz des Einspruchs des Führers noch nach Woronesh hineingehetzt wurden und ihr Freiwerden sich dadurch verzögert hat.“

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

–, dadurch hat der Russe plötzlich 8, 9 Tage Zeit gewonnen, in denen er sich aus der Schlinge herausziehen konnte.

(Keitel: Dann kam der neue Ansatz der 6. Armee.)

– Die ganze Geschichte ist von vornherein schief gelaufen.

Die größte Enttäuschung habe ich mit List erlebt. Schon sein Ansatz von Norden gegen Rostow war natürlich ein Wahnsinn[129]. Er hat erklärt: man könne an der Küste nicht entlang. Es hat sich herausgestellt, daß das ohne weiteres ging; denn eine einzige SS-Division, die Division „Wiking", ist [an] der Küste entlang und sofort in die Stadt eingebrochen. Links von ihr stand die 13. Pz.-Div. Wenn man die gleich zusammengefaßt hätte, wären beide Divisionen von links hinein und wir hätten noch wer weiß was abgeschnitten. So drückt der durch. Die derzeitige Führung ist haarsträubend gewesen, dieses Zersplittern der Verbände, dieses Fallenlassen jedes Schwerpunkts, wobei man wissen konnte, daß der Gegner in dem Zwischengelände mit Einzeltrupps, aber nie mit Massen kommen konnte. Aber diese Sache ist für mich nicht entscheidend.

(Keitel: Trotzdem habe ich die Bedeutung – –)

– Die Fehler sind sehr groß, aber was jetzt gemacht wurde, ist katastrophal, daß man herumzieht, eine Verzögerung sondergleichen, gar keine Gewißheit, ob diese 5, 6 Bataillone wirklich zum Tragen kommen, dafür aber die Sicherheit, daß der andere 7, 8 Divisionen nachfahren kann, die wir ihm hätten abschneiden können. Es ist ein haarsträubender Vorgang! Entweder man brach gleich bei Tuapsse durch, oder man mußte, nachdem man sich durch Jodls eigene Vorschläge auf die andere Sache begab, dort an einer Stelle durchbrechen, aber nicht an 7 Stellen, sieben! Jetzt auf einmal – heute! – höre ich folgendes: Erstens einmal die Pässe müssen in Besitz genommen werden, kolossal wichtig! – Heute sagt Halder: Da vorn ist ein kleiner Leutnantskrieg. Also für einen kleinen Leutnantskrieg gebe ich die beiden besten Gebirgsdivisionen, überhaupt die beste Gebirgsdivision – die 1. bayerische ist die beste –, die gebe ich dazu her, daß man vorn einen kleinen Leutnantskrieg führt!

(Keitel: Ich glaube, er wollte damit nur sagen, daß da kein Gegner ist.)

– Daß da nichts los ist, ist klar; der andere kommt auch nicht herüber.

Keitel: Ich möchte noch einmal fragen: wenn die Sache mit Stalingrad zu Ende ist, wird der General Paulus sofort geholt? – Nun frage ich: Soll man General Jodl an die Front schicken oder nicht mehr verwenden, wollen Sie ihn verabschiedet haben?

Der Führer: Ich weiß nicht.

Keitel: Ich dachte, man soll ihm ein Korps geben, er kann sich letzten Endes als Kommandierender General noch bewähren. Ich wollte zunächst fragen.

[129] Vgl. ebenda S. 489 (23. 7. 1942): „*Führervortrag:* Nachdem er selbst gegen meinen Willen am 17.7. die Zusammenballung von schnellen Verbänden auf Rostow befohlen und am 21.7. die Abgabe der 24. Pz.Div. an die 6. Armee gefordert hat, ergibt sich nun auch für das Laienauge [Hitlers] eine sinnlose Zusammenballung von Kräften schneller Verbände in Rostow und ein Verhungern [allzugroße Schwäche] des wichtigen äußeren Flügels bei Zymljanskaja. Vor beidem habe ich eindringlich gewarnt. Nun, wo das Ergebnis mit Händen zu greifen ist, Tobsuchtsanfall mit schwersten Vorwürfen gegen die Führung."

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Führer: Ich weiß nicht, wo man ihm ein Korps geben soll.

Keitel: An der Front Heeresgruppe Mitte oder irgendwo. Wir haben dauernd Stellen frei. Vielleicht in Norwegen? Bei Rowaniemi sitzt General Weißenberger[130] [sic!] – Dietl hat mir einen Brief geschrieben: er ist Professor, kein Führer.

Der Führer: Da in Norwegen herum? Sein Bruder[131] ist beim Dietl. Ich halte das nicht für gut; wenn der Jodl eine Meinung hat, überträgt er sie über seinen Bruder auf Dietl, und Jodl hat oft Meinungen, die falsch sind.

Keitel: Das sehe ich ein. Ich habe nicht an den Bruder gedacht. Ich dachte nur, das Korps Weißenberger ist auch ein Gebirgskorps. Man könnte ihm auch das Korps Konrad geben oder …[132] als kommandierenden General. Wenn wir Konrad als Nachfolger von Ruoff nehmen, haben wir sofort Lanz[133] an Ort und Stelle; er ist besonders geeignet. Wir haben ihn sofort da, haben einen erstklassigen Nachfolger bereit. Wenn also der Entschluß fällt, das sofort zu machen, kann man Konrad die Armee, Lanz das Gebirgskorps geben. Er ist sehr tüchtig, ein guter General, Sie haben persönlich einen sehr guten Eindruck von ihm gehabt, und ich kann mich für ihn im vollen Maße einsetzen, habe überall gehört, er ist hervorragend. Er ist Kommandeur der 1. Gebirgs-Div. Ihm kann man das Gebirgskorps geben. Es braucht nicht im Augenblick zu sein, aber wenn die Frage überhaupt von Ihnen bejaht wird, ihm ein Korps zu geben, würde man es tun.

Der Führer: Ich möchte die ganzen Änderungen mit Zeitzler besprechen, wenn der zurück ist.

Keitel: Dann darf ich bitten, daß ich dabei bin, bei dieser ganzen Personalbesprechung.

Der Führer: Selbstverständlich. – Ich kann Ihnen nur eines sagen: ich leide unter dem Vortrag zum Beispiel von Halder. Der Heusinger ist doch eine ganz andere Persönlichkeit. Es wäre besser gewesen, Heusinger machte den Vortrag; er hat einen klaren Vortrag. Vor allen Dingen: Halder kann ja nicht unterscheiden, ob ein Angriff mit 200, mit 100 Mann, mit 6 Bataillonen oder 2 Divisionen gemacht wird. Er sieht Druckstellen. Wenn man der Sache auf die Spur geht, haben 200 oder 300 Mann angegriffen. Da sieht er Druckstellen, an anderen keine, bis es

130 Karl Weisenberger (1890–1952), Januar 1940 Generalleutnant, April 1941 General der Infanterie; Oktober 1939 Kommandeur der 71. Infanterie-Division, März 1941 Kommandierender General des LIII. Armeekorps, November 1941 Kommandierender General des XXXVI. Gebirgskorps, August 1944 Befehlshaber im Wehrkreis XIII (Nürnberg).

131 Ferdinand Jodl (1896–1956), November 1940 Oberst, Februar 1942 Generalmajor, September 1943 Generalleutnant, September 1944 General der Gebirgstruppe; Oktober 1940 Chef des Generalstabs des XXXXIX. Gebirgskorps, Januar 1942 bis März 1944 Chef des Generalstabs der 20. Gebirgsarmee, Mai 1944 Kommandierender General des XIX. Gebirgskorps, November 1944 Führung der Armeeabteilung Narwik.

132 Leerstelle, nicht nachträglich ausgefüllt.

133 Hubert Lanz (1896–1982), November 1940 Generalmajor, Dezember 1942 Generalleutnant, Januar 1943 General der Gebirgstruppe; Oktober 1940 Kommandeur der 1. Gebirgs-Division, Januar 1943 Befehlshaber der Armeegruppe Lanz, Juni 1943 Führung des XXXXIX. Gebirgskorps, September 1943 Kommandierender General des XXII. Gebirgskorps.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu spät ist, bis plötzlich eine Katastrophe kommt. Aber das wird alles anders werden!

Keitel: Darf ich nur fragen: wenn Zeitzler kommt, sprechen Sie zunächst mit ihm für sich, sprechen sich mit ihm aus, dann wird er von Ihnen direkt herangezogen werden, sofort? – Dann würde ich Generaloberst Halder sofort benachrichtigen, daß er zunächst auf Urlaub geht, und werde ihn dann verabschieden. Irgendwelche Verwendung – –

Der Führer: Unmöglich! Ich halte ihn nicht für fähig, eine Division zu führen!

Keitel: Vielleicht im Westen, Blaskowitz[134] ersetzen? Das wäre vielleicht noch eine Tätigkeit gewesen, mehr eine Tätigkeit hinter der Front, die Ausbildung der Ersatzbataillone zu inspizieren. Da müßte er natürlich diese Bezeichnung bekommen. Ich sage es jetzt nur, ich werde es noch einmal vortragen.

Nun ist mir vom Reichsmarschall noch einmal wieder gesagt worden: das, was Sie im Frühling oder Januar gesagt haben – –

Der Führer: Einen Moment, ich will Ihnen nur etwas zeigen, was so charakteristisch ist. Lassen Sie mal feststellen, von wem der Artikel stammt. Hier ist die „Nationalzeitung Basel". Das ist in Schweden [sic!] erschienen und geht durch die ganze internationale Presse hindurch. Sie müssen sich das Wort für Wort durchlesen.

(Keitel: Schon die ersten Worte ... Schöpfer der deutschen Reichswehr ..., – das hat doch ein Offizier geschrieben?!)

– Ist ganz klar!

Keitel: Ich darf es lesen und Ihnen persönlich wieder abgeben.

Nun darf ich auf die Sachen kommen, die ich noch vortragen wollte. Sie hatten mir schon im Januar gesagt, gleich nachdem Brauchitsch weg war: Wechsel im Chef des Personalamts. Ich darf dazu melden: es ist alles fertig. Ich habe das Personalamt von unten umgebaut, und zwar nach meinen Auffassungen umgebaut, das heißt, ich habe mir diejenigen Leute, die die Hauptabteilungen der Offiziersstellen-Besetzungen machen, General von Drabich-Waechter[135], Oberstleutnant Gebb[136] usw. bei meinen Reisen nach Berlin persönlich angesehen, mit ihnen gesprochen. Die Leute sind zum Teil schon heraus. Gebb ist weg; es übernimmt ein

[134] Johannes Blaskowitz (1883–1948, Selbstmord in britischer Kriegsgefangenschaft), Oktober 1939 Generaloberst; Mai 1940 Oberbefehlshaber der 9. Armee, Oktober 1940 Oberbefehlshaber der 1. Armee, Mai bis September 1944 Führung der Armeegruppe G, Dezember 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe G, Januar 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe H, April 1945 Oberbefehlshaber Niederlande.

[135] Viktor von Drabich-Waechter (1889–1944, gefallen), August 1940 Generalmajor, August 1942 Generalleutant; Oktober 1940 bis September 1942 Chef der Amtsgruppe Pl. im Heerespersonalamt, Juni 1943 bis August 1944 Kommandeur der 326. Infanterie-Division.

[136] Werner Gebb (1896–1952, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft), Januar 1939 Oberstleutnant, Dezember 1941 Oberst, Juli 1944 Generalmajor; Oktober 1940 Abteilungschef im Heerespersonalamt, Oktober 1943 Kommandeur des Infanterie-Regiments 116, Juni bis August 1944 Kommandeur der 9. Infanterie-Division, dann sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Oberst Burgsdorf[137] [sic!], den Schmundt und ich ausgesucht haben. Schon damals habe ich die ganzen Fragen mit Schmundt besprochen. Burgsdorf ist ein besonders guter Mann. Ich kann für ihn, insbesondere was seine innere Haltung und Einstellung zur Partei und nationalsozialistischen Idee anlangt, meine Hand ins Feuer legen. Der soll der sogenannte Amtsgruppenleiter oder Amtschef sein, der die Offiziersstellen-Besetzung bei Generalen, Divisionen usw. übernimmt. Er ist seit dem Juli da in der Einarbeitung, ist hier, nicht in Berlin in der, ich möchte sagen „Schmiede", sondern an Ort und Stelle, um diese ganzen Dinge mitzuerleben. Er hat Frontreisen gemacht, ist bei sämtlichen AOK's [Armeeoberkommandos] gewesen, hat mit den Befehlshabern, den einzelnen Divisions-Kommandeuren gesprochen. Er ist nach meiner Auffassung eine besonders gute Wahl. General von Drabich-Waechter verschwindet. Der Chef des Personalamts ist so mit der Umordnung nach meinen persönlichen Direktiven – da ist ja mein Bruder[138] – fix und fertig, so daß jeden Tag der Befehl gegeben werden kann: der und der übernimmt das Personalamt.

Ich darf noch melden: ich hatte General von *Bernuth*[139] vorgesehen. Das wäre nach der Auffassung insbesondere auch von Schmundt ein vorzüglicher Personalamtschef gewesen. Er ist damals mit dem Storch[140] während der Offensive abgestürzt und verbrannt, ist nicht mehr da. Ich hatte mit ihm über diese Dinge gesprochen.

Nun habe ich mit Schmundt noch einmal gestern abend und teilweise heute früh gesprochen. Er hat mir gesagt: „Der Führer hat mir erneut gesagt, er wünsche, daß ich diese Aufgabe übernehme. Das ist schon damals gewesen". – Mein Führer, die Übergabe kann jeden Tag erfolgen. Ich habe heute morgen den Chef des Personalamts hierher kommen lassen, noch vor dem Abflug von *Schmundt*.

Der Führer: Es handelt sich bei mir um folgendes: ich möchte den Chef des Personalamts eigentlich bei mir haben[141]. Er muß bei allen unseren Bespre-

[137] Wilhelm Burgdorf (1895–1945, Selbstmord), September 1940 Oberst, Oktober 1942 Generalmajor, Oktober 1943 Generalleutnant, November 1944 General der Infanterie; Mai 1940 Kommandeur des Infanterie-Regiments 529, Mai 1942 Abteilungschef im Heerespersonalamt, Oktober 1942 Stellvertretender Chef des Heerespersonalamts, Oktober 1944 Chef des Heerespersonalamts und Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler.

[138] Bodewin Keitel (1888–1953), April 1940 Generalleutnant, April 1941 General der Infanterie; März 1938 bis September 1942 Chef des Heerespersonalamts, März 1943 bis November 1944 Befehlshaber im Wehrkreis XX (Danzig), April 1945 Inspekteur des Fürsorge- und Versorgungswesens.

[139] Julius von Bernuth (1897–1942, gefallen), Dezember 1940 Oberst, April 1942 Generalmajor; Juni 1941 Verbindungsoffizier des OKH bei der Heeresgruppe Süd, Januar 1942 Chef des Generalstabs der 4. Armee, April bis Juli 1942 Chef des Generalstabs der 4. Panzerarmee.

[140] Das Kurzstartflugzeug Fi 156 „Storch" (auch: „Fliegender Kübelwagen") der Gerhard-Fieseler-Werke wurde von der Wehrmacht an allen Fronten als Nahaufklärer und, wichtiger noch, als Kurier- und Verbindungsflugzeug verwendet.

[141] Schmundt wurde am 1. 10. 1942 unter Beibehaltung seiner Dienststellung als Chefadjutant der Wehrmacht zum Chef des Heerespersonalamts ernannt. Vgl. Bradley/Schulze-Kossens (Hrsg.), Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamtes, S. 2 (2. 10. 1942): „Durch die Ernennung des Generalmajor Schmundt, der dem Führer unmittelbar untersteht, war zum Nutzen der Sache die zu erstrebende unmittelbare Unterstellung unter den Führer herge-

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

chungen dabei sein, muß aber auch persönlich Frontreisen unternehmen, muß nach vorn gehen und sich da vorn die Dinge ansehen, muß die Divisionskommandeure in ihrer Tätigkeit sehen, muß Vorschläge unterbreiten können und muß auch ein Bild meiner Beurteilung der Lage bekommen, muß sich das aufnotieren und muß von allen Dingen ein Bild kriegen. Es genügt, wenn er da drüben einen Vertreter hat, dem er seine Anweisungen gibt.

Keitel: Er würde – ich habe auch mit meinem Bruder gesprochen – der Chef des Heerespersonalamts sein, gleichzeitig als Ihr Chefadjutant, und hat einen Stellvertretenden Chef des Personalamts, für den ich Oberst Burgsdorf vorgesehen habe. Oberst Burgsdorf ist ein junger Frontkommandeur, in der Front als Infanterie-Regimentskommandeur mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, an der Front gewesen bis Ende April. Dann habe ich ihn herausziehen lassen, mir ihn angesehen. Am 1. Juli war er im Personalamt zur Übernahme dieser Dinge. Die Konstruktion mit den Abteilungsleitern müßte noch etwas anders werden, aber das sind interne Sachen, die Sie uns absolut überlassen.

Der Führer: Ich möchte nur eines endgültig gleich: daß das Personalamt des Generalstabs – –

Keitel: ~~Wird aufgelöst~~, verschwindet bei der Gelegenheit sofort, denn es muß als Gruppe in das Personalamt, – – also das gibt es nicht, das hat es nie gegeben, darf es niemals geben; es bildet sich ein Offizierkorps im Offizierkorps.

Der Führer: Es können nicht zwei Staaten im Staate sein[142]!

Keitel: Ich habe Sie nicht mit den Dingen belasten wollen. Wie oft habe ich mit Halder gesprochen: Geben Sie diese Generale frei! Die mußten längst Divisionen geführt haben. Sie werden jetzt Armeeführer werden müssen, sind die besten Leute, die wir haben. Aber es wäre besser für die Leute selber, wenn sie zwi-

stellt worden. Diese organisatorische Änderung war umsomehr notwendig, als der Führer eine grundlegende Änderung in der Handhabung der Personalpolitik befohlen hatte. *Erfahrung:* Die Personalunion beider Stellungen wirkt sich in jeder Richtung zu Gunsten des Heeres aus. Das unmittelbare Vortragsrecht und die Anwesenheit bei den täglichen Lagebesprechungen lassen ein sofortiges Handeln zu bezw. ermöglichen, vorausschauende Maßnahmen in Hinblick auf Führungsabsichten einzuleiten."

142 Vgl. ebenda, S. 6 (5. 10. 1942): „Mit der Durchführung des Wechsels des Chefs des Heerespersonalamts ordnete der Führer an, daß die Personalien der Generalstabs-Offiziere in der Bearbeitung verantwortlich in die Hand des Chefs HPA übergehen. Zu der Frage des Generalstabs an sich legte der Führer seinen Standpunkt fest, den er in Zukunft durchgeführt wissen will: a) Es gibt nur ein Offizierkorps. Den tüchtigsten Offizieren muss eine zusätzliche Ausbildung gegeben werden, die sie befähigt, frühzeitig hohe Truppenführerstellen auszufüllen. b) Eine zahlenmässige Begrenzung ist bei der Ausbildung nicht vorzunehmen, sondern die tüchtigsten Truppenoffiziere haben eine zusätzliche Ausbildung zu erhalten. – Zur Vermeidung der Truppenfremdheit der Generalstabsoffiziere muss die Zahl der zur Verfügung stehenden Offiziere so gehalten sein, dass ein ständiger gesunder Rhythmus zwischen Generalstabs- und Frontverwendung gewährleistet ist. Diese Truppenoffiziere mit zusätzlicher Generalstabsausbildung müssen in grossen Sprüngen befördert werden, damit sie als junge Generale, körperlich und geistig unverbraucht, zur Führung grösserer Einheiten zur Verfügung stehen. Es ist eine Sünde wider den Geist, wenn derartige Führerpersönlichkeiten nur in Stabsstellungen verbraucht werden und damit ihrem eigentlichen Element, der Truppenführung, entzogen werden."

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schendurch Korps geführt hätten. Er hat aber keinen weggelassen, ob er Greifenberg[143] [sic!] hieß, keinen hat er weggelassen, hing an ihm wie eine Klette und ist erst zur Vernunft gekommen, als ich ihm bewiesen habe, nach Ihren Weisungen, Regimentskommandeure aus der Front zu Generalen und Divisionskommandeuren zu machen, so daß die sogenannten Vorpatente, die die Herren Generalstabsoffiziere besaßen, von den Frontsoldaten überholt worden sind. Darauf legten sie die Ohren an. Selbstverständlich sind sie als Generalstabsoffiziere *nicht schlecht*; da es eine Auslese sein soll, mußten sie schon längst in der Front sein, eine Brigade, eine Division oder ein Korps führen.

Dann sind Sie einverstanden, daß ich diese Überführung vorbereite, vielleicht mit dem 1. Oktober, sodaß am 1. Oktober Schmundt das übernimmt. Das ist soweit alles fertig, macht gar keine Schwierigkeiten, man braucht nur den Tag zu bestimmen.

Ferner erbitte ich Ihr Einverständnis, daß er entscheidet, wann der jetzige Chef des Personalamts nicht mehr benötigt wird.

Drittens darf ich vorschlagen, dem Chef des Personalamts einen Urlaub zu erteilen zur Wiederherstellung der Gesundheit. Es ist ein bißchen mit dem Arm kaputt, hat eine Lähmung im Arm. Das hat er alles brav und ordentlich getragen.

Zum Schluß darf ich bitten, daß er noch Stellvertretender Kommandierender General werden kann, wenn er es gesundheitlich kann. Er ist ein absolut loyaler Mann, steht vollkommen hinter Ihren Gedanken. Das haben mir auch alle Männer, mit denen ich gesprochen habe, bestätigt, Gauleiter und Reichsführer[144] haben es mir gesagt. Ich habe gestern mit dem Reichsführer über die Dinge gesprochen, über die Veränderung, auch über Herrn Drabich-Waechter, der mir schon lange nicht paßt, jetzt verschwindet und herauskommt. Das möchte ich in dieser Form vorbereiten: Ein Stellvertretender Chef, Personalgruppe-*Generalstab* kommt herein[145], Herr von Zielberg[146] [sic!] muß verschwinden. Ich wünsche einen Vorschlag nachher von Zeitzler, mit dem ich besprechen werde, wer die Gruppe übernimmt. Ich habe ein paar Leute im Auge, die geeignet erscheinen, auch mit

[143] Hans von Greiffenberg (1893–1951), August 1940 Generalmajor, April 1942 Generalleutnant, April 1944 General der Infanterie; Mai 1941 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Mitte, April 1942 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe A, Oktober 1943 Militärattaché in Budapest, April 1944 Bevollmächtigter General der deutschen Wehrmacht in Ungarn.

[144] Heinrich Himmler (1900–1945, Selbstmord), u. a. ab Juni 1936 Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Oktober 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, August 1943 Reichsinnenminister, Juli 1944 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung.

[145] Ab 17. 11. 1942 wurden die Personalien der Generalstabsoffiziere in der neu geschaffenen Unterabteilung P3 des Heerespersonalamts statt im Generalstab des Heeres bearbeitet.

[146] Gustav Heistermann von Ziehlberg (1898–1945, hingerichtet), Februar 1941 Oberst, August 1943 Generalmajor, Juni 1944 Generalleutnant; Dezember 1939 bis November 1942 Chef der Zentralabteilung des Generalstabs des Heeres, damit zuständig für die Personalien der Generalstabsoffiziere, Januar 1943 Kommandeur des Grenadier-Regiments 48, Mai bis Dezember 1943 Kommandeur der 65. Infanterie-Division, April bis Oktober 1944 Kommandeur der 28. Jäger-Division.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Scherff[147] besprochen, ein Oberst im Range und der Alterslage von Scherff, unter der Autorität und alleinigen Vertretung durch den Chef des Personalamts.

Und nun eine Frage, die die oberste Führung und diese Dinge betreffen: Soll ich Ihnen da noch einen Vorschlag unterbreiten[148]?

Der Führer: Bleibt so, wie es bisher gewesen ist.

Keitel: Dann darf ich nur noch melden, mein Führer, daß wir in dieser Zeit, seitdem ich von Ihnen diese Aufgabe habe[149], 177 Generale verabschiedet haben als überaltert und für die Stelle nicht mehr geeignet, darunter 66 aktive Generale. Das andere sind Herren in Dienststellen der Heimat. 8 haben jetzt die Kündigung bekommen, so daß wir am 1. Oktober in der Zeit seit 1. Februar 185 Generale von ihren Stellen entfernt haben.

Diese Sache läuft automatisch weiter, aber natürlich immer im Zusammenhang mit dem Anfall der wiedergenesenden, aus der Ostfront zum Teil durch Verwundung freiwerdenden Leute, die deren Stellen besetzen. Dafür werden die Stellen vorgesehen.

Von Wehrkreisbefehlshabern sind nur noch 3 da. Der nächste, den ich ersetzen möchte – dazu möchte ich ihre Genehmigung haben –, ist General von Giehnant[150] [sic!] im Generalgouvernement. Den möchte ich durch den General Hänecke[151] [sic!] ersetzen. Der hat im Wolchow-Kessel gekämpft, zwar nicht mehr ganz jung, aber hervorragend bewährt. Ich habe gestern zufällig mit dem Reichsführer über ihn gesprochen; er ist der Schwiegervater von Dietl, seine Tochter ist mit Dietl verheiratet. Also ein ordentlicher Mann, den ich als Wehrkreisbefehlshaber ins Generalgouvernement haben möchte.

[147] Walter Scherff (1898–1945, Selbstmord), April 1939 Oberstleutnant, September 1941 Oberst, September 1943 Generalmajor; Februar 1941 Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung im OKW, Mai 1942 Beauftragter des Führers für die militärische Geschichtsschreibung.

[148] Diese Frage zielte offensichtlich auf eine nochmalige Bestätigung, dass Hitler ihn, Keitel, als Chef des OKW behalten wollte.

[149] Mit dem Wechsel des Oberbefehls über das Heer von Brauchitsch auf Hitler am 19. 12. 1941 hatte Keitel die „ministeriellen Geschäfte“ (Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 354) des Oberbefehlshabers des Heeres übernommen. Seither unterstand ihm auch das Heerespersonalamt, das von seinem Bruder Bodewin Keitel geführt wurde. Hitler zog aus der Krise vor Moskau den Schluss, dass ältere, „überforderte“ durch jüngere, fronterprobte Generale ersetzt werden müssten. Vgl. Hürter, Heerführer, S. 347–349; Förster, Wehrmacht, S. 103–109.

[150] Curt Ludwig Freiherr von Gienanth (1876–1961), September 1940 General der Kavallerie; Juli 1940 Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, Juli bis September 1942 Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement.

[151] Siegfried Haenicke (1878–1946, in sowjetischer Haft), November 1941 Generalleutnant, April 1942 General der Infanterie; August 1938 Kommandeur der 61. Infanterie-Division, April bis Juni 1942 Kommandierender General des XXXVIII. Armeekorps, Oktober 1942 Befehlshaber Heeresgebiet Generalgouvernement, September 1944 Befehlshaber des Höheren Kommandos 384 im Generalgouvernement.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dann habe ich nur noch Berlin, ferner den kranken Schrott[152] [sic!] und einen in Salzburg, den Schaller[153]. Dafür suche ich Leute heraus, die heute auch in der Aufgabe Reichskommissar=Gauleiter geeignet sind. Andere kann ich nicht gebrauchen. Wenn einer versagt, wird er sofort abgelöst.

Dann darf ich darnach die Listen aufstellen – ich habe, wie gesagt, alles täglich zur Hand – für Armeeführer, Kommandierende Generale, der Reihe nach aufgeführt, so daß keinen Augenblick Pause eintritt.

Für Paulus schlage ich nochmals und endgültig Seydlitz vor als Führer der 6. Armee. Er ist hervorragend, wird von allen Leuten als ein ungewöhnlich tüchtiger Soldat beurteilt. Früher hätte man das niemals geglaubt. Er war vor dem Kriege jahrelang Kommandeur der Reitenden Abteilung im Heer, war ein bißchen pferdenarrisch geworden, hat aber in diesem Kriege die äußerste Härte, größte Entschlossenheit und die besten Führereigenschaften gezeigt.

Für Haase setze ich mich auch noch einmal ein.

Der Führer: Es ist so: wenn Kluge – –

(Keitel: wir müssen unter allen Umständen vor dem Winter fertigwerden.)

– Kluge muß vor dem Winter weg, aber dem möchte ich genau wie seinerzeit Rundstedt[154] sagen, daß ich ihn noch wieder verwenden werde.

(Keitel: Dann kann ich bei Gelegenheit einmal herüber?)[155]

– Es kann einmal bei Rundstedt plötzlich einen Klaps geben. Im Westen, glaube ich, würde der Kluge die Sache gut machen.

Keitel: Er ist beweglich, hat aber keine Härte; in der Beziehung ein Blender.

Führer: Die 4. Armee hat er gut geführt.

Keitel: Ich darf daran erinnern: ich habe im Falle List einen sehr unglücklichen Rat gegeben[156], aber im Falle Kluge einen guten. Sie hätten ihn im vorigen Jahre beinahe für eine Stelle genommen, wofür er nicht geeignet war. Da habe ich damals so scharf widersprochen und das Wort „Blender“ zum ersten Mal gebraucht. Es hat sich als Tatsache erwiesen. Ich bilde mir nichts darauf ein, ich mußte ihn kennen. Wir sind zusammen 12 Jahre Leutnant in einem Regiment

[152] Walther Schroth (1882–1944, verunglückt), Februar 1938 General der Infanterie; Februar 1938 bis Februar 1942 Kommandierender General des XII. Armeekorps, Mai 1942 Befehlshaber im Wehrkreis IV (Dresden), Mai 1943 bis Oktober 1944 Befehlshaber im Wehrkreis XII (Wiesbaden).

[153] Hubert Schaller-Kalide (1881–1976), Dezember 1940 General der Infanterie; September 1939 bis Januar 1943 Befehlshaber im Wehrkreis XVIII (Salzburg).

[154] Gerd von Rundstedt (1875–1952), Juli 1940 Generalfeldmarschall; Juni bis Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, März 1942 bis Juli 1944 sowie September 1944 bis März 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D und Oberbefehlshaber West,

[155] Sinn unverständlich.

[156] Vgl. Görlitz (Hrsg.), Keitel, S. 304 f., über die Besetzung des Oberbefehls der Heeresgruppe A im Juli 1942: „Halder und ich schlugen – unabhängig voneinander – Fm. List vor. Hitler konnte und konnte sich nicht entschließen, ohne zu sagen, was er gegen ihn hatte. Als es höchste Zeit war, endlich zu entscheiden, hatten Halder und ich gemeinsam eine Unterredung allein mit Hitler; nach langem Zögern willigte er ein.“

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gewesen[157]. Diese Eigenschaften ändern sich im späteren Leben nicht mehr. Was er als Leutnant damals war, war er als Kommandierender General und jetzt als Armeeführer.

Ich habe nun noch eine Reihe von Urteilen, die ich aber jetzt nicht vorzutragen brauche.

Dann noch die organisatorische Frage, mein Führer: Wenn Sie den General Paulus in diesem Falle zum Chef des Wehrmachtsführungsstabes machen, wollen Sie ihn dann doch, ich möchte einmal sagen, von mir insofern etwas mehr lösen, daß er Ihnen persönlich verantwortlich ist? Jetzt ist es nach der reinen Organisation eigentlich doch so, daß er mir direkt untersteht, und die Verantwortung für das, was er tut, mußte ich Ihnen gegenüber tragen. Deshalb habe ich dem Reichsmarschall gesagt: „Ich bin entschlossen, zum Führer zu gehen; ich bin in den ersten Tagen, nachdem das passiert war, nicht hingegangen" – ich wollte Sie möglichst nicht mehr aufregen – „wir mußten das unerhört überstürzen." Deswegen habe ich mich nicht an Sie gewandt, sondern habe Bodenschatz[158] herübergeschickt und das dem Reichsmarschall sagen lassen. Er ist am Montag schon gekommen und hat mir gesagt, er würde mich erst empfangen, nachdem er mit Ihnen gesprochen hat. Da bin ich nachher beim Reichsmarschall gewesen und habe auch diese Frage angeschnitten. Ich habe gesagt: Eins ist klar, General Jodl hat gegen den Befehl des Führers an Ort und Stelle eine Entscheidung getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen war. Das ist untragbar für mich, das muß ich dem Führer melden, ich kann mit dem General nicht mehr arbeiten, damit hat er mich belastet in einer unerhörten Form dem Führer gegenüber. – Daraufhin sagte mir der Reichsmarschall: „Hören Sie, Keitel, ich würde an Ihrer Stelle jetzt nicht zum Führer gehen und die Genehmigung erbitten, General Jodl sofort wegzuschicken. Ich weiß nicht, ob der Führer das von Ihnen erwartet, und muß Ihnen offen sagen" – er machte so eine Bemerkung wie: – „es sieht nachher so aus: Keitel opfert jetzt den Jodl." – Ich sage: Nein, Herr Reichsmarschall, so sieht das nicht aus, persönlich sehe ich in diesen Dingen nicht nach außen, ist mir gleichgültig, man muß aber in diesen Dingen klar wissen, ob das zu tragen ist oder nicht. Entweder stehe ich dem Führer für diese Dinge gerade, dann muß er mich dafür maßregeln, oder es steht General Jodl dafür gerade. Was eigentlich in diesem Falle mir allein der Führer zur Last legen könnte, ist, daß ich – –

Der Führer: General Jodl war an dem Abend da – Sie sind nicht da gewesen –, als ich dem List den Befehl gegeben habe. Das Vorgehen des Generals Jodl ist besonders in der Konsequenz dann nicht tragbar. Wenn er zu mir gekommen wäre und gesagt hätte: „Mein Führer, ich habe den Fehler gemacht", oder so etwas! Aber dieser Versuch einer Rechtfertigung und danach der Versuch, mir eine

[157] Keitel und Kluge, beide Jahrgang 1882, traten 1901 als Leutnants in das Königlich Preußische (Niedersächsische) Feldartillerie-Regiment Nr. 46 in Wolfenbüttel ein.

[158] Karl Heinrich Bodenschatz (1890–1979), Januar 1940 Generalleutnant, Juli 1941 General der Flieger; April 1938 bis Mai 1945 Chef des Ministeramts im Reichsluftfahrtministerium und Verbindungsoffizier der Luftwaffe bei Hitler.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

vollzogene Tatsache als Befehl zuzuschieben – er sagt: zu ändern ist es auch nicht mehr –, so lasse ich mit mir nicht umgehen!

Keitel: Ich bin mir vollkommen darüber klar. Trotzdem bedauere ich, daß überhaupt etwas derartiges passiert ist. Ich habe im Laufe der Jahre von ihm auch Gutes gesehen, obwohl er in manchem in der Beurteilung der Dinge falsch lag. Seinerzeit glaubte ich in Ihrem Sinne gehandelt zu haben, als ich sagte: Die Front muß stehen!

Der Führer: Ich habe es oft gesagt. Daß der Jodl zurückgehen wollte – eine große Lösung, eine „große strategische Lösung"! –, wäre die Katastrophe des deutschen Heeres geworden. Ich habe jetzt zwei Dinge vom Paulus gehört. Paulus war von den Spitzenoffizieren eigentlich der erste, der mir überhaupt in der Wehrmacht aufgefallen ist[159]. Das war, als damals diese Transportübung in der Oberpfalz gewesen ist. Da saß ich mit einigen Offizieren zusammen – ich habe die Namen vergessen –, und da war ein Offizier dort, der ganz fanatisch seine Auffassung vertrat – im Unterschied zu anderen – über die Wichtigkeit der Motorisierung bezw. der Panzerwaffe. Das war Paulus. Nun habe ich ihn zweimal in kritischen Fällen erlebt, das eine Mal, als er vor Charkow absolut die Nerven behielt, obwohl seine Lage alles andere als gut war.

(Keitel: Sie war beinahe verzweifelt!)

– Er hat das gehalten und hat sich daher in meinen Augen als ein in schweren Stunden wirklich zuverlässiger Charakter erwiesen. Siege und Erfolge kann jeder ertragen, aber in schweren Stunden, wenn das Schicksal an einem herumwirkt, zeigt sich der Charakter. Bock hat damals gänzlich versagt[160].

(Keitel: Der war krank; im Moment waren die Nerven weg.)

– Das sind auch Dinge, wo ich innerhalb von 30 Minuten vor eine Entscheidung gestellt worden war. Der sagt mir: sind bereits in der Verladung begriffen, ist kaum mehr rückgängig zu machen, die eine mot. Division muß auf alle Fälle herunter, und wenn die herumtransportiert wird, sind die Kräfte nicht mehr ausreichend. Da muß man eine Entscheidung treffen weit ab vom Schuß, von der man überzeugt ist, daß sie richtig ist. Ich habe tatsächlich erst hinterher erfahren, daß in dem Fall auch die Berater von Bock im schärfsten Sinne ~~versagt~~ *widersprochen* haben.

(Keitel: ~~Geirrt~~ *Sich geweigert* haben!)

– Ich habe nicht das Empfinden gehabt, daß Bock das begriffen hat.

Keitel: Auch heute noch nicht! Ich wollte in Berlin mit ihm zusammen kommen und ihm sagen: das geht nicht. Wir haben Generale sitzen, die schreiben Briefe. Ich schreibe ihm nicht, ein Schriftstück gebe ich ihm nicht in die Hand.

---

159 Paulus war von Oktober 1935 bis November 1938 Chef des Generalstabs des Kommandos der Panzertruppen (Oberst). In diese Zeit fällt vermutlich die nachfolgend von Hitler erwähnte Episode.

160 Bock hatte kurz nach Beginn der sowjetischen Offensive bei Charkov am 12.5.1942 beantragt, nunmehr auf die eigene Teiloffensive („Fridericus") zu verzichten und einige dafür vorgesehene Divisionen an der Abwehrfront der 6. Armee zu verwenden. Sowohl sein eigener Generalstab als auch Hitler und das OKH waren strikt dagegen und bestanden auf der Durchführung von „Fridericus". Vgl. Wegner, Krieg, in: DRZW, Bd. 6, S. 858.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ich bestelle sie mir her. Ich habe Förster[161] schon hier bei mir gehabt. Ich habe ihn kommen lassen und habe ihm gesagt: Erstens seien Sie dankbar, daß damals überhaupt nicht etwas anderes mit Ihnen geschehen ist; zweitens: das und das wird Ihnen vorgeworfen, ganz eindeutig, finden Sie sich damit ab und verhalten Sie sich ruhig. – Seitdem hört die Schreiberei auf. Es hat keinen Sinn, auf diese gedrechselten Briefe zu antworten, in denen halb was drin steht und halb nichts. Damit laufen die dann herum. Ich bitte, daß ich in diesen Fällen grundsätzlich nur mündlich und unter vier Augen sage, was ich denke, und sie damit nach Hause gehen.

Der Führer: Wie gesagt: im Falle jetzt bei Stalingrad ist doch auch der entscheidende Entschluß der gewesen, die Panzer zur Wolga durchzujagen und sie nicht zurückzunehmen, obwohl die jammerten und schrieen, sie wären abgezwickt. Das war der entscheidende Entschluß.

(Keitel: Ist von Paulus gemacht.)

– Hat Paulus gemacht, hat das durchgehalten. Ich habe neulich wieder den Eindruck einer ausgeglichenen, kühlen Persönlichkeit von ihm gehabt, die hier etwas auf sich nimmt. Und es ist bei mir noch etwas entscheidend: es muß in meinen Augen ein Mann sein, der es mir wenigstens ermöglicht, daß ich einmal 1, 2, oder 3 Tage hier weggehe. Ich dürfte nur einmal eine Zahnoperation haben. Ich habe eine Totenangst, auch nur 5 Stunden oder einen Tag wegzugehen, weil unterdes etwas passieren kann. Es muß hier ein Mann sein, der letzten Endes in Zusammenarbeit mit dem Chef des Generalstabs des Heeres

(Keitel: Und Jeschonnek[162]!)

und mit Jeschonnek eine feste Linie verkörpert. Wenn plötzlich Überraschungen kommen, müssen die drei unter Umständen sofort zusammenkommen und dann wirklich zu einem klaren und haltbaren Entschluß kommen. Der Mann muß das auch vortragen können, muß in der Zeit auch dafür einstehen, sonst ist es nichts. Wenn ich heute zum Beispiel eine Kiefer-Wurzelentzündung kriege, – ich kann ja gar nicht fort, ich muß hier liegen bleiben. Ich habe jetzt wieder gedacht[163]: ich höre, daß die hier am Don überall Kräfte wegziehen, es wird mir gemeldet, daß plötzlich Panzer auftauchen. Daß der Russe keine Angst davor hat, daß der Italiener ihn angreift, – – das ist doch lächerlich, er weiß auch genau Bescheid, wie viel in Wirklichkeit da sind.

[161] Otto-Wilhelm Förster (1885–1966), April 1938 General der Pioniere; November 1938 bis Dezember 1941 Kommandierender General des VI. Armeekorps. – Förster war am 30. 12. 1941 seines Kommandos enthoben worden, weil er angeblich gegen den „Haltebefehl" Hitlers verstoßen hatte. Förster hatte sich beim Diktator bereits im Mai 1938 wegen Differenzen über den Bau des Westwalls so unbeliebt gemacht, dass er von Hitler wiederholt als Beispiel eines „unfähigen" Generals erwähnt wurde. Vgl. etwa Heiber (Hrsg.), Lagebesprechungen, S. 135 (1. 2. 1943), S. 605 (31. 7. 1944) u. S. 174 f. (29. 12. 1944).

[162] Hans Jeschonnek (1899–1943, Selbstmord), Juli 1940 General der Flieger (Überspringung des Generalleutnants), März 1942 Generaloberst; Februar 1939 bis August 1943 Chef des Generalstabs der Luftwaffe.

[163] Vielleicht ein Verständnisfehler des Stenographen statt: gelacht.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dann habe ich dem Buhle[164] bereits gesagt: dieses eine Regiment von der 23. Div. muß der Grundstock für eine richtige Division werden[165]. Ich möchte sie dreiteilen, wie wir es früher gemacht haben, daß aus einem Bataillon immer wieder ein Regiment wird. Das ist die Verdreifachung, die wir früher bei der alten Reichswehr hatten. Wie lange es dauert, ist mir egal. Ich möchte diese Division nach Dänemark hinauflegen. Es muß dort oben geschehen. Dort oben muß aus diesem Regiment eine komplette Division werden. Wenn ich die 161. Div. herüberkriege und ich fülle die mit dem auf, habe ich deswegen keinen Ersatz im Osten, sondern ich gebe wohl die Division herüber, aber sie wird hier aufgefüllt, kriegt ein komplettes Regiment[166]. Ich habe aber keinen Ersatz im Osten, während wir doch allmählich anstreben müssen, daß wir eine Anzahl von Divisionen immer im Westen haben, die wir, wenn notwendig, als komplette Division für Ablösungszwecke nach dem Osten schicken können. Das verdienen auch die Divisionen, die ganz zusammengeschossen waren hier im Osten, daß man die hier herübernimmt und durch eine gute Division wieder ablöst.

Abgesehen davon, daß in Dänemark eine Truppe liegen muß, sehe ich in einem derartig guten Regimentskörper einen Grundstock. Wenn ich mir vorstelle, daß ich vorn im Osten Divisionen habe, Kompanien, die bis auf 20 oder 15 % zusammengeschmolzen sind, dann müssen die wieder aufgefüllt werden, nach einiger Zeit wieder stehen. Dann werde ich doch hier aus einem Verband, der 33 % einer Division ausmacht, eine Division machen können, wo alles in Ordnung ist. Das werden wir fertigkriegen.

Keitel: Auf dem Gebiete der Artillerie haben wir nie Schwierigkeiten gehabt; da haben wir auch genügend Ersatz.

Ich wollte Ihnen, mein Führer, noch eine Übersicht zeigen über die Offiziersnachschublage vom 1.8. bis 15.9., Heeresgruppen, Regimentskommandeure, Bataillonskommandeure, Batteriechefs und Zugführer.

(Vorlage.)

Ich habe außerdem jetzt an die Armeeführer geschrieben: es geht nicht, daß, wie es passiert ist bei einer Division, Majore noch Bataillone haben und Hauptleute noch Kompanien. Bei einer Division 4 Majore bei Bataillonen und 8 Hauptleute bei Kompanien. Das ist vorgekommen, weil sie keinen Menschen herausgeben. Die mußten längst für Regiments- und Bataillonskommandeure freigegeben werden. Ich habe befohlen, daß monatlich Listen darüber eingereicht werden, was sie noch an Stabsoffizieren und Hauptleuten haben, damit ich sie rücksichtslos

164 Walter Buhle (1894–1959), August 1940 Generalmajor, April 1942 Generalleutnant, April 1944 General der Infanterie; August 1939 Abteilungschef im Generalstab des Heeres, Januar 1942 Chef des Heeresstabes beim OKW, Februar 1945 Chef der Wehrmachts-Rüstung.

165 Die 23. Infanterie-Division war im Juni 1942 aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte herausgezogen worden. Ihr größerer Teil wurde in die neu aufgestellte 26. Panzer-Division umgewandelt, das Infanterie-Regiment 68 nach Dänemark verlegt und als Kern einer neuen 23. Infanterie-Division verwendet.

166 Die 161. Infanterie-Division (Heeresgruppe Mitte) wurde im November 1942 nach Frankreich verlegt, aufgefrischt und teilweise neu aufgestellt.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

heraushole. Die können nicht bei Rschew totgeschossen werden, die können wir nicht ersetzen.

Der Führer: Hauptmann als Kompanieführer geht nicht mehr!

Keitel: Das ist heute ein Wahnsinn. Wir haben so tüchtige Leutnante, famose Oberleutnants mit 2 und 3 Offiziersjahren. Das kann man nicht machen, ist ein ungeheuerer Kräfteverbrauch. Das ist richtig eine Psychose geworden: man gibt nichts her, was man hat, ist in dieser Beziehung ein Egoist und schädigt die Allgemeinheit der Armee auf das allerschärfste.

Der Führer: Ich möchte natürlich, wenn es geht, nächste Woche nach Berlin[167].

(Keitel: Am 26. sollen die Offiziersanwärter kommen.)

– Erstens das, und zweitens muß ich meine Gauleiter beisammen haben, drittens Besprechungen zum Atlantikwall. Ich halte es doch gerade wegen der Dinge, die ich vom Haase gelesen habe – wobei noch ein paar Unklarheiten drin sind –, unter allen Umständen für notwendig, daß diese Besprechung stattfindet. Ich habe so das Empfinden, daß man auf ein paar Gebieten die Situation nicht so richtig sieht, besonders nicht richtig sieht aufgrund des Vorgangs von Dieppe[168]. Man muß sich klar sein: im Falle von Dieppe hat tatsächlich die Lufteinwirkung des Gegners in kurzer Zeit unter Einwirkung unserer eigenen Luftwaffe natürlich einen gewissen Rückstau bekommen, aber wir haben 200 Jäger, der andere 2000. Wenn er diese Sache irgendwo 3 Tage fortsetzt und ich verliere jeden Tag 37 bis 40 Maschinen, sind wir fertig. Der andere hat zwar 400 verloren, hat aber noch 1600.

(Keitel: Gar kein Zweifel, eine ungeheuere Gefahr.)

– Dann würde sich aus der ganzen Geschichte dasselbe ergeben, was wir schon einmal im Weltkrieg hatten, wo aus einer Schlacht, die an sich erfolgreich für uns ausging, Cambrai, falsche Konsequenzen gezogen wurden[169].

Keitel: Eine kurze Meldung noch: Es sind aus der Ostfront ständig 270- bis 280 000 in Urlaub. Sie haben 20 Tage. Es fahren täglich 14 bis 15 Züge, jeder 750 bis 800 Mann. Es kommen noch die Reisetage dazu. Ab November werden es 465 000 Mann sein. Die Rechnung ergibt, daß wir bei der Gesamtstärke der Wehrmacht im Osten zur Zeit 7½ bis 8 % der Einheiten in Urlaub haben, ab November 9 %. Damit können in einem Jahr sämtliche Ostkämpfer je 3 Wochen, auf 22 Tage ohne Reisetage, nach Hause beurlaubt werden.

Der Führer: Ohne Reisetage?

---

[167] Hitler war vom 27.9. bis 5.10.1942 in Berlin (u.a. 29.9. Rede vor den Befehlshabern im Bereich des Oberbefehlshabers West, 30.9. Rede zur Eröffnung des Winterhilfswerks, 1.10. Treffen mit Gauleitern), anschließend wieder in Vinnica.

[168] Am 19.8.1942 war bei der nordfranzösischen Hafenstadt Dieppe ein begrenztes britisches Landungsunternehmen („Operation Jubilee") mit 6.100, überwiegend kanadischen Soldaten unter hohen Verlusten gescheitert.

[169] In der „Tankschlacht von Cambrai" im November 1917 wurde der Angriff von 400 britischen Panzern trotz großer Anfangserfolge von den Deutschen abgewiesen. Dieser Abwehrsieg bestärkte die deutsche Oberste Heeresleitung darin, der jungen Panzerwaffe keinen größeren militärischen Wert beizumessen. Vgl. A.J. Smithers, Cambrai. The First Great Tank Battle 1917, London 1992.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Keitel: 20 Tage ohne Reisetage. Es ist gerechnet von der Grenze ab je ein Reisetag, von der deutschen Grenze ab und hier im Lande auch noch ein Tag. Im ganzen sind sie 24 Tage von der Truppe weg, jetzt also ständig 270- bis 280 000 Köpfe ohne die sonstigen, nur die Truppe.

Der Führer: Nun kommen die Verwundeten und Kranken hinzu.

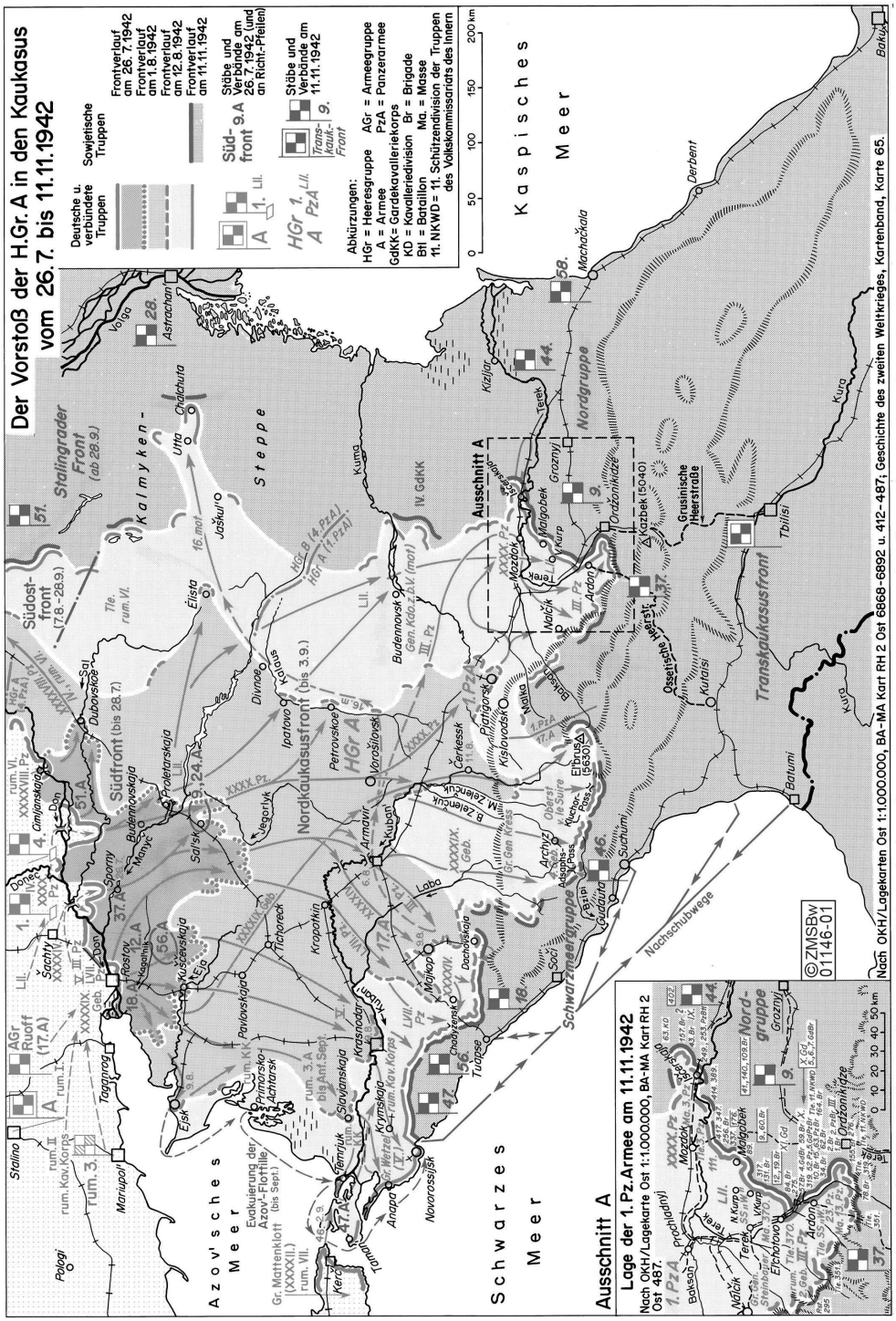
Keitel: Dann habe ich nur noch eine Bitte wegen Personalveränderungen – ich habe mit Schmundt noch gesprochen –, ob ich die noch zur Unterschrift für den 1. Oktober vorlegen darf. Es sind eigentlich nur laufende Veränderungen, Beförderungen von Offizieren und Gefallenen, die nachträglich noch den Dienstgrad bekommen.

(Vorlage.)

Dann würde ich also nach der Rückkehr von Schmundt die Order vorlegen, die den Oberst Burgsdorf endgültig in das Personalamt einführt, und damit der Beginn der Festlegung des neuen Personalamts.

Schluß der Besprechung 16.55 Uhr.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Aus: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 6: Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941 – 1943, Stuttgart 1990, nach S. 932.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Eine verlässliche Ausgabe und ein unredlicher Angriff

Richard Wolin, der amerikanische Ideenhistoriker, erhebt in seinem Beitrag „Heideggers ‚Schwarze Hefte'" in Heft 3 (2015) der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* schwere Vorwürfe. Er behauptet, „dass die Hüter von Heideggers Nachlass ebenso wie die Editoren systematisch pronazistische und antisemitische Äußerungen aus den veröffentlichten Versionen von Heideggers Texten getilgt haben" (S. 410).

Zur Vorgeschichte: Wir wussten bislang von einem Übertragungsfehler, der der Herausgeberin des Hölderlin-Bandes 39 unterlaufen war. Sie hatte die schwer lesbare handschriftliche Abkürzung „N. soz." als „Naturwissenschaft" gedeutet. Darauf hat Julia A. Ireland in *Research in Phenomenology* aufmerksam gemacht[1]. Außerdem räumte Peter Trawny, der Herausgeber des Bandes 69 der Gesamtausgabe, öffentlich ein, dass sich im ursprünglichen Manuskript dieses von ihm betreuten Bandes, nicht jedoch in der von Martin Heidegger kollationierten Reinschrift, eine Passage fand, in der Heidegger fragt, „worin die eigentümliche Vorbestimmung der Judenschaft für das planetarische Verbrechertum begründet ist". Trawny hatte die Passage in die Gesamtausgabe aufnehmen wollen, musste dann aber der Anweisung des wissenschaftlichen Beraters der Ausgabe, Friedrich-Wilhelm von Herrmann, folgen, dass nach den Leitlinien Heideggers nur der Text „letzter Hand" zum Abdruck gebracht werden dürfe. Trawny hat in seiner Schrift „Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung" davon berichtet[2].

Das hat der Verlag Vittorio Klostermann im März 2015 zum Anlass genommen, in Abstimmung mit der Nachlassverwaltung die noch lebenden Herausgeber der Bände mit Texten aus den dreißiger und vierziger Jahren anzuschreiben und zu fragen, ob weitere substanzielle Änderungen in den Manuskripten zu finden seien oder ob es gar Einflussnahmen gegeben habe. Auf einer Tagung in Siegen, die Marion Heinz im April 2015 veranstaltet hat, habe ich über die Antworten auf das Rundschreiben berichtet: dass bis dahin keiner der Herausgeber von Einflussnahmen berichtet habe oder davon, dass es in den Manuskripten Streichungen oder Veränderungen substanzieller Passagen gebe. Ich habe weiter erklärt, dass nur noch wenige Antworten ausständen. Richard Wolin war unter den Zuhörern. Deshalb war es mir unverständlich, dass er sich kurz darauf in einem Interview mit der Zeitschrift *Hohe Luft* in ähnlicher Weise geäußert hat wie in den Vierteljahrsheften. Ich bat ihn, uns konkret die Passagen zu nennen, auf die er sich bezieht. Er antwortete, es liege doch im Auge des Betrachters, was man „Auslassung" nenne. Es gebe eine lange Geschichte des Weglassens bei der Herausgabe von Heideggers Werken: in „Einführung in die Metaphysik", den Schelling- und Nietzsche-Vorlesungen und anderen. Abschnitte, die als profaschistisch oder antisemitisch verstanden werden könnten, seien getilgt worden. Im Übrigen sollten wir nicht über Worte streiten („quibble over semantics"). Wir wüssten doch, dass

[1] Vgl. Julia A. Ireland, Naming Physis and the „Inner Truth of National Socialism": A New Archival Discovery, in: Research in Phenomenology 44 (2014), S. 315–346.

[2] Vgl. Peter Trawny, Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, Frankfurt a. M. 2014.

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015–0036

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Heidegger seine Vorlesungen und anderen Manuskripte selbst „retouched“ habe, und offensichtlich hätten dies auch andere getan, die Zugang zu seinem Nachlass gehabt haben. Solange es keine Kritische Ausgabe von Heideggers Werken gebe, hätten wir keine Gewissheit über das, was Heidegger seinerzeit geschrieben hat, und das, was später ergänzt worden sei.

Das war nicht gerade die Konkretisierung, um die ich Herrn Wolin gebeten hatte. Und weil ja die Manuskripte aller innerhalb der Gesamtausgabe erschienenen Bände in Marbach eingesehen werden können, beharrte ich auf meiner Bitte, mir Beispiele zu nennen, wo etwas verändert oder weggelassen worden sei. Wenn er sich nicht in der Lage sehe, seine Behauptungen zu belegen, so erwartete ich eine entsprechende Richtigstellung seinerseits. Herr Wolin war dazu jedoch nicht bereit. Er verweist darauf, dass er ja nicht nur die Gesamtausgabe im Blick gehabt habe, sondern die gesamte Publikationsgeschichte von Heideggers Werk.

Nun handelt es sich bei der vom Verlag Vittorio Klostermann verlegten „Martin Heidegger Gesamtausgabe“ – nur dazu kann ich mich äußern – zwar nicht um eine historisch-kritische Edition, aber doch um eine Ausgabe, auf deren Textgenauigkeit die Nachlassverwaltung und die Herausgeber der einzelnen Bände penibel geachtet haben und achten. Deshalb wurden auch alle Nietzsche-Vorlesungen in die Gesamtausgabe aufgenommen, die die Grundlage für den zweibändigen „Nietzsche“ waren, der 1961 bei Neske erschienen ist[3]. Und Petra Jäger, die Herausgeberin des Bandes 40 „Einführung in die Metaphysik“, hat in ihrem Nachwort ausführlich über die von Martin Heidegger hinzugefügte Erläuterung (zur „inneren Größe und Wahrheit der Bewegung“) berichtet, auf die der junge Habermas in seinem Aufsatz in der FAZ von 1953 aufmerksam gemacht hatte[4].

Über die Frage einer Digitalisierung und Öffnung auch der Teile des Nachlasses, die bislang noch nicht zugänglich sind, stehen wir im Gespräch mit der Nachlassverwaltung. Man darf den ökonomischen und zeitlichen Aufwand für ein solches Projekt und auch für eine Historisch-kritische Ausgabe nicht unterschätzen. Selbst wenn die Fragen der Finanzierung gelöst wären, würde es noch Jahre dauern, bis erste Früchte für die Öffentlichkeit erschlossen und zugänglich wären. Und da das so ist, legen wir entschiedenen Wert auf die Feststellung, dass die „Martin Heidegger Gesamtausgabe“ eine verlässliche Ausgabe ist.

Vittorio E. Klostermann
Vittorio Klostermann Verlag

[3] Vgl. Martin Heidegger, Nietzsche I und II, Pfullingen 1961.

[4] Vgl. Martin Heidegger, Einführung in die Metaphysik, in: Ders., Gesamtausgabe, Bd. 40, hrsg. von Petra Jäger, Frankfurt a. M. 1983; Jürgen Habermas, Mit Heidegger gegen Heidegger denken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 7. 1953.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zehnte Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (20. bis 24. März 2016)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ein entsprechendes Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 20. März (Sonntag) und dauert bis zum 24. März (Gründonnerstag). Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister-, Master- oder Zulassungsarbeit bzw. der

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 15. Januar 2016 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München.* Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (Juli – September 2015)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Jefferson Adams, Strategic Intelligence in the Cold War and Beyond, London / New York 2015.
Rezensiert von: Armin Wagner (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26346.html

Christine Bach, Bürgersinn und Unternehmergeist. Stifter und Stiftungen in Hamburg nach 1945, Baden-Baden 2014.
Rezensiert von: Thomas Adam (The University of Texas at Arlington) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26523.html

Claudia Bade / Lars Skowronski / Michael Viebig (Hgg.), NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg. Disziplinierungs- und Repressionsinstrument in europäischer Dimension, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Christine Schoenmakers (Universität Kassel) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26829.html

Jaromír Balcar / Jaroslav Kučera, Von der Rüstkammer des Reiches zum Maschinenwerk des Sozialismus. Wirtschaftslenkung in Böhmen und Mähren 1938 bis 1953, Göttingen 2013.
Rezensiert von: Rüdiger Hachtmann (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/27460.html

Robert Barnes, The US, the UN and the Korean War. Communism in the Far East and the American Struggle for Hegemony in the Cold War, London / New York 2014.
Rezensiert von: Ragna Boden (Münster) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26461.html

Yehuda Bauer, Der Tod des Schtetls, Frankfurt/M. 2013.
Rezensiert von: Imke Hansen (Universität Uppsala) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25668.html

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015–0037

Ananda Bhattacharya (ed.), Bengal and 1857 (Selections), Kolkata 2013.
Rezensiert von: Amit Das Gupta (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/27461.html

Werner Breunig / Jürgen Wetzel (Hgg.), Fünf Monate in Berlin. Briefe von Edgar N. Johnson aus dem Jahre 1946, Berlin / München / Boston 2014.
Rezensiert von: Björn Grötzner (Universität Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26908.html

Oleg Budnickij, „Sveršilos'. Prišli Nemcy!". Idejnyj kollaboracionizm v SSSR v period Velikoj Otečestvennoj Vojny. [„Es ist vollbracht. Die Deutschen sind da!" Die ideologische Kollaboration in der UdSSR während des Großen Vaterländischen Krieges.], Moskva 2012.
Rezensiert von: Ekaterina Makhotina (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25504.html

Harry Cliadakis, Fascism in Greece. The Metaxas Dictatorship 1936–1941, Ruhpolding 2014.
Rezensiert von: Harald Gilbert (Schriesheim) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27022.html

Rainer Eckert, Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert, Halle/Saale 2014.
Rezensiert von: Christian Halbrock (Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26747.html

David Eugster / Sibylle Marti (Hgg.), Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Wissens- und Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015.
Rezensiert von: Klaas Voß (Hamburger Institut für Sozialforschung) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26381.html

Harald Fischer-Tiné, Shyamji Krishnavarma. Sanskrit, Sociology and Anti-Imperialism, London / New York 2014.
Rezensiert von: Amit Das Gupta (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/27087.html

Lars Förster, Bruno Apitz. Eine politische Biographie, Berlin 2015.
Rezensiert von: Matthias Braun (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27047.html

Alexa Geisthövel / Bodo Mrozek (Hgg.), Popgeschichte. Band 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rezensiert von: Philipp Baur (Universität Augsburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26369.html

Sophie Gerber, Küche, Kühlschrank, Kilowatt. Zur Geschichte des privaten Energiekonsums in Deutschland, 1945–1990, Bielefeld 2014.
Rezensiert von: Manuel Schramm (Institut für Europäische Geschichte, Technische Universität, Chemnitz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26487.html

Hans-Joachim Hahn / Olaf Kistenmacher (Hgg.), Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft. Zur Geschichte der Antisemitismusforschung vor 1944, Berlin / München / Boston 2015.
Rezensiert von: Philipp Lenhard (Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27035.html

Christian Halbrock, „Freiheit heißt, die Angst verlieren". Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Mario Niemann (Universität Rostock) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/27045.html

Christa Hämmerle / Oswald Überegger / Birgitta Bader-Zaar (eds.), Gender and the First World War, Basingstoke 2014.
Rezensiert von: Ruth Nattermann (Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26340.html

Peter Hammerschmidt, Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt/M. 2014.
Rezensiert von: Claudia Moisel (Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26495.html

Tilmann Hanel, Die Bombe als Option. Motive für den Aufbau einer atomtechnischen Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1963, Essen 2015.
Rezensiert von: Anselm Tiggemann (Köln) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/27046.html

Raiko Hannemann, Die unerträgliche Leichtigkeit des Vorurteils. Zu einer Funktionalisierung des historischen Antisemitismus im gegenwärtigen Geschichtsdiskurs, Berlin 2014.
Rezensiert von: Moshe Zimmermann (The Hebrew University of Jerusalem) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/27044.html

Kyle Harvey, American Anti-Nuclear Activism, 1975–1990. The Challenge of Peace, Basingstoke 2014.
Rezensiert von: Jan Hansen (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26417.html

Christian Henrich-Franke, Die „Schaffung" Europas in der Zwischenkriegszeit: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstruktionen eines vereinten Europas, Münster / Hamburg / Berlin / London 2014.
Rezensiert von: Johannes Dafinger (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25894.html

Jean-Francois Juneau, Egon Bahr, l'Ostpolitik de la République fédérale d'Allemagne et la transformation de l'ordre européen, 1945–1975, Bordeaux 2014.
Rezensiert von: Bernd Rother (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27033.html

Wolfram Kaiser / Jan-Hendrik Meyer (eds.), Societal Actors in European Integration. Polity-Building and Policy-making 1958–1992, Basingstoke 2013.
Rezensiert von: Henning Türk (Essen) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/24696.html

Eirini Karamouzi, Greece, the EEC and the Cold War 1974–1979. The Second Enlargement, Basingstoke 2014.
Rezensiert von: Heinz A. Richter (Mannheim) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26797.html

Eike-Christian Kersten, Mainz – Die geteilte Stadt, Heidelberg / Ubstadt-Weiher / Basel 2014.
Rezensiert von: Jörn Retterath (Historisches Kolleg, München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26902.html

Volker Koop, Rudolf Höß. Der Kommandant von Auschwitz. Eine Biographie, Köln / Weimar / Wien 2014.
Rezensiert von: Anna Raphaela Schmitz (Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26865.html

Ulf von Krause, Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, Wiesbaden 2013.
Rezensiert von: Heiner Möllers (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26431.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Lydia Langer, Revolution im Einzelhandel. Die Einführung der Selbstbedienung in den Lebensmittelgeschäften der Bundesrepublik Deutschland 1949–1973, Köln / Weimar / Wien 2013.
Rezensiert von: Manuela Rienks (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26796.html

Jeffrey A. Larsen / Kerry M. Kartchner (eds.), On Limited Nuclear War in the 21st Century. Foreword by Thomas C. Schelling, Stanford, CA 2014.
Rezensiert von: Andreas Lutsch (Julius-Maximilians-Universität, Würzburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26648.html

Alexandra Locher, Bleierne Jahre. Linksterrorismus in medialen Aushandlungsprozessen in Italien 1970–1982, Münster / Hamburg / Berlin / London 2013.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26123.html

Stephen Long, The CIA and the Soviet Bloc. Political Warfare, the Origins of the CIA, and Countering Communism in Europe, London / New York 2014.
Rezensiert von: Bernhard Sassmann (Universität Mannheim) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27130.html

Keith Lowe, Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950. Aus dem Englischen übersetzt von Stephan Gebauer und Thorsten Schmidt, Stuttgart 2014.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Historisches Institut Universität zu Köln) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27317.html

Robert Luft / Miloš Havelka / Stefan Zwicker (Hgg.), Zivilgesellschaft und Menschenrechte im östlichen Mitteleuropa. Tschechische Konzepte der Bürgergesellschaft im historischen und nationalen Vergleich, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Jaromír Balcar (Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/25528.html

Susanne Meinl / Bodo Hechelhammer, Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur Zentrale des BND, Berlin 2014.
Rezensiert von: Andreas Hilger (Hamburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26124.html

Bodo Mrozek / Alexa Geisthövel / Jürgen Danyel (Hgg.), Popgeschichte. Band 2: Zeithistorische Fallstudien 1958–1988, Bielefeld 2014.
Rezensiert von: Philipp Baur (Universität Augsburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26369.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Philip Murphy, Monarchy and the End of Empire. The House of Windsor, the British Government, and the Postwar Commonwealth, Oxford 2013.
Rezensiert von: Karina Urbach (Institute of Historical Research, University of London) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/25529.html

Bill Niven, Representations of Flight and Expulsion in East German Prose Works, Woodbridge 2014.
Rezensiert von: Alina Laura Tiews (Forschungsstelle Mediengeschichte, Hamburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26816.html

Gottfried Oy / Christoph Schneider, Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie, Münster 2014.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25462.html

Kari Palonen, Politics and Conceptual Histories. Rhetorical and Temporal Perspectives, Baden-Baden 2014.
Rezensiert von: Achim Saupe (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27634.html

Werner Plumpe (Hg.), Unternehmer – Fakten und Fiktionen. Historisch-biografische Studien, Berlin / München / Boston 2014.
Rezensiert von: Thomas Urban (Ruhr-Universität Bochum) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26498.html

Angelika Praus, Das Ende einer Ausnahme. Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg 2014.
Rezensiert von: Reiner Marcowitz (Université de Lorraine, Metz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25354.html

Lukas Rehm, Politische Gewalt in Kolumbien. Die *Violencia* in Tolima, 1946–1964, Stuttgart 2014.
Rezensiert von: Teresa Huhle (Universität Bremen) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25925.html

Daniel Roos, Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923–1945, Paderborn 2014.
Rezensiert von: Matthias Braun (Kulturreferat der Stadt Nürnberg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/26735.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mirosław Sikora, Die Waffenschmiede des „Dritten Reiches". Die deutsche Rüstungsindustrie in Oberschlesien während des Zweiten Weltkrieges, Essen 2014.
Rezensiert von: Paul Fröhlich (Universität Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26863.html

Matthias Stangel, Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Baden-Baden 2013.
Rezensiert von: Roger Engelmann (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/25748.html

Rolf Steininger, Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Reinbek 2014.
Rezensiert von: Jens van Scherpenberg (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25262.html

Malte Thießen (Hg.), Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert, Berlin 2014.
Rezensiert von: Thomas Zimmer (Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26496.html

Sebastian Voigt, Der jüdische Mai '68. Pierre Goldman, Daniel Cohn-Bendit und André Glucksmann im Nachkriegsfrankreich, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Silja Behre (Universität Bielefeld) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26775.html

Rüdiger Wenzke (Hg.), „Damit hatten wir die Inititative verloren". Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90, Berlin 2014.
Rezensiert von: Christian Th. Müller (Universität Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26163.html

Claudia Wiesner / Evgeny Roshchin / Marie-Christine Boilard (eds.), In Debate with Kari Palonen. Concepts, Politics, Histories, Baden-Baden 2015.
Rezensiert von: Achim Saupe (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27634.html

Audra J. Wolfe, Competing with the Soviets. Science, Technology and the State in Cold War America, Baltimore / London 2013.
Rezensiert von: Sophia Dafinger (Universität Augsburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/25734.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Meik Woyke (Hg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013.
Rezensiert von: Ursula Rombeck-Jaschinski (Historisches Institut, Universität Stuttgart) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/24370.html

Sacha Zala (Hg.), Diplomatische Dokumente der Schweiz – Documents Diplomatiques Suisses – Documenti Diplomatici Svizzeri. Band 25: 1. 1. 1970–31. 12. 1972, Zürich 2014.
Rezensiert von: Georg Kreis (Universität Basel) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/26954.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Juli – September 2015):

Jürgen Finger / Sven Keller / Andreas Wirsching, Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945, München 2013.
Rezensiert von: Johannes Bähr (Historisches Seminar, Goethe-Universität, Frankfurt/M.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/24333.html

Matthias Peter, Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie, Berlin / München / Boston 2015.
Rezensiert von: Wilfried von Bredow (Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität, Marburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 9
http://www.sehepunkte.de/2015/09/27444.html

Yuliya von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985–1991, München 2014.
Rezensiert von: Stephan Kieninger (Koblenz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.de/2015/07/24890.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Heinrich August Winkler, **From the German to the European Question. Thoughts on a Centennial Problem**

For almost two hundred years, from the dissolution of the Holy Roman Empire in 1806 to the reunification of Germany, Europe repeatedly had to deal with the "German Question". It was only solved by the accession of the GDR to the Federal Republic of Germany on 3 October 1990. Germany was reunified within the borders of 1945 "in peace and freedom"; its membership in NATO answered the German Question regarding European security. In the mean time, however, there is talk of a "New German Question", which supposedly results from the alleged hegemonic position of the Federal Republic within the European Union. Thus, the German Question has actually re-emerged in a new format – or is it not rather the European Question which is still open to the same extent as it was in 1991 at the conclusion of the Maastricht Treaty?

Alexander Wolz, **The German Foreign Office and the German Decision to Remilitarise the Rhineland**

The reoccupation of the demilitarised zone in the Rhineland on 7 March 1936 was an important turning point in the prehistory of the Second World War. The coup strengthened the National Socialist regime both internally and externally, so that after this point it became impossible to suppress Hitler's will to war and to put the German Reich in its place without the necessity of a war. The exact circumstances of the Rhineland crisis, however, have hitherto remained unclear. Only an analysis of the draft plans, which the German Foreign Office outlined for the Locarno Treaty, reveals the chain of motives which lay at the heart of the crisis. After 1933 the diplomats were at first ready to stick with the Locarno Treaty. But after the German withdrawal from the League of Nations and rumours that England and France had concluded a military alliance, doubts grew whether the Locarno Treaty was still in force legally and politically. When the German attempt to get the other powers to commit to a modification of Locarno failed, the German Foreign Office saw no alternative other than the cancellation of the treaty. While the diplomats were planning a political step, Hitler decided to connect the termination of Locarno with a military operation, and thus turned it into the sort of violent coup which was to become characteristic for National Socialist foreign policy.

Yfaat Weiss, **From Prague to Jerusalem. Jewish Cultural Assets and the Creation of the Israeli State.**

Against the background of two court cases in Israel in 2012, this article investigates the nature of the claims raised and their supporting arguments regarding Jewish cultural treasures transferred to Jerusalem after the Second World War and the Holocaust: The Max Brod estate case at the Tel Aviv Family Court, which drew considerable public attention, and the less well-known case at the Jerusalem District Court involving the records of the Community Archive of the Israelitische Kultusgemeinde zu Wien [Vienna Jewish Community], which were moved to Israel after the War. The article links these cases to the transfer of Nazi-plundered German-Jewish cultural treasures found in Czechoslovakia after

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

the War. It was through these claims that the young Jewish State of Israel asserted its collectivity.

Viola Balz/Ulrike Klöppel, **A Turn Inwards. Social Psychiatry, Health Policy and Psychiatric Medication in the German Democratic Republic, 1960–1989**

The article focuses on the efforts to reform the psychiatric system of the GDR over the time period from 1960 to 1989. Based on hitherto un-evaluated archival material of the Ministry of Health and psychiatric publications, we have reconstructed how the state and psychiatrists struggled to transform the psychiatric services. Whereas in the 1960s a number of reform-oriented clinicians were granted some influence on the planning of psychiatric services, their options were restricted from 1970 onwards in favour of a handful of psychiatrist who were loyal to the party. In order to develop the psychiatric system further towards rehabilitative forms of care, the reformers promoted psychotropic drugs with the intention to mobilize the patients. However, it turned out that these were mainly used for sedative purposes. Another means to purge psychiatric services was health education. With this, the risk to develop or perpetuate mental health problems was relegated to the self-responsibility of the citizens.

Paul Köppen, **That Which Must Not Be, Cannot Be. On the Refusal to Engage in a Source-Based Discussion about Heinrich Brüning's Austerity Policy.**

In spite of indicative archival material and in clear opposition to the current state of research, the highly influential economic historian Knut Borchardt claims in 2015's spring issue of the VfZ that there never were any serious French loan offers to Germany in 1930. By doing so, Borchardt adheres to his by now rather traditional interpretation of Heinrich Brüning's chancellorship as a period of "predicaments" in which the policy of austerity was ultimately the only possible alternative. Yet it is, most notably, Brüning's personal statements in contemporary sources and in his later comments which do offer quite different interpretations. Finally, Borchardt has to accept that other historians are willing to take these accounts seriously.

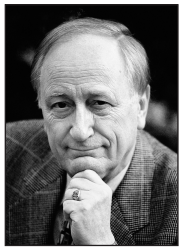
Johannes Hürter/Matthias Uhl, **Hitler in Vinnica. A New Document on the Crisis in September 1942**

September 1942 was a culmination of the Second World War. In this month, the second German Eastern Campaign failed at decisively weakening the Soviet Union and at capturing the Caucasus oil fields needed for the successful continuation of the War. How the German Reich was supposed to face a globalised war now became an insoluble enigma. The disappointment about this operative as well as strategic development resulted in a vehement conflict between Hitler and his generals, who he blamed for the failures. A meeting protocol newly discovered in the archives of the Russian Defence Ministry presents Hitler's attitude directly for the first time. The document reveals a dictator who was running out of strategic

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

concepts, but who simultaneously asserted his universal power of command and thereby created the prerequisites for the Wehrmacht to follow their "Führer-Commander" into total defeat.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Dr. Heinrich August Winkler, 1991–2007 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 2007 im Ruhestand (Unter den Linden 6, 10099 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat“ (Tübingen 1964); „Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus“ (Köln 1972); „Revolution, Staat, Faschismus“ (Göttingen 1978); „Liberalismus und Antiliberalismus“ (Göttingen 1979); „Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1933“, 3 Bde. (Bonn/Berlin 1984–1987); „Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie“ (München 1993); „Streitfragen der deutschen Geschichte“ (München 1997); „Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zur Wiedervereinigung“, 2 Bde. (München 2000); „Auf ewig in Hitlers Schatten?“ (München 2007); „Geschichte des Westens“, 4 Bde. (München 2009–2015); „Zerreißproben. Deutschland, Europa und der Westen. Interventionen 1990–2015“ (München 2015); als Herausgeber u. a.: „Nationalismus“ (Königstein 1978); „Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen“ (München 1992); „Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland“ (Göttingen 2004).

Dr. Alexander Wolz, Archivreferendar bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Schönfeldstr. 5, 80539 München); veröffentlichte u. a.: „Die Rheinlandkrise 1936. Das Auswärtige Amt und der Locarnopakt 1933–1936“ (München 2014); „Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kitzingen“, in: Frankenland 66 (2014), S. 240–264; „Ribbentrop und die deutsche Außenpolitik 1934–1936“, in: Historische Zeitschrift 300 (2015), S. 374–415.

Dr. Yfaat Weiss, Professorin für Jüdische Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem, Vize-Dekanin für Forschung an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät (The Hebrew University, Mount Scopus, Jerusalem 91905, Israel); veröffentlichte u. a.: „Staatsbürgerschaft und Ethnizität. Deutsche und polnische Juden am Vorabend des Holocaust“ (München 2000); „Lea Goldberg. Lehrjahre in Deutschland 1930–1933“ (Göttingen 2010); „Verdrängte Nachbarn. Wadi Salib – Haifas enteignete Erinnerung“ (Hamburg 2012); „Rückkehr in den Elfenbeinturm: Deutsch an der Hebräischen Universität“, in: Naharaim 8 (2014), H. 2, S. 227–245; „‘Nicht durch Macht und nicht durch Kraft, sondern durch meinen Geist‘: Die Hebräische Universität in der Skopus-Enklave“, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts/Simon Dubnow Institute Yearbook XIV (2015).

VfZ 63 (2015) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015–0038

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Viola Balz, Professorin für Klinische Psychologie und psychosoziale Beratung an der Evangelischen Hochschule Dresden (Semperstraße 2, 01069 Dresden); veröffentlichte u. a.: als Herausgeber mit Nicholas Eschenbruch, Ulrike Klöppel und Marion Hulverscheidt „Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan“ (Bielefeld 2009); „Zwischen Wirkung und Erfahrung – eine Geschichte der Psychopharmaka. Neuroleptika in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1980” (Bielefeld 2010); „‚Terra incognita‘. An Historiographic Approach to the First Chlorpromazine Trials Using Patient Records of the Psychiatric Clinic in Heidelberg”, in: History of Psychiatry 22 (2011), S. 182–200; zusammen mit Matthias Hoheisel, „East-Side story: The standardisation of psychotropic drugs at the Charité Psychiatric Clinic, 1955–1970”, in: Studies in History and Philosophy of Science part C: Studies in History and Philosophy of Biological and Biomedical Sciences 42 (2011), S. 453–466; zusammen mit Stefan Bräunling, Sabine Dick, Iris Hölling, Jasna Russo u. a., „Auf der Suche nach dem Rosengarten. Echte Alternativen zur Psychiatrie umsetzen“, Projektdokumentation (Berlin 2012); „Für einen Aktivisten wie mich muß es in einem sozialistischen Staat doch effektive Medikamente geben.“, in: NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 21 (2013), H 13, S. 245–271.

Dr. Ulrike Klöppel, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Europäische Ethnologie (Mohrenstraße 40/41, 10117 Berlin); veröffentlichte u. a.: als Herausgeber mit Nicholas Eschenbruch, Viola Balz und Marion Hulverscheidt „Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan“ (Bielefeld 2009); „XX0XY ungelöst. Hermaphroditismus, Sex und Gender in der deutschen Medizin. Eine historische Studie zur Intersexualität” (Bielefeld 2010); zusammen mit Matthias Hoheisel, „‘Wunschverordnung‘ oder objektiver ‚Bevölkerungsbedarf‘? Zur Wahrnehmung des Tranquilizer-Konsumenten in der DDR (1960–1970)“, in: NTM. International Journal of History and Ethics of Natural Sciences, Technology and Medicine 21 (2013) S. 213–244; „Intersex im Nationalsozialismus: ein Überblick über den Forschungsbedarf“, in: Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945, hrsg. von Michael Schwartz (München 2014), S. 107–114.

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Paul Köppen, Ph.D., Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam (Großbeerenstraße 152b, 14482 Potsdam), promovierte 2013 am Dipartimento di Scienze Politiche e Sociali der Universität Bologna mit einer Arbeit über „Leopold von Hoesch und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1932“ und veröffentlichte u. a.: „‘Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffen machen.’ Heinrich Brünings Spardiktat und die Ablehnung der französischen Kreditangebote 1930/31“, in VfZ 62 (2014), S. 349–375.

Dr. Johannes Hürter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Leonrodstraße 46 b, 80636 München) und apl. Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; veröffentlichte u. a.: „Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932)“ (München 1993); als Herausgeber, „Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903–1918“ (München 1998); „Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42“ (München 2006); als Herausgeber mit Michael Mayer, „Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur“ (Berlin u. a. 2014); als Herausgeber, „Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren“ (Berlin u. a. 2014).

Dr. Matthias Uhl, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Moskau (Nachimovskij Prospect 51/21, 117418 Moskau); veröffentlichte u. a.: „Stalins V-2. Der Technologietransfer der deutschen Fernlenkwaffentechnik in die UdSSR und der Aufbau der sowjetischen Raketenindustrie 1945 bis 1959“ (Bonn 2000); als Herausgeber mit Henrik Eberle, „Das Buch Hitler“ (Bergisch Gladbach 2005); zusammen mit Armin Wagner, „BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR“ (Berlin 2007); „Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962“ (München 2008); als Herausgeber mit Vladimir Chaustov und Vladimir Zacharov, „Glazami razvedki. SSSR i Evropa. 1918–1938 gody“ (Moskau 2015).

Jahrgang 63 (2015), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de